

Gesetzentwurf **der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 29. Juli 1960
über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie
nebst Zusatzvereinbarungen, zu dem Übereinkommen vom 25. Mai 1962
über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen nebst Zusatzprotokoll
und zu dem Übereinkommen vom 17. Dezember 1971
über die zivilrechtliche Haftung bei der Beförderung von Kernmaterial auf See
(Gesetz zu den Pariser und Brüsseler Atomhaftungs-Übereinkommen)**

A. Zielsetzung

Das Gesetzesvorhaben soll der internationalen Rechtsvereinheitlichung dienen, den Opferschutz der grenznahen Bevölkerung bei dem Betrieb ausländischer Kernkraftwerke sicherstellen, im Interesse einer friedlichen Nutzung der Kernenergie die Reaktorschiffahrt und den Seetransport von Kernmaterial erleichtern und der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit eröffnen, in einer Revisionskonferenz über die Übereinkommen insbesondere auf eine Erhöhung der Haftungshöchstgrenzen und auf eine Anpassung der Währungsklauseln an die heutigen Paritäten hinzuwirken.

B. Lösung

Die Verbesserungen sollen erreicht werden durch Ratifizierung des

- Pariser Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie nebst Zusatzvereinbarungen,
- Brüsseler Reaktorschiff-Übereinkommen vom 25. Mai 1962 über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen,

- Brüsseler Kernmaterial-Seetransport-Übereinkommens vom 17. Dezember 1971 und
- einer Verordnungsermächtigung zum erleichterten Inkraftsetzen bilateraler Vereinbarungen über die Benutzung ausländischer Häfen und Gewässer durch Reaktorschiffe.

C. Alternativen

entfallen

D. Kosten

Durch die Ratifizierung des Brüsseler Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963 zu dem Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 tritt die Bundesrepublik Deutschland einer Haftungsgemeinschaft bei, die im Falle eines nuklearen Schadens in der Größenordnung ab 70 Millionen Rechnungseinheiten bis maximal 120 Millionen Rechnungseinheiten des Europäischen Währungsabkommens vom 5. August 1955, wie sie am 29. Juli 1960 festgesetzt wurden, nach einem bestimmten Schlüssel Entschädigungen aus öffentlichen Mitteln zu leisten hat.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
I/4 (III/1) — 272 01 — At 7/74

Bonn, den 4. Juni 1974

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie nebst Zusatzvereinbarungen, zu dem Übereinkommen vom 25. Mai 1962 über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen nebst Zusatzprotokoll und zu dem Übereinkommen vom 17. Dezember 1971 über die zivilrechtliche Haftung bei der Beförderung von Kernmaterial auf See (Gesetz zu den Pariser und Brüsseler Atomhaftungs-Übereinkommen) mit Begründung und Vorblatt. Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut der Übereinkommen in deutscher, englischer und französischer Sprache sowie die dazugehörigen Denkschriften sind gleichfalls beigelegt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern des Innern, für Forschung und Technologie und der Justiz gemeinsam erstellt worden.

Die Vorlage ist dem Bundesrat am 10. Mai 1974 als besonders eilbedürftig zugeleitet worden.

Eine Stellungnahme des Bundesrates zu dem Gesetzentwurf sowie die Auffassung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates werden unverzüglich nachgereicht.

Schmidt

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 29. Juli 1960
über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie
nebst Zusatzvereinbarungen, zu dem Übereinkommen vom 25. Mai 1962
über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen nebst Zusatzprotokoll
und zu dem Übereinkommen vom 17. Dezember 1971
über die zivilrechtliche Haftung bei der Beförderung von Kernmaterial auf See
(Gesetz zu den Pariser und Brüsseler Atomhaftungs-Übereinkommen)**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den folgenden Übereinkommen wird zugestimmt:

1. Dem in Paris am 29. Juli 1960 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie (Pariser Übereinkommen),
2. dem in am von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen vom 25. Mai 1962 über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen (Brüsseler Reaktorschiff-Übereinkommen) sowie dem dazugehörigen Zusatzprotokoll vom selben Tage,
3. dem in Brüssel am 31. Januar 1963 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Zusatzübereinkommen zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie (Brüsseler Zusatzübereinkommen),
4. dem in Paris am 28. Januar 1964 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Zusatzprotokoll zum Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie,
5. dem in Paris am 28. Januar 1964 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Zusatzprotokoll zum Zusatzübereinkommen vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie und
6. dem in Brüssel am 17. Dezember 1971 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen über die zivilrechtliche Haftung bei der Beförderung von Kernmaterial auf See (Brüsseler Kernmaterial-Seetransport-Übereinkommen).

Die Übereinkommen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, zur Förderung der Reaktorschiffahrt durch Rechtsverordnung internationale Vereinbarungen in Kraft zu setzen, die die Benutzung ausländischer Gewässer und Häfen durch Reaktorschiffe, welche berechtigt sind, die Bundesflagge zu führen, oder die Benutzung von Gewässern und Häfen der Bundesrepublik Deutschland durch Reaktorschiffe unter ausländi-

scher Flagge regeln und die folgende Voraussetzungen erfüllen:

1. Die sicherheitstechnischen Bestimmungen müssen den Regeln des Kapitels VIII des Internationalen Übereinkommens von 1960 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See und den Empfehlungen der Anlage C der Schlußakte der Internationalen Konferenz von 1960 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 465 und 480) in der jeweils geltenden Fassung inhaltlich entsprechen.
2. Die haftungsrechtlichen Bestimmungen müssen Artikel I Nr. 4 bis 8, Artikel II, III Abs. 2, Artikel IV, V Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 bis 4, Artikel VIII, X Abs. 1 und 2 und Artikel XI Abs. 4 des Brüsseler Reaktorschiff-Übereinkommens inhaltlich entsprechen und für jedes nukleare Ereignis eine Haftungsbeschränkung vorsehen, die mindestens dem in Artikel III Abs. 1 und 4 dieses Übereinkommens genannten Betrag entspricht und höchstens 500 Millionen DM beträgt.
3. Die Anwendung des nationalen oder internationalen Rechts über die Beschränkung der Reederhaftung auf die Haftung nach der Vereinbarung muß ausgeschlossen sein.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1).

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Die Tage, an denen das Pariser Übereinkommen nebst Zusatzprotokoll nach seinem Artikel 19, das Brüsseler Reaktorschiff-Übereinkommen nebst Zusatzprotokoll nach seinem Artikel XXIV, das Brüsseler Zusatzübereinkommen nebst Zusatzprotokoll nach seinem Artikel 20 und das Brüsseler Kernmaterial-Seetransport-Übereinkommen nach seinem Artikel 6 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

(3) Der Bundesminister des Innern wird ermächtigt, das Pariser Übereinkommen und das Brüsseler Zusatzübereinkommen jeweils in der Fassung der Zusatzprotokolle bekanntzumachen.

Begründung**A.****Allgemeines**

1. Der Entwurf enthält außer der nach dem Grundgesetz erforderlichen Zustimmung des Gesetzgebers zu den Übereinkommen eine Verordnungsermächtigung zur erleichterten Inkraftsetzung völkerrechtlicher Vereinbarungen über die Benutzung ausländischer Gewässer und Häfen durch Reaktorschiffe.

Das Pariser Übereinkommen nebst seinem Zusatzprotokoll ist von sechzehn Staaten unterzeichnet worden. Bisher haben Belgien, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Norwegen, Schweden, Spanien und die Türkei das Übereinkommen und sein Zusatzprotokoll ratifiziert; Finnland ist beigetreten. Es ist gemäß seinem Artikel 19 Abs. 4 b nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch fünf Unterzeichnerstaaten am 1. April 1968 in Kraft getreten.

Das Brüsseler Reaktorschiff-Übereinkommen nebst seinem Zusatzprotokoll ist von fünfzehn Staaten unterzeichnet worden; die Zeichnung durch die Bundesrepublik Deutschland ist eingeleitet und wird in Kürze erfolgen. Ratifiziert haben das Übereinkommen Portugal und die Niederlande; Zaire und Madagaskar sind beigetreten. Das Übereinkommen tritt nach seinem Artikel XXIV Abs. 1 drei Monate nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch mindestens einen Genehmigungsstaat und einen weiteren Staat in Kraft. Da die Bundesrepublik Deutschland den Betrieb eines Reaktorschiffs unter seiner Flagge genehmigt hat (N. S. Otto Hahn), wird das Übereinkommen nach der Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten.

Das Brüsseler Zusatzübereinkommen nebst seinem Zusatzprotokoll ist von dreizehn Staaten unterzeichnet worden. Bisher haben es Frankreich, Großbritannien, Norwegen, Schweden und Spanien ratifiziert. Nach seinem Artikel 20 treten Übereinkommen und Zusatzprotokoll drei Monate nach Hinterlegung der sechsten Ratifikationsurkunde in Kraft. Nach der Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland wird mithin auch das Zusatzübereinkommen in Kraft treten.

Das Brüsseler Kernmaterial-Seetransport-Übereinkommen ist von neun Staaten unterzeichnet worden. Es tritt gemäß seinem Artikel 6 Abs. 1 am neunzigsten Tag nach der Ratifizierung durch fünf Staaten in Kraft. Das Übereinkommen wurde bisher nur von Frankreich ratifiziert.

2. Mit der Übernahme dieser Übereinkommen wird das Atomhaftungsrecht der Bundesrepublik Deutschland in ein großräumiges internationales Haftungssystem für Schäden durch den Betrieb von Kernanlagen und Reaktorschiffen eingebunden. Unbeschadet der verhältnismäßig geringen Anzahl von Staaten, die die Übereinkommen bisher förmlich übernommen haben, sind die in den Verträgen niedergelegten Haftungsprinzipien teilweise bereits seit langem Bestandteil nationaler Atomhaftungsgesetze. Das gilt insbesondere für den in Artikel 6 des Pariser Übereinkommens und in Artikel II Abs. 2 des Brüsseler Reaktorschiff-Übereinkommens niedergelegten Grundsatz, daß für durch nukleare Ereignisse verursachte Schäden nur der Inhaber der Kernanlage bzw. eines Reaktorschiffs haftet und die Haftung etwaiger sonstiger für den Schaden Verantwortlicher ausgeschlossen ist (Prinzip der sog. rechtlichen Kanalisierung der Haftung auf den Inhaber). Lediglich die Vereinigten Staaten von Amerika und bisher die Bundesrepublik Deutschland haben ein insoweit abweichendes Atomhaftungsrecht. Alle anderen Staaten haben, soweit sie überhaupt spezielle Regelungen für die Haftung für Atomschäden erlassen haben, das Prinzip der rechtlichen Kanalisierung übernommen. Auch in der Bundesrepublik Deutschland ist jedoch der Grundsatz der rechtlichen Kanalisierung in einigen bilateralen Verträgen über das Anlaufen fremder Häfen und Hoheitsgewässer durch die N. S. Otto Hahn bereits übernommen worden. In den USA führen prozessuale Vorschriften im Ergebnis auch zu einer ausschließlichen Inanspruchnahme des Inhabers.

Zusätzlich zu den Haftungsbestimmungen des Pariser Übereinkommens schafft das Brüsseler Zusatzübereinkommen eine internationale Risikogemeinschaft, die der Poolung und damit der Verteilung der Risiken von Großschäden zwischen den Vertragsstaaten dient.

Das Brüsseler Kernmaterial-Seetransport-Übereinkommen schließlich verhindert rechtlich unübersichtliche und wirtschaftlich schwierig abzudeckende Haftungskonkurrenzen bei Schäden, die beim Seetransport von Kernmaterialien entstehen. Es entlastet den Seebeförderer von jeglicher Haftung für Schäden aus nuklearen Ereignissen, wenn der Inhaber einer Kernenergieanlage für solche Schäden nach dem Pariser Übereinkommen, dem (von der Bundesrepublik Deutschland nicht ratifizierten) Wiener Übereinkommen vom 11. Mai 1963 über die zivilrechtliche Haftung für nukleare Schäden oder nach vergleichbarem nationalen Atomrecht haftet.

Die Ratifizierung der Übereinkommen schafft die Voraussetzung für eine Haftungs- und Deckungsvorsorge bei Schäden durch ausländische grenznahe Kernkraftwerke und erleichtert den internationalen Einsatz von Reaktorschiffen.

Dennoch ist darauf hinzuweisen, daß die Übereinkommen die Atomhaftung und die Deckung der Ansprüche im Gegensatz zum bisherigen Atomgesetz zum Nachteil möglicher Geschädigter wesentlich verschlechtern. Deshalb wird gleichzeitig mit diesem Gesetzentwurf der Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes vorgelegt, mit dem vorgeschlagen wird, die Verschlechterungen der Anspruchssituation zum Nachteil potentieller Geschädigter mindestens wieder zu kompensieren und die Haftung und das Deckungsniveau auf eine Milliarde Deutsche Mark (bisher 500 Millionen Deutsche Mark) anzuheben. Ohne eine solche Kompensation und Verbesserung des Atomhaftungsrechts der Bundesrepublik Deutschland lassen sich die internationalen Atomhaftungskonventionen, die im wesentlichen zu Beginn der sechziger Jahre entstanden sind, schon deshalb nicht sinnvoll in Kraft setzen, weil heute Kernkraftwerke mit wesentlich höheren Leistungen gebaut werden, als sie seinerzeit geplant gewesen sind (in den Jahren bis 1965 hat man Kernkraftwerke mit Leistungen bis zu rund 300 MWe geplant, heute werden Anlagen mit Leistungen bis zu 1 300 MWe gebaut). Das Unterlassen der Nichtanpassung des deutschen Atomrechts an die jetzigen technischen Verhältnisse würde eine Nichtbeachtung des jetzigen Standes von Wissenschaft und Technik bedeuten.

3. Die finanziellen Auswirkungen des Gesetzentwurfs

Gemäß Artikel 7 Abs. (b) des Pariser Übereinkommens haftet der Inhaber einer Kernanlage für ein durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden bis zum Höchstbetrag von 15 Millionen Rechnungseinheiten des Europäischen Währungsabkommens, der Inhaber eines Reaktorschiffs haftet gemäß Artikel III des Brüsseler Reaktorschiff-Übereinkommens bis zum Betrag von 1 500 Millionen sog. Poincaré-Franken. Für diese Haftungshöchstsummen hat der Inhaber eine finanzielle Sicherheit (Deckungsvorsorge) nachzuweisen (Artikel 10 des Pariser Übereinkommens, Artikel III Abs. 2 des Brüsseler Reaktorschiff-Übereinkommens). Eine Inanspruchnahme öffentlicher Mittel kommt in diesen Fällen nur dann in Frage, wenn die finanzielle Sicherheit des Inhabers zur Abdeckung des Schadens nicht ausreicht oder die geltend gemachten Schadensersatzansprüche aus anderen Gründen nicht gedeckt sind.

Gemäß Artikel 3 Abs. b (ii) des Brüsseler Zusatzübereinkommens sind für Schadensfälle, die den Haftungshöchstbetrag des Pariser Übereinkommens von 15 Millionen Rechnungseinheiten überschreiten, bis zum Höchstbetrag von 70 Millionen Rechnungseinheiten öffentliche Mittel heran-

zuziehen. Bei Schadensfällen im Risikobereich zwischen 70 und 120 Millionen Rechnungseinheiten sind öffentliche Mittel nach Artikel 3 Abs. b (iii) des Brüsseler Zusatzübereinkommens nach dem Aufbringungsschlüssel des Artikels 12 dieses Übereinkommens von allen Vertragspartnern zu erbringen. Diese anteiligen Verpflichtungen und Berechtigungen der Bundesrepublik Deutschland bestehen bei Schadensereignissen im Inland und in anderen Vertragsstaaten.

B.

Zu den einzelnen Artikeln

Zu Artikel 1

Auf die Übereinkommen und die Zusatzprotokolle findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Zu Artikel 2

Auch wenn das Brüsseler Reaktorschiff-Übereinkommen nach seiner Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, wird es weiterhin erforderlich sein, bilaterale Vereinbarungen mit ausländischen Nichtvertragsstaaten über die Benutzung der ausländischen Gewässer und Häfen durch in der Bundesrepublik Deutschland eingetragene Reaktorschiffe oder über die Benutzung von Gewässern und Häfen der Bundesrepublik Deutschland durch in anderen Staaten eingetragene Reaktorschiffe abzuschließen. Um das Verfahren, durch das diese zweiseitigen Abkommen in Kraft gesetzt werden, zu beschleunigen und das Parlament zu entlasten, soll die Bundesregierung ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen, mit denen diese Besuchsabkommen in Kraft gesetzt werden.

Die Ermächtigung verweist für die sicherheitstechnischen Bestimmungen auf das insoweit maßgebliche Übereinkommen von 1960 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (SOLAS-Übereinkommen) und im Hinblick auf die haftungsrechtlichen Bestimmungen auf die maßgeblichen Vorschriften des Brüsseler Reaktorschiff-Übereinkommens. Für die Bestimmung des Haftungshöchstbetrags gewährt die Vorschrift den für die Verhandlungen erforderlichen Spielraum; der Haftungsbetrag darf den im Übereinkommen (Artikel III Abs. 1 und 4) genannten Betrag nicht überschreiten und den Haftungsbetrag von 500 Millionen Deutsche Mark nicht überschreiten. Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung sind damit ausreichend bestimmt im Sinne von Artikel 80 des Grundgesetzes.

Zu Artikel 3

Die Übereinkommen sowie die nach Artikel 2 dieses Gesetzes zu erlassenden Rechtsverordnungen sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Pariser Übereinkommen nebst Zusatzprotokoll nach seinem Artikel 19, das Brüsseler Reaktorschiff-Übereinkommen nach seinem Artikel XXIV, das Brüsseler Zusatzübereinkommen nebst Zusatzprotokoll nach seinem Artikel 20 und das Brüsseler Kernmaterial-

Seetransport-Übereinkommen nach seinem Artikel 6 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Absatz 3 enthält eine Ermächtigung für den Bundesminister des Innern zur Bekanntmachung des Pariser Übereinkommens und des Brüsseler Zusatzübereinkommens in der Fassung der jeweiligen Zusatzprotokolle, um die Lesbarkeit der Übereinkommen zu erleichtern.

Übereinkommen über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie

Convention on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy

Convention sur la responsabilité civile dans le domaine de l'Énergie Nucléaire

DIE REGIERUNGEN der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich, des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, Spaniens, der Französischen Republik, des Königreichs Griechenland, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs Norwegen, des Königreichs der Niederlande, der Portugiesischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, des Königreichs Schweden, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Türkischen Republik;

IN DER ERWAGUNG, daß die Europäische Kernergie-Agentur, die im Rahmen der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (im folgenden „Organisation“ genannt) errichtet worden ist, damit betraut ist, die Ausarbeitung und gegenseitige Abstimmung von Rechtsvorschriften in den Teilnehmerstaaten auf dem Gebiet der Kernenergie, insbesondere im Hinblick auf die Haftpflicht und die Versicherung gegen nukleare Risiken, zu fördern;

IN DEM WUNSCH, den Personen, die durch ein nukleares Ereignis Schaden erleiden, eine angemessene und gerechte Entschädigung zu gewährleisten und gleichzeitig die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, daß dadurch die Entwicklung der Erzeugung und Verwendung der Kernergie für friedliche Zwecke nicht behindert wird;

IN DER UBERZEUGUNG, daß es notwendig ist, die in den verschiedenen Staaten geltenden Grundsätze für die Haftung für solche Schäden zu vereinheitlichen, gleichzeitig aber diesen Staaten die Möglichkeit zu belassen, auf nationaler Ebene die von ihnen für angemessen erachteten zusätzlichen Maßnahmen zu ergreifen und die Bestimmungen dieses Übereinkommens auch auf Schäden anzuwenden, die durch nukleare Ereignisse verursacht worden sind und von diesem Übereinkommen nicht erfaßt werden;

THE GOVERNMENTS of the Federal Republic of Germany, the Republic of Austria, the Kingdom of Belgium, the Kingdom of Denmark, Spain, the French Republic, the Kingdom of Greece, the Italian Republic, the Grand Duchy of Luxembourg, the Kingdom of Norway, the Kingdom of the Netherlands, the Portuguese Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the Kingdom of Sweden, the Swiss Confederation and the Turkish Republic;

CONSIDERING that the European Nuclear Energy Agency, established within the framework of the Organisation for European Economic Co-operation (hereinafter referred to as the "Organisation"), is charged with encouraging the elaboration and harmonization of legislation relating to nuclear energy in participating countries, in particular with regard to third party liability and insurance against atomic risks;

DESIROUS of ensuring adequate and equitable compensation for persons who suffer damage caused by nuclear incidents whilst taking the necessary steps to ensure that the development of the production and uses of nuclear energy for peaceful purposes is not thereby hindered;

CONVINCED of the need for unifying the basic rules applying in the various countries to the liability incurred for such damage, whilst leaving these countries free to take, on a national basis, any additional measures which they deem appropriate, including the application of the provisions of this Convention to damage caused by nuclear incidents not covered therein;

LES GOUVERNEMENTS de la République Fédérale d'Allemagne, de la République d'Autriche, du Royaume de Belgique, du Royaume de Danemark, de l'Espagne, de la République Française, du Royaume de Grèce, de la République Italienne, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume de Norvège, du Royaume des Pays-Bas, de la République Portugaise, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, du Royaume de Suède, de la Confédération Suisse et de la République Turque;

CONSIDÉRANT que l'Agence Européenne pour l'Énergie Nucléaire, créée dans le cadre de l'Organisation Européenne de Coopération Économique (appelée ci-après l'«Organisation»), est chargée de promouvoir l'élaboration et l'harmonisation des législations intéressant l'énergie nucléaire dans les pays participants, en ce qui concerne notamment le régime de la responsabilité civile et de l'assurance des risques atomiques;

DÉSIREUX d'assurer une réparation adéquate et équitable aux personnes victimes de dommages causés par des accidents nucléaires, tout en prenant les mesures nécessaires pour éviter d'entraver le développement de la production et des utilisations de l'énergie nucléaire à des fins pacifiques;

CONVAINCUS de la nécessité d'unifier les règles fondamentales applicables dans les différents pays à la responsabilité découlant de ces dommages, tout en laissant à ces pays la possibilité de prendre, sur le plan national, les mesures complémentaires qu'ils estimeront nécessaires et éventuellement d'étendre les dispositions de la présente Convention aux dommages résultant d'autres accidents nucléaires que ceux qu'elle couvre;

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

(a) Im Sinne dieses Übereinkommens bedeuten:

- (i) „nukleares Ereignis“ jedes einen Schaden verursachende Ereignis oder jede Reihe solcher aufeinanderfolgender Ereignisse desselben Ursprungs, sofern das Ereignis oder die Reihe von Ereignissen oder der Schaden von den radioaktiven Eigenschaften oder einer Verbindung der radioaktiven Eigenschaften mit giftigen, explosiven oder sonstigen gefährlichen Eigenschaften von Kernbrennstoffen oder radioaktiven Erzeugnissen oder Abfällen herrührt oder sich daraus ergibt;
- (ii) „Kernanlage“ Reaktoren, ausgenommen solche, die Teil eines Beförderungsmittels sind; Fabriken für die Erzeugung oder Bearbeitung von Kernmaterialien; Fabriken zur Trennung der Isotope von Kernbrennstoffen; Fabriken für die Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe; Einrichtungen für die Lagerung von Kernmaterialien, ausgenommen die Lagerung solcher Materialien während der Beförderung; sowie sonstige Anlagen, in denen sich Kernbrennstoffe oder radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle befinden und die vom Direktionsausschuß der Europäischen Kernenergie-Agentur (im folgenden „Direktionsausschuß“ genannt) jeweils bestimmt werden;
- (iii) „Kernbrennstoffe“ spaltbare Materialien in Form von Uran als Metall, Legierung oder chemischer Verbindung (einschließlich natürlichen Urans), Plutonium als Metall, Legierung oder chemischer Verbindung sowie sonstiges vom Direktionsausschuß jeweils bestimmtes spaltbares Material;
- (iv) „radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle“ radioaktive Materialien, die dadurch hergestellt oder radioaktiv gemacht werden, daß sie einer der mit dem Vorgang der Herstellung oder Verwendung von Kernbrennstoffen verbundenen Bestrahlung ausgesetzt werden, ausgenommen (1) Kernbrennstoffe und (2) Radioisotope außerhalb einer Kernanlage, die für industrielle, kommerzielle, landwirtschaftliche, medizinische oder wissenschaftliche Zwecke verwendet werden oder verwendet werden sollen;
- (v) „Kernmaterialien“ Kernbrennstoffe (ausgenommen natürliches

HAVE AGREED as follows:

Article 1

(a) For the purposes of this Convention:

- (i) "A nuclear incident" means any occurrence or succession of occurrences having the same origin which causes damage, provided that such occurrence or succession of occurrences, or any of the damage caused, arises out of or results from the radioactive properties, or a combination of radioactive properties with toxic, explosive, or other hazardous properties of nuclear fuel or radioactive products or waste or with any of them.
- (ii) "Nuclear installation" means reactors other than those comprised in any means of transport; factories for the manufacture or processing of nuclear substances; factories for the separation of isotopes of nuclear fuel; factories for the reprocessing of irradiated nuclear fuel; facilities for the storage of nuclear substances other than storage incidental to the carriage of such substances; and such other installations in which there are nuclear fuel or radioactive products or waste as the Steering Committee of the European Nuclear Energy Agency (hereinafter referred to as the "Steering Committee") shall from time to time determine.
- (iii) "Nuclear fuel" means fissionable material in the form of uranium metal, alloy, or chemical compound (including natural uranium), plutonium metal, alloy, or chemical compound, and such other fissionable material as the Steering Committee shall from time to time determine.
- (iv) "Radioactive products or waste" means any radioactive material produced in or made radioactive by exposure to the radiation incidental to the process of producing or utilizing nuclear fuel, but does not include (1) nuclear fuel, or (2) radioisotopes outside a nuclear installation which are used or intended to be used for any industrial, commercial, agricultural, medical or scientific purpose.
- (v) "Nuclear substances" means nuclear fuel (other than natural

SONT CONVENUS de ce qui suit:

Article 1

a) Au sens de la présente Convention:

- i) «Un accident nucléaire» signifie tout fait ou succession de faits de même origine ayant causé des dommages, dès lors que ce fait ou ces faits ou certains des dommages causés proviennent ou résultent des propriétés radioactives, ou à la fois des propriétés radioactives et des propriétés toxiques, explosives ou autres propriétés dangereuses des combustibles nucléaires ou produits ou déchets radioactifs.
- ii) «Installation nucléaire» signifie les réacteurs à l'exception de ceux qui font partie d'un moyen de transport; les usines de préparation ou de fabrication de substances nucléaires; les usines de séparation des isotopes de combustibles nucléaires; les usines de traitement de combustibles nucléaires irradiés; les installations de stockage de substances nucléaires à l'exclusion du stockage de ces substances en cours de transport, ainsi que toute autre installation dans laquelle des combustibles nucléaires ou des produits ou des déchets radioactifs sont détenus et qui serait désignée par le Comité de Direction de l'Agence Européenne pour l'Énergie Nucléaire (appelé ci-après le «Comité de Direction»).
- iii) «Combustibles nucléaires» signifie les matières fissiles comprenant l'uranium sous forme de métal, d'alliage ou de composé chimique (y compris l'uranium naturel), le plutonium sous forme de métal, d'alliage ou de composé chimique et toute autre matière fissile qui serait désignée par le Comité de Direction.
- iv) «Produits ou déchets radioactifs» signifie les matières radioactives produites ou rendues radioactives par exposition aux radiations résultant des opérations de production ou d'utilisation de combustibles nucléaires, à l'exclusion d'une part, des combustibles nucléaires et, d'autre part, des radioisotopes qui, hors d'une installation nucléaire, sont utilisés ou destinés à être utilisés à des fins industrielles, commerciales, agricoles, médicales ou scientifiques.
- v) «Substances nucléaires» signifie les combustibles nucléaires (à l'ex-

und abgereichertes Uran) sowie radioaktive Erzeugnisse und Abfälle;

- (vi) „Inhaber einer Kernanlage“ derjenige, der von der zuständigen Behörde als Inhaber einer solchen bezeichnet oder angesehen wird.

(b) Der Direktionsausschuß kann Kernanlagen, Kernbrennstoffe und Kernmaterialien von der Anwendung dieses Übereinkommens ausschließen, wenn er dies wegen des geringen Ausmaßes der damit verbundenen Gefahren für gerechtfertigt erachtet.

Artikel 2

Vorbehaltlich der in Artikel 6 (d) vorgesehenen Rückgriffsrechte ist dieses Übereinkommen auf nukleare Ereignisse, die im Hoheitsgebiet eines Nichtvertragsstaates eintreten, oder auf einen dort entstehenden Schaden nicht anzuwenden, sofern nicht durch die innerstaatliche Gesetzgebung etwas anderes bestimmt wird.

Artikel 3

Der Inhaber einer Kernanlage haftet gemäß diesem Übereinkommen für:

- (a) Schaden an Leben oder Gesundheit von Menschen und
- (b) Schaden an oder Verlust von Vermögenswerten, ausgenommen
- (i) Vermögenswerte, die der Inhaber im Zusammenhang mit einer solchen Anlage und auf deren Gelände in Besitz oder in Verwahrung oder unter seiner Aufsicht hat, sowie
- (ii) in den Fällen des Artikels 4 Beförderungsmittel, auf denen sich die betreffenden Kernmaterialien zur Zeit des nuklearen Ereignisses befunden haben,

wenn bewiesen wird, daß dieser Schaden oder Verlust (im folgenden „Schaden“ genannt) durch ein nukleares Ereignis verursacht worden ist, das entweder auf Kernbrennstoffe oder auf radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle, die sich in der Kernanlage befinden, oder auf Kernmaterialien zurückzuführen ist, die aus der Kernanlage stammen, soweit Artikel 4 nichts anderes bestimmt.

Artikel 4

Für den Fall der Beförderung von Kernmaterialien einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden Lagerung gilt, unbeschadet des Artikels 2, folgendes:

- (a) Der Inhaber einer Kernanlage haftet gemäß diesem Übereinkommen

uranium and other than depleted uranium) and radioactive products or waste.

- (vi) „Operator“ in relation to a nuclear installation means the person designated or recognised by the competent public authority as the operator of that installation.

(b) The Steering Committee may, if in its view the small extent of the risks involved so warrants, exclude any nuclear installation, nuclear fuel, or nuclear substances from the application of this Convention.

Article 2

This Convention does not apply to nuclear incidents occurring in the territory of non-Contracting States or to damage suffered in such territory, unless national legislation otherwise provides and except in regard to rights of recourse referred to in Article 6 (d).

Article 3

The operator of a nuclear installation shall be liable, in accordance with this Convention, for:

- (a) damage to or loss of life of any person; and
- (b) damage to or loss of any property other than
- (i) property held by the operator or in his custody or under his control in connection with, and at the site of, such installation, and
- (ii) in the cases within Article 4, the means of transport upon which the nuclear substances involved were at the time of the nuclear incident,

upon proof that such damage or loss (hereinafter referred to as „damage“) was caused by a nuclear incident involving either nuclear fuel or radioactive products or waste in, or nuclear substances coming from such installation, except as otherwise provided for in Article 4.

Article 4

In the case of carriage of nuclear substances, including storage incidental thereto, without prejudice to Article 2:

- (a) The operator of a nuclear installation shall be liable, in accordance

clusion de l'uranium naturel et de l'uranium appauvri) et les produits ou déchets radioactifs.

- (vi) „Exploitant“ d'une installation nucléaire signifie la personne désignée ou reconnue par l'autorité publique compétente comme l'exploitant de cette installation nucléaire.

(b) Le Comité de Direction pourra décider qu'une catégorie d'installations nucléaires, de combustibles nucléaires ou de substances nucléaires sera, en raison des risques réduits qu'elle comporte, exclue du champ d'application de la présente Convention.

Article 2

La présente Convention ne s'applique ni aux accidents nucléaires survenus sur le territoire d'États non contractants, ni aux dommages subis sur ces territoires, sauf si la législation nationale en dispose autrement, sans préjudice toutefois des droits de recours prévus à l'Article 6 d).

Article 3

L'exploitant d'une installation nucléaire est responsable conformément à la présente Convention:

- a) de tout dommage aux personnes; et
- b) de tout dommage aux biens, à l'exclusion
- i) des biens qui sont détenus par lui, sous sa garde ou sous son contrôle au site de l'installation et en rapport avec l'exploitation de celle-ci, et
- ii) dans le cas prévu à l'Article 4, du moyen de transport sur lequel les substances nucléaires en cause se trouvent au moment de l'accident nucléaire,

s'il est établi que ce dommage (appelé ci-après le „dommage“) est causé par un accident nucléaire mettant en jeu soit des combustibles nucléaires, produits ou déchets radioactifs détenus dans cette installation, soit des substances nucléaires provenant de cette installation, sous réserve des dispositions de l'Article 4.

Article 4

Dans le cas de transport de substances nucléaires, y compris le stockage en cours de transport, et sans préjudice de l'Article 2:

- a) L'exploitant d'une installation nucléaire est responsable de tout dom-

für einen Schaden, wenn bewiesen wird, daß dieser durch ein nukleares Ereignis verursacht worden ist, das außerhalb dieser Anlage eingetreten und auf Kernmaterialien zurückzuführen ist, die von dieser Anlage aus befördert worden sind; dies gilt jedoch nur, wenn das Ereignis eintritt,

(i) bevor die betreffenden Kernmaterialien von dem Inhaber einer anderen im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei gelegenen Anlage übernommen worden sind, oder

(ii) bevor die betreffenden Kernmaterialien von dem Beförderungsmittel, mit dem sie im Hoheitsgebiet eines Nichtvertragsstaates angekommen sind, ausgeladen worden sind, sofern die Sendung für einen Empfänger innerhalb des Hoheitsgebiets dieses Staates bestimmt ist.

(b) Der in Absatz (a) (i) genannte Inhaber haftet gemäß diesem Übereinkommen von der Übernahme der Kernmaterialien an für einen Schaden, der nach diesem Zeitpunkt durch ein nukleares Ereignis im Zusammenhang mit diesen Kernmaterialien verursacht wird.

(c) Werden Kernmaterialien von einem Ort außerhalb des Hoheitsgebiets der Vertragsparteien zu einer in deren Hoheitsgebiet gelegenen Kernanlage mit Zustimmung des Inhabers dieser Anlage gesandt, so haftet dieser gemäß diesem Übereinkommen für einen Schaden, der durch ein nukleares Ereignis verursacht worden ist, das nach dem Zeitpunkt eingetreten ist, zu dem die betreffenden Kernmaterialien auf das Beförderungsmittel verladen worden sind, mit dem sie aus dem Hoheitsgebiet des Nichtvertragsstaates befördert werden sollen.

(d) Der gemäß diesem Übereinkommen haftende Inhaber einer Kernanlage hat den Beförderer mit einer Bescheinigung zu versehen, die vom Versicherer oder von demjenigen, der eine gemäß Artikel 10 erforderliche sonstige finanzielle Sicherheit erbringt, oder für ihn ausgestellt ist. Die Bescheinigung muß Namen und Anschrift dieses Inhabers sowie den Betrag, die Art und die Dauer der Sicherheit enthalten. Diese Angaben können von demjenigen, von dem oder für den die Bescheinigung ausgestellt worden ist, nicht bestritten werden. In der Bescheinigung sind überdies die Kernmaterialien und der Beförderungsweg zu bezeichnen, auf die sich die Sicherheit bezieht; sie muß ferner eine Erklärung der zuständigen Behörde enthalten, daß der bezeichnete Inhaber einer Kernanlage ein solcher im Sinne dieses Übereinkommens ist.

with this Convention, for damage upon proof that it was caused by a nuclear incident outside that installation and involving nuclear substances in the course of carriage therefrom, only if the incident occurs

(i) before the nuclear substances involved have been taken in charge by another operator of a nuclear installation situated in the territory of a Contracting Party; or

(ii) before the nuclear substances involved have been unloaded from the means of transport by which they have arrived in the territory of a non-Contracting State, if they are consigned to a person within the territory of that State.

(b) The operator referred to in paragraph (a) (i) of this Article shall, from his taking charge of the nuclear substances, be the operator liable in accordance with this Convention for damage caused by a nuclear incident occurring thereafter and involving the nuclear substances.

(c) Where nuclear substances are sent from outside the territory of the Contracting Parties to a nuclear installation situated in such territory, with the approval of the operator of that installation, he shall be liable, in accordance with this Convention, for damage caused by a nuclear incident occurring after the nuclear substances involved have been loaded on the means of transport by which they are to be carried from the territory of the non-Contracting State.

(d) The operator liable in accordance with this Convention shall provide the carrier with a certificate issued by or on behalf of the insurer or other financial guarantor furnishing the security required pursuant to Article 10. The certificate shall state the name and address of that operator and the amount, type and duration of the security, and these statements may not be disputed by the person by whom or on whose behalf the certificate was issued. The certificate shall also indicate the nuclear substances and the carriage in respect of which the security applies and shall include a statement by the competent public authority that the person named is an operator within the meaning of this Convention.

mage, conformément à la présente Convention, s'il est établi qu'il est causé par un accident nucléaire survenu hors de cette installation et mettant en jeu des substances nucléaires transportées en provenance de cette installation, à condition que l'accident survienne

i) avant que les substances nucléaires aient été prises en charge par un autre exploitant d'une installation nucléaire située sur le territoire d'une Partie Contractante; ou

ii) si le destinataire du transport est situé sur le territoire d'un État non-contractant, avant qu'elles aient été déchargées du moyen de transport par lequel elles sont parvenues sur le territoire de cet État.

b) L'exploitant visé au paragraphe (a) (i) du présent Article est, dès le moment de la prise en charge des substances nucléaires, l'exploitant responsable conformément à la présente Convention, de tout dommage causé par un accident nucléaire ultérieur mettant en jeu lesdites substances nucléaires.

c) Dans le cas où des substances nucléaires sont expédiées d'un lieu situé hors des territoires des Parties Contractantes à destination d'une installation nucléaire située sur ces territoires avec l'accord de l'exploitant de cette installation, celui-ci est responsable, conformément à la présente Convention, de tout dommage causé par un accident nucléaire survenu après que les substances nucléaires en cause ont été chargées sur le moyen de transport par lequel elles sont expédiées du territoire de l'État non-contractant.

d) L'exploitant responsable conformément à la présente Convention doit remettre au transporteur un certificat délivré par ou pour le compte de l'assureur ou de toute autre personne ayant accordé une garantie financière conformément à l'Article 10. Le certificat doit énoncer le nom et l'adresse de cet exploitant ainsi que le montant, le type et la durée de la garantie. Les faits énoncés dans le certificat ne peuvent être contestés par la personne par laquelle ou pour le compte de laquelle il a été délivré. Le certificat doit également désigner les substances nucléaires et l'itinéraire couverts par la garantie et comporter une déclaration de l'autorité publique compétente que la personne visée est un exploitant au sens de la présente Convention.

(c) In der Gesetzgebung einer Vertragspartei kann vorgesehen werden, daß nach den darin festgesetzten Bedingungen ein Beförderer anstelle des Inhabers einer im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei gelegenen Kernanlage auf Grund einer Entscheidung der zuständigen Behörde gemäß diesem Übereinkommen haftet. Eine solche Entscheidung ergeht auf Antrag des Beförderers mit Zustimmung des betreffenden Inhabers einer Kernanlage unter der Voraussetzung, daß die Erfordernisse des Artikels 10 (a) erfüllt sind. In diesem Falle gilt im Sinne dieses Übereinkommens der Beförderer hinsichtlich nuklearer Ereignisse, die im Verlauf der Beförderung von Kernmaterialien eintreten, als Inhaber einer im Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei gelegenen Kernanlage.

Artikel 5

(a) Haben sich die mit einem nuklearen Ereignis im Zusammenhang stehenden Kernbrennstoff oder radioaktiven Erzeugnisse oder Abfälle nacheinander in mehr als einer Kernanlage befunden und befinden sie sich zur Zeit der Schadensverursachung in einer Kernanlage, so haftet der Inhaber einer Kernanlage, in der sie sich früher befunden haben, nicht für diesen Schaden. Haben sich mit einem nuklearen Ereignis im Zusammenhang stehende Kernbrennstoffe oder radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle in mehr als einer Kernanlage befunden und befinden sie sich zur Zeit der Schadensverursachung nicht in einer Kernanlage, so haftet für den Schaden lediglich der Inhaber derjenigen Kernanlage, in der sie sich zuletzt befunden haben, bevor der Schaden verursacht wurde, oder ein Inhaber, der sie in der Folgezeit übernommen hat.

(b) Haften gemäß diesem Übereinkommen mehrere Inhaber von Kernanlagen für einen Schaden, so können sie gemeinsam und einzeln nebeneinander für den gesamten Schaden in Anspruch genommen werden. Ergibt sich jedoch die Haftung als Folge eines Schadens, der durch ein nukleares Ereignis im Verlauf einer Beförderung von Kernmaterialien verursacht worden ist, so bemißt sich der Gesamtbetrag, bis zu dem die Inhaber haften, nach dem höchsten Betrag, der gemäß Artikel 7 für einen von ihnen festgesetzt ist. Keinesfalls ist ein einzelner Inhaber verpflichtet, in bezug auf ein nukleares Ereignis Leistungen zu erbringen, die über den für ihn gemäß Artikel 7 festgesetzten Betrag hinausgehen.

Artikel 6

(a) Ein Anspruch auf Ersatz für einen durch ein nukleares Ereignis

(c) A Contracting Party may provide by legislation that, under such terms as may be contained therein and upon fulfilment of the requirements of Article 10 (a), a carrier may, at his request and with the consent of an operator of a nuclear installation situated in its territory, by decision of the competent public authority, be liable in accordance with this Convention in place of that operator. In such case for all the purposes of this Convention the carrier shall be considered, in respect of nuclear incidents occurring in the course of carriage of nuclear substances, as an operator of a nuclear installation on the territory of the Contracting Party whose legislation so provides.

Article 5

(a) If the nuclear fuel or radioactive products or waste involved in a nuclear incident have been in more than one nuclear installation and are in a nuclear installation at the time damage is caused, no operator of any nuclear installation in which they have previously been shall be liable for the damage. If the nuclear fuel or radioactive products or waste involved in a nuclear incident have been in more than one nuclear installation and are not in a nuclear installation at the time damage is caused, no person other than the operator of the last nuclear installation in which they were before the damage was caused or an operator who has subsequently taken them in charge shall be liable for the damage.

(b) If damage gives rise to liability of more than one operator in accordance with this Convention, the liability of those operators shall be joint and several: provided that where such liability arises as a result of damage caused by a nuclear incident involving nuclear substances in the course of carriage, the maximum total amount for which such operators shall be liable shall be the highest amount established with respect to any of them pursuant to Article 7 and provided that in no case shall any one operator be required, in respect of a nuclear incident, to pay more than the amount established with respect to him pursuant to Article 7.

Article 6

(a) The right to compensation for damage caused by a nuclear incident

e) La législation d'une Partie Contractante peut prévoir qu'à des conditions qu'elle détermine, un transporteur peut être substitué, en ce qui concerne la responsabilité prévue par la présente Convention, à un exploitant d'une installation nucléaire située sur le territoire de ladite Partie Contractante, par décision de l'autorité publique compétente, à la demande du transporteur et avec l'accord de l'exploitant, si les conditions requises à l'Article 10 (a) sont remplies. Dans ce cas, le transporteur est considéré, aux fins de la présente Convention, pour les accidents nucléaires survenus en cours de transport de substances nucléaires, comme exploitant d'une installation nucléaire située sur le territoire de ladite Partie Contractante.

Article 5

a) Si les combustibles nucléaires, produits ou déchets radioactifs mis en jeu dans un accident nucléaire ont été détenus successivement dans plusieurs installations nucléaires et sont détenus dans une installation nucléaire au moment où le dommage est causé, aucun exploitant d'une installation dans laquelle ils ont été détenus antérieurement n'est responsable du dommage. Si les combustibles nucléaires, produits ou déchets radioactifs mis en jeu dans un accident nucléaire ont été détenus dans plusieurs installations nucléaires et ne sont pas détenus dans une installation nucléaire au moment où le dommage est causé, aucune personne autre que l'exploitant de la dernière installation nucléaire dans laquelle ils ont été détenus avant que le dommage ait été causé ou que l'exploitant qui les a pris en charge ultérieurement, n'est responsable du dommage.

b) Si le dommage implique la responsabilité de plusieurs exploitants conformément à la présente Convention, leur responsabilité est solidaire et cumulative; toutefois, lorsqu'une telle responsabilité résulte du dommage causé par un accident nucléaire mettant en jeu des substances nucléaires en cours de transport, le montant total maximum de la responsabilité desdits exploitants est égal au montant le plus élevé fixé pour un des exploitants conformément à l'Article 7. En aucun cas, la responsabilité d'un exploitant résultant d'un accident nucléaire ne peut dépasser le montant fixé, en ce qui le concerne, à l'Article 7.

Article 6

a) Le droit à réparation pour un dommage causé par un accident nu-

verursachten Schaden kann nur gegen den Inhaber einer Kernanlage geltend gemacht werden, der gemäß diesem Übereinkommen haftet. Besteht gemäß innerstaatlichem Recht ein unmittelbarer Anspruch gegen den Versicherer oder gegen denjenigen, der eine nach Artikel 10 erforderliche sonstige finanzielle Sicherheit erbracht hat, so kann der Anspruch auch gegen ihn geltend gemacht werden.

(b) Niemand sonst haftet für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden. Durch diese Bestimmung wird die Anwendung internationaler Übereinkommen auf dem Gebiet der Beförderung nicht berührt, die am Tage dieses Übereinkommens in Kraft sind oder für die Unterzeichnung, die Ratifizierung oder den Beitritt offenstehen.

(c) Wer für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden gemäß einem internationalen Übereinkommen im Sinne des Absatzes (b) oder der Gesetzgebung eines Nichtvertragsstaates haftet, hat gegen den für diesen Schaden gemäß diesem Übereinkommen haftenden Inhaber einer Kernanlage innerhalb der gemäß Artikel 7 festgesetzten Haftungsgrenze ein Rückgriffsrecht.

(d) Tritt ein nukleares Ereignis im Hoheitsgebiet eines Nichtvertragsstaates ein oder entsteht in einem solchen Gebiet ein Schaden, so haben alle, die ihre geschäftliche Hauptniederlassung im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei haben, oder deren Bedienstete und sonstige Gehilfen ein Rückgriffsrecht wegen Schadensersatzleistungen, für deren Erbringung sie im Hinblick auf ein derartiges Ereignis oder einen derartigen Schaden haftbar sind, und zwar innerhalb der gemäß Artikel 7 festgesetzten Haftungsgrenze gegen den Inhaber einer Kernanlage, der bei Fehlen des Artikels 2 haftbar wäre.

(e) Der Rat der Organisation kann entscheiden, daß Beförderern, die ihre geschäftliche Hauptniederlassung im Hoheitsgebiet eines Nichtvertragsstaates haben, die Bestimmungen des Absatzes (d) zugutekommen sollen. Bei seiner Entscheidung hat der Rat die allgemeinen Bestimmungen für die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in dem betreffenden Nichtvertragsstaat sowie das Ausmaß zu berücksichtigen, in dem diese Bestimmungen den Staatsangehörigen der Vertragsparteien und denjenigen zugutekommen, die ihre geschäftliche Hauptniederlassung im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien haben.

(f) Der Inhaber einer Kernanlage hat ein Rückgriffsrecht nur,

(i) wenn der Schaden die Folge einer in Schädigungsabsicht be-

may be exercised only against an operator liable for the damage in accordance with this Convention, or, if a direct right of action against the insurer or other financial guarantor furnishing the security required pursuant to Article 10 is given by national law, against the insurer or other financial guarantor.

(b) No other person shall be liable for damage caused by a nuclear incident, but this provision shall not affect the application of any international agreement in the field of transport in force or open for signature, ratification or accession at the date of this Convention.

(c) Any person who is liable for damage caused by a nuclear incident under any international agreement referred to in paragraph (b) of this Article or under any legislation of a non-Contracting State shall have a right of recourse, within the limitation of the amount of liability established pursuant to Article 7, against the operator liable for that damage in accordance with this Convention.

(d) Where a nuclear incident occurs in the territory of a non-Contracting State or damage is suffered in such territory, any person who has his principal place of business in the territory of a Contracting Party or who is the servant of such a person shall have a right of recourse for any sums which he is liable to pay in respect of such incident or damage, within the limitation of liability established pursuant to Article 7, against the operator, who, but for the provisions of Article 2, would have been liable.

(e) The Council of the Organisation may decide that carriers whose principal place of business is in the territory of a non-Contracting State should benefit from the provisions of paragraph (d) of this Article. In taking its decision, the Council shall give due consideration to the general provisions on third party liability in the field of nuclear energy in such non-Contracting State and the extent to which these provisions are available to the benefit of nationals of, and persons whose principal place of business is in the territory of, the Contracting Parties.

(f) The operator shall have a right of recourse only

(i) if the damage caused by a nuclear incident results from an

claire ne peut être exercé que contre un exploitant responsable de ce dommage conformément à la présente Convention; il peut également être exercé contre l'assureur ou contre toute autre personne ayant accordé une garantie financière à l'exploitant conformément à l'Article 10, si un droit d'action directe contre l'assureur ou toute personne ayant accordé une garantie financière est prévu par le droit national.

b) Aucune autre personne n'est tenue de réparer un dommage causé par un accident nucléaire; toutefois, cette disposition ne peut affecter l'application des accords internationaux dans le domaine des transports qui sont en vigueur ou ouverts à la signature, à la ratification ou à l'adhésion, à la date de la présente Convention.

c) Toute personne qui est responsable d'un dommage causé par un accident nucléaire en vertu d'un accord international visé au paragraphe (b) du présent Article ou en vertu de la législation d'un État non-contractant a un droit de recours contre l'exploitant responsable de ce dommage conformément à la présente Convention dans la limite fixée conformément à l'Article 7.

d) Dans le cas d'un accident nucléaire survenu sur le territoire d'un État non-contractant ou d'un dommage subi sur ce territoire, toute personne ayant son lieu principal d'exploitation sur le territoire d'une Partie Contractante, ou ses préposés, ont un droit de recours contre l'exploitant qui serait responsable en l'absence de l'Article 2, pour toute réparation à laquelle ils seraient tenus par suite de cet accident ou de ce dommage, dans la limite fixée conformément à l'Article 7.

e) Le Conseil de l'Organisation peut décider que les transporteurs ayant leur lieu principal d'exploitation sur le territoire d'un État non-contractant peuvent bénéficier des dispositions du paragraphe (d) du présent Article. En prenant cette décision, le Conseil doit tenir compte des dispositions générales relatives à la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire en vigueur dans cet État non-contractant ainsi que de la mesure dans laquelle les ressortissants d'une Partie Contractante, et les personnes ayant leur lieu principal d'exploitation sur le territoire d'une Partie Contractante, peuvent bénéficier de ces dispositions.

f) L'exploitant n'a un droit de recours que

i) si le dommage résulte d'un acte ou d'une omission procédant de

gangenen Handlung oder Unterlassung ist, und zwar gegen die natürliche Person, die diese Handlung oder Unterlassung in dieser Absicht begangen hat;

(ii) wenn und soweit dies ausdrücklich durch Vertrag vorgesehen ist;

(iii) wenn und soweit er gemäß Artikel 7 (e) für einen höheren als den für ihn gemäß Artikel 7 (b) festgesetzten Betrag für ein nukleares Ereignis haftet, das bei einer ohne seine Zustimmung vorgenommenen Durchfuhr von Kernmaterialien eintritt, und zwar gegen den Beförderer der Kernmaterialien; dies gilt nicht, wenn die Durchfuhr die Rettung oder den Versuch der Rettung von Leben oder Vermögenswerten bezweckt oder durch Umstände verursacht wird, auf die der Beförderer keinen Einfluß hat.

(g) Soweit der Inhaber einer Kernanlage ein Rückgriffsrecht gemäß Absatz (f) gegen einen anderen hat, steht diesem kein Rückgriffsrecht gemäß den Absätzen (c) und (d) gegen den Inhaber zu.

(h) Soweit die Bestimmungen der innerstaatlichen Sozialversicherung, insbesondere der Kranken-, der Arbeitsunfall- oder der Berufskrankheiten-Versicherung, eine Entschädigung für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden vorsehen, bestimmen sich die Rechte der Leistungsempfänger und die Rückgriffsrechte gegen den Inhaber einer Kernanlage nach dem Rechte der Vertragspartei, die diese Einrichtungen geschaffen hat.

act or omission done with intent to cause damage, against the individual acting or omitting to act with such intent;

(ii) if and to the extent that it is so provided expressly by contract;

(iii) if and to the extent that he is liable pursuant to Article 7 (e) for an amount over and above that established with respect to him pursuant to Article 7 (b), in respect of a nuclear incident occurring in the course of transit of nuclear substances carried out without his consent, against the carrier of the nuclear substances, except where such transit is for the purpose of saving or attempting to save life or property or is caused by circumstances beyond the control of such carrier.

(g) If the operator has a right of recourse to any extent pursuant to paragraph (f) of this Article against any person, that person shall not, to that extent, have a right of recourse against the operator under paragraphs (c) and (d) of this Article.

(h) Where provisions of national health insurance, social security, workmen's compensation or occupational disease compensation systems include compensation for damage caused by a nuclear incident, rights of beneficiaries of such systems and rights of recourse by virtue of such systems shall be determined by the law of the Contracting Party having established such systems.

l'intention de causer un dommage, contre la personne physique auteur de l'acte ou de l'omission intentionnelle;

ii) si et dans la mesure où le recours est prévu expressément par contrat;

iii) si et dans la mesure où sa responsabilité se trouve engagée en vertu de l'Article 7 (e) par un accident nucléaire, au cours d'un transit effectué sans son consentement, pour un montant excédant celui qui est fixé en ce qui le concerne, conformément à l'Article 7 (b), contre le transporteur ayant effectué le transit, sauf si ce transit a pour objet de sauver ou de tenter de sauver des vies ou des biens ou est provoqué par des circonstances indépendantes de la volonté du transporteur.

g) Pour autant que l'exploitant ait un droit de recours contre une personne en vertu du paragraphe (f) du présent Article, ladite personne ne peut avoir un droit de recours contre l'exploitant en vertu des paragraphes (c) et (d) du présent Article.

h) Si la réparation du dommage met en jeu un régime national d'assurance médicale, de sécurité sociale ou de réparation des accidents du travail et maladies professionnelles, les droits des bénéficiaires de ce régime et les recours éventuels pouvant être exercés contre l'exploitant sont réglés par la loi de la Partie Contractante ayant établi ce régime.

Artikel 7

(a) Die gesamte Entschädigung, die für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden zu leisten ist, darf den gemäß diesem Artikel festgesetzten Haftungshöchstbetrag nicht übersteigen.

(b) Der Höchstbetrag der Haftung des Inhabers einer Kernanlage für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden beträgt 15 000 000 Rechnungseinheiten des Europäischen Währungsabkommens, wie sie am Tage dieses Übereinkommens festgesetzt sind (im folgenden „Rechnungseinheiten“ genannt). Jede Vertragspartei kann jedoch unter Berücksichtigung der Möglichkeiten, die dem Inhaber einer Kernanlage zur Erlangung der gemäß Artikel 10 erforderlichen Versicherung oder sonstigen finanziellen Sicherheit zur Verfügung stehen, durch ihre Gesetzgebung

Article 7

(a) The aggregate of compensation required to be paid in respect of damage caused by a nuclear incident shall not exceed the maximum liability established in accordance with this Article.

(b) The maximum liability of the operator in respect of damage caused by a nuclear incident shall be 15,000,000 European Monetary Agreement units of account as defined at the date of this Convention (hereinafter referred to as "units of account"); provided that any Contracting Party, taking into account the possibilities for the operator of obtaining the insurance or other financial security required pursuant to Article 10, may establish by legislation a greater or less amount, but in no event less than 5,000,000 units of account. The sums mentioned above

Article 7

a) Le total des indemnités payables pour un dommage causé par un accident nucléaire ne peut dépasser le montant maximum de la responsabilité, fixé conformément au présent Article.

b) Le montant maximum de la responsabilité de l'exploitant pour les dommages causés par un accident nucléaire est fixé à 15.000.000 d'unités de compte de l'Accord Monétaire Européen, telles qu'elles sont définies à la date de la présente Convention (appelées ci-après «unités de compte»). Toutefois, un autre montant plus ou moins élevé peut être fixé par la législation d'une Partie Contractante, compte tenu de la possibilité pour l'exploitant d'obtenir l'assurance ou une autre garantie financière requise à l'Article 10, sans toutefois que le montant ainsi fixé puisse être infé-

einen höheren oder niedrigeren Betrag, jedoch auf keinen Fall weniger als 5 000 000 Rechnungseinheiten festsetzen. Die genannten Beträge können in runden Zahlen in die nationalen Währungen umgerechnet werden.

(c) Jede Vertragspartei kann durch ihre Gesetzgebung vorsehen, daß die Ausnahme gemäß Artikel 3 (b) (ii) nicht anzuwenden ist; jedoch darf die Einbeziehung des Schadens an den Beförderungsmitteln auf keinen Fall die Haftung des Inhabers einer Kernanlage für andere Schäden auf einen unter 5 000 000 Rechnungseinheiten liegenden Betrag vermindern.

(d) Der gemäß Absatz (b) für Inhaber von Kernanlagen im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei festgesetzte Haftungsbetrag sowie die Bestimmungen der Gesetzgebung einer Vertragspartei gemäß Absatz (c) gelten für die Haftung dieser Inhaber, wo immer das nukleare Ereignis eintritt.

(e) Eine Vertragspartei kann die Durchführung von Kernmaterialien durch ihr Hoheitsgebiet davon abhängig machen, daß der Haftungshöchstbetrag des betreffenden ausländischen Inhabers einer Kernanlage hinaufgesetzt wird, wenn sie findet, daß dieser Betrag nicht in ausreichender Weise die Risiken eines nuklearen Ereignisses im Verlauf dieser Durchführung deckt; jedoch darf der so hinaufgesetzte Höchstbetrag den Haftungshöchstbetrag der Inhaber der in ihrem Hoheitsgebiet gelegenen Kernanlagen nicht übersteigen.

(f) Die Bestimmungen des Absatzes (e) gelten nicht

(i) für die Beförderung auf dem Seeweg, wenn auf Grund des Völkerrechts ein Recht, in die Häfen der betreffenden Vertragspartei in dringenden Notfällen einzulaufen, oder ein Recht zur friedlichen Durchfahrt durch ihr Hoheitsgebiet besteht;

(ii) für die Beförderung auf dem Luftweg, wenn auf Grund von Staatsverträgen oder des Völkerrechts ein Recht besteht, das Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei zu überfliegen oder darauf zu landen.

(g) Zinsen und Kosten, die von einem Gericht in einem Schadensersatzprozeß gemäß diesem Übereinkommen zugesprochen werden, gelten nicht als Schadensersatz im Sinne dieses Übereinkommens und sind vom Inhaber einer Kernanlage zusätzlich zu dem Betrag zu zahlen, für den er gemäß diesem Artikel haftet.

may be converted into national currency in round figures.

(c) Any Contracting Party may by legislation provide that the exception in Article 3 (b) (ii) shall not apply: provided that, in no case, shall the inclusion of damage to the means of transport result in reducing the liability of the operator in respect of other damage to an amount less than 5,000,000 units of account.

(d) The amount of the liability of operators of nuclear installations in the territory of a Contracting Party established in accordance with paragraph (b) of this Article as well as the provisions of any legislation of a Contracting Party pursuant to paragraph (c) of this Article shall apply to the liability of such operators wherever the nuclear incident occurs.

(e) A Contracting Party may subject the transit of nuclear substances through its territory to the condition that the maximum amount of liability of the foreign operator concerned be increased, if it considers that such amount does not adequately cover the risks of a nuclear incident in the course of the transit: provided that the maximum amount thus increased shall not exceed the maximum amount of liability of operators of nuclear installations situated in its territory.

(f) The provisions of paragraph (e) of this Article shall not apply

(i) to carriage by sea where, under international law, there is a right of entry in cases of urgent distress into the ports of such Contracting Party or a right of innocent passage through its territory; or

(ii) to carriage by air where, by agreement or under international law, there is a right to fly over or land on the territory of such Contracting Party.

(g) Any interest and costs awarded by a court in actions for compensation under this Convention shall not be considered to be compensation for the purposes of this Convention and shall be payable by the operator in addition to any sum for which he is liable in accordance with this Article.

rieur à 5.000.000 d'unités de compte. Les montants prévus au présent paragraphe peuvent être convertis en monnaie nationale en chiffres ronds.

c) L'exception résultant de l'alinéa (b) (ii) de l'Article 3 peut être écartée par la législation d'une Partie Contractante, à condition qu'en aucun cas l'inclusion des dommages au moyen de transport n'ait pour effet de réduire la responsabilité de l'exploitant pour les autres dommages à un montant inférieur à 5.000.000 d'unités de compte.

d) Le montant fixé en vertu du paragraphe (b) du présent Article pour la responsabilité des exploitants d'installations nucléaires situées sur le territoire d'une Partie Contractante ainsi que les dispositions de la législation d'une Partie Contractante prise en vertu du paragraphe (c) du présent Article, s'appliquent à la responsabilité desdits exploitants quel que soit le lieu de l'accident nucléaire.

e) Une Partie Contractante peut subordonner le transit de substances nucléaires à travers son territoire, à la condition que le montant maximum de la responsabilité de l'exploitant étranger en cause soit augmenté, si elle estime que ledit montant ne couvre pas d'une manière adéquate les risques d'un accident nucléaire au cours de ce transit. Toutefois, le montant maximum ainsi augmenté ne peut excéder le montant maximum de la responsabilité des exploitants d'installations nucléaires situées sur le territoire de cette Partie Contractante.

f) Les dispositions du paragraphe (e) du présent Article ne s'appliquent pas

i) au transport par mer lorsqu'il y a, en vertu du droit international, un droit de refuge dans les ports de ladite Partie Contractante, par suite d'un danger imminent, ou un droit de passage inoffensif à travers son territoire;

ii) au transport par air lorsqu'il y a, en vertu d'un accord ou du droit international, un droit de survol du territoire ou d'atterrissage sur le territoire de ladite Partie Contractante.

g) Les intérêts et dépens liquidés par le Tribunal saisi d'une action en réparation en vertu de la présente Convention ne sont pas considérés comme des indemnités au sens de la présente Convention et sont dus par l'exploitant en sus du montant des réparations qui peuvent être dues en vertu du présent Article.

Artikel 8

(a) Der Anspruch auf Entschädigung gemäß diesem Übereinkommen erlischt, wenn eine Klage nicht binnen zehn Jahren nach dem nuklearen Ereignis erhoben wird. Ist ein Schaden durch ein nukleares Ereignis im Zusammenhang mit Kernbrennstoffen oder radioaktiven Erzeugnissen oder Abfällen verursacht worden, die zur Zeit des Ereignisses gestohlen oder verloren waren oder deren Besitz aufgegeben worden ist und die nicht wieder erlangt worden sind, so beträgt die Frist für das Erlöschen des Anspruchs zehn Jahre vom Zeitpunkt des Diebstahls, Verlustes oder der Besitzaufgabe an gerechnet. Durch die innerstaatliche Gesetzgebung kann jedoch für das Erlöschen des Anspruchs oder für die Verjährung eine Frist von nicht weniger als zwei Jahren von dem Zeitpunkt an festgesetzt werden, zu dem der Geschädigte von dem Schaden und dem haftenden Inhaber Kenntnis hat oder hätte Kenntnis haben müssen; jedoch darf die zehnjährige Frist außer im Falle des Absatzes (c) nicht überschritten werden.

(b) In den Fällen des Artikels 13 (d) (i) (2) oder (ii) erlischt der Anspruch auf Entschädigung nicht, wenn binnen der in Absatz (a) vorgesehenen Frist

(i) vor der Entscheidung des in Artikel 17 genannten Gerichtshofs eine Klage bei einem der Gerichte, unter denen der Gerichtshof wählen kann, erhoben worden ist; entscheidet der Gerichtshof, daß ein anderes Gericht als dasjenige, bei dem diese Klage bereits erhoben worden ist, zuständig ist, so kann er einen Zeitpunkt bestimmen, bis zu dem diese Klage bei dem für zuständig erklärten Gericht zu erheben ist;

(ii) bei einer Vertragspartei der Antrag gestellt worden ist, die Bestimmung des zuständigen Gerichts durch den Gerichtshof gemäß Artikel 13 (d) (i) (2) oder (ii) einzuleiten und nach dieser Bestimmung binnen einer vom Gerichtshof festgesetzten Frist eine Klage erhoben wird.

(c) Durch die innerstaatliche Gesetzgebung kann eine Frist von mehr als zehn Jahren festgesetzt werden, wenn Maßnahmen für die Deckung der Haftung des Inhabers einer Kernanlage für Schadensersatzklagen, die nach Ablauf der zehnjährigen Frist erhoben werden, getroffen sind.

(d) Soweit nicht durch innerstaatliches Recht Gegenteiliges bestimmt wird, kann derjenige, der einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden erleidet und eine Schadens-

Article 8

(a) The right of compensation under this Convention shall be extinguished if an action is not brought within ten years from the date of the nuclear incident. In the case of damage caused by a nuclear incident involving nuclear fuel or radioactive products or waste which, at the time of the incident have been stolen, lost, or abandoned and have not yet been recovered, the period for the extinction of the right shall be ten years from the date of the theft, loss, or abandonment. National legislation may, however, establish a period of not less than two years for the extinction of the right or as a period of limitation either from the date at which the person suffering damage has knowledge or from the date at which he ought reasonably to have known of both the damage and the operator liable: provided that the period of ten years shall not be exceeded except in accordance with paragraph (c) of this Article.

(b) Where the provisions of Article 13 (d) (i) (2) or (ii) are applicable, the right of compensation shall not, however, be extinguished if, within the time provided for in paragraph (a) of this Article,

(i) prior to the determination by the Tribunal referred to in Article 17, an action has been brought before any of the courts from which the Tribunal can choose; if the Tribunal determines that the competent court is a court other than that before which such action has already been brought, it may fix a date by which such action has to be brought before the competent court so determined; or

(ii) a request has been made to a Contracting Party to initiate a determination by the Tribunal of the competent court pursuant to Article 13 (d) (i) (2) or (ii) and an action is brought subsequent to such determination within such time as may be fixed by the Tribunal.

(c) National legislation may establish a period longer than ten years if measures have been taken to cover the liability of the operator in respect of any actions for compensation begun after the expiry of the period of ten years.

(d) Unless national law provides to the contrary, any person suffering damage caused by a nuclear incident who has brought an action for compensation within the period

Article 8

a) Les actions en réparation, en vertu de la présente Convention, doivent être intentées sous peine de déchéance, dans le délai de dix ans à compter de l'accident nucléaire. Dans le cas de dommage causé par un accident nucléaire mettant en jeu des combustibles nucléaires, produits ou déchets radioactifs qui étaient au moment de l'accident volés, perdus ou abandonnés et n'avaient pas été récupérés, le délai de déchéance de dix ans part du moment du vol, de la perte ou de l'abandon. Toutefois, la législation nationale peut fixer un délai de déchéance ou de prescription de deux ans au moins, soit à compter du moment où le lésé a eu connaissance du dommage et de l'exploitant responsable, soit à compter du moment où il a dû raisonnablement en avoir connaissance, sans que le délai de dix ans puisse être dépassé, si ce n'est conformément au paragraphe (c) du présent Article.

b) Dans les cas prévus à l'Article 13 (d) (i) (2) ou (ii), il n'y a pas déchéance de l'action en réparation si, dans le délai prévu au paragraphe (a) du présent Article,

il une action a été intentée, avant que le Tribunal visé à l'Article 17 n'ait pris une décision, devant l'un des tribunaux entre lesquels ledit Tribunal peut choisir; si le Tribunal désigne comme tribunal compétent, un autre tribunal que celui devant lequel l'action a déjà été intentée, il peut fixer un délai dans lequel l'action doit être intentée devant le tribunal compétent ainsi désigné;

ii) une demande a été introduite après d'une Partie Contractante en vue de la désignation du tribunal compétent par le Tribunal conformément à l'Article 13 (d) (i) (2) ou (ii), à condition qu'une action soit intentée après cette désignation dans le délai qui serait fixé par ledit Tribunal.

c) La législation nationale peut fixer un délai de déchéance supérieur à dix ans, si elle prévoit des mesures pour couvrir la responsabilité de l'exploitant à l'égard des actions en réparation introduites après l'expiration du délai de dix ans.

d) Sauf disposition contraire du droit national, une personne ayant subi un dommage causé par un accident nucléaire qui a intenté une action en réparation dans le délai prévu

ersatzklage binnen der in diesem Artikel vorgesehenen Frist erhoben hat, zusätzliche Ansprüche wegen einer etwaigen Vergrößerung des Schadens nach Ablauf dieser Frist geltend machen, solange von dem zuständigen Gericht noch kein endgültiges Urteil ergangen ist.

Artikel 9

Soweit nicht durch die innerstaatliche Gesetzgebung Gegenteiliges bestimmt wird, haftet der Inhaber einer Kernanlage nicht für einen Schaden, der durch ein nukleares Ereignis verursacht worden ist, das auf eine Maßnahme eines bewaffneten Konfliktes, einer Invasion, eines Bürgerkrieges oder eines Aufstandes, oder auf eine schwere Naturkatastrophe außerordentlichter Art zurückzuführen ist.

Artikel 10

(a) Zur Deckung der in diesem Übereinkommen vorgesehenen Haftung ist der Inhaber einer Kernanlage gehalten, eine Versicherung oder eine sonstige finanzielle Sicherheit in der gemäß Artikel 7 festgesetzten Höhe einzugehen und aufrechtzuerhalten; ihre Art und Bedingungen werden von der zuständigen Behörde bestimmt.

(b) Kein Versicherer und kein anderer, der eine finanzielle Sicherheit erbringt, darf die in Absatz (a) vorgesehene Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit aussetzen oder beenden, ohne dies der zuständigen Behörde mindestens zwei Monate vorher schriftlich anzuzeigen. Soweit sich diese Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit auf die Beförderung von Kernmaterialien bezieht, ist ihre Aussetzung oder Beendigung für die Dauer der Beförderung ausgeschlossen.

(c) Die aus Versicherung, Rückversicherung oder sonstiger finanzieller Sicherheit herrührenden Beträge dürfen nur für den Ersatz eines Schadens herangezogen werden, der durch ein nukleares Ereignis verursacht worden ist.

Artikel 11

Art, Form und Umfang des Schadensersatzes sowie dessen gerechte Verteilung bestimmen sich innerhalb der Grenzen dieses Übereinkommens nach dem innerstaatlichen Rechte.

Artikel 12

Der gemäß diesem Übereinkommen zu leistende Schadensersatz, die Versicherungs- und Rückversicherungspremien sowie die gemäß Artikel 10 aus Versicherung, Rückversicherung oder sonstiger finanzieller Sicherheit

provided for in this Article may amend his claim in respect of any aggravation of the damage after the expiry of such period provided that final judgment has not been entered by the competent court.

Article 9

Except in so far as national legislation may provide to the contrary, the operator shall not be liable for damage caused by a nuclear incident due to an act of armed conflict, invasion, civil war, insurrection, or a grave natural disaster of an exceptional character.

Article 10

(a) To cover the liability under this Convention, the operator shall be required to have and maintain insurance or other financial security of the amount established pursuant to Article 7 and of such type and terms as the competent public authority shall specify.

(b) No insurer or other financial guarantor shall suspend or cancel the insurance or other financial security provided for in paragraph (a) of this Article without giving notice in writing of at least two months to the competent public authority or in so far as such insurance or other financial security relates to the carriage of nuclear substances, during the period of the carriage in question.

(c) The sums provided as insurance, reinsurance, or other financial security may be drawn upon only for compensation for damage caused by a nuclear incident.

Article 11

The nature, form and extent of the compensation, within the limits of this Convention, as well as the equitable distribution thereof, shall be governed by national law.

Article 12

Compensation payable under this Convention, insurance and reinsurance, premiums, sums provided as insurance, reinsurance, or other financial security required pursuant to Article 10, and interest and costs referred

au présent Article peut présenter une demande complémentaire en cas d'aggravation du dommage après l'expiration de ce délai, tant qu'un jugement définitif n'est pas intervenu.

Article 9

Sauf disposition contraire de la législation nationale, l'exploitant n'est pas responsable des dommages causés par un accident nucléaire si cet accident est dû à des actes d'un conflit armé, d'une invasion, d'une guerre civile, d'une insurrection ou à des cataclysmes naturels de caractère exceptionnel.

Article 10

a) Tout exploitant devra être tenu, pour faire face à la responsabilité prévue par la présente Convention, d'avoir et de maintenir, à concurrence du montant fixé conformément à l'Article 7, une assurance ou une autre garantie financière correspondant au type et aux conditions déterminés par l'autorité publique compétente.

b) L'assureur ou toute autre personne ayant accordé une garantie financière ne peut suspendre l'assurance ou la garantie financière prévue au paragraphe (a) du présent Article, ou y mettre fin sans un préavis de deux mois au moins donné par écrit à l'autorité publique compétente, ou, dans la mesure où ladite assurance ou autre garantie financière concerne un transport de substances nucléaires, pendant la durée de ce transport.

c) Les sommes provenant de l'assurance, de la réassurance ou d'une autre garantie financière ne peuvent servir qu'à la réparation des dommages causés par un accident nucléaire.

Article 11

La nature, la forme et l'étendue de la réparation, ainsi que la répartition équitable des indemnités sont régies, dans les limites prévues par la présente Convention, par le droit national.

Article 12

Les indemnités payables conformément à la présente Convention, les primes d'assurance et de réassurance ainsi que les sommes provenant de l'assurance, de la réassurance ou d'une autre garantie financière en ver-

herrührenden Beträge und die in Artikel 7 (g) angeführten Zinsen und Kosten sind zwischen den Währungsgebieten der Vertragsparteien frei transferierbar.

Artikel 13

(a) Die Gerichtsbarkeit für Klagen gemäß den Artikeln 3, 6 (a), 6 (c) und 6 (d) steht nur den Gerichten zu, die gemäß der Gesetzgebung derjenigen Vertragspartei zuständig sind, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist.

(b) Bei einem nuklearen Ereignis, das im Verlauf einer Beförderung eintritt, steht, soweit Absatz (c) nichts anderes bestimmt, die Gerichtsbarkeit nur den Gerichten zu, die gemäß der Gesetzgebung der Vertragspartei zuständig sind, in deren Hoheitsgebiet sich die betreffenden Kernmaterialien zur Zeit des nuklearen Ereignisses befunden haben.

(c) Tritt ein nukleares Ereignis außerhalb des Hoheitsgebietes der Vertragsparteien im Verlauf einer Beförderung ein oder kann der Ort, an dem sich die betreffenden Kernmaterialien zur Zeit des nuklearen Ereignisses befunden haben, nicht festgestellt werden oder haben sich die betreffenden Kernmaterialien zur Zeit des nuklearen Ereignisses in einem Hoheitsgebiet befunden, das der Gerichtsbarkeit mehr als einer Vertragspartei untersteht, dann steht die Gerichtsbarkeit nur den Gerichten zu, die gemäß der Gesetzgebung derjenigen Vertragspartei zuständig sind, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist.

(d) Ergibt sich aus den Absätzen (a) oder (c) die Zuständigkeit der Gerichte von mehr als einer Vertragspartei, so sind zuständig:

(i) bei einem nuklearen Ereignis, das im Verlauf einer Beförderung von Kernmaterialien eintritt,

(1) die Gerichte, die gemäß der Gesetzgebung einer Vertragspartei für den in ihrem Hoheitsgebiet gelegenen Ort zuständig sind, an dem die Beförderungsmittel registriert sind, auf denen sich die betreffenden Kernmaterialien zur Zeit des nuklearen Ereignisses befunden haben, sofern diese Gerichte gemäß Absatz (c) zuständig sind;

(2) falls solche Gerichte nicht bestehen, dasjenige der gemäß Absatz (c) zuständigen Gerichte, das auf Antrag einer betroffenen Vertragspartei von dem in Artikel 17 genannten

to in Article 7 (g), shall be freely transferable between the monetary areas of the Contracting Parties.

Article 13

(a) Jurisdiction over actions under Article 3, 6 (a), 6 (c) and 6 (d) shall lie only with the courts competent in accordance with the legislation of the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated.

(b) In the case of a nuclear incident occurring in the course of carriage, jurisdiction shall, except as otherwise provided in paragraph (c) of this Article, lie only with the courts competent in accordance with the legislation of the Contracting Party in whose territory the nuclear substances involved were at the time of the nuclear incident.

(c) If a nuclear incident occurs outside the territory of the Contracting Parties in the course of carriage, or if the place where the nuclear substances involved were at the time of the nuclear incident cannot be determined, or if the nuclear substances involved were in territory under the jurisdiction of more than one Contracting Party at the time of the nuclear incident, jurisdiction shall lie only with the courts competent in accordance with the legislation of the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated.

(d) Where jurisdiction would lie with the courts of more than one Contracting Party by virtue of paragraphs (a) or (c) of this Article, jurisdiction shall lie,

(i) in the case of a nuclear incident occurring in the course of carriage of nuclear substances,

(1) with the courts competent in accordance with the legislation of the Contracting Party at the place in its territory where the means of transport upon which the nuclear substances involved were at the time of the nuclear incident is registered, provided that they are competent under paragraph (c) of this Article; or

(2) if there is no such court, with that one of the courts which is competent under paragraph (c) of this Article, determined, at the request of a Contracting Party concerned, by the Tribu-

tu de l'Article 10 et les intérêts et dépens visés à l'Article 7 (g), sont librement transférables entre les zones monétaires des Parties Contractantes.

Article 13

a) Les tribunaux compétents en vertu de la législation d'une Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire dont l'exploitant est responsable, sont seuls compétents pour statuer sur les actions introduites en vertu des Articles 3, 6 (a), 6 (c) et 6(d).

b) Dans le cas d'un accident nucléaire survenu en cours de transport, les tribunaux compétents en vertu de la législation de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle se trouvaient lors de l'accident les substances nucléaires mises en jeu, sont seuls compétents, sous réserve des dispositions du paragraphe (c) du présent Article.

c) Si un accident est survenu hors des territoires des Parties Contractantes en cours de transport ou si le lieu où se trouvaient, lors de l'accident, les substances nucléaires mises en jeu, ne peut être déterminé, ou si les substances nucléaires mises en jeu se trouvaient, lors de l'accident, sur un territoire relevant de plus d'une Partie Contractante, les tribunaux compétents en vertu de la législation de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire dont l'exploitant est responsable sont seuls compétents.

d) Si, en vertu des paragraphes (a) ou (c) du présent Article, les tribunaux de plusieurs Parties Contractantes sont compétents, la compétence est attribuée,

i) dans le cas d'un accident nucléaire survenant au cours d'un transport de substances nucléaires,

(1) aux tribunaux compétents, en vertu de la législation locale, au lieu du territoire de la Partie Contractante où est immatriculé le moyen de transport sur lequel les substances nucléaires en cause se trouvaient au moment de l'accident nucléaire à condition que ces tribunaux soient compétents en vertu du paragraphe (c) du présent Article; ou

(2) à défaut d'un tel tribunal, à celui qui est désigné à la demande d'une Partie Contractante intéressée, par le Tribunal visé à l'Article 17, parmi les tribunaux compétents en vertu du

Gerichtshof im Hinblick darauf bestimmt wird, daß es zu dem Falle die nächste Beziehung hat;

- (ii) in allen anderen Fällen die gemäß der Gesetzgebung der Vertragspartei zuständigen Gerichte, die auf Antrag einer betroffenen Vertragspartei von dem genannten Gerichtshof im Hinblick darauf bestimmt werden, daß sie zu dem Falle die nächste Beziehung haben.

(e) Die von dem gemäß diesem Artikel zuständigen Gericht nach einer Verhandlung oder im Säumnisverfahren gefällten Urteile sind, wenn sie nach dem von diesem Gericht angewandten Rechte vollstreckbar geworden sind, im Hoheitsgebiet jeder anderen Vertragspartei vollstreckbar, sobald die von der betreffenden Vertragspartei vorgeschriebenen Formalitäten erfüllt worden sind. Eine sachliche Nachprüfung ist nicht zulässig. Diese Bestimmungen sind auf vorläufig vollstreckbare Urteile nicht anzuwenden.

(f) Wird eine Klage gegen eine Vertragspartei als den gemäß diesem Übereinkommen haftenden Inhaber einer Kernanlage erhoben, so kann sich diese Vertragspartei vor dem gemäß diesem Artikel zuständigen Gericht auf Immunität von der Gerichtsbarkeit nicht berufen.

Artikel 14

(a) Dieses Übereinkommen ist ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit, den Wohnsitz oder den Aufenthalt anzuwenden.

(b) Die Ausdrücke „innerstaatliches Recht“ und „innerstaatliche Gesetzgebung“ bedeuten das innerstaatliche Recht oder die innerstaatliche Gesetzgebung des Gerichts, das gemäß diesem Übereinkommen für die Entscheidung über Ansprüche zuständig ist, die sich aus einem nuklearen Ereignis ergeben. Sie sind auf alle materiell- und verfahrensrechtlichen Fragen anzuwenden, die durch das vorliegende Übereinkommen nicht besonders geregelt sind.

(c) Das innerstaatliche Recht und die innerstaatliche Gesetzgebung sind ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit, den Wohnsitz oder den Aufenthalt anzuwenden.

Artikel 15

(a) Jede Vertragspartei kann die von ihr für notwendig erachteten Maßnahmen treffen, um den in diesem Übereinkommen vorgesehenen Entschädigungsbetrag zu erhöhen.

nal referred to in Article 17 as being the most closely related to the case in question;

- (ii) in any other case, with the courts competent in accordance with the legislation of the Contracting Party determined, at the request of a Contracting Party concerned, by the said Tribunal as being the most closely related to the case in question.

(e) Judgments entered by the competent court under this Article after trial, or by default, shall, when they have become enforceable under the law applied by that court, become enforceable in the territory of any of the other Contracting Parties as soon as the formalities required by the Contracting Party concerned have been complied with. The merits of the case shall not be the subject of further proceedings. The foregoing provisions shall not apply to interim judgments.

(f) If an action is brought against a Contracting Party as an operator liable under this Convention, such Contracting Party may not invoke any jurisdictional immunities before the court competent in accordance with this Article.

Article 14

(a) This Convention shall be applied without any discrimination based upon nationality, domicile, or residence.

(b) "National law" and "national legislation" mean the national law or the national legislation of the court having jurisdiction under this Convention over claims arising out of a nuclear incident, and that law or legislation shall apply to all matters both substantive and procedural not specifically governed by this Convention.

(c) That law and legislation shall be applied without any discrimination based upon nationality, domicile, or residence.

Article 15

(a) Any Contracting Party may take such measures as it deems necessary to provide for an increase in the amount of compensation specified in this Convention.

paragraphe (c) du présent Article, comme étant le plus directement lié à l'affaire;

- ii) dans tout autre cas, aux tribunaux compétents en vertu de la législation de la Partie Contractante désignée par ledit Tribunal, à la demande d'une Partie Contractante intéressée, comme étant le plus directement liés à l'affaire.

e) Lorsque les jugements prononcés contradictoirement ou par défaut par le tribunal compétent en vertu des dispositions du présent Article sont exécutoires d'après les lois appliquées par ce tribunal, ils deviennent exécutoires sur le territoire de toute autre Partie Contractante dès l'accomplissement des formalités prescrites par la Partie Contractante intéressée. Aucun nouvel examen du fond de l'affaire n'est admis. Cette disposition ne s'applique pas aux jugements qui ne sont exécutoires que provisoirement.

f) Si une action en réparation est intentée contre une Partie Contractante en tant qu'exploitant responsable en vertu de la présente Convention, ladite Partie Contractante ne peut invoquer son immunité de juridiction devant le tribunal compétent en vertu du présent Article.

Article 14

a) La présente Convention doit être appliquée sans aucune discrimination fondée sur la nationalité, le domicile ou la résidence.

b) Le «droit national» et la «législation nationale» signifient le droit ou la législation nationale du tribunal compétent en vertu de la présente Convention pour statuer sur les actions résultant d'un accident nucléaire; le droit ou la législation nationale est applicable pour toutes les questions de fond et de procédure qui ne sont pas réglées spécialement par la présente Convention.

c) Le droit et la législation nationale doivent être appliqués sans aucune discrimination fondée sur la nationalité, le domicile ou la résidence.

Article 15

a) Il appartient à chaque Partie Contractante de prendre les mesures qu'elle estime nécessaires en vue d'accroître l'importance de la réparation prévue par la présente Convention.

(b) Soweit die Zahlung von Schadensersatz aus öffentlichen Mitteln vorgesehen ist und den Betrag von 5 000 000 der in Artikel 7 bezeichneten Rechnungseinheiten übersteigt, können diese Maßnahmen, unabhängig von ihrer Form, unter Bedingungen angewandt werden, die von den Vorschriften dieses Übereinkommens abweichen.

Artikel 16

Entscheidungen des Direktionsausschusses gemäß Artikel 1 (a) (ii), 1 (a) (iii) und 1 (b) werden von den die Vertragsparteien vertretenden Mitgliedern im gegenseitigen Einvernehmen getroffen.

Artikel 17

Streitigkeiten, die sich zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens ergeben, sind vom Direktionsausschuß zu prüfen. Falls eine gütliche Einigung nicht zustandekommt, sind sie auf Antrag einer der beteiligten Vertragsparteien dem Gerichtshof vorzulegen, der durch das Übereinkommen vom 20. Dezember 1957 zur Einrichtung einer Sicherheitskontrolle auf dem Gebiet der Kernenergie errichtet worden ist.

Artikel 18

(a) Vorbehalte zu einer oder mehreren Bestimmungen dieses Übereinkommens können jederzeit vor der Ratifizierung des Übereinkommens, vor dem Beitritt zu ihm oder vor der Notifizierung gemäß Artikel 23 hinsichtlich des oder der darin genannten Hoheitsgebiete gemacht werden. Vorbehalte sind nur zulässig, wenn die Unterzeichnerstaaten ihnen ausdrücklich zugestimmt haben.

(b) Die Zustimmung eines Unterzeichnerstaates ist nicht erforderlich, wenn er dieses Übereinkommen nicht selbst binnen zwölf Monaten, nachdem ihm der Vorbehalt durch den Generalsekretär der Organisation gemäß Artikel 24 mitgeteilt worden ist, ratifiziert hat.

(c) Jeder gemäß diesem Artikel zugelassene Vorbehalt kann jederzeit durch Notifizierung an den Generalsekretär der Organisation zurückgezogen werden.

Artikel 19

(a) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifizierung. Die Ratifizierungsurkunden werden beim Generalsekretär der Organisation hinterlegt.

(b) In so far as compensation for damage involves public funds and is in excess of the 5,000,000 units of account referred to in Article 7, any such measure in whatever form may be applied under conditions which may derogate from the provisions of this Convention.

Article 16

Decisions taken by the Steering Committee under Article 1 (a) (ii), 1 (a) (iii) and 1 (b) shall be adopted by mutual agreement of the members representing the Contracting Parties.

Article 17

Any dispute arising between two or more Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Convention shall be examined by the Steering Committee and in the absence of friendly settlement shall, upon the request of a Contracting Party concerned, be submitted to the Tribunal established by the Convention of 20th December, 1957, on the Establishment of a Security Control in the Field of Nuclear Energy.

Article 18

(a) Reservations to one or more of the provisions of this Convention may be made at any time prior to ratification of or accession to this Convention or prior to the time of notification under Article 23 in respect of any territory or territories mentioned in the notification, and shall be admissible only if the terms of these reservations have been expressly accepted by the Signatories.

(b) Such acceptance shall not be required from a Signatory which has not itself ratified this Convention within a period of twelve months after the date of notification to it of such reservation by the Secretary-General of the Organisation in accordance with Article 24.

(c) Any reservation admitted in accordance with this Article may be withdrawn at any time by notification addressed to the Secretary-General of the Organisation.

Article 19

(a) This Convention shall be ratified. Instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the Organisation.

b) Pour la part des dommages dont la réparation proviendrait d'une intervention financière mettant en jeu des fonds publics et qui excéderait le montant minimum de 5.000.000 d'unités de compte prévu à l'Article 7, l'application de ces mesures, quelle que soit leur forme, pourrait être soumise à des conditions particulières dérogeant aux dispositions de la présente Convention.

Article 16

Les dispositions prises par le Comité de Direction en vertu de l'Article 1 (a) (ii), 1 (a) (iii) et 1 (b), sont adoptées par accord mutuel des membres représentant les Parties Contractantes.

Article 17

Tout différend entre deux ou plusieurs Parties Contractantes relatif à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention sera examiné par le Comité de Direction et à défaut de solution amiable soumis, à la demande d'une Partie Contractante intéressée, au Tribunal créé par la Convention en date du 20 décembre 1957 sur l'Établissement d'un Contrôle de Sécurité dans le Domaine de l'Énergie Nucléaire.

Article 18

a) Des réserves portant sur une ou plusieurs dispositions de la présente Convention peuvent être formulées à tout moment avant la ratification ou l'adhésion à la présente Convention, ou avant la notification faite en vertu de l'Article 23 en ce qui concerne le ou les territoires visés par cette notification; ces réserves ne sont recevables que si leurs termes ont été expressément acceptés par les Signataires.

b) Toutefois, l'acceptation d'un Signataire n'est pas requise, si celui-ci n'a pas lui-même ratifié la Convention dans un délai de douze mois à partir de la date où la notification de la réserve lui a été communiquée par le Secrétaire général de l'Organisation, conformément à l'Article 24.

c) Toute réserve acceptée conformément au présent Article peut être retirée à tout moment par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation.

Article 19

a) La présente Convention sera ratifiée. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation.

(b) Dieses Übereinkommen tritt mit Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch mindestens fünf Unterzeichnerstaaten in Kraft. Für jeden später ratifizierenden Unterzeichnerstaat tritt es mit Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde in Kraft.

Artikel 20

Änderungen dieses Übereinkommens werden im gegenseitigen Einvernehmen aller Vertragsparteien angenommen. Sie treten in Kraft, wenn sie von zwei Dritteln der Vertragsparteien ratifiziert oder bestätigt sind. Für jede später ratifizierende oder bestätigende Vertragspartei treten sie mit der Ratifizierung oder Bestätigung in Kraft.

Artikel 21

(a) Die Regierung eines Mitglied — oder assoziierten Staates der Organisation, der nicht Unterzeichnerstaat dieses Übereinkommens ist, kann ihm durch eine an den Generalsekretär der Organisation zu richtende Notifikation beitreten.

(b) Die Regierung eines anderen Staates, der nicht Unterzeichnerstaat dieses Übereinkommen ist, kann ihm durch eine an den Generalsekretär der Organisation zu richtende Notifikation und mit Zustimmung sämtlicher Vertragsparteien beitreten. Der Beitritt wird mit der Erteilung der Zustimmung wirksam.

Artikel 22

(a) Dieses Übereinkommen wird für die Dauer von zehn Jahren, gerechnet von seinem Inkrafttreten an, geschlossen. Jede Vertragspartei kann es, soweit es sie betrifft, auf das Ende dieses Zeitraums unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten durch ein an den Generalsekretär der Organisation zu richtendes Schreiben kündigen.

(b) Dieses Übereinkommen bleibt nach Ablauf von zehn Jahren für die Dauer von weiteren fünf Jahren für diejenigen Vertragsparteien in Kraft, die nicht gemäß Absatz (a) gekündigt haben. Danach bleibt es für jeweils weitere fünf Jahre für diejenigen Vertragsparteien in Kraft, die es nicht auf das Ende eines solchen Zeitraumes von fünf Jahren unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten durch ein an den Generalsekretär der Organisation zu richtendes Schreiben gekündigt haben.

(c) Der Generalsekretär der Organisation hat fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens oder binnen sechs Monaten, nachdem eine Vertragspartei dies beantragt hat,

(b) This Convention shall come into force upon the deposit of instruments of ratification by not less than five of the Signatories. For each Signatory ratifying thereafter, this Convention shall come into force upon the deposit of its instrument of ratification.

Article 20

Amendments to this Convention shall be adopted by mutual agreement of all the Contracting Parties. They shall come into force when ratified or confirmed by two-thirds of the Contracting Parties. For each Contracting Party ratifying or confirming thereafter, they shall come into force at the date of such ratification or confirmation.

Article 21

(a) The Government of any Member or Associate country of the Organisation which is not a Signatory to this Convention may accede thereto by notification addressed to the Secretary-General of the Organisation.

(b) The Government of any other country which is not a Signatory to this Convention may accede thereto by notification addressed to the Secretary-General of the Organisation and with the unanimous assent of the Contracting Parties. Such accession shall take effect from the date of such assent.

Article 22

(a) This Convention shall remain in effect for a period of ten years as from the date of its coming into force. Any Contracting Party may, by giving twelve months' notice to the Secretary-General of the Organisation, terminate the application of this Convention to itself at the end of the period of ten years.

(b) This Convention shall, after the period of ten years, remain in force for a period of five years for such Contracting Parties as have not terminated its application in accordance with paragraph (a) of this Article, and thereafter for successive periods of five years for such Contracting Parties as have not terminated its application at the end of one of such periods of five years by giving twelve months' notice to that effect to the Secretary-General of the Organisation.

(c) A conference shall be convened by the Secretary-General of the Organisation in order to consider revisions to this Convention after a period of five years as from the date of its

b) La présente Convention entrera en vigueur dès que cinq au moins des Signataires auront déposé leur instrument de ratification. Pour tout Signataire qui la ratifiera ultérieurement, la présente Convention entrera en vigueur dès qu'il aura déposé son instrument de ratification.

Article 20

Les modifications à la présente Convention seront adoptées par accord mutuel de toutes les Parties Contractantes. Elles entreront en vigueur lorsqu'elles auront été ratifiées ou confirmées par les deux tiers des Parties Contractantes. Pour toutes Parties Contractantes qui les ratifieront ou confirmeront ultérieurement, les modifications entreront en vigueur à la date de cette ratification ou confirmation.

Article 21

a) Tout Gouvernement d'un pays membre ou associé de l'Organisation, non Signataire de la présente Convention, pourra y adhérer par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation.

b) Tout Gouvernement d'un autre pays non Signataire de la présente Convention pourra y adhérer par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation et avec l'accord unanime des Parties Contractantes. L'adhésion prendra effet à la date de cet accord.

Article 22

a) La présente Convention est conclue pour une durée de dix ans à compter de la date de son entrée en vigueur. Toute Partie Contractante pourra mettre fin en ce qui la concerne à l'application de la présente Convention au terme de ce délai en donnant un préavis d'un an à cet effet au Secrétaire général de l'Organisation.

b) La présente Convention restera par la suite en vigueur pour une période de cinq ans, vis-à-vis des Parties Contractantes qui n'auront pas mis fin à son application conformément au paragraphe (a) du présent Article et ultérieurement, par périodes successives de cinq ans, vis-à-vis des Parties Contractantes qui n'y auront pas mis fin au terme de l'une de ces périodes, en donnant un préavis d'un an à cet effet au Secrétaire général de l'Organisation.

c) Une conférence sera convoquée par le Secrétaire général de l'Organisation pour examiner la révision de la présente Convention, au terme de la période de cinq ans qui suivra la

eine Konferenz zur Beratung über eine Revision dieses Übereinkommens einzuberufen.

Artikel 23

(a) Dieses Übereinkommen gilt im Mutterland der Vertragsparteien.

(b) Jeder Unterzeichnerstaat oder jede Vertragspartei kann anlässlich der Unterzeichnung, der Ratifizierung oder des Beitritts zu diesem Übereinkommen oder zu jedem späteren Zeitpunkt dem Generalsekretär der Organisation notifizieren, daß dieses Übereinkommen auch in den nicht unter Absatz (a) fallenden Gebieten der Vertragsparteien gilt, die in der Notifikation angeführt werden. Dies gilt auch für Gebiete, für deren internationale Beziehungen der Unterzeichnerstaat oder die Vertragspartei verantwortlich ist. Jede derartige Notifikation kann bezüglich der darin angeführten Gebiete unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten durch ein an den Generalsekretär der Organisation zu richtendes Schreiben zurückgezogen werden.

(c) Die Gebiete einer Vertragspartei, für die dieses Übereinkommen nicht gilt, einschließlich solcher, für deren internationale Beziehungen sie verantwortlich ist, gelten im Sinne dieses Übereinkommens als Hoheitsgebiet eines Nichtvertragsstaates.

Artikel 24

Der Generalsekretär der Organisation zeigt allen Unterzeichner- und beitretenden Staaten den Eingang jeder Ratifikations- und Beitrittsurkunde, jeder Kündigung, jeder Notifikation gemäß Artikel 23 und jeder Entscheidung des Direktionsausschusses gemäß Artikel 1 (a) (ii), 1 (a) (iii) und 1 (b) an. Er notifiziert ihnen auch den Zeitpunkt, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt, den Wortlaut aller Änderungen und den Zeitpunkt, in dem sie in Kraft treten, sowie jeden gemäß Artikel 18 gemachten Vorbehalt.

coming into force or, at any other time, at the request of a Contracting Party, within six months from the date of such request.

Article 23

(a) This Convention shall apply to the metropolitan territories of the Contracting Parties.

(b) Any Signatory or Contracting Party may, at the time of signature or ratification of or accession to this Convention or at any later time, notify the Secretary-General of the Organisation that this Convention shall apply to those of its territories, including the territories for whose international relations it is responsible, to which this Convention is not applicable in accordance with paragraph (a) of this Article and which are mentioned in the notification. Any such notification may in respect of any territory or territories mentioned therein be withdrawn by giving twelve months' notice to that effect to the Secretary-General of the Organisation.

(c) Any territories of a Contracting Party, including the territories for whose international relations it is responsible, to which this Convention does not apply shall be regarded for the purposes of this Convention as being a territory of a non-Contracting State.

Article 24

The Secretary-General of the Organisation shall give notice to all Signatories and acceding Governments of the receipt of any instrument of ratification, accession, withdrawal, notification under Article 23, and decisions of the Steering Committee under Article 1 (a) (ii), 1 (a) (iii) and 1 (b). He shall also notify them of the date on which this Convention comes into force, the text of any amendment thereto and of the date on which such amendment comes into force, and any reservation made in accordance with Article 18.

date de son entrée en vigueur ou, à tout autre moment, à la demande d'une Partie Contractante, dans un délai de six mois à compter de cette demande.

Article 23

a) La présente Convention s'applique aux territoires métropolitains des Parties Contractantes.

b) Tout Signataire ou Partie Contractante peut, au moment de la signature ou de la ratification de la présente Convention ou de son adhésion à la présente Convention, ou ultérieurement à tout moment, indiquer par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation que la présente Convention s'applique à ceux de ses territoires, y compris les territoires pour lesquels la Partie Contractante est responsable dans les relations internationales, auxquels elle n'est pas applicable en vertu du paragraphe (a) du présent Article et qui sont désignés dans la notification. Une telle notification peut, en ce qui concerne tout territoire qui y est désigné, être retirée en donnant un préavis d'un an à cet effet au Secrétaire général de l'Organisation.

c) Les territoires d'une Partie Contractante, y compris ceux pour lesquels elle est responsable dans les relations internationales, auxquels la présente Convention ne s'applique pas, sont considérés aux fins de ladite Convention comme territoires d'un Etat non-contractant.

Article 24

Le Secrétaire général de l'Organisation donnera communication à tous les Signataires et Gouvernements ayant adhéré à la Convention de la réception des instruments de ratification, d'adhésion et de retrait, ainsi que de notification faits en vertu de l'Article 23 et des décisions prises par le Comité de Direction en vertu de l'Article 1 (a) (ii), 1 (a) (iii) et 1 (b). Il leur notifiera également la date de l'entrée en vigueur de la présente Convention, le texte des modifications adoptées et la date de l'entrée en vigueur desdites modifications, ainsi que les réserves faites conformément à l'Article 18.

Anhang I

Anläßlich der Unterzeichnung dieses Übereinkommens wurde folgenden Vorbehalten zugestimmt:

1. Artikel 6 (a):

Vorbehalt der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Republik Österreich und der Regierung des Königreichs Griechenland

Vorbehalt des Rechts, im innerstaatlichen Rechte vorzusehen, daß die Haftung eines anderen als des Inhabers einer Kernanlage bestehen bleibt, wenn jener andere hinsichtlich seiner Haftung einschließlich der Verteidigung gegen unbegründete Ansprüche durch eine vom Inhaber beschaffte Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit voll gedeckt ist.

2. Artikel 6 (b) und (c):

Vorbehalt der Regierung der Republik Österreich, der Regierung des Königreichs Griechenland, der Regierung des Königreichs Norwegen und der Regierung des Königreichs Schweden

Vorbehalt des Rechts, ihre innerstaatliche Gesetzgebung, die den in Artikel 6 (b) angeführten internationalen Übereinkommen entsprechende Bestimmungen enthält, als internationale Übereinkommen im Sinne des Artikels 6 (b) und (c) anzusehen.

3. Artikel 7:

Vorbehalt der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland

Vorbehalt des Rechts, auf die Inhaber von Kernanlagen im Hoheitsgebiet des Vereinigten Königreichs mit Ausnahme von Regierungsstellen und der Atomenergie-Behörde Artikel 7 (a), (b) und (c) anzuwenden:

- (i) als ob Artikel 7 (a) und (b) vorsähe, daß für einen Schaden, für den ein solcher Inhaber gemäß diesem Übereinkommen haftet und der durch nukleare Ereignisse innerhalb des Zeitraums, für den nach dem Rechte des Vereinigten Königreichs eine Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit für seine Anlage bestehen muß, verursacht wird, ein Betrag von 14 000 000 Rechnungseinheiten für die gesamte Entschädigung zur Verfügung stehen muß;
- (ii) als ob Artikel 7 (c) vorsähe, daß für den im obigen Absatz (i) genannten Schaden 5 000 000 Rechnungseinheiten für die Entschädi-

Annex I

The following reservations were accepted at the time of signature of this Convention:

1. Article 6 (a):

Reservation by the Government of the Federal Republic of Germany, the Government of the Republic of Austria and the Government of the Kingdom of Greece

Reservation of the right to provide, by national law, that persons other than the operator may continue to be liable in addition to the operator on condition that these persons are fully covered in respect of their liability, including defence against unjustified actions, by insurance or other financial security obtained by the operator.

2. Article 6 (b) and (c):

Reservation by the Government of the Republic of Austria, the Government of the Kingdom of Greece, the Government of the Kingdom of Norway and the Government of the Kingdom of Sweden

Reservation of the right to consider their national legislation which includes provisions equivalent to those included in the international agreements referred to in Article 6 (b) as being international agreements within the meaning of Article 6 (b) and (c).

3. Article 7:

Reservation by the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

Reservation of the right, in respect of operators of nuclear installations situated in the territory of the United Kingdom other than Government Departments and the Atomic Energy Authority, that Article 7 (a), (b) and (c) shall be applied

- (i) as if Article 7 (a) and (b) provided that, in respect of damage for which such an operator is liable under this Convention and which is caused by nuclear incidents occurring within the period for which the insurance or other financial security relating to his installation is required by the law of the United Kingdom to be maintained, an amount of 14,000,000 units of account shall be available for all compensation;
- (ii) as if the proviso to Article 7 (c) provided that in respect of such damage as is mentioned in paragraph (i) above 5,000,000 units of

Annexe I

Les réserves suivantes ont été acceptées à la date de la signature de la présente Convention.

1. Article 6 (a):

Réserve du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne, du Gouvernement de la République d'Autriche et du Gouvernement du Royaume de Grèce

Réserve du droit de laisser subsister, par une disposition de la législation nationale, la responsabilité d'une personne autre que l'exploitant, à condition que cette personne soit entièrement couverte, même en cas d'action mal fondée, par une assurance ou une autre garantie financière obtenue par l'exploitant.

2. Article 6 (b) et (c):

Réserve du Gouvernement de la République d'Autriche, du Gouvernement du Royaume de Grèce, du Gouvernement du Royaume de Norvège et du Gouvernement du Royaume de Suède

Réserve du droit de considérer leurs lois nationales comportant des dispositions équivalentes à celles des accords internationaux visés à l'Article 6 (b) comme des accords internationaux aux fins de l'Article 6 (b) et (c).

3. Article 7:

Réserve du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

Réserve du droit d'appliquer, en ce qui concerne les exploitants des installations nucléaires situées sur le territoire du Royaume-Uni autres que les Départements Gouvernementaux et l'Atomic Energy Authority, les paragraphes (a), (b) et (c) de l'Article 7

- i) comme si les paragraphes (a) et (b) de l'Article 7 prévoyaient qu'un montant de 14.000.000 d'unités de compte doit être disponible pour l'indemnisation des dommages dont un exploitant est responsable aux termes de la Convention et qui seraient causés par des accidents nucléaires survenant au cours de la période pendant laquelle l'exploitant est tenu d'avoir et de maintenir une assurance ou autre garantie financière pour son installation conformément au droit du Royaume-Uni;
- ii) comme si le paragraphe (c) de l'Article 7 disposait qu'en ce qui concerne les dommages visés au paragraphe (i) ci-dessus, un mon-

gung desjenigen Schadens, der nicht Beförderungsmittel betrifft, zur Verfügung stehen müssen;

account shall be available for compensation in respect of damage other than, damage to the means of transport; and

tant de 5.000.000 d'unités de compte doit être disponible pour l'indemnisation des dommages autres que ceux causés au moyen de transport; et

(iii) als ob Artikel 7 (a) und (b) vorsehe, daß jede Leistung über den genannten Betrag von 14 000 000 Rechnungseinheiten hinaus unbeschadet der Anwendung des Artikels 15 (b) von der Zustimmung des Parlaments zu den Maßnahmen, durch die weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, abhängig ist.

(iii) as if Article 7 (a) and (b) provided that any payment in excess of the said amount of 14,000,000 units of account shall, without prejudice to the application of Article 15 (b), be conditional upon Parliamentary approval of the arrangements whereby further funds are to be provided.

iii) comme si les paragraphes (a) et (b) de l'Article 7 prévoyaient que tout versement dépassant ledit montant de 14.000.000 d'unités de compte sera, sans préjudice de l'application de l'Article 15 (b), subordonné à l'adoption par le Parlement de dispositions permettant d'allouer des fonds supplémentaires.

4. Artikel 19:

Vorbehalt der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Republik Österreich und der Regierung des Königreichs Griechenland

Vorbehalt des Rechts, die Ratifizierung dieses Übereinkommens als Übernahme der völkerrechtlichen Verpflichtung anzusehen, in der innerstaatlichen Gesetzgebung die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Übereinkommens zu regeln.

4. Article 19:

Reservation by the Government of the Federal Republic of Germany, the Government of the Republic of Austria, and the Government of the Kingdom of Greece

Reservation of the right to consider ratification of this Convention as constituting an obligation under international law to enact national legislation on third party liability in the field of nuclear energy in accordance with the provisions of this Convention.

4. Article 19:

Réserve du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne, du Gouvernement de la République d'Autriche, et du Gouvernement du Royaume de Grèce

Réserve du droit de considérer la ratification de la présente Convention comme entraînant l'obligation conformément au droit international de prendre dans l'ordre interne des dispositions relatives à la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire conformes aux dispositions de la présente Convention.

Anhang II

Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, daß dadurch einer Vertragspartei Rückgriffsrechte entzogen würden, die ihr nach dem Völkerrecht wegen eines Schadens zustehen können, der in ihrem Hoheitsgebiet durch ein im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei eintretendes nukleares Ereignis verursacht worden ist.

Annex II

This Convention shall not be interpreted as depriving a Contracting Party, on whose territory damage was caused by a nuclear incident occurring on the territory of another Contracting Party, of any recourse which might be available to it under international law.

Annexe II

Cette Convention ne peut être interprétée comme privant une Partie Contractante sur le territoire de laquelle des dommages auront été causés par un accident nucléaire survenu sur le territoire d'une autre Partie Contractante, des recours qui pourraient lui être ouverts en application du droit international.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Übereinkommen mit ihren Unterschriften versehen.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned Plenipotentiaries, duly empowered, have signed this Convention.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires soussignés, dûment habilités, ont apposé leurs signatures au bas de la présente Convention.

GESCHIEHEN zu Paris am 29. Juli 1960 in englischer, französischer, deutscher, spanischer, italienischer und niederländischer Sprache, in einer Urschrift, die bei dem Generalsekretär der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit hinterlegt wird; dieser übermittelt jedem Unterzeichnerstaat eine beglaubigte Abschrift.

DONE in Paris, this twenty-ninth day of July Nineteen Hundred and Sixty, in the English, French, German, Spanish, Italian and Dutch languages in a single copy which shall remain deposited with the Secretary-General of the Organisation for European Economic Co-operation by whom certified copies will be communicated to all Signatories.

FAIT à Paris, le 29 juillet 1960, en français, en anglais, en allemand, en espagnol, en italien et en néerlandais, en un seul exemplaire qui restera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation Européenne de Coopération Économique qui en communiquera une copie certifiée conforme à tous les Signataires.

Übereinkommen über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen und Zusatzprotokoll

Convention on the liability of operators of nuclear ships and Additional Protocol

Convention relative à la responsabilité des exploitants de navires nucléaires et Protocole additionnel

(Übersetzung)

THE CONTRACTING PARTIES,

LES PARTIES CONTRACTANTES,

DIE VERTRAGSPARTEIEN —

HAVING RECOGNIZED the desirability of determining by agreement certain uniform rules concerning the liability of operators of nuclear ships,

AYANT RECONNU l'utilité de fixer d'un commun accord certaines règles uniformes relatives à la responsabilité des exploitants de navires nucléaires,

IN ANERKENNUNG der Zweckmäßigkeit einer vertraglichen Festlegung einheitlicher Regeln über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen —

HAVE DECIDED to conclude a convention for this purpose, and thereto agreed as follows:

ONT DÉCIDÉ de conclure une convention à cet effet, et, en conséquence, sont convenues de ce qui suit:

HABEN BESCHLOSSEN, zu diesem Zweck ein Übereinkommen zu schließen, und haben demgemäß folgendes vereinbart:

Article I

For the purposes of this Convention:

Article I

Au sens de la présente Convention:

Artikel I

Im Sinne dieses Übereinkommens haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

1. "Nuclear ship" means any ship equipped with a nuclear power plant.
2. "Licensing State" means the contracting State which operates or which has authorized the operation of a nuclear ship under its flag.
3. "Person" means any individual or partnership, or any public or private body whether corporate or not, including a State or any of its constituent subdivisions.
4. "Operator" means the person authorized by the licensing State to operate a nuclear ship, or where a contracting State operates a nuclear ship, that State.
5. "Nuclear fuel" means any material which is capable of producing energy by a self-sustaining process of nuclear fission and which is used or intended for use in a nuclear ship.

1. «Navire nucléaire» signifie tout navire pourvu d'une source d'énergie nucléaire.
2. «Etat dont émane la licence» signifie l'Etat contractant qui exploite un navire nucléaire ou qui en autorise l'exploitation sous son pavillon.
3. «Personne» signifie toute personne physique ou toute personne morale de droit public ou de droit privé, y compris un Etat et ses subdivisions politiques, ainsi que toute entité publique ou privée n'ayant pas la personnalité juridique.
4. «Exploitant» signifie la personne autorisée par l'Etat dont émane la licence à exploiter un navire nucléaire, ou l'Etat contractant qui exploite un navire nucléaire.
5. «Combustible nucléaire» signifie toute matière permettant de produire de l'énergie par une réaction en chaîne de fission nucléaire et qui est utilisée ou destinée à l'être dans un navire nucléaire.

1. „Reaktorschiff“ bedeutet ein Schiff, das mit einer Kernenergieanlage ausgerüstet ist.
2. „Genehmigungsstaat“ bedeutet den Vertragsstaat, der ein Reaktorschiff unter seiner Flagge betreibt oder den Betrieb eines Reaktorschiffs unter seiner Flagge erlaubt hat.
3. „Person“ bedeutet eine natürliche Person sowie eine Gesellschaft oder eine Körperschaft des öffentlichen oder privaten Rechts mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, einschließlich eines Staates und seiner Gebietskörperschaften.
4. „Inhaber“ bedeutet die Person, welcher der Genehmigungsstaat den Betrieb eines Reaktorschiffs erlaubt hat, oder, wenn ein Vertragsstaat ein Reaktorschiff betreibt, diesen Vertragsstaat.
5. „Kernbrennstoff“ bedeutet einen Stoff, der geeignet ist, durch einen selbst tragenden Kernspaltungsvorgang Energie zu erzeugen, und der in einem Reaktorschiff verwendet wird oder verwendet werden soll.

- | | | |
|--|--|--|
| <p>6. "Radioactive products or waste" means any material, including nuclear fuel, made radioactive by neutron irradiation incidental to the utilization of nuclear fuel in a nuclear ship.</p> | <p>6. Produit ou déchet radioactif» signifie toute matière, y compris le combustible nucléaire, rendue active par l'irradiation par les neutrons, du fait de l'utilisation de combustibles nucléaires à bord d'un navire nucléaire.</p> | <p>6. „Radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle" bedeuten Stoffe einschließlich von Kernbrennstoffen, die infolge der Verwendung von Kernbrennstoffen in einem Reaktorschiff durch Neutronenbestrahlung radioaktiv geworden sind.</p> |
| <p>7. "Nuclear damage" means loss of life or personal injury and loss or damage to property which arises out of or results from the radioactive properties or a combination of radioactive properties with toxic, explosive or other hazardous properties of nuclear fuel or of radioactive products or waste; any other loss, damage or expense so arising or resulting shall be included only if and to the extent that the applicable national law so provides.</p> | <p>7. «Dommage nucléaire» signifie tout décès, dommage aux personnes, pertes de biens ou dommage aux biens qui provient ou résulte des propriétés radioactives ou d'une combinaison de ces propriétés et des propriétés toxiques, explosives ou autres propriétés dangereuses du combustible nucléaire ou de produits ou déchets radioactifs; toute autre perte, dommage ou dépense qui en provient ou qui en résulte n'est couvert que dans le cas et dans la mesure où le droit interne applicable le prévoit.</p> | <p>7. „Nuklearer Schaden" bedeutet die Tötung oder Körperverletzung eines Menschen und den Verlust oder die Beschädigung von Sachen, sofern der Schaden von den radioaktiven Eigenschaften oder einer Verbindung der radioaktiven Eigenschaften mit giftigen, explosiven oder sonstigen gefährlichen Eigenschaften von Kernbrennstoffen oder radioaktiven Erzeugnissen oder Abfällen herrührt oder sich daraus ergibt; sonstige hiervon herrührende oder sich hieraus ergebende Verluste, Schäden oder Aufwendungen sind nur eingeschlossen, wenn und soweit das anzuwendende innerstaatliche Recht dies vorsieht.</p> |
| <p>8. "Nuclear incident" means any occurrence or series of occurrences having the same origin which causes nuclear damage.</p> | <p>8. «Accident nucléaire» signifie tout fait ou toute succession de faits de même origine qui cause un dommage nucléaire.</p> | <p>8. „Nukleares Ereignis" bedeutet das einen nuklearen Schaden verursachende Ereignis oder eine Reihe solcher aufeinanderfolgender Ereignisse desselben Ursprungs.</p> |
| <p>9. "Nuclear power plant" means any power plant in which a nuclear reactor is, or is to be used as, the source of power, whether for propulsion of the ship or for any other purpose.</p> | <p>9. Source d'énergie» signifie toute installation de production d'énergie qui utilise ou est destinée à utiliser un réacteur nucléaire comme source d'énergie, que ce soit pour la propulsion du navire ou à toute autre fin.</p> | <p>9. „Kernenergieanlage" bedeutet eine Kraftanlage, in der ein Kernreaktor als Kraftquelle für den Schiffsantrieb oder für einen sonstigen Zweck benutzt wird oder benutzt werden soll.</p> |
| <p>10. "Nuclear reactor" means any installation containing nuclear fuel in such an arrangement that a self-sustained chain process of nuclear fission can occur therein without an additional source of neutrons.</p> | <p>10. Réacteur nucléaire» signifie toute installation contenant du combustible nucléaire disposé de telle sorte qu'une réaction en chaîne de fission nucléaire puisse s'y produire sans l'apport d'une source de neutrons.</p> | <p>10. „Kernreaktor" bedeutet eine Anlage, die Kernbrennstoffe in einer solchen Anordnung enthält, daß darin ohne eine zusätzliche Neutronenquelle eine sich selbst tragende Kettenreaktion einer Kernspaltung stattfinden kann.</p> |
| <p>11. "Warship" means any ship belonging to the naval forces of a State and bearing the external marks distinguishing warships of its nationality, under the command of an officer duly commissioned by the Government of such State and whose name appears in the Navy List, and manned by a crew who are under regular naval discipline.</p> | <p>11. Navire de guerre» signifie un navire appartenant à la marine de guerre d'un Etat et portant les signes extérieurs distinctifs des navires de guerre de sa nationalité. Le commandant doit être au service de l'Etat, son nom doit figurer sur la liste des officiers de la flotte militaire et l'équipage doit être soumis aux règles de la discipline militaire.</p> | <p>11. „Kriegsschiff" bedeutet ein Schiff, das zu den Seestreitkräften eines Staates gehört und die äußeren Kennzeichen der Kriegsschiffe seiner Staatszugehörigkeit trägt. Der kommandierende Offizier muß im Staatsdienst stehen, sein Name muß in der Rangliste der Seestreitkräfte enthalten sein, und die Besatzung muß den Regeln militärischer Disziplin unterworfen sein.</p> |
| <p>12. "Applicable national law" means the national law of the court having jurisdiction under the Convention including any rules of such national law relating to conflict of laws.</p> | <p>12. Droit interne applicable» signifie le droit du tribunal qui a la compétence juridictionnelle en vertu de la présente Convention, y compris les règles relatives aux conflits de lois.</p> | <p>12. „Anzuwendendes innerstaatliches Recht" bedeutet das innerstaatliche Recht des Gerichts, das nach diesem Übereinkommen Gerichtsbarkeit ausübt, einschließlich der Kollisionsnormen des innerstaatlichen Rechts.</p> |

Article II

1. The operator of a nuclear ship shall be absolutely liable for any nuclear damage upon proof that such

Article II

1. L'exploitant d'un navire nucléaire est objectivement responsable de tout dommage nucléaire dont il est prouvé

Artikel II

(1) Der Inhaber eines Reaktorschiffs haftet ohne weitere Voraussetzungen für jeden nuklearen Schaden, wenn

damage has been caused by a nuclear incident involving the nuclear fuel of, or radioactive products or waste produced in, such ship.

2. Except as otherwise provided in this Convention no person other than the operator shall be liable for such nuclear damage.

3. Nuclear damage suffered by the nuclear ship itself, its equipment, fuel or stores shall not be covered by the operator's liability as defined in this Convention.

4. The operator shall not be liable with respect to nuclear incidents occurring before the nuclear fuel has been taken in charge by him or after the nuclear fuel or radioactive products or waste have been taken in charge by another person duly authorized by law and liable for any nuclear damage that may be caused by them.

5. If the operator proves that the nuclear damage resulted wholly or partially from an act or omission done with intent to cause damage by the individual who suffered the damage, the competent courts may exonerate the operator wholly or partially from his liability to such individual.

6. Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this Article, the operator shall have a right of recourse:

- a) If the nuclear incident results from a personal act or omission done with intent to cause damage, in which event recourse shall lie against the individual who has acted, or omitted to act, with such intent;
- b) If the nuclear incident occurred as a consequence of any wreck-raising operation, against the person or persons who carried out such operation without the authority of the operator or of the State having licensed the sunken ship or of the State in whose waters the wreck is situated;

c) If recourse is expressly provided for by contract.

Article III

1. The liability of the operator as regards one nuclear ship shall be limited to 1 500 million francs in respect of any one nuclear incident, notwithstanding that the nuclear incident may have resulted from any

qu'il a été causé par un accident nucléaire dans lequel sont impliqués le combustible nucléaire ou les produits ou déchets radioactifs de ce navire.

2. Aucune personne autre que l'exploitant n'est responsable d'un tel dommage nucléaire, à moins que la présente Convention n'en dispose autrement.

3. Le dommage nucléaire subi par le navire nucléaire lui-même, ses agrès et appareils, son combustible et ses provisions, n'est pas couvert par la responsabilité de l'exploitant déterminée dans la présente Convention.

4. La responsabilité de l'exploitant ne s'étend pas aux accidents nucléaires survenus avant la prise en charge du combustible nucléaire par l'exploitant ni après la prise en charge du combustible ou des produits ou déchets radioactifs par une autre personne légalement autorisée et responsable de tout dommage nucléaire qui pourrait être causé par ces matières.

5. Si l'exploitant prouve que le dommage nucléaire résulte, en totalité ou en partie, du fait que la personne physique qui l'a subi a agi ou omis d'agir dans l'intention de causer un dommage, les tribunaux compétents peuvent exonérer l'exploitant de tout ou partie de sa responsabilité envers ladite personne.

6. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, l'exploitant a un droit de recours:

- a) Si l'accident nucléaire a été provoqué par un fait personnel et volontaire dans l'intention de causer un dommage; dans ce cas le recours est exercé contre la personne physique qui a agi ou qui a omis d'agir dans une telle intention;
- b) Si l'accident nucléaire est la conséquence de travaux de relèvement de l'épave, contre la personne ou les personnes qui ont entrepris ces travaux sans l'autorisation de l'exploitant ou de l'Etat dont émane la licence du navire coulé, ou de l'Etat dans les eaux duquel l'épave se trouve;

c) Si un recours a été expressément prévu par contrat.

Article III

1. Le montant de la responsabilité de l'exploitant en ce qui concerne un même navire nucléaire est limité à 1,5 milliard de francs pour un même accident nucléaire, même si celui-ci a eu lieu par une faute personnelle

bewiesen wird, daß dieser Schaden durch ein nukleares Ereignis verursacht worden ist, das auf Kernbrennstoffe dieses Schiffes oder auf dem Schiff erzeugte radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle zurückzuführen ist.

(2) Soweit nicht in diesem Übereinkommen etwas anderes bestimmt ist, haftet für einen solchen nuklearen Schaden niemand außer dem Inhaber.

(3) Ein nuklearer Schaden, den das Schiff selbst, seine Ausrüstung oder seine Brennstoff- und sonstigen Vorräte erleiden, fällt nicht unter die Haftung des Inhabers nach diesem Übereinkommen.

(4) Der Inhaber haftet nicht für nukleare Ereignisse, die eintreten, bevor er die Kernbrennstoffe übernommen hat oder nachdem die Kernbrennstoffe oder radioaktiven Erzeugnisse oder Abfälle von einer anderen Person übernommen worden sind, die dazu gesetzlich ermächtigt ist und für den durch diese Stoffe verursachten nuklearen Schaden haftet.

(5) Beweist der Inhaber, daß der nukleare Schaden ganz oder teilweise durch eine in der Absicht, Schaden herbeizuführen, begangene Handlung oder Unterlassung einer verletzten natürlichen Person verursacht worden ist, so können die zuständigen Gerichte den Inhaber von seiner Haftung gegenüber dieser Person ganz oder teilweise befreien.

(6) Ungeachtet des Absatzes 1 hat der Inhaber das Recht des Rückgriffs,

- a) wenn das nukleare Ereignis die Folge einer in der Absicht, Schaden herbeizuführen, begangenen Handlung oder Unterlassung ist, und zwar gegen die natürliche Person, welche die Handlung oder Unterlassung mit solcher Absicht begangen hat;
- b) wenn das nukleare Ereignis als Folge der Bergung eines Wracks eingetreten ist, gegen die Person oder Personen, welche die Bergungsarbeiten ohne Erlaubnis des Inhabers oder des Staates, der die Betriebsgenehmigung für das gesunkene Schiff erteilt hat, oder des Staates, in dessen Hoheitsgewässern sich das Wrack befindet, ausgeführt haben;
- c) wenn der Rückgriff vertraglich ausdrücklich vereinbart ist.

Artikel III

(1) Die Haftung des Inhabers ist für jedes Reaktorschiff auf 1 500 Millionen Franken wegen jedes einzelnen nuklearen Ereignisses beschränkt, selbst wenn das Ereignis auf einem Verschulden des Inhabers beruht; die-

fault of privity of that operator; such limit shall include neither any interest nor costs awarded by a court in actions for compensation under this Convention.

2. The operator shall be required to maintain insurance, or other financial security covering his liability for nuclear damage, in such amount, of such type and in such terms as the licensing State shall specify. The licensing State shall ensure the payment of claims for compensation for nuclear damage established against the operator by providing the necessary funds up to the limit laid down in paragraph 1 of this Article to the extent that the yield of the insurance or the financial security is inadequate to satisfy such claims.

3. However, nothing in paragraph 2 of this Article shall require any contracting State or any of its constituent subdivisions, such as States, Republics or Cantons, to maintain insurance or other financial security to cover their liability as operators of nuclear ships.

4. The franc mentioned in paragraph 1 of this Article is a unit of account constituted by sixty-five and one half milligrams of gold of millimal fineness nine hundred. The amount awarded may be converted into each national currency in round figures. Conversion into national currencies other than gold shall be effected on the basis of their gold-value at the date of payment.

Article IV

Whenever both nuclear damage and damage other than nuclear damage have been caused by a nuclear incident or jointly by a nuclear incident and one or more other occurrences and the nuclear damage and such other damage are not reasonably separable, the entire damage shall, for the purposes of this Convention, be deemed to be nuclear damage exclusively caused by the nuclear incident. However, where damage is caused jointly by a nuclear incident covered by this Convention and by an emission of ionizing radiation or by an emission of ionizing radiation in combination with the toxic, explosive or other hazardous properties of the source of radiation not covered by it, nothing in this Convention shall limit or otherwise affect the liability, either as regards the victims or by way of recourse or contribution, of any person who may be held liable in connection with the emission of ionizing radiation or by the toxic, explosive

quelconque de l'exploitant; ce montant ne comprend ni les intérêts ni les dépens alloués par un tribunal dans une action en réparation intentée en vertu de la présente Convention.

2. L'exploitant est tenu de maintenir une assurance ou toute autre garantie financière couvrant sa responsabilité pour dommage nucléaire. Le montant, la nature et les conditions de l'assurance ou de la garantie sont déterminés par l'Etat dont émane la licence. L'Etat dont émane la licence assure le paiement des indemnités pour dommage nucléaire reconnues comme étant à la charge de l'exploitant, en fournissant les sommes nécessaires, à concurrence du montant fixé au paragraphe 1 ci-dessus, dans la mesure où l'assurance ou autres garanties financières ne seraient pas suffisantes.

3. Toutefois, rien dans le paragraphe 2 ci-dessus n'oblige un Etat contractant ni aucune de ses subdivisions politiques, telles qu'un Etat, république ou canton, à maintenir une assurance ou toute autre garantie financière couvrant sa responsabilité comme exploitant de navires nucléaires.

4. Le franc mentionné au paragraphe 1 du présent article est une unité de compte constituée par 65,5 milligrammes d'or au titre de 900 millièmes d'or fin. La somme allouée peut être convertie dans chaque monnaie nationale en chiffres ronds. La conversion en monnaies nationales autres que la monnaie or s'effectuera suivant la valeur or de ces monnaies à la date du paiement.

Article IV

Lorsqu'un dommage nucléaire et un dommage non nucléaire sont causés par un accident nucléaire ou conjointement par un accident nucléaire et un ou plusieurs autres événements, sans qu'il soit possible de déterminer avec certitude le dommage nucléaire et le dommage non nucléaire, la totalité du dommage est considérée, aux fins de la présente Convention, comme un dommage nucléaire causé par l'accident nucléaire. Toutefois, lorsqu'un dommage est causé conjointement par un accident nucléaire visé par la présente Convention et par une émission de rayonnements ionisants ou par une émission de rayonnements ionisants en combinaison avec les propriétés toxiques, explosives et autres propriétés dangereuses de la source de rayonnements non visée par elle, aucune disposition de la présente Convention ne limite ni n'affecte autrement la responsabilité, envers les victimes ou par voie de recours ou de contribution, de toute personne qui

ser Betrag umfaßt nicht Zinsen und Kosten, die von einem Gericht in einem Schadenersatzprozeß nach diesem Übereinkommen zugesprochen werden.

(2) Der Inhaber ist verpflichtet, zur Deckung seiner Haftung für nukleare Schäden eine Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit aufrechtzuerhalten, deren Höhe, Art und Bedingungen von dem Genehmigungsstaat bestimmt werden. Der Genehmigungsstaat hat die Erfüllung der gegen den Inhaber festgestellten Schadenersatzansprüche wegen eines nuklearen Schadens durch Bereitstellung der notwendigen Mittel bis zu der in Absatz 1 vorgesehenen Höhe sicherzustellen, soweit die Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit zur Erfüllung dieser Ansprüche nicht ausreicht.

(3) Absatz 2 verpflichtet die Vertragsstaaten oder deren Gebietskörperschaften wie Länder, Republiken oder Kantone jedoch nicht, zur Deckung ihrer Haftung als Inhaber von Reaktorschiffen eine Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit aufrechtzuerhalten.

(4) Der in Absatz 1 genannte Franken ist eine Rechnungseinheit im Werte von 65½ Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt. Der zugesprochene Betrag kann unter Abrundung in die nationalen Währungen umgerechnet werden. Die Umrechnung in eine nationale Währung, die nicht Goldwährung ist, wird auf der Grundlage des Goldwerts dieser Währung am Tage der Zahlung vorgenommen.

Artikel IV

Werden durch ein nukleares Ereignis oder gemeinsam durch ein nukleares Ereignis und ein oder mehrere andere Ereignisse sowohl ein nuklearer als auch ein nichtnuklearer Schaden verursacht und lassen sich der nukleare und der nichtnukleare Schaden nicht hinreichend sicher trennen, so gilt für die Zwecke dieses Übereinkommens der gesamte Schaden als ein ausschließlich durch das nukleare Ereignis verursachter nuklearer Schaden. Wird jedoch ein Schaden gemeinsam durch ein nukleares Ereignis im Sinne des Übereinkommens und durch ionisierende Strahlung oder durch ionisierende Strahlung in Verbindung mit giftigen, explosiven oder sonstigen gefährlichen Eigenschaften der nicht unter das Übereinkommen fallenden Strahlenquelle verursacht, so wird die gegenüber den Geschädigten oder im Wege des Rückgriffs oder als Ausgleichsanspruch bestehende Haftung von Personen, die im Zusammenhang mit der Aussendung ionisie-

or other hazardous properties of the source of radiation not covered by this Convention.

pourrait être tenue responsable du fait de l'émission de rayonnements ionisants ou des propriétés toxiques, explosives et autres propriétés dangereuses de la source de rayonnements non visée par la présente Convention.

render Strahlung oder wegen der giftigen, explosiven oder sonstigen gefährlichen Eigenschaften der nicht unter das Übereinkommen fallenden Strahlenquelle haftbar gemacht werden können, durch das Übereinkommen weder eingeschränkt noch in sonstiger Weise berührt.

Article V

1. Rights of compensation under this Convention shall be extinguished if an action is not brought within ten years from the date of the nuclear incident. If, however, under the law of the licensing State the liability of the operator is covered by insurance or other financial security or State indemnification for a period longer than ten years, the applicable national law may provide that rights of compensation against the operator shall only be extinguished after a period which may be longer than ten years but shall not be longer than the period for which his liability is so covered under the law of the licensing State. However, such extension of the extinction period shall in no case affect the right of compensation under this Convention of any person who has brought an action for loss of life or personal injury against the operator before the years.

2. Where nuclear damage is caused by nuclear fuel, radioactive products or waste which were stolen, lost, jettisoned, or abandoned, the period established under paragraph 1 of this Article shall be computed from the date of the nuclear incident causing the nuclear damage, but the period shall in no case exceed a period of twenty years from the date of the theft, loss, jettison or abandonment.

3. The applicable national law may establish a period of extinction or prescription of not less than three years from the date on which the person who claims to have suffered nuclear damage had knowledge or ought reasonably to have had knowledge of the damage and of the person responsible for the damage, provided that the period established under paragraph 1 and 2 of this Article shall not be exceeded.

4. Any person who claims to have suffered nuclear damage and who has brought an action for compensation

Article V

1. Le droit à réparation en vertu de la présente Convention est éteint si une action n'est pas intentée dans les dix ans à compter de la date de l'accident nucléaire. Toutefois, si, conformément au droit de l'Etat dont émane la licence, la responsabilité de l'exploitant est couverte par une assurance ou toute autre garantie financière ou grâce à une indemnisation de l'Etat pendant une période supérieure à dix ans, le droit interne applicable peut prévoir que le droit à réparation contre l'exploitant n'est éteint qu'à l'expiration d'une période pendant laquelle la responsabilité de l'exploitant est ainsi couverte conformément au droit de l'Etat dont émane la licence. Toutefois, cette prolongation du délai d'extinction ne porte atteinte en aucun cas au droit à réparation en vertu de la présente Convention des personnes ayant intenté contre l'exploitant une action du chef de décès ou dommage aux personnes avant l'expiration dudit délai de dix ans.

2. Lorsqu'un dommage nucléaire est causé par du combustible nucléaire ou des produits ou déchets radioactifs qui ont été volés, perdus, jetés à la mer ou abandonnés, le délai visé au paragraphe 1 du présent article est calculé à partir de la date de l'accident nucléaire qui a causé le dommage nucléaire, mais ce délai ne peut en aucun cas être supérieur à 20 années à compter de la date du vol, de la perte, du jet à la mer ou de l'abandon.

3. Le droit interne applicable peut fixer un délai d'extinction ou de prescription qui ne sera pas inférieur à trois ans à compter de la date à laquelle la personne qui déclare avoir subi un dommage nucléaire a eu ou aurait dû raisonnablement avoir connaissance de ce dommage et de la personne qui en est responsable, sans que les délais visés aux paragraphes 1 et 2 puissent être dépassés.

4. Toute personne déclarant avoir subi un dommage nucléaire, qui a intenté une action en réparation dans

Artikel V

(1) Schadenersatzansprüche nach diesem Übereinkommen erlöschen, wenn nicht binnen zehn Jahren nach dem nuklearen Ereignis Klage erhoben wird. Ist jedoch nach dem Recht des Genehmigungsstaats die Haftung des Inhabers für einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren durch eine Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit oder eine staatliche Schadloshaltung gedeckt, so kann das anzuwendende innerstaatliche Recht bestimmen, daß Schadenersatzansprüche gegen den Inhaber erst nach einer Frist erlöschen, die länger sein kann als zehn Jahre, aber nicht länger als die Frist, während deren die Haftung des Inhabers nach dem Recht des Genehmigungsstaats auf die genannte Weise gedeckt wird. Eine solche Verlängerung der Frist für das Erlöschen des Schadenersatzanspruchs berührt jedoch nicht den nach diesem Übereinkommen bestehenden Schadenersatzanspruch einer Person, die vor Ablauf der genannten Frist von zehn Jahren gegen den Inhaber eine Klage wegen Tötung oder Körperverletzung erhoben hat.

(2) Ist ein nuklearer Schaden durch Kernbrennstoffe oder durch radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle verursacht worden, die gestohlen, verloren oder über Bord geworfen worden sind oder deren Besitz aufgegeben worden ist, so wird die in Absatz 1 bestimmte Frist vom Zeitpunkt des nuklearen Ereignisses an berechnet, das den nuklearen Schaden verursacht hat; die Frist läuft jedoch spätestens zwanzig Jahre nach dem Diebstahl, dem Verlust, dem Überbordwerfen oder der Besitzaufgabe ab.

(3) Das anzuwendende innerstaatliche Recht kann für das Erlöschen des Anspruchs oder für seine Verjährung eine Frist bestimmen, die mindestens drei Jahre von dem Zeitpunkt an beträgt, zu dem die Person, die Ansprüche wegen eines nuklearen Schadens erhebt, von dem Schaden und von der Person des Haftpflichtigen Kenntnis erlangt hat oder zumutbarerweise hätte haben müssen; dadurch darf jedoch die in den Absätzen 1 und 2 bestimmte Frist nicht überschritten werden.

(4) Eine Person, die behauptet, einen nuklearen Schaden erlitten zu haben und innerhalb der nach diesem Artikel

within the period applicable under this Article may amend his claim to take into account any aggravation of the damage, even after the expiry of that period, provided that final judgment has not been entered.

Article VI

Where provisions of national health insurance, social insurance, social security, workmen's compensation or occupational disease compensation systems include compensation for nuclear damage, rights of beneficiaries under such systems and rights of subrogation, or of recourse against the operator, by virtue of such systems, shall be determined by the law of the contracting State having established such systems. However, if the law of such contracting State allows claims of beneficiaries of such systems and such rights of subrogation and recourse to be brought against the operator in conformity with the terms of this Convention, this shall not result in the liability of the operator exceeding the amount specified in paragraph 1 of Article III.

Article VII

1. Where nuclear damage engages the liability of more than one operator and the damage attributable to each operator is not reasonably separable, the operators involved shall be jointly and severally liable for such damage. However, the liability of any one operator shall not exceed the limit laid down in Article III.

2. In the case of a nuclear incident where the nuclear damage arises out of or results from nuclear fuel or radioactive products or waste of more than one nuclear ship of the same operator, that operator shall be liable in respect of each ship up to the limit laid down in Article III.

3. In case of joint and several liability, and subject to the provisions of paragraph 1 of this Article:

- a) Each operator shall have a right of contribution against the others in proportion to the fault attaching to each of them;
- b) Where circumstances are such that the degree of fault cannot be apportioned, the total liability shall be borne in equal parts.

Article VIII

No liability under this Convention shall attach to an operator in respect

le délai applicable en vertu du présent article, peut modifier sa demande, en raison de l'aggravation de ce dommage, même après l'expiration de ce délai, tant qu'un jugement définitif n'est pas intervenu.

Article VI

Si les dispositions d'un régime national d'assurance maladie, d'assurance sociale, de sécurité sociale, d'assurance des accidents de travail ou des maladies professionnelles comporte l'indemnisation des dommages nucléaires, les droits des bénéficiaires au titre de ces régimes et les droits de subrogation ou de recours contre l'exploitant en vertu de ces régimes sont déterminés par le droit de l'Etat contractant qui les a établis. Toutefois, si le droit de cet Etat contractant permet que les actions des bénéficiaires de ces régimes soient intentées et que ces droits de subrogation et de recours soient exercés contre l'exploitant conformément aux dispositions de la présente Convention, il ne peut en résulter que la responsabilité de l'exploitant dépasse le montant fixé au paragraphe 1 de l'article III.

Article VII

1. Lorsqu'un dommage nucléaire engage la responsabilité de plusieurs exploitants sans qu'il soit possible de déterminer avec certitude quel est le dommage attribuable à chacun d'eux, ces exploitants sont solidairement responsables. Toutefois, la responsabilité de chaque exploitant ne sera en aucun cas supérieure à la limite fixée à l'article III.

2. Dans le cas d'un accident nucléaire, lorsque le dommage nucléaire provient ou résulte du combustible nucléaire ou des produits ou déchets radioactifs de plus d'un navire nucléaire d'un même exploitant, celui-ci est responsable pour chacun des navires à concurrence du montant fixé à l'article III.

3. En cas de responsabilité solidaire et sous réserve du paragraphe 1 ci-dessus:

- a) Chaque exploitant peut demander aux autres une contribution proportionnelle à la gravité des fautes commises respectivement;
- b) Si les circonstances sont telles que la faute ne puisse être répartie, la responsabilité totale est assumée à parts égales.

Article VIII

L'exploitant n'est pas responsable en vertu de la présente Convention

maßgebenden Frist eine Schadenersatzklage erhoben hat, kann ihre Klage wegen einer Vergrößerung des Schadens auch nach Ablauf dieser Frist erweitern, solange noch kein rechtskräftiges Urteil ergangen ist.

Artikel VI

Wenn die Systeme der staatlichen Krankenversicherung, der Sozialversicherung, der sozialen Sicherheit, der Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten Entschädigungen für nukleare Schäden vorsehen, gilt im Rahmen dieser Systeme für die Ansprüche der Begünstigten, für die Übertragung solcher Ansprüche sowie für die Rückgriffsansprüche gegen den Inhaber das Recht des Vertragsstaats, der diese Systeme errichtet hat. Gestattet jedoch das Recht des Vertragsstaats, daß Ansprüche der Begünstigten, Ansprüche aus der Übertragung solcher Ansprüche oder Rückgriffsansprüche nach Maßgabe dieses Übereinkommens gegen den Inhaber geltend gemacht werden können, so darf dies nicht zu einer über den in Artikel III Absatz 1 genannten Betrag hinausgehenden Haftung des Inhabers führen.

Artikel VII

(1) Sind wegen eines nuklearen Schadens mehrere Inhaber haltbar und läßt sich der auf jeden entfallende Schadensanteil nicht hinreichend sicher bestimmen, so halten die beteiligten Inhaber für diesen Schaden gesamtschuldnerisch. Die Haftung jedes einzelnen Inhabers darf jedoch den in Artikel III festgelegten Betrag nicht übersteigen.

(2) Ist bei einem nuklearen Ereignis der nukleare Schaden durch den Kernbrennstoff oder die radioaktiven Erzeugnisse oder Abfälle mehrerer Reaktorschiffe desselben Inhabers verursacht worden, so haftet dieser für jedes Schiff bis zu dem in Artikel II festgelegten Betrag.

(3) Im Falle der gesamtschuldnerischen Haftung und vorbehaltlich des Absatzes 1

- a) hat jeder Inhaber einen Ausgleichsanspruch gegen die anderen nach dem Maß des jedem von ihnen zuzurechnenden Verschuldens;
- b) wird die gesamte Haftung zu gleichen Anteilen getragen, wenn es nach den Umständen nicht möglich ist, den Beteiligten ein bestimmtes Maß des Verschuldens zuzurechnen.

Artikel VIII

Der Inhaber haftet nach diesem Übereinkommen nicht für einen nu-

to nuclear damage caused by a nuclear incident directly due to an act of war, hostilities, civil war or insurrection.

Article IX

The sums provided by insurance, by other financial security or by State indemnification in conformity with paragraph 2 of Article III shall be exclusively available for compensation due under this Convention.

Article X

1. Any action for compensation shall be brought, at the option of the claimant, either before the courts of the licensing State or before the courts of the Contracting State or States in whose territory nuclear damage has been sustained.

2. If the licensing State has been or might be called upon to ensure the payment of claims for compensation in accordance with paragraph 2 of Article III of this Convention, it may intervene as party in any proceedings brought against the operator.

3. Any immunity from legal processes pursuant to rules of national or international law shall be waived with respect to duties or obligations arising under, or for the purpose of, this Convention. Nothing in this Convention shall make warships or other State-owned or State-operated ships on non-commercial service liable to arrest, attachment or seizure or confer jurisdiction in respect of warships on the courts of any foreign State.

Article XI

1. When, having regard to the likelihood of any claims arising out of a nuclear incident exceeding the amount specified in Article III of this Convention, a court of the licensing State, at the request of the operator, a claimant or the licensing State, so certifies, the operator or the licensing State shall make that amount available in that court to pay any such claims; that amount shall be regarded as constituting the limitation fund in respect of that incident.

2. The amount may be made available for the purposes of the preceding

d'un dommage nucléaire causé par un accident nucléaire résultant directement d'un acte de guerre, d'hostilités, d'une guerre civile ou d'une insurrection.

Article IX

Les sommes provenant d'une assurance, de toute autre garantie financière ou des indemnités fournies par l'Etat, conformément au paragraphe 2 de l'article III, sont exclusivement réservées à la réparation due en application de la présente Convention.

Article X

1. Toute action en réparation est intentée, au choix du demandeur, soit devant les tribunaux de l'Etat dont émane la licence, soit devant les tribunaux de l'Etat contractant ou des Etats contractants sur le territoire duquel ou desquels le dommage nucléaire a été subi.

2. Si l'Etat dont émane la licence a été ou peut être appelé à assurer le paiement des indemnités conformément au paragraphe 2 de l'article III de la présente Convention, il a le droit d'intervenir en qualité de partie dans toute procédure engagée contre l'exploitant.

3. Les immunités de poursuites judiciaires instituées par le droit interne ou le droit international ne seront pas invoquées en ce qui concerne les obligations découlant de la présente Convention ou assumées aux fins de son application. Aucune disposition de la présente Convention ne rend les navires de guerre ou autres navires utilisés à des fins non commerciales et qui sont propriété d'un Etat ou exploitées par lui susceptibles d'arraisonnement, d'arrêt ou de saisie, ni ne confère la compétence juridictionnelle aux tribunaux étrangers lorsqu'il s'agit d'un navire de guerre.

Article XI

1. Lorsqu'un tribunal de l'Etat dont émane la licence certifie, à la demande de l'exploitant, d'un plaignant ou de l'Etat dont émane la licence, que le montant des demandes en réparation relatives à un accident nucléaire excédera vraisemblablement le montant indiqué à l'article III de la présente Convention, l'exploitant ou l'Etat dont émane la licence doit mettre ce montant à la disposition de ce tribunal pour qu'il soit affecté au paiement des indemnités; ce montant est alors considéré comme constituant le fonds de responsabilité limitée pour cet accident.

2. Le montant fixé au paragraphe précédent peut être mis à la disposi-

klearen Schaden, der durch ein unmittelbar auf eine Kriegshandlung, auf Feindseligkeiten, auf einen Bürgerkrieg oder auf einen Aufstand zurückzuführendes nukleares Ereignis verursacht worden ist.

Artikel IX

Die aus einer Versicherung, einer sonstigen finanziellen Sicherheit oder aus staatlicher Schadloshaltung nach Artikel III Absatz 2 verfügbaren Beträge sind ausschließlich für Schadenersatzleistungen nach diesem Übereinkommen zu verwenden.

Artikel X

(1) Schadenersatzklagen sind nach Wahl des Klägers entweder bei den Gerichten des Genehmigungsstaats oder bei den Gerichten des oder der Vertragsstaaten zu erheben, in deren Hoheitsgebiet der nukleare Schaden eingetreten ist.

(2) Ist von dem Genehmigungsstaat verlangt worden, daß er die Erfüllung von Schadenersatzansprüchen nach Artikel III Absatz 2 sicherstellt, oder könnte dies von ihm verlangt werden, so kann er jedem Verfahren beitreten, das gegen den Inhaber anhängig ist.

(3) Auf Immunität von der Gerichtsbarkeit nach dem innerstaatlichen Recht oder dem Völkerrecht wird hinsichtlich der sich aus diesem Übereinkommen ergebenden oder der zum Zweck seiner Anwendung übernommenen Verpflichtungen verzichtet. Durch das Übereinkommen werden Kriegsschiffe und andere nicht kommerziellen Zwecken dienende Staatsschiffe weder einem Arrest, einer Pfändung oder einer Beschlagnahme unterworfen, noch wird für Kriegsschiffe die Gerichtsbarkeit auf die Gerichte eines ausländischen Staates übertragen.

Artikel XI

(1) Stellt ein Gericht des Genehmigungsstaats auf Antrag des Inhabers, eines Klägers oder des Genehmigungsstaats fest, daß die Höhe der Schadenersatzansprüche auf Grund eines nuklearen Ereignisses wahrscheinlich den in Artikel III festgesetzten Betrag überschreiten wird, so stellen der Inhaber oder der Genehmigungsstaat diesen Betrag dem Gericht zur Erfüllung der Ansprüche zur Verfügung; dieser Betrag gilt als Haftungsbeschränkungsfonds für dieses nukleare Ereignis.

(2) Der Betrag nach Absatz 1 kann dem Gericht entweder durch Zahlung

paragraph by payment into court or by the provision of security or guarantees sufficient to satisfy the court that the money will be available when required to meet any established claim.

3. After the fund has been constituted in accordance with paragraph I of this Article the court of the licensing State shall be exclusively competent to determine all matters relating to the apportionment and distribution of the fund.

4. a) A final judgment entered by a court having jurisdiction under Article X shall be recognized in the territory of any other contracting State, except:

i) where the judgment was obtained by fraud; or

ii) the operator was not given a fair opportunity to present his case;

b) A final judgment which is recognized shall, upon being presented for enforcement in accordance with the formalities required by the law of the contracting State where enforcement is sought, be enforceable as if it were a judgment of a court of that State;

c) The merits of a claim on which the judgment has been given shall not be subject to further proceedings.

5. a) If a person who is a national of a contracting State, other than the operator, has paid compensation for nuclear damage under an International Convention or under the law of a non-contracting State, such person shall, up to the amount which he has paid, acquire by subrogation the rights which the person so compensated would have enjoyed under the Convention. However, no rights shall be so acquired by any person if and to the extent that the operator has a right of recourse or contribution against such person under this Convention;

tion du tribunal, soit en effectuant le versement, soit en fournissant une caution ou des garanties suffisantes pour convaincre le tribunal que les fonds seront immédiatement disponibles pour satisfaire toute demande en réparation qui sera reconnue fondée.

3. Après la constitution du fonds conformément aux dispositions du paragraphe 1 ci-dessus, le tribunal de l'Etat dont émane la licence a compétence exclusive pour connaître de toutes les questions touchant la fixation des quotes-parts et la répartition du fonds.

4. a) Tout jugement définitif prononcé par un tribunal ayant la compétence juridictionnelle en vertu de l'article X sera reconnu sur le territoire de tout autre Etat contractant sauf si:

i) le jugement a été obtenu frauduleusement,

ii) l'exploitant n'a pas été mis en mesure de présenter sa défense.

b) Tout jugement définitif qui est reconnu et dont l'exécution est demandée dans la forme requise par la loi de l'Etat contractant où cette exécution est recherchée, sera exécutée comme s'il s'agissait d'un jugement d'un tribunal de cet Etat contractant.

c) Aucune autre demande en justice ne pourra par la suite être intentée sur le fond de la cause.

5. a) Si un ressortissant d'un Etat contractant, autre que l'exploitant, a réparé un dommage nucléaire en vertu d'une convention internationale ou du droit d'un Etat non contractant, il acquiert par subrogation, à concurrence de la somme versée, les droits dont la personne ainsi indemnisée aurait bénéficié en vertu de la présente Convention. Toutefois, aucune personne ne pourra acquérir un droit quelconque de cette manière dans le cas et dans la mesure où l'exploitant a contre elle un droit de recours ou de contribution en vertu de la présente Convention.

oder durch Leistung einer Bürgschaft oder anderen Sicherheit zur Verfügung gestellt werden, die ausreicht, um das Gericht davon zu überzeugen, daß die Mittel zur Befriedigung von festgestellten Schadenersatzansprüchen sofort bereitstehen werden.

(3) Nach Errichtung des Fonds gemäß Absatz 1 ist das Gericht des Genehmigungsstaats für die Entscheidung über alle Angelegenheiten der Zuteilung und Verteilung des Fonds ausschließlich zuständig.

(4) a) Rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen, die von einem nach Artikel X zuständigen Gericht erlassen worden sind, werden im Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaats anerkannt, es sei denn,

i) daß die gerichtliche Entscheidung durch betrügerische Machenschaften erlangt worden ist oder

ii) daß dem Inhaber keine angemessene Gelegenheit zur Vertretung seiner Sache vor Gericht gegeben worden ist.

b) Wird die Vollstreckung einer anerkannten rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung nach den gesetzlichen Förmlichkeiten des Vertragsstaats beantragt, in dem die Vollstreckung nachgesucht wird, so ist die Entscheidung in gleicher Weise zu vollstrecken, als handelte es sich um die Entscheidung eines Gerichts dieses Vertragsstaats.

c) Die Begründetheit des dem Urteil zugrunde liegenden Anspruchs unterliegt keiner weiteren gerichtlichen Nachprüfung.

(5) a) Hat ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaats, der nicht der Inhaber ist, für einen nuklearen Schaden auf Grund einer internationalen Übereinkunft oder des Rechts eines Nichtvertragsstaats Schadenersatz geleistet, so erwirbt er die Ansprüche des Entschädigten nach dem vorliegenden Übereinkommen in Höhe der geleisteten Zahlung. Dieser Rechtsübergang tritt jedoch nicht ein, wenn und soweit der Inhaber ein Rückgriffsrecht oder einen Ausgleichsanspruch nach diesem Übereinkommen gegen den Betroffenen hat.

b) If a limitation fund has been set up and

- i) the operator has paid, prior to its being set up, compensation for nuclear damage; or
- ii) the operator has paid, after it has been set up, compensation for nuclear damage under an International Convention or the law of a non-contracting State,

he shall be entitled to recover from the fund, up to the amount which he has paid, the amount which the person so compensated would have obtained in the distribution of the fund;

c) If no limitation fund is set up, nothing in this Convention shall preclude an operator, who has paid compensation for nuclear damage out of funds other than those provided pursuant to paragraph 2 of Article III, from recovering from the person providing financial security under paragraph 2 of Article III or from the licensing State, up to the amount he has paid, the sum which the person so compensated would have obtained under this Convention;

d) In this paragraph the expression "a national of a contracting State" shall include a contracting State or any of its constituent subdivisions or a partnership or any public or private body whether corporate or not established in a contracting State.

6. Where no fund has been constituted under the provisions of this Article, the licensing State shall adopt such measures as are necessary to ensure that adequate sums provided by it or by insurance or other financial security in accordance with paragraph 2 of Article III, shall be available for the satisfaction of any claim established by a judgment of a court of any other contracting State which would be recognized under paragraph 4 of this Article; the sums shall be made available, at the option of the claimant, either in the licensing State or in the contracting State in

b) Si un fonds de responsabilité limitée a été constitué et que:

- i) avant sa constitution, l'exploitant a payé une indemnité pour un dommage nucléaire,
- ii) après sa constitution, l'exploitant a payé une indemnité pour un dommage nucléaire en vertu d'une convention internationale ou du droit d'un Etat non contractant,

l'exploitant aura le droit de recouvrer sur le fonds, à concurrence de la somme qu'il a versée, le montant que la personne ainsi indemnisée aurait obtenu au moment de la répartition du fonds.

c) Si aucun fonds de responsabilité limitée n'a été constitué, aucune disposition de la présente Convention ne saurait empêcher un exploitant qui a payé une indemnité pour un dommage nucléaire au moyen de fonds autres que ceux qui ont été fournis conformément au paragraphe 2 de l'article III, de recouvrer sur la personne fournissant une garantie financière en application du paragraphe 2 de l'article III ou sur l'Etat dont émane la licence, à concurrence de la somme qu'il a versée, le montant que la personne ainsi indemnisée aurait obtenu en vertu de la présente Convention.

d) Dans ce paragraphe, l'expression «ressortissant d'un Etat contractant» couvre un Etat contractant ou toute subdivision politique d'un tel Etat ou toute personne morale de droit public ou de droit privé, ainsi que toute entité publique ou privée n'ayant pas la personnalité juridique, établie dans un Etat contractant.

6. Si aucun fonds n'a été constitué en application des dispositions du présent article, l'Etat dont émane la licence prend les mesures nécessaires pour que les sommes qu'il fournit ou qui proviennent de l'assurance ou de toute autre garantie financière conformément au paragraphe 2 de l'article III, soient disponibles pour satisfaire toute demande dont le bien-fondé a été établi par un jugement prononcé dans un autre Etat contractant et reconnu en application du paragraphe 4 du présent article; ces sommes seront rendues disponibles, au choix du demandeur, soit dans l'Etat dont émane

b) Ist ein Haftungsbeschränkungs-fonds errichtet worden und

- i) hat der Inhaber vor Errichtung des Fonds Ersatz für einen nuklearen Schaden geleistet oder
- ii) hat der Inhaber nach Errichtung des Fonds auf Grund einer internationalen Übereinkunft oder des Rechts eines Nichtvertragsstaats Ersatz für einen nuklearen Schaden geleistet,

so kann er bis zur Höhe des von ihm geleisteten Betrags aus dem Fonds den Betrag zurückerhalten, den der Entschädigte bei der Verteilung des Fonds erhalten hätte.

c) Ist kein Haftungsbeschränkungs-fonds errichtet worden, so wird der Inhaber, der für einen nuklearen Schaden aus anderen als den in Artikel III Absatz 2 genannten Mitteln Ersatz geleistet hat, durch dieses Übereinkommen nicht gehindert, bis zur Höhe des von ihm geleisteten Betrags von demjenigen, der eine finanzielle Sicherheit nach Artikel III Absatz 2 gewährt, oder von dem Genehmigungsstaat den Betrag zurückzuerhalten, den der Entschädigte nach dem Übereinkommen erhalten hätte.

d) Der Begriff „Staatsangehöriger eines Vertragsstaats“ im Sinne dieses Absatzes schließt Vertragsstaaten und ihre Gebietskörperschaften sowie Gesellschaften und Körperschaften des öffentlichen oder privaten Rechts mit oder ohne Rechtspersönlichkeit ein, sofern sie ihren Sitz in einem Vertragsstaat haben.

(6) Ist kein Fonds nach diesem Artikel errichtet worden, so trifft der Genehmigungsstaat die notwendigen Maßnahmen, damit ein ausreichender Betrag, der von ihm selbst oder durch eine Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit nach Artikel III Absatz 2 bereitzustellen ist, für die Befriedigung von Ansprüchen zur Verfügung steht, die durch eine nach Absatz 4 des vorliegenden Artikels anzuerkennende Entscheidung eines Gerichts eines anderen Vertragsstaats für begründet erklärt werden; der Betrag ist nach Wahl des Klägers entweder in dem Genehmigungsstaat

which the damage was sustained or in the contracting State in which the claimant is habitually resident.

7. After the limitation fund has been constituted in accordance with paragraph 1 of this Article or, where no such fund has been constituted, if the sums provided by the licensing State, or by insurance, or other financial security are available in accordance with paragraph 6 of this Article to meet a claim for compensation, the claimant shall not be entitled to exercise any right against any other asset of the operator in respect of his claim for nuclear damage, and any bail or security (other than security for costs) given by or on behalf of that operator in any contracting State shall be released.

Article XII

1. The contracting States undertake to adopt such measures as are necessary to ensure implementation of the provisions of this Convention, including any appropriate measures for the prompt and equitable distribution of the sums available for compensation for nuclear damage.

2. The contracting States undertake to adopt such measures as are necessary to ensure that insurance and reinsurance premiums and sums provided by insurance, reinsurance or other financial security, or provided by them in accordance with paragraph 2 of Article III, shall be freely transferable into the currency of the contracting State in which the damage was sustained, of the contracting State in which the claimant is habitually resident or, as regards insurance and reinsurance premiums and payments, in the currencies specified in the insurance or reinsurance contract.

3. This Convention shall be applied without discrimination based upon nationality, domicile or residence.

Article XIII

This Convention applies to nuclear damage caused by a nuclear incident occurring in any part of the world and involving the nuclear fuel of, or radioactive products or waste produced in, a nuclear ship flying the flag of a contracting State.

la licence, soit dans l'Etat contractant où le dommage a été subi, soit dans l'Etat contractant où le demandeur a sa résidence habituelle.

7. Lorsque le fonds de responsabilité limitée a été constitué conformément au paragraphe 1 du présent article ou, dans le cas où ce fonds n'a pas été constitué, lorsque les sommes fournies par l'Etat ou provenant de l'assurance ou de toute autre garantie financière sont disponibles conformément au paragraphe 6 pour couvrir une demande en réparation, le demandeur ne peut exercer un droit quelconque, au titre de sa demande en réparation, sur les autres biens de l'exploitant, et toute caution ou autre garantie (à l'exception de la caution pour les dépens) fournie par cet exploitant ou en son nom sur le territoire de tout Etat contractant se trouve libérée.

Article XII

1. Tout Etat contractant s'engage à prendre les mesures nécessaires pour assurer l'application des dispositions de la présente Convention et notamment toutes mesures propres à assurer une distribution prompte et équitable des sommes disponibles pour la réparation des dommages nucléaires.

2. Tout Etat contractant s'engage à prendre les mesures nécessaires pour que les primes et indemnités d'assurance et de réassurance, ainsi que les sommes provenant d'une autre garantie financière ou fournies par l'Etat conformément au paragraphe 2 de l'article III soient librement convertibles dans la monnaie de l'Etat contractant sur le territoire duquel le dommage a été subi, de l'Etat contractant sur le territoire duquel le demandeur a sa résidence habituelle ou, en ce qui concerne les primes et indemnités d'assurance et de réassurance, dans les monnaies spécifiées par le contrat d'assurance ou de réassurance.

3. La présente Convention est appliquée sans discrimination fondée sur la nationalité, le domicile ou la résidence.

Article XIII

La présente Convention s'applique à tout dommage nucléaire causé par un accident nucléaire dans lequel sont impliqués le combustible nucléaire ou les produits ou déchets radioactifs d'un navire nucléaire battant pavillon d'un Etat contractant, quel que soit le lieu où ce dommage a été subi.

oder in dem Vertragsstaat, in dem der Schaden eingetreten ist, oder in dem Vertragsstaat, in dem der Kläger seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, zur Verfügung zu stellen.

(7) Nach Errichtung des Haftungsbeschränkungsfonds gemäß Absatz 1 oder in Fällen, in denen bei Nichterrichtung eines solchen Fonds die von dem Genehmigungsstaat oder auf Grund einer Versicherung oder sonstigen finanziellen Sicherheit aufzubringenden Mittel nach Absatz 6 zur Erfüllung von Schadenersatzansprüchen bereitgestellt sind, kann der Kläger seinen Anspruch wegen eines nuklearen Schadens nicht mehr gegen das sonstige Vermögen des Inhabers geltend machen; von dem Inhaber oder für ihn in einem Vertragsstaat geleistete Sicherheiten (mit Ausnahme der Sicherheiten für Kosten) sind freizugeben.

Artikel XII

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die notwendigen Maßnahmen zur Durchführung dieses Übereinkommens zu treffen, insbesondere geeignete Maßnahmen, um eine schnelle und gerechte Verteilung der für den Ersatz von nuklearen Schäden zur Verfügung stehenden Beträge sicherzustellen.

(2) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit Versicherungs- und Rückversicherungsprämien sowie Beträge, die auf Grund einer Versicherung, einer Rückversicherung oder einer sonstigen finanziellen Sicherheit oder von den Vertragsstaaten selbst nach Artikel III Absatz 2 bereitgestellt werden, in die Währungen des Vertragsstaats, in dem der Schaden eingetreten ist, des Vertragsstaats, in dem der Anspruchsberechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, oder, soweit Versicherungs- und Rückversicherungsprämien und -leistungen in Betracht kommen, in die im Versicherungsvertrag bezeichneten Währungen frei transferiert werden können.

(3) Dieses Übereinkommen ist ohne Diskriminierung wegen der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Aufenthaltsorts anzuwenden.

Artikel XIII

Dieses Übereinkommen findet auf alle durch ein nukleares Ereignis verursachten Schäden Anwendung, die durch Kernbrennstoffe eines die Flagge eines Vertragsstaats führenden Reaktorschiffs oder durch dessen radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle verursacht worden sind, gleichviel wo das Ereignis stattgefunden hat.

Article XIV

This Convention shall supersede any International Conventions in force or open for signature, ratification or accession at the date on which this Convention is opened for signature, but only to the extent that such Conventions would be in conflict with it; however, nothing in this Article shall affect the obligations of contracting States to non-contracting States arising under such International Conventions.

Article XV

1. Each contracting State undertakes to take all measures necessary to prevent a nuclear ship flying its flag from being operated without a licence or authority granted by it.

2. In the event of nuclear damage involving the nuclear fuel of, or radioactive products or waste produced in a nuclear ship flying the flag of a contracting State, the operation of which was not at the time of the nuclear incident licensed or authorized by such contracting State, the owner of the nuclear ship at the time of the nuclear incident shall be deemed to be the operator of the nuclear ship for all the purposes of this Convention, except that his liability shall not be limited in amount.

3. In such an event, the contracting State whose flag the nuclear ship flies shall be deemed to be the licensing State for all the purposes of this Convention and shall, in particular, be liable for compensation for victims in accordance with the obligations imposed on a licensing State by Article III and up to the limit laid down therein.

4. Each contracting State undertakes not to grant a licence or other authority to operate a nuclear ship flying the flag of another State. However, nothing in this paragraph shall prevent a contracting State from implementing the requirements of its national law concerning the operation of a nuclear ship within its internal waters and territorial sea.

Article XVI

This Convention shall apply to a nuclear ship from the date of her launching. Between her launching and the time she is authorized to fly a flag, the nuclear ship shall be deemed to be operated by the owner and to

Article XIV

La présente Convention l'emporte sur les conventions internationales qui, à la date à laquelle elle est ouverte à la signature, sont en vigueur ou ouvertes à la signature, à la ratification ou à l'adhésion, mais seulement dans la mesure où ces conventions seraient en conflit avec elle; toutefois, la présente disposition n'affecte pas les obligations qu'ont les Etats contractants envers les Etats non contractants du fait de ces conventions.

Article XV

1. Tout Etat contractant s'engage à prendre les mesures nécessaires afin d'empêcher qu'un navire nucléaire battant son pavillon soit exploité sans une licence ou une autorisation émanant de lui.

2. En cas de dommage nucléaire mettant en cause le combustible nucléaire ou les produits ou déchets radioactifs d'un navire nucléaire battant pavillon d'un Etat contractant et dont l'exploitation ne faisait pas, au moment de l'accident nucléaire, l'objet d'une licence ou d'une autorisation accordée par cet Etat, le propriétaire du navire nucléaire au moment de l'accident nucléaire est considéré comme l'exploitant aux fins de la présente Convention, sauf toutefois que le montant de sa responsabilité n'est pas limité.

3. Dans ce cas, l'Etat contractant dont le navire nucléaire bat pavillon est censé être l'Etat dont émane la licence, aux fins de la présente Convention, en particulier, il est responsable de l'indemnisation des victimes, conformément aux obligations que l'article III impose à l'Etat dont émane la licence, à concurrence du montant indiqué dans cet article.

4. Chaque Etat contractant s'engage à ne pas accorder de licence ou autre autorisation d'exploiter un navire nucléaire battant pavillon d'un autre Etat; toutefois, la présente disposition n'interdit pas à un Etat contractant d'appliquer les règles de son droit interne concernant l'exploitation d'un navire nucléaire dans ses eaux intérieures et dans sa mer territoriale.

Article XVI

La présente Convention s'applique au navire nucléaire à partir de son lancement. Entre la date de ce lancement et celle où le navire est autorisé à battre pavillon, le navire est censé être exploité par son propriétaire et

Artikel XIV

Dieses Übereinkommen geht allen internationalen Übereinkünften vor, die an dem Tage, an dem das vorliegende Übereinkommen zur Unterzeichnung aufgelegt wird, in Kraft sind oder zur Unterzeichnung, zur Ratifizierung oder zum Beitritt aufgelegt sind, soweit solche Übereinkünfte mit dem vorliegenden Übereinkommen in Widerspruch stehen; diese Bestimmung läßt jedoch die Verpflichtungen von Vertragsstaaten gegenüber Nichtvertragsstaaten auf Grund solcher internationaler Übereinkünfte unberührt.

Artikel XV

(1) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um zu verhindern, daß ein seine Flagge führendes Reaktorschiff ohne eine von ihm erteilte Genehmigung oder Erlaubnis betrieben wird.

(2) Wird ein nuklearer Schaden durch Kernbrennstoffe oder durch radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle eines die Flagge eines Vertragsstaats führenden Reaktorschiffs verursacht, dessen Betrieb zur Zeit des nuklearen Ereignisses nicht von dem betreffenden Staat genehmigt oder erlaubt war, so gilt für die Anwendung dieses Übereinkommens der Eigentümer des Reaktorschiffs zur Zeit des nuklearen Ereignisses als Inhaber; seine Haftung ist jedoch nicht auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

(3) In einem solchen Falle gilt für die Anwendung dieses Übereinkommens der Vertragsstaat, dessen Flagge das Reaktorschiff führt, als Genehmigungsstaat; er ist insbesondere verpflichtet, den Geschädigten entsprechend der einem Genehmigungsstaat durch Artikel III auferlegten Verpflichtung und bis zu dem in jenem Artikel genannten Betrag Ersatz zu leisten.

(4) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, weder eine Genehmigung noch eine andere Erlaubnis für den Betrieb eines Reaktorschiffs zu erteilen, das die Flagge eines anderen Staates führt. Dieser Absatz hindert jedoch einen Vertragsstaat nicht daran, die Vorschriften seines innerstaatlichen Rechts über den Betrieb eines Reaktorschiffs in seinen inneren Gewässern und in seinem Küstenmeer anzuwenden.

Artikel XVI

Dieses Übereinkommen findet auf ein Reaktorschiff vom Zeitpunkt seines Stapellaufs ab Anwendung. Vom Zeitpunkt seines Stapellaufs bis zu dem Zeitpunkt, zu dem es zur Führung einer Flagge ermächtigt wird,

be flying the flag of the State in which she was built.

battre pavillon de l'Etat où il a été construit.

gilt das Reaktorschiff als von dem Eigentümer betrieben und als ein Schiff, das die Flagge des Staates führt, in dem es gebaut worden ist.

Article XVII

Nothing in this Convention shall affect any right which a contracting State may have under international law to deny access to its waters and harbours to nuclear ships licensed by another contracting State, even when it has formally complied with all the provisions of this Convention.

Article XVII

Rien dans la présente Convention n'affecte le droit que peut avoir un Etat contractant, en vertu du droit international, de refuser l'accès de ses eaux et de ses ports à des navires nucléaires dont l'exploitation a été autorisée par un autre Etat contractant, même si celui-ci s'est formellement conformé à toutes les dispositions de la présente Convention.

Artikel XVII

Dieses Übereinkommen berührt nicht das einem Vertragsstaat nach dem Völkerrecht möglicherweise zustehende Recht, einem von einem anderen Vertragsstaat genehmigten Reaktorschiff den Zugang zu seinen Gewässern und Häfen zu verweigern, selbst wenn es allen Bestimmungen des Übereinkommens förmlich entspricht.

Article XVIII

An action for compensation for nuclear damage shall be brought against the operator; it may also be brought against the insurer or any person other than the licensing State who has provided financial security to the operator pursuant to paragraph 2 of Article III, if the right to bring an action against the insurer or such other person is provided under the applicable national law.

Article XVIII

L'action en réparation d'un dommage est exercée contre l'exploitant; elle peut l'être également contre l'assureur ou toute personne autre que l'Etat dont émane la licence, qui a fourni une garantie financière à l'exploitant conformément au paragraphe 2 de l'article III, si une telle action est prévue par le droit interne applicable.

Artikel XVIII

Eine Klage auf Ersatz eines nuklearen Schadens ist gegen den Inhaber zu richten; sie kann auch gegen den Versicherer und, den Genehmigungsstaat ausgenommen, gegen jede andere Person gerichtet werden, die dem Inhaber nach Artikel III Absatz 2 finanzielle Sicherheit gewährt hat, wenn eine solche Klage nach dem anzuwendenden innerstaatlichen Recht zulässig ist.

Article XIX

Notwithstanding the termination of this Convention or the termination of its application to any contracting State pursuant to Article XXVII, the provisions of the Convention shall continue to apply with respect to any nuclear damage caused by a nuclear incident involving the nuclear fuel of, or radioactive products or waste produced in, a nuclear ship licensed or otherwise authorized for operation by any contracting State prior to the date of such termination, provided the nuclear incident occurred prior to the date of such termination or, in the event of a nuclear incident occurring subsequent to the date of such termination, prior to the expiry of a period of twenty-five years after the date of such licensing or other authorization to operate such ship.

Article XIX

Même après l'expiration de la présente Convention ou sa dénonciation par un Etat contractant en vertu de l'article XXVII, ses dispositions demeureront applicables à tout dommage nucléaire causé par un accident nucléaire dans lequel sont impliqués le combustible nucléaire ou les produits ou déchets radioactifs d'un navire nucléaire dont l'exploitation avait été autorisée, par une licence ou de toute autre manière, par un Etat contractant pendant que la Convention était encore en vigueur à son égard, pour autant que l'accident nucléaire soit survenu avant la date de l'expiration ou de la dénonciation de la Convention, ou, s'il survient après cette date, dans un délai de vingt-cinq ans au plus après la date à laquelle l'autorisation d'exploitation a été donnée.

Artikel XIX

Auch nach dem Außerkrafttreten dieses Übereinkommens oder nach seiner Kündigung durch einen Vertragsstaat gemäß Artikel XXVII bleibt das Übereinkommen auf alle nuklearen Schäden anwendbar, die durch ein nukleares Ereignis verursacht worden sind, an dem Kernbrennstoffe oder radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle eines Reaktorschiffs beteiligt sind, dessen Betrieb von einem Vertragsstaat vor dem Außerkrafttreten oder der Kündigung des Übereinkommens genehmigt oder auf andere Weise erlaubt wurde, sofern das nukleare Ereignis vor dem Außerkrafttreten oder der Kündigung des Übereinkommens oder aber nach diesem Zeitpunkt, jedoch binnen fünfundzwanzig Jahren nach der Genehmigung oder sonstigen Erlaubnis zum Betrieb des Schiffes stattgefunden hat.

Article XX

Without prejudice to Article X, any dispute between two or more contracting Parties concerning the interpretation or application of this Convention which cannot be settled through negotiation, shall, at the request of one of them, be submitted to arbitration. If within six months from the date of the request for arbitration the Parties are unable to agree on the organization of the arbitration, any one of these Parties may refer the dispute to the Inter-

Article XX

Sans préjudice des dispositions de l'article X, tout différend entre des Parties contractantes concernant l'interprétation ou l'application de la présente Convention, qui ne peut pas être réglé par voie de négociation, est soumis à l'arbitrage, à la demande de l'une d'entre elles. Si dans les six mois qui suivent la date de la demande d'arbitrage, les Parties ne parviennent pas à se mettre d'accord sur l'organisation de l'arbitrage, l'une quelconque d'entre elles peut soumettre

Artikel XX

Unbeschadet des Artikels X wird jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden kann, auf Antrag einer der Parteien einem Schiedsverfahren unterworfen. Können sich die Parteien binnen sechs Monaten nach dem Datum des Antrags auf das Schiedsverfahren über die Ausgestaltung des Verfahrens nicht einigen, so kann jede der Par-

national Court of Justice by request in conformity with the Statute of the Court.

le différend à la Cour internationale de Justice, en déposant une requête conformément au statut de la Cour.

teien die Streitigkeit dem Internationalen Gerichtshof unterbreiten, indem sie einen seinem Statut entsprechenden Antrag stellt

Article XXI

1. Each contracting Party may at the time of signature or ratification of this Convention of accession thereto, declare that it does not consider itself bound by Article XX of the Convention. The other contracting Parties shall not be bound by this Article with respect to any contracting Party having made such a reservation.

2. Any contracting Party having made a reservation in accordance with paragraph 1 may at any time withdraw this reservation by notification to the Belgian Government.

Artikel XXI

1. Chaque Partie contractante pourra, au moment où elle signera ou ratifiera la présente Convention ou y adhèrera, déclarer qu'elle ne se considère pas liée par l'article XX. Les autres Parties contractantes ne seront pas liées par cet article envers toute Partie contractante qui aura formulé une telle réserve.

2. Toute Partie contractante qui aura formulé une réserve conformément au paragraphe précédent pourra à tout moment lever cette réserve par une notification adressée au Gouvernement belge.

Artikel XXI

(1) Jede Vertragspartei kann bei der Unterzeichnung, der Ratifikation oder dem Beitritt zu diesem Übereinkommen erklären, daß sie sich durch Artikel XX nicht als gebunden betrachtet. Die anderen Vertragsparteien sind gegenüber einer Vertragspartei, die einen solchen Vorbehalt gemacht hat, durch jenen Artikel nicht gebunden.

(2) Jede Vertragspartei, die einen Vorbehalt nach Absatz 1 gemacht hat, kann diesen Vorbehalt jederzeit durch eine an die belgische Regierung zu richtende Notifikation zurückziehen.

Article XXII

This Convention shall be open for signature by the States represented at the eleventh session (1961-1962) of the Diplomatic Conference on Maritime Law.

Article XXII

La présente Convention sera ouverte à la signature des Etats représentés à la onzième session (1961-1962) de la Conférence diplomatique de droit maritime.

Artikel XXII

Dieses Übereinkommen liegt für die auf der elften Tagung (1961/1962) der Diplomatischen Seerechtskonferenz vertretenen Staaten zur Unterzeichnung auf.

Article XXIII

This Convention shall be ratified and the instruments of ratification shall be deposited with the Belgian Government.

Article XXIII

La présente Convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront déposés auprès du Gouvernement belge.

Artikel XXIII

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden bei der belgischen Regierung hinterlegt.

Article XXIV

1. This Convention shall come into force three months after the deposit of an instrument of ratification by at least one licensing State and one other State.

2. This Convention shall come into force, in respect of each signatory State which ratifies it after its entry into force as provided in paragraph 1 of this Article, three months after the date of deposit of the instrument of ratification of that State.

Article XXIV

1. La présente Convention entrera en vigueur trois mois après la date du dépôt des instruments de ratification par deux Etats dont au moins un Etat dont émane la licence.

2. Pour chaque Etat signataire ratifiant la Convention après l'entrée en vigueur telle qu'elle est prévue au paragraphe 1 du présent article, la présente Convention entrera en vigueur trois mois après la date du dépôt de son instrument de ratification.

Artikel XXIV

(1) Dieses Übereinkommen tritt drei Monate nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunde durch mindestens einen Genehmigungsstaat und einen weiteren Staat in Kraft.

(2) Dieses Übereinkommen tritt für jeden Unterzeichnerstaat, der es nach seinem Inkrafttreten gemäß Absatz 1 ratifiziert, drei Monate nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunde dieses Staates in Kraft.

Article XXV

1. States Members of the United Nations, Members of the specialized agencies and of the International Atomic Energy Agency not represented at the eleventh session of the Diplomatic Conference on Maritime Law, may accede to this Convention.

2. The instruments of accession shall be deposited with the Belgian Government.

3. The Convention shall come into force in respect of the acceding State three months after the date of deposit of the instrument of accession of that State, but not before the date of entry into force of the Convention as established by Article XXIV, 1.

Article XXV

1. Les Etats membres de l'Organisation des Nations Unies, des institutions spécialisées ou de l'Agence internationale de l'énergie atomique non représentés à la onzième session de la Conférence diplomatique de droit maritime pourront adhérer à la présente Convention.

2. Les instruments d'adhésion seront déposés auprès du Gouvernement belge.

3. La Convention entrera en vigueur pour l'Etat adhérent trois mois après la date du dépôt de son instrument d'adhésion, mais pas avant la date d'entrée en vigueur de la Convention telle qu'elle est fixée à l'article XXIV, 1.

Artikel XXV

(1) Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, Mitglieder der Sonderorganisationen sowie Mitglieder der Internationalen Atomenergie-Organisation, die auf der elften Tagung der Diplomatischen Seerechtskonferenz nicht vertreten waren, können diesem Übereinkommen beitreten.

(2) Die Beitrittsurkunden werden bei der belgischen Regierung hinterlegt.

(3) Dieses Übereinkommen tritt für den beitretenden Staat drei Monate nach Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde in Kraft, jedoch nicht vor dem Inkrafttreten des Übereinkommens nach Artikel XXIV, Absatz 1.

Article XXVI

1. A conference for the purpose of revising this Convention shall be convened by the Belgian Government and the International Atomic Energy Agency after the Convention has been in force five years.

2. Such a conference shall also be convened by the Belgian Government and the International Atomic Energy Agency before the expiry of this term or thereafter, if one third of the Contracting States express a desire to that effect.

Article XXVII

1. Any contracting State may denounce this Convention by notification to the Belgian Government at any time after the first revision Conference held in accordance with the provisions of Article XXVI, 1.

2. This denunciation shall take effect one year after the date on which the notification has been received by the Belgian Government.

Article XXVIII

The Belgian Government shall notify the States represented at the eleventh session of the Diplomatic Conference on Maritime Law, and the States acceding to this Convention, of the following:

1. Signatures, ratifications and accessions received in accordance with Article XXII, XXIII and XXV.
2. The date on which the Convention will come into force in accordance with Article XXIV.
3. Denunciations received in accordance with Article XXVII.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned Plenipotentiaries, whose credentials have been found in order, have signed this Convention.

DONE at Brussels, this twenty-fifth day of May, one thousand nine hundred and sixty-two, in the English, French, Russian and Spanish languages in a single copy, which shall remain deposited in the archives of the Belgian Government, which shall issue certified copies.

In case of any disparity in the texts, the English and French versions shall be authentic.

Article XXVI

1. Le Gouvernement belge et l'Agence internationale de l'énergie atomique convoqueront une Conférence pour la révision de la présente Convention cinq ans après son entrée en vigueur.

2. Le Gouvernement belge et l'Agence internationale de l'énergie atomique convoqueront également une telle Conférence avant ou après l'expiration de ce délai si un tiers des Etats contractants en exprime le désir.

Article XXVII

1. Chacun des Etats contractants peut dénoncer la présente Convention par notification au Gouvernement belge à tout moment après la première Conférence de révision tenue en conformité des dispositions de l'article XXVI, 1.

2. Cette dénonciation prendra effet un an après la date de réception de la notification par le Gouvernement belge.

Article XXVIII

Le Gouvernement belge notifiera aux Etats représentés à la onzième session de la Conférence diplomatique de droit maritime ainsi qu'aux Etats qui adhèrent à la présente Convention:

1. les signatures, ratifications et adhésions reçues en application des articles XXII, XXIII et XXV.
2. la date à laquelle la présente Convention entrera en vigueur, en application de l'article XXIV.
3. les dénonciations reçues en application de l'article XXVII.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dont les pouvoirs ont été reconnus en bonne et due forme, ont signé la présente Convention.

FAIT à Bruxelles, le 25 mai 1962, en langues anglaise, française, espagnole et russe, en un seul exemplaire, qui restera déposé dans les archives du Gouvernement belge qui en délivrera des copies certifiées conformes.

En cas de discordance de textes, les versions anglaise et française feront foi.

Artikel XXVI

(1) Die belgische Regierung und die Internationale Atomenergie-Organisation berufen fünf Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens eine Konferenz zu dessen Revision ein.

(2) Eine solche Konferenz wird von der belgischen Regierung und der Internationalen Atomenergie-Organisation auch vor oder nach Ablauf dieser Frist einberufen, wenn ein Drittel der Vertragsstaaten einen entsprechenden Wunsch äußert.

Artikel XXVII

(1) Jeder Vertragsstaat kann dieses Übereinkommen jederzeit nach der ersten gemäß Artikel XXVI Absatz 1 abgehaltenen Revisionskonferenz durch eine an die belgische Regierung zu richtende Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation bei der belgischen Regierung wirksam.

Artikel XXVIII

Die belgische Regierung notifiziert den auf der elften Tagung der Diplomatischen Seerechtskonferenz vertretenen Staaten sowie den Staaten, die dem Übereinkommen beitreten:

1. Unterzeichnungen, Ratifikationen und Beitritte nach den Artikeln XXII, XXIII und XXV,
2. den Zeitpunkt, zu dem das Übereinkommen nach Artikel XXIV in Kraft tritt,
3. den Eingang von Kündigungen nach Artikel XXVII.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten, deren Vollmachten in guter und gehöriger Form befunden wurden, dieses Übereinkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Brüssel am 25. Mai 1962 in englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache in einer Urschrift, die im Archiv der belgischen Regierung hinterlegt wird; diese erteilt beglaubigte Abschriften.

Bei Nichtübereinstimmung der Texte sind der englische und der französische Wortlaut verbindlich.

Zusatzprotokoll**Additional Protocol****Protocole additionnel**

On proceeding to the signature of the International Convention on liability of operators of nuclear ships, the undersigned Plenipotentiaries have adopted the present Protocol, which shall have the same validity as if its provisions had been inserted in the text itself of the Convention to which it refers.

The Contracting Parties expressly reserve the right to give effect to this Convention either by giving it the force of law or by including in their national legislation, in a form appropriate to that legislation, the provisions of this Convention.

DONE at Brussels, this twenty-fifth day of May, one thousand nine hundred and sixty-two, in the English, French, Russian and Spanish languages in a single copy, which shall remain deposited in the archives of the Belgian Government, which shall issue certified copies.

In case of any disparity in the texts, the English and French versions shall be authentic.

Au moment de la signature de la Convention internationale relative à la responsabilité des exploitants de navires nucléaires, les Plénipotentiaires soussignés ont adopté le présent Protocole, qui a la même validité que si ses dispositions avaient figuré dans le texte même de la Convention à laquelle il se réfère.

Les Parties contractantes se réservent expressément le droit de donner effet à la présente Convention, soit en lui donnant force de loi, soit en incorporant les dispositions de la Convention dans leur législation nationale, sous une forme appropriée à cette législation.

FAIT à Bruxelles, le 25 mai 1962, en langues anglaise, française, espagnole et russe, en un seul exemplaire, qui restera déposé dans les archives du Gouvernement belge qui en délivrera des copies certifiées conformes.

En cas de discordance de textes, les versions anglaise et française feront foi.

Bei Unterzeichnung des Internationalen Übereinkommens über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten dieses Protokoll angenommen; es hat dieselbe Gültigkeit, als seien seine Bestimmungen in den Wortlaut des Übereinkommens selbst aufgenommen worden, auf das es sich bezieht.

Die Vertragsparteien behalten sich ausdrücklich das Recht vor, dieses Übereinkommen entweder dadurch in Kraft zu setzen, daß ihm Gesetzeskraft verliehen wird, oder dadurch, daß seine Bestimmungen in einer ihrem innerstaatlichen Recht angepaßten Form in dieses Recht übernommen wird.

GESCHEHEN zu Brüssel am 25. Mai 1962 in englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache in einer Urschrift, die im Archiv der belgischen Regierung hinterlegt wird; diese erteilt beglaubigte Abschriften.

Bei Nichtübereinstimmung der Texte sind der englische und der französische Wortlaut verbindlich.

Zusatzübereinkommen
zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960
über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie

Convention Supplementary
to the Paris Convention of 29th July 1960
on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy

Convention complémentaire
à la Convention de Paris du 29 juillet 1960
sur la responsabilité civile dans le domaine de l'Énergie Nucléaire

DIE REGIERUNGEN der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich, des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, Spaniens, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs Norwegen, des Königreichs der Niederlande, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, des Königreichs Schweden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

ALS VERTRAGSPARTEIEN des im Rahmen der Europäischen Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, nunmehr Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, geschlossenen Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie (im folgenden „Pariser Übereinkommen“ genannt),

IN DEM WUNSCH, die in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Maßnahmen zu ergänzen, um den Betrag für den Ersatz von Schäden aus der Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu erhöhen,

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Die durch dieses Übereinkommen eingeführte Regelung dient der Ergänzung des Pariser Übereinkommens und unterliegt dessen Bestimmungen sowie den nachstehenden Vorschriften.

Artikel 2

a) Unter dieses Übereinkommen fallen Schäden, die durch nukleare Ereignisse verursacht sind, es sei denn, daß diese ganz im Hoheitsgebiet eines Nicht-Vertragsstaates dieses Übereinkommens eingetreten sind, sofern

THE GOVERNMENTS of the Federal Republic of Germany, the Republic of Austria, the Kingdom of Belgium, the Kingdom of Denmark, Spain, the French Republic, the Italian Republic, the Grand Duchy of Luxembourg, the Kingdom of Norway, the Kingdom of the Netherlands, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the Kingdom of Sweden and the Swiss Confederation,

BEING PARTIES to the Convention of 29th July 1960 on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy, concluded within the framework of the Organisation for European Economic Co-operation, now the Organisation for Economic Co-operation and Development (hereinafter referred to as the "Paris Convention"),

DESIROUS of supplementing the measures provided in that Convention with a view to increasing the amount of compensation for damage which might result from the use of nuclear energy for peaceful purposes,

HAVE AGREED as follows:

Article 1

The system instituted by this Convention is supplementary to that of the Paris Convention, shall be subject to the provisions of the Paris Convention, and shall be applied in accordance with the following Articles.

Article 2

a) The system of this Convention shall apply to damage caused by nuclear incidents, other than those occurring entirely in the territory of a State which is not a Party to this Convention:

LES GOUVERNEMENTS de la République Fédérale d'Allemagne, de la République d'Autriche, du Royaume de Belgique, du Royaume de Danemark, de l'Espagne, de la République Française, de la République Italienne, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume de Norvège, du Royaume des Pays-Bas, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, du Royaume de Suède et de la Confédération Suisse,

PARTIES à la Convention du 29 juillet 1960 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire (ci-après dénommée «Convention de Paris»), conclue dans le cadre de l'Organisation Européenne de Coopération Économique devenue l'Organisation de Coopération et de Développement Économiques,

DÉSIREUX d'apporter un complément aux mesures prévues dans cette Convention, en vue d'accroître l'importance de la réparation des dommages qui pourraient résulter de l'utilisation de l'énergie nucléaire à des fins pacifiques,

SONT CONVENUS de ce qui suit:

Article premier

Le régime complémentaire à celui de la Convention de Paris, institué par la présente Convention, est soumis aux dispositions de la Convention de Paris ainsi qu'aux dispositions fixées ci-après.

Article 2

a) Le régime de la présente Convention s'applique aux dommages causés par des accidents nucléaires autres que ceux qui sont survenus entièrement sur le territoire d'un État non-contractant à la présente Convention:

i) für diese Schäden aufgrund des Pariser Übereinkommens der Inhaber einer im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei dieses Übereinkommens (im folgenden „Vertragspartei“ genannt) gelegenen, für friedliche Zwecke bestimmten Kernanlage haftet, die in der gemäß Artikel 13 aufgestellten und jeweils auf dem neuesten Stand gehaltenen Liste aufgeführt ist, und

ii) diese Schäden entstanden sind

1. im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder
2. auf hoher See oder im Luftraum darüber an Bord eines im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei registrierten Schiffs oder Luftfahrzeugs oder
3. einem Staatsangehörigen einer Vertragspartei auf hoher See oder im Luftraum darüber, im Falle von Schäden an einem Schiff oder Luftfahrzeug jedoch nur, wenn dieses im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei registriert ist,

vorausgesetzt, daß die Gerichte einer Vertragspartei gemäß dem Pariser Übereinkommen zuständig sind.

b) Jeder Unterzeichner- oder beitretende Staat kann bei der Unterzeichnung dieses Übereinkommens, bei seinem Beitritt zu diesem oder bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde erklären, daß er natürliche Personen, die im Sinne seiner Gesetzgebung ihren gewöhnlichen Aufenthalt in seinem Hoheitsgebiet haben, oder bestimmte Gruppen solcher Personen bei der Anwendung des Absatzes a) ii) seinen Staatsangehörigen gleichstellt.

c) Im Sinne dieses Artikels schließt der Ausdruck „Staatsangehöriger einer Vertragspartei“ ein jede Vertragspartei und alle ihre Gebietskörperschaften sowie öffentliche und private Gesellschaften und Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ihren Sitz haben.

Artikel 3

a) Unter den in diesem Übereinkommen festgelegten Bedingungen verpflichten sich die Vertragsparteien, dafür Sorge zu tragen, daß Entschädigung für die in Artikel 2 genannten Schäden bis zu einem Betrag von 120 Millionen Rechnungseinheiten je Schadensereignis geleistet wird.

i) for which an operator of a nuclear installation, used for peaceful purposes, situated in the territory of a Contracting Party to this Convention (hereinafter referred to as a "Contracting Party"), and which appears on the list established and kept up-to-date in accordance with the terms of Article 13, is liable under the Paris Convention; and

ii) suffered

1. in the territory of Contracting Party, or
2. on or over the high seas on board a ship or aircraft registered in the territory of a Contracting Party;
- or
3. on or over the high seas by a national of a Contracting Party, provided that, in the case of damage to a ship or an aircraft, the ship or aircraft is registered in the territory of a Contracting Party,

provided that the courts of a Contracting Party have jurisdiction pursuant to the Paris Convention.

b) Any Signatory or acceding Government may, at the time of signature of or accession to this Convention or on the deposit of its instrument of ratification, declare that, for the purposes of the application of paragraph (a) (ii) of this Article, individuals or certain categories thereof, considered under its law as having their habitual residence in its territory, are assimilated to its own nationals.

c) In this Article, the expression "a national of a Contracting Party" shall include a Contracting Party or any of its constituent sub-divisions, or a partnership, or any public or private body whether corporate or not established in the territory of a Contracting Party.

Article 3

a) Under the conditions established by this Convention, the Contracting Parties undertake that compensation in respect of the damage referred to in Article 2 shall be provided up to the amount of 120 million units of account per incident.

i) dont la responsabilité incombe, en vertu de la Convention de Paris, à l'exploitant d'une installation nucléaire à usage pacifique, située sur le territoire d'une Partie Contractante à la présente Convention (ci-après dénommée "Partie Contractante") et figurant sur la liste établie et mise à jour dans les conditions prévues à l'article 13,

ii) subis

1. sur le territoire d'une Partie Contractante
- ou
2. en haute mer ou au-dessus, à bord d'un navire ou d'un aéronef immatriculé sur le territoire d'une Partie Contractante
- ou
3. en haute mer ou au-dessus, par un ressortissant d'une Partie Contractante à condition, s'il s'agit de dommages à un navire ou à un aéronef, que celui-ci soit immatriculé sur le territoire d'une Partie Contractante,

sous réserve que les tribunaux d'une Partie Contractante soient compétents conformément à la Convention de Paris.

b) Tout Signataire ou Gouvernement adhérent à la Convention peut, au moment de la signature de la présente Convention ou de son adhésion à celle-ci ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, déclarer qu'il assimile à ses propres ressortissants, aux fins de l'application du paragraphe a) ii) ci-dessus, les personnes physiques qui ont leur résidence habituelle sur son territoire au sens de sa législation, ou certaines catégories d'entre elles.

c) Au sens du présent article, l'expression "ressortissant d'une Partie Contractante" couvre une Partie Contractante ou toute subdivision politique d'une telle Partie, ou toute personne morale de droit public ou de droit privé, ainsi que toute entité publique ou privée n'ayant pas la personnalité juridique, établie sur le territoire d'une Partie Contractante.

Article 3

a) Dans les conditions fixées par la présente Convention, les Parties Contractantes s'engagent à ce que la réparation des dommages visés à l'article 2 soit effectuée à concurrence d'un montant de 120 millions d'unités de compte par accident.

b) diese Entschädigung wird geleistet:

- i) bis zu einem Betrag von mindestens 5 Millionen Rechnungseinheiten, der zu diesem Zweck von der Gesetzgebung derjenigen Vertragspartei festgesetzt wird, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, durch Mittel, die aus einer Versicherung oder sonstigen finanziellen Sicherheit stammen;
- ii) zwischen diesem Betrag und 70 Millionen Rechnungseinheiten durch öffentliche Mittel, die von derjenigen Vertragspartei bereitgestellt sind, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist;
- iii) zwischen 70 und 120 Millionen Rechnungseinheiten durch öffentliche Mittel, die von den Vertragsparteien nach dem in Artikel 12 vorgesehenen Aufbringungsschlüssel bereitgestellt sind.

c) Zu diesem Zweck muß jede Vertragspartei

- i) entweder gemäß Artikel 7 des Pariser Übereinkommens den Höchstbetrag der Haftung des Inhabers einer Kernanlage auf 120 Millionen Rechnungseinheiten festsetzen und bestimmen, daß diese Haftung aus den gesamten in Absatz b) genannten Mitteln gedeckt wird;
- ii) oder den Höchstbetrag, bis zu dem der Inhaber einer Kernanlage haftet, auf einen Betrag festsetzen, der mindestens gleich dem in Absatz b) i) vorgesehenen Betrag ist, und bestimmen, daß über diesen Betrag hinaus bis zu einem Betrag von 120 Millionen Rechnungseinheiten die in Absatz b) ii) und iii) genannten öffentlichen Mittel unter einem anderen rechtlichen Gesichtspunkt als dem der Deckung der Haftung des Inhabers bereitgestellt werden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die materiellen und Verfahrensvorschriften dieses Übereinkommens unberührt bleiben.

d) Die Erfüllung der Verpflichtung des Inhabers einer Kernanlage zum Ersatz des Schadens oder der Zinsen und Kosten aus Mitteln gemäß Absatz b) ii) und iii) und Absatz f) kann gegen ihn jeweils nur insoweit durchgesetzt werden, wie diese Mittel tatsächlich bereitstehen.

e) Die Vertragsparteien verpflichten sich, bei der Durchführung dieses Übereinkommens von der in Artikel 15 b) des Pariser Übereinkommens vorgesehenen Befugnis zur Festsetzung besonderer Bedingungen

b) Such compensation shall be provided:

- i) up to an amount of at least 5 million units of account, out of funds provided by insurance or other financial security, such amount to be established by the legislation of the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated;
- ii) between this amount and 70 million units of account, out of public funds to be made available by the Contracting Party in whose territory, the nuclear installation of the operator liable is situated;
- iii) between 70 million and 120 million units of account, out of public funds to be made available by the Contracting Parties according to the formula for contributions specified in Article 12.

c) For this purpose, each Contracting Party shall either

- i) establish the maximum liability of the operator, pursuant to Article 7 of the Paris Convention, at 120 million units of account, and provide that such liability shall be covered by all the funds referred to in paragraph (b) of this Article; or
- ii) establish the maximum liability of the operator at an amount at least equal to that established pursuant to paragraph (b) (i) of this Article and provide that, in excess of such amount and up to 120 million units of account, the public funds referred to in paragraph (b) (ii) and (iii) of this Article shall be made available by some means other than as cover for the liability of the operator, provided that the rules of substance and procedure laid down in this Convention are not thereby affected.

d) The obligation of the operator to pay compensation, interest or costs out of public funds made available pursuant to paragraphs (b) (ii) and (iii), and (f) of this Article shall only be enforceable against the operator as and when such funds are in fact made available.

e) The Contracting Parties, in carrying out this Convention, undertake not to make use of the right provided for in Article 15 (b) of the Paris Convention to apply special conditions

b) Cette réparation est effectuée:

- i) à concurrence d'un montant au moins égal à 5 millions d'unités de compte, fixé à cet effet en vertu de la législation de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de l'exploitant responsable, au moyen de fonds provenant d'une assurance ou d'une autre garantie financière;
- ii) entre ce montant et 70 millions d'unités de compte, au moyen de fonds publics à allouer par la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de l'exploitant responsable;
- iii) entre 70 et 120 millions d'unités de compte, au moyen de fonds publics à allouer par les Parties Contractantes selon la clé de répartition prévue à l'article 12.

c) A cet effet, chaque Partie Contractante doit

- i) soit fixer, conformément à l'article 7 de la Convention de Paris, le montant maximum de la responsabilité de l'exploitant à 120 millions d'unités de compte et disposer que cette responsabilité est couverte par l'ensemble des fonds visés au paragraphe b) ci-dessus;
- ii) soit fixer le montant maximum de la responsabilité de l'exploitant à un niveau au moins égal à celui qui est fixé conformément au paragraphe b) i) ci-dessus et disposer qu'au-delà de ce montant et jusqu'à 120 millions d'unités de compte, les fonds publics visés au paragraphe b) ii) et iii) ci-dessus sont alloués à un titre différent de celui d'une couverture de la responsabilité de l'exploitant; toutefois, elle ne doit pas porter atteinte aux règles de fond et de procédure fixées par la présente Convention.

d) Les créances découlant de l'obligation pour l'exploitant de réparer des dommages ou de payer des intérêts et dépens au moyen des fonds alloués conformément aux paragraphes b) ii), iii) et f) du présent article ne sont exigibles à son égard qu'au fur et à mesure de l'allocation effective de ces fonds.

e) Les Parties Contractantes s'engagent à ne pas faire usage dans l'exécution de la présente Convention de la faculté prévue à l'article 15 b) de la Convention de Paris d'édicter des conditions particulières:

i) bei dem Schadenersatz, der aus den in Absatz b) i) genannten Mitteln geleistet wird,

ii) über die in diesem Übereinkommen festgesetzten Bedingungen hinaus auch bei dem Schadenersatz, der aus öffentlichen Mitteln gemäß Absatz b) ii) und iii) geleistet wird,

keinen Gebrauch zu machen.

f) Die in Artikel 7 g) des Pariser Übereinkommens genannten Zinsen und Kosten sind zusätzlich zu den in Absatz b) genannten Beträgen zu zahlen. Sie gehen zu Lasten

i) des haftenden Inhabers, soweit sie auf die Entschädigung aus den in Absatz b) i) bezeichneten Mitteln entfallen;

ii) der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage dieses Inhabers gelegen ist, soweit sie auf die Entschädigung aus den in Absatz b) ii) bezeichneten Mitteln entfallen;

iii) aller Vertragsparteien, soweit sie auf die Entschädigung aus den in Absatz b) iii) bezeichneten Mitteln entfallen.

g) Rechnungseinheit im Sinne des Übereinkommens ist die Rechnungseinheit des Europäischen Währungsabkommens, wie sie am Tage des Pariser Übereinkommens festgesetzt ist.

i) in respect of compensation for damage provided out of the funds referred to in paragraph (b) (i) of this Article;

ii) other than those laid down in this Convention in respect of compensation for damage provided out of the public funds referred to in paragraph (b) (ii) and (iii) of this Article.

f) The interest and costs referred to in Article 7 (g) of the Paris Convention are payable in addition to the amounts referred to in paragraph (b) of this Article and shall be borne in so far as they are awarded in respect of compensation payable out of the funds referred to in:

i) paragraph (b) (i) of this Article, by the operator liable;

ii) paragraph (b) (ii) of this Article, by the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of that operator is situated;

iii) paragraph (b) (iii) of this Article, by the Contracting Parties together.

g) For the purposes of this Convention, "unit of account" means the unit of account of the European Monetary Agreement as defined at the date of the Paris Convention.

i) pour la réparation des dommages effectuée au moyen des fonds visés au paragraphe b) i) ci-dessus;

ii) en dehors de celles de la présente Convention, pour la réparation des dommages effectuée au moyen des fonds publics visés au paragraphe b) ii) et iii) ci-dessus.

f) Les intérêts et dépens visés à l'article 7 g) de la Convention de Paris sont payables au-delà des montants indiqués au paragraphe b) ci-dessus. Dans la mesure où ils sont alloués au titre d'une réparation payable sur les fonds visés:

i) au paragraphe b) i) ci-dessus, ils sont à la charge de l'exploitant responsable;

ii) au paragraphe b) ii) ci-dessus, ils sont à la charge de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de cet exploitant;

iii) au paragraphe b) iii) ci-dessus, ils sont à la charge de l'ensemble des Parties Contractantes.

g) Au sens de la présente Convention, «unité de compte» signifie l'unité de compte de l'Accord Monétaire Européen telle qu'elle est définie à la date de la Convention de Paris.

Artikel 4

a) Haften mehrere Inhaber von Kernanlagen für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden, so werden die Haftungshöchstbeträge nach Artikel 5 b) des Pariser Übereinkommens, soweit öffentliche Mittel gemäß Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) bereitgestellt sind, nur bis zu einem Betrag von insgesamt 120 Millionen Rechnungseinheiten zusammengerechnet.

b) Der Gesamtbetrag der gemäß Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) bereitgestellten öffentlichen Mittel darf in diesem Falle den Unterschied zwischen 120 Millionen Rechnungseinheiten und der Summe der Beträge nicht übersteigen, die für diese Inhaber gemäß Artikel 3 Absatz b) i) oder im Falle eines Inhabers, dessen Kernanlage im Hoheitsgebiet eines Nicht-Vertragsstaates dieses Übereinkommens gelegen ist, gemäß Artikel 7 des Pariser Übereinkommens festgesetzt sind. Sind mehrere Vertragsparteien zur Bereitstellung der öffentlichen Mittel gemäß Artikel 3 Absatz b) ii) verpflichtet, so werden diese Mittel von ihnen im Verhältnis zur Zahl der

Article 4

a) If a nuclear incident causes damage which gives rise to liability of more than one operator, the aggregate liability provided for in Article 5 (b) of the Paris Convention shall not, to the extent that public funds have to be made available pursuant to Article 3 (b) (ii) and (iii), exceed 120 million units of account.

b) The total amount of the public funds made available pursuant to Article 3 (b) (ii) and (iii) shall not, in such event, exceed the difference between 120 million units of account and the sum of the amounts established with respect to such operators pursuant to Article 3 (b) (i) or, in the case of an operator whose nuclear installation is situated in the territory of a State which is not a Party to this Convention, the amount established pursuant to Article 7 of the Paris Convention. If more than one Contracting Party is required to make available public funds pursuant to Article 3 (b) (ii), such funds shall be made available by them in proportion to the number

Article 4

a) Si un accident nucléaire entraîne un dommage qui implique la responsabilité de plusieurs exploitants, le cumul de responsabilités prévu à l'article 5 b) de la Convention de Paris ne joue, dans la mesure où des fonds publics visés à l'article 3 b) ii) et iii) doivent être alloués, qu'à concurrence d'un montant de 120 millions d'unités de compte.

b) Le montant global des fonds publics alloués en vertu de l'article 3 b) ii) et iii) ne peut dépasser, dans ce cas, la différence entre 120 millions d'unités de compte et le total des montants déterminés pour ces exploitants conformément à l'article 3 b) i) ou, dans le cas d'un exploitant dont l'installation nucléaire est située sur le territoire d'un État non-contractant à la présente Convention, conformément à l'article 7 de la Convention de Paris. Si plusieurs Parties Contractantes sont tenues d'allouer des fonds publics, conformément à l'article 3 b) ii), la charge de cette allocation est répartie entre elles au prorata du nombre des installations nucléaires si-

an dem nuklearen Ereignis beteiligten Kernanlagen, die jeweils in ihrem Hoheitsgebiet gelegen sind und deren Inhaber haften, bereitgestellt.

Artikel 5

a) Steht dem haftenden Inhaber einer Kernanlage gemäß Artikel 6 f) des Pariser Übereinkommens ein Rückgriffsrecht zu, so erläßt die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage dieses Inhabers gelegen ist, durch ihre Gesetzgebung die erforderlichen Rechtsvorschriften, damit dieses Rückgriffsrecht ihr und den anderen Vertragsparteien, soweit öffentliche Mittel gemäß Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) und Absatz f) bereitgestellt werden, zugute kommt.

b) Diese Gesetzgebung kann Vorschriften vorsehen, um die gemäß Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) und Absatz f) bereitgestellten öffentlichen Mittel von dem haftenden Inhaber einer Kernanlage wiederzuerlangen, falls der Schaden auf einem Verschulden beruht, das ihm zugerechnet werden kann.

Artikel 6

Bei der Berechnung der gemäß diesem Übereinkommen bereitzustellenden Mittel werden nur die innerhalb von zehn Jahren nach Eintritt des nuklearen Ereignisses geltend gemachten Entschädigungsansprüche berücksichtigt. Ist ein Schaden durch ein nukleares Ereignis im Zusammenhang mit Kernbrennstoffen oder radioaktiven Erzeugnissen oder Abfällen verursacht worden, die zur Zeit des Ereignisses gestohlen oder verloren waren oder deren Besitz aufgegeben worden ist und die nicht wiedererlangt worden sind, so beginnt diese Frist mit dem Zeitpunkt des Diebstahls, des Verlustes oder der Besitzaufgabe. Sie verlängert sich in den in Artikel 8 b) des Pariser Übereinkommens vorgesehenen Fällen unter den dort festgesetzten Bedingungen. Die nach Ablauf dieser Frist gemäß Artikel 8 d) des Pariser Übereinkommens zusätzlich geltend gemachten Ansprüche werden ebenfalls berücksichtigt.

Artikel 7

Macht eine Vertragspartei von der in Artikel 8 a) des Pariser Übereinkommens vorgesehenen Befugnis Gebrauch, so ist die von ihr festgesetzte Frist eine dreijährige Verjährungsfrist, die mit dem Zeitpunkt beginnt, zu dem der Geschädigte von dem Schaden und dem haftenden Inhaber Kenntnis hat oder hätte Kenntnis haben müssen.

Artikel 8

Alle Personen, auf welche Bestimmungen dieses Übereinkommens An-

of nuclear installations situated in their respective territories, which are involved in the nuclear incident and of which the operators are liable.

Article 5

a) Where the operator liable has a right of recourse pursuant to Article 6 (f) of the Paris Convention, the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of that operator is situated shall take such legislative measures as are necessary to enable both that Contracting Party and the other Contracting Parties to benefit from this recourse to the extent that public funds have been made available pursuant to Article 3 (b) (ii) and (iii), and (f).

b) Such legislation may provide, for the recovery of public funds made available pursuant to Article 3 (b) (ii) and (iii), and (f) from such operator if the damage results from fault on his part.

Article 6

In calculating the public funds to be made available pursuant to this Convention, account shall be taken only of those rights to compensation exercised within ten years from the date of the nuclear incident. In the case of damage caused by a nuclear incident involving nuclear fuel or radioactive products or waste which at the time of the incident have been stolen, lost or abandoned and have not yet been recovered, the period shall be ten years from the date of the theft, loss or abandonment. It shall also be extended in the cases and under the conditions laid down in Article 8 (b) of the Paris Convention. Amendments made to claims after the expiry of this period, under the conditions laid down in Article 8 (d) of the Paris Convention, shall also be taken into account.

Article 7

Where a Contracting Party makes use of the right provided for in Article 8 (a) of the Paris Convention, the period which it establishes shall be three years either from the date at which the person suffering damage has knowledge or from the date at which he ought reasonably to have known of both the damage and the operator liable.

Article 8

Any person who is entitled to benefit from the provisions of this

tuées sur le territoire de chacune d'elles qui sont impliquées dans l'accident nucléaire et dont les exploitants sont responsables.

Article 5

a) Dans le cas où l'exploitant responsable a un droit de recours conformément à l'article 6 f) de la Convention de Paris, la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de cet exploitant adopte dans sa législation les dispositions nécessaires pour permettre à cette Partie Contractante et aux autres Parties Contractantes de bénéficier de ce recours dans la mesure où des fonds publics sont alloués au titre de l'article 3 b) ii), iii) et f).

b) Cette législation peut prévoir à l'encontre de cet exploitant des dispositions pour la récupération des fonds publics alloués au titre de l'article 3 b) ii), iii) et f) si le dommage résulte d'une faute qui lui soit imputable.

Article 6

Pour le calcul des fonds à allouer en vertu de la présente Convention, seuls sont pris en considération les droits à réparation exercés dans un délai de dix ans à compter de l'accident nucléaire. En cas de dommage causé par un accident nucléaire mettant en jeu des combustibles nucléaires, produits ou déchets radioactifs qui étaient, au moment de l'accident, volés, perdus ou abandonnés et n'avaient pas été récupérés, ce délai part du moment du vol, de la perte ou de l'abandon. Il est, en outre, prolongé dans les cas et aux conditions fixés à l'article 8 b) de la Convention de Paris. Les demandes complémentaires présentées après l'expiration de ce délai, dans les conditions prévues à l'article 8 d) de la Convention de Paris, sont également prises en considération.

Article 7

Lorsqu'une Partie Contractante fait usage de la faculté prévue à l'article 8 a) de la Convention de Paris, le délai qu'elle fixe est un délai de prescription de trois ans à compter soit du moment où le lésé a eu connaissance du dommage et de l'exploitant responsable, soit du moment où il a dû raisonnablement en avoir connaissance.

Article 8

Toute personne bénéficiant des dispositions de la présente Convention

wendung finden, haben Anspruch auf vollständigen Ersatz der eingetretenen Schäden nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften. Jedoch kann jede Vertragspartei für den Fall, daß der Schadensbetrag

- i) 120 Millionen Rechnungseinheiten oder
- ii) den höheren Betrag, der sich daraus ergibt, daß mehrere Haftungshöchstbeträge gemäß Artikel 5 b) des Pariser Übereinkommens zusammengerechnet werden,

übersteigt oder zu übersteigen droht, angemessene Merkmale für die Verteilung festsetzen; dabei darf kein Unterschied hinsichtlich der Herkunft der Mittel und, vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 2, hinsichtlich der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Aufenthalts des Geschädigten gemacht werden.

Artikel 9

a) Die Bereitstellung der in Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) und Absatz f) vorgesehenen Mittel wird von derjenigen Vertragspartei geregelt, deren Gerichte zuständig sind.

b) Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen Maßnahmen, damit die Geschädigten ihre Entschädigungsansprüche geltend machen können, ohne verschiedene Verfahren je nach Herkunft der für die Entschädigung bestimmten Mittel einleiten zu müssen.

c) Keine Vertragspartei ist verpflichtet, die in Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) genannten öffentlichen Mittel bereitzustellen, solange noch die in Artikel 3 Absatz b) i) genannten Mittel verfügbar sind.

Artikel 10

a) Die Vertragspartei, deren Gerichte zuständig sind, hat die anderen Vertragsparteien von dem Eintreten und den Umständen eines nuklearen Ereignisses zu unterrichten, sobald sich herausstellt, daß die dadurch verursachten Schäden den Betrag von 70 Millionen Rechnungseinheiten übersteigen oder zu übersteigen drohen. Die Vertragsparteien erlassen unverzüglich alle erforderlichen Vorschriften zur Regelung ihrer Rechtsbeziehungen in dieser Hinsicht.

b) Allein die Vertragspartei, deren Gerichte zuständig sind, ist befugt, die anderen Vertragsparteien um die Bereitstellung der öffentlichen Mittel gemäß Artikel 3 Absatz b) iii) und Absatz f) zu ersuchen und diese Mittel zu verteilen.

Convention shall have the right to full compensation in accordance with national law for damage suffered, provided that, where the amount of damage exceeds or is likely to exceed:

- i) 120 million units of account; or
- ii) if there is aggregate liability under Article 5 (b) of the Paris Convention and a higher sum results therefrom, such higher sum,

any Contracting Party may establish equitable criteria for apportionment. Such criteria shall be applied whatever the origin of the funds and, subject, to the provisions of Article 2, without discrimination based on the nationality, domicile or residence of the person suffering the damage.

Article 9

a) The system of disbursements by which the public funds required under Article 3 (b) (ii) and (iii) and (f) are to be made available shall be that of the Contracting Party whose courts have jurisdiction.

b) Each Contracting Party shall ensure that persons suffering damage may enforce their rights to compensation without having to bring separate proceedings according to the origin of the funds provided for such compensation.

c) No Contracting Party shall be required to make available the public funds referred to in Article 3 (b) (ii) and (iii) so long as any of the funds referred to in Article 3 (b) (i) remain available.

Article 10

a) The Contracting Party whose courts have jurisdiction shall be required to inform the other Contracting Parties of a nuclear incident and its circumstances as soon as it appears that the damage caused by such incident exceeds, or is likely to exceed, 70 million units of account. The Contracting Parties shall without delay make all the necessary arrangements to settle the procedure for their relations in this connection.

b) Only the Contracting Party whose courts have jurisdiction shall be entitled to request the other Contracting Parties to make available the public funds required under Article 3 (b) (iii) and (f) and shall have exclusive competence to disburse such funds.

a droit à la réparation intégrale du dommage subi, conformément aux dispositions prévues par le droit national. Toutefois, chaque Partie Contractante peut fixer des critères de répartition équitables pour le cas où le montant des dommages dépasse ou risque de dépasser:

- i) 120 millions d'unités de compte, ou
- ii) la somme plus élevée qui résulterait d'un cumul de responsabilités en vertu de l'article 5 b) de la Convention de Paris,

sans qu'il en résulte, quelle que soit l'origine des fonds, et sous réserve des dispositions de l'article 2, de discrimination en fonction de la nationalité, du domicile ou de la résidence de la personne ayant subi le dommage.

Article 9

a) Le régime d'allocation des fonds publics visés à l'article 3 b) ii), iii) et f) est celui de la Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents.

b) Chaque Partie Contractante prend les dispositions nécessaires pour que les personnes ayant subi un dommage puissent faire valoir leurs droits à réparation sans avoir à entamer des procédures différentes selon l'origine des fonds destinés à cette réparation.

c) Aucune Partie Contractante n'est tenue d'allouer les fonds publics visés à l'article 3 b) ii) et iii) tant que des fonds visés à l'article 3 b) i) restent disponibles.

Article 10

a) La Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents est tenue d'informer les autres Parties Contractantes de la survenance et des circonstances d'un accident nucléaire dès qu'il apparaît que les dommages causés par cet accident dépassent ou risquent de dépasser le montant de 70 millions d'unités de compte. Les Parties Contractantes prennent sans délai toutes dispositions nécessaires pour régler les modalités de leurs rapports à ce sujet.

b) Seule la Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents peut demander aux autres Parties Contractantes l'allocation des fonds publics visés à l'article 3 b) iii) et f) et a compétence pour attribuer ces fonds.

c) Diese Vertragspartei übt gegebenenfalls für Rechnung der anderen Vertragsparteien, die gemäß Artikel 3 Absatz b) iii) und Absatz f) öffentliche Mittel bereitgestellt haben, die in Artikel 5 vorgesehenen Rückgriffsrechte aus.

d) Vergleiche, die über die Zahlung einer Entschädigung aus den in Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) bezeichneten öffentlichen Mitteln in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften geschlossen werden, werden von den anderen Vertragsparteien anerkannt; von den zuständigen Gerichten erlassene Urteile über eine solche Entschädigung sind im Hoheitsgebiet der anderen Vertragsparteien gemäß den Bestimmungen des Artikels 13 e) des Pariser Übereinkommens vollstreckbar.

Artikel 11

a) Sind die Gerichte einer anderen Vertragspartei als derjenigen zuständig, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, so werden die in Artikel 3 Absatz b) ii) und Absatz f) genannten öffentlichen Mittel von der erstgenannten Vertragspartei bereitgestellt. Die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, erstattet der anderen die verauslagten Beträge. Die beiden Vertragsparteien legen im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten der Erstattung fest.

b) Erläßt die Vertragspartei, deren Gerichte zuständig sind, nach dem Eintreten des nuklearen Ereignisses Rechts- oder Verwaltungsvorschriften über Art, Form und Umfang des Schadenersatzes, über die Einzelheiten der Bereitstellung der in Artikel 3 Absatz b) ii) genannten öffentlichen Mittel und gegebenenfalls über die Merkmale für die Verteilung dieser Mittel, so konsultiert sie dabei die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Anlage des haftenden Inhabers gelegen ist. Sie trifft ferner alle erforderlichen Maßnahmen, um dieser die Teilnahme an Gerichtsverfahren und Vergleichsverhandlungen, die die Entschädigung betreffen, zu ermöglichen.

Artikel 12

a) Der Aufbringungsschlüssel, nach dem die Vertragsparteien die in Artikel 3 Absatz b) iii) genannten öffentlichen Mittel bereitstellen, wird wie folgt bestimmt:

i) zu 50 % auf der Grundlage des Verhältnisses zwischen dem Bruttosozialprodukt einer jeden Vertragspartei zu jeweiligen Preisen einerseits und der Summe der Bruttosozialprodukte aller Vertragsparteien zu jeweiligen Preisen

c) Such Contracting Party shall, when the occasion arises, exercise the right of recourse provided for in Article 5 on behalf of the other Contracting Parties who have made available public funds pursuant to Article 3 (b) (iii) and (f).

d) Settlements effected in respect of the payment of compensation out of the public funds referred to in Article 3 (b) (ii) and (iii) in accordance with the conditions established by national legislation shall be recognized by the other Contracting Parties, and judgments entered by the competent courts in respect of such compensation shall become enforceable in the territory of the other Contracting Parties in accordance with the provisions of Article 13 (e) of the Paris Convention.

Article 11

a) If the courts having jurisdiction are those of a Contracting Party other than the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated, the public funds required under Article 3 (b) (ii) and (f) shall be made available by the first-named Contracting Party. The Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated shall reimburse to the other Contracting Party the sums paid. These two Contracting Parties shall agree on the procedure for reimbursement.

b) In adopting all legislative, regulatory or administrative provisions, after the nuclear incident has occurred, concerning the nature, form and extent of the compensation, the procedure for making available the public funds required under Article 3 (b) (ii) and, if necessary, the criteria for the apportionment of such funds, the Contracting Party whose courts have jurisdiction shall consult the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated. It shall further take all measures necessary to enable the latter to intervene in proceedings and to participate in any settlement concerning compensation.

Article 12

a) The formula for contributions according to which the Contracting Parties shall make available the public funds referred to in Article 3 (b) (iii) shall be determined as follows:

i) as to 50 %, on the basis of the ratio between the gross national product at current prices of each Contracting Party and the total of the gross national products at current prices of all Contracting Parties as shown by the official

c) Cette Partie Contractante exerce, le cas échéant, les recours visés à l'article 5 pour le compte des autres Parties Contractantes qui auraient alloué des fonds publics au titre de l'article 3 b) iii) et f).

d) Les transactions intervenues conformément aux conditions fixées par la législation nationale au sujet de la réparation des dommages effectuée au moyen des fonds publics visés à l'article 3 b) ii) et iii) seront reconnues par les autres Parties Contractantes, et les jugements prononcés par les tribunaux compétents au sujet d'une telle réparation deviendront exécutoires sur le territoire des autres Parties Contractantes conformément aux dispositions de l'article 13 e) de la Convention de Paris.

Article 11

a) Si les tribunaux compétents relèvent d'une Partie Contractante autre que celle sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de l'exploitant responsable, les fonds publics visés à l'article 3 b) ii) et f) sont alloués par la première de ces Parties. La Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de l'exploitant responsable rembourse à l'autre les sommes versées. Ces deux Parties Contractantes déterminent d'un commun accord les modalités du remboursement.

b) Dans l'adoption de toutes dispositions législatives, réglementaires ou administratives postérieures au moment de l'accident nucléaire et relatives à la nature, à la forme et à l'étendue de la réparation, aux modalités d'allocation des fonds publics visés à l'article 3 b) ii) et, le cas échéant, aux critères de répartition de ces fonds, la Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents consulte la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de l'exploitant responsable. En outre, elle prend toutes mesures nécessaires pour permettre à celle-ci d'intervenir dans les procès et de participer aux transactions concernant la réparation.

Article 12

a) La clé de répartition selon laquelle les Parties Contractantes allouent les fonds publics visés à l'article 3 b) iii) est calculée:

i) à concurrence de 50 %, sur la base du rapport existant entre, d'une part, le produit national brut aux prix courants de chaque Partie Contractante, et, d'autre part, le total des produits nationaux bruts aux prix courants de toutes les

andererseits, wie sie sich aus der von der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung veröffentlichten amtlichen Statistik für das dem nuklearen Ereignis vorangehende Jahr ergeben;

- ii) zu 50 % auf der Grundlage des Verhältnisses zwischen der thermischen Leistung der in dem Hoheitsgebiet jeder einzelnen Vertragspartei gelegenen Reaktoren einerseits und der thermischen Gesamtleistung der in den Hoheitsgebieten aller Vertragsparteien gelegenen Reaktoren andererseits. Diese Berechnung wird auf der Grundlage der thermischen Leistung der Reaktoren, die im Zeitpunkt des nuklearen Ereignisses in der Liste gemäß Artikel 2 Absatz a) i) enthalten sind, vorgenommen. Jedoch wird ein Reaktor bei dieser Berechnung erst von dem Zeitpunkt an berücksichtigt, in dem er zum ersten Mal kritisch geworden ist.

b) „Thermische Leistung“ im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet:

- i) vor der Erteilung der endgültigen Betriebsgenehmigung die vorgesehene thermische Leistung,
- ii) nach der Erteilung der Genehmigung die von den zuständigen innerstaatlichen Behörden genehmigte thermische Leistung.

Artikel 13

a) Jede Vertragspartei hat dafür zu sorgen, daß in der in Artikel 2 Absatz a) i) bezeichneten Liste alle in ihrem Hoheitsgebiet gelegenen und für friedliche Zwecke bestimmten Kernanlagen aufgeführt werden, die unter die Begriffsbestimmung des Artikels 1 des Pariser Übereinkommens fallen.

b) Zu diesem Zweck übermittelt jeder Unterzeichner- oder beitretende Staat der belgischen Regierung bei Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ein vollständiges Verzeichnis dieser Anlagen.

c) Dieses Verzeichnis enthält:

- i) bei allen noch nicht fertiggestellten Anlagen die Angabe des vorgesehenen Zeitpunkts des Eintretens der Gefahr eines nuklearen Ereignisses;
- ii) ferner bei Reaktoren die Angabe des für ihr erstmaliges Kritischwerden vorgesehenen Zeitpunkts und die Angabe ihrer thermischen Leistung.

d) Jede Vertragspartei teilt ferner der belgischen Regierung den tatsächlichen Zeitpunkt des Eintretens der

statistics published by the Organisation for Economic Co-operation and Development for the year preceding the year in which the nuclear incident occurs;

- ii) as to 50 %, on the basis of the ratio between the thermal power of the reactors situated in the territory of each Contracting Party and the total thermal power of the reactors situated in the territories of all the Contracting Parties. This calculation shall be made on the basis of the thermal power of the reactors shown at the date of the nuclear incident in the list referred to in Article 2 (a) (i): provided that a reactor shall only be taken into consideration for the purposes of this calculation as from the date when it first reaches criticality.

b) For the purposes of this Convention, "thermal power" means:

- i) before the issue of a final operating licence, the planned thermal power;
- ii) after the issue of such licence, the thermal power authorized by the competent national authorities.

Article 13

a) Each Contracting Party shall ensure that all nuclear installations used for peaceful purposes situated in its territory, and falling within the definition in Article 1 of the Paris Convention, appear on the list referred to in Article 2 (a) (i).

b) For this purpose, each Signatory or acceding Government shall, on the deposit of its instrument of ratification or accession communicate to the Belgian Government full particulars of such installations.

c) Such particulars shall indicate:

- i) in the case of all installations not yet completed, the expected date on which the risk of a nuclear incident will exist;
- ii) and further, in the case of reactors, the expected date on which they will first reach criticality, and also their thermal power.

d) Each Contracting Party shall also communicate to the Belgian Government the exact date of the existence

Parties Contractantes, tels qu'ils résultent de la statistique officielle publiée par l'Organisation de Coopération et de Développement Économiques pour l'année précédant celle au cours de laquelle l'accident nucléaire sera survenu;

- ii) à concurrence de 50 %, sur la base du rapport existant entre, d'une part, la puissance thermique des réacteurs situés sur le territoire de chaque Partie Contractante et, d'autre part, la puissance thermique totale des réacteurs situés sur l'ensemble des territoires des Parties Contractantes. Ce calcul sera effectué sur la base de la puissance thermique des réacteurs figurant, à la date de l'accident, sur la liste prévue à l'article 2 a) i). Cependant, un réacteur n'est pris en considération pour ce calcul qu'à partir de la date à laquelle il a atteint, pour la première fois, la criticité.

b) Au sens de la présente Convention, «puissance thermique» signifie:

- i) avant la délivrance de l'autorisation d'exploitation définitive, la puissance thermique prévue,
- ii) après cette délivrance, la puissance thermique autorisée par les autorités nationales compétentes.

Article 13

a) Chaque Partie Contractante doit faire figurer sur la liste prévue à l'article 2 a) i) toutes les installations nucléaires à usage pacifique situées sur son territoire, répondant aux définitions de l'article premier de la Convention de Paris.

b) A cet effet, chaque Signataire ou Gouvernement adhérent à la présente Convention communique, au moment du dépôt de son instrument de ratification ou d'adhésion, le relevé complet de ces installations, au Gouvernement belge.

c) Ce relevé contient:

- i) pour toutes les installations non encore achevées, l'indication de la date prévue d'existence du risque d'accident nucléaire;
- ii) et de plus, pour les réacteurs, l'indication de la date à laquelle il est prévu qu'ils atteindront pour la première fois la criticité et l'indication de leur puissance thermique.

d) Chaque Partie Contractante communique, en outre, au Gouvernement belge, la date exacte de l'existence du

Gefahr eines nuklearen Ereignisses sowie bei Reaktoren denjenigen des erstmaligen Kritischwerdens mit.

e) Jede Vertragspartei übermittelt der belgischen Regierung jede Änderung, die an der Liste vorzunehmen ist. Betrifft die Änderung die Hinzufügung einer Kernanlage, so muß die Mitteilung spätestens drei Monate vor dem vorgesehenen Zeitpunkt des Eintretens der Gefahr eines nuklearen Ereignisses vorgenommen werden.

f) Ist eine Vertragspartei der Ansicht, daß das von einer anderen Vertragspartei übermittelte Verzeichnis oder eine von dieser mitgeteilte Änderung an der Liste den Bestimmungen des Artikels 2 Absatz a) i) und dieses Artikels nicht entspricht, so kann sie Einwendungen hiergegen nur durch Mitteilung an die belgische Regierung und binnen drei Monaten nach dem Zeitpunkt erheben, zu welchem sie eine Mitteilung entsprechend Absatz h) erhalten hat.

g) Ist eine Vertragspartei der Ansicht, daß eine gemäß diesem Artikel erforderliche Mitteilung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Fristen vorgenommen worden ist, so kann sie Einwendungen nur durch Mitteilung an die belgische Regierung binnen drei Monaten erheben, nachdem sie Kenntnis von den Tatsachen erhalten hat, die ihrer Meinung nach hätten mitgeteilt werden müssen.

h) Die belgische Regierung wird unverzüglich jeder Vertragspartei die Mitteilungen und Einwendungen notifizieren, die sie gemäß diesem Artikel erhalten hat.

i) Die Gesamtheit der Verzeichnisse und Änderungen gemäß den Absätzen b), c), d) und e) stellt die in Artikel 2 Absatz a) i) vorgesehene Liste dar mit der Maßgabe, daß die nach Absatz f) und g) vorgebrachten Einwendungen, sofern sie zugelassen werden, Rückwirkung auf den Tag haben, an dem sie erhoben worden sind.

j) Die belgische Regierung übermittelt den Vertragsparteien auf ihr Ersuchen eine auf dem neuesten Stand gehaltene Aufstellung der unter dieses Übereinkommen fallenden Kernanlagen mit den nach den Bestimmungen dieses Artikels über sie gemachten Angaben.

of the risk of a nuclear incident and, in the case of reactors, the date on which they first reached criticality.

e) Each Contracting Party shall also communicate to the Belgian Government all modifications to be made to the list. Where such modifications include the addition of a nuclear installation, the communication must be made at least three months before the expected date on which the risk of a nuclear incident will exist.

f) If a Contracting Party is of the opinion that the particulars, or any modification to be made to the list, communicated by another Contracting Party do not comply with the provisions of Article 2 (a) (i) and of this Article, it may raise objections thereto only by addressing them to the Belgian Government within three months from the date on which it has received notice pursuant to paragraph (h) of this Article.

g) If a Contracting Party is of the opinion that a communication required in accordance with this Article has not been made within the time prescribed in this Article, it may raise objections only by addressing them to the Belgian Government within three months from the date on which it knew of the facts which, in its opinion, ought to have been communicated.

h) The Belgian Government shall give notice as soon as possible to each Contracting Party of the communications and objections which it has received pursuant to this Article.

i) The list referred to in Article 2 (a) (i) shall consist of all the particulars and modifications referred to in paragraphs (b), (c), (d) and (e) of this Article, it being understood that objections submitted pursuant to paragraphs (f) and (g) of this Article shall have effect retrospective to the date on which they were raised, if they are sustained.

j) The Belgian Government shall supply any Contracting Party on demand with an up-to-date statement of the nuclear installations covered by this Convention and the details supplied in respect of them pursuant to this Article.

risque d'accident nucléaire et, pour les réacteurs, celle à laquelle ils ont atteint pour la première fois la criticité.

e) Chaque Partie Contractante communique au Gouvernement belge toute modification à apporter à la liste. Au cas où la modification comporte l'adjonction d'une installation nucléaire, la communication doit être faite au moins trois mois avant la date prévue d'existence du risque d'accident nucléaire.

f) Si une Partie Contractante est d'avis que le relevé ou une modification à apporter à la liste communiquée par une autre Partie Contractante n'est pas conforme aux dispositions de l'article 2 a) i) et aux dispositions du présent article, elle ne peut soulever d'objections à cet égard qu'en les adressant au Gouvernement belge dans un délai de trois mois à compter de la date à laquelle elle a reçu une notification conformément au paragraphe h) ci-dessous.

g) Si une Partie Contractante est d'avis qu'une des communications requises conformément au présent article n'a pas été faite dans les délais prescrits, elle ne peut soulever d'objections qu'en les adressant au Gouvernement belge dans un délai de trois mois à compter du moment où elle a eu connaissance des faits qui auraient dû, selon elle, être communiqués.

h) Le Gouvernement belge notifiera dès que possible à chaque Partie Contractante les communications et objections qu'il aura reçues conformément au présent article.

i) L'ensemble des relevés et modifications visés aux paragraphes b), c) d) et e) ci-dessus constitue la liste prévue à l'article 2 a) i), étant précisé que les objections présentées aux termes des paragraphes f) et g) ci-dessus ont effet rétroactif au jour où elles ont été formulées, si elles sont admises.

j) Le Gouvernement belge adresse aux Parties Contractantes sur leur demande un état à jour comprenant les installations nucléaires tombant sous la présente Convention et les indications fournies à leur sujet en vertu du présent article.

Artikel 14

a) Soweit in diesem Übereinkommen nichts anderes bestimmt wird, kann jede Vertragspartei die ihr nach dem Pariser Übereinkommen zustehenden Befugnisse ausüben, und alle demgemäß erlassenen Vorschriften können hinsichtlich der Bereitstellung

Article 14

a) Except in so far as this Convention otherwise provides, each Contracting Party may exercise the powers vested in it by virtue of the Paris Convention, and any provisions made thereunder may be invoked against the other Contracting Parties in order

Article 14

a) Dans la mesure où la présente Convention n'en dispose pas autrement, chaque Partie Contractante peut exercer les compétences qui lui sont dévolues par la Convention de Paris et toutes dispositions ainsi prises sont opposables aux autres Parties Con-

der in Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) genannten öffentlichen Mittel den anderen Vertragsparteien entgegengehalten werden.

b) Die von einer Vertragspartei gemäß den Artikeln 2, 7 c) und 9 des Pariser Übereinkommens erlassenen Vorschriften können jedoch einer anderen Vertragspartei hinsichtlich der Bereitstellung der in Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) genannten öffentlichen Mittel nur entgegengehalten werden, wenn diese ihnen zugestimmt hat.

c) Dieses Übereinkommen schließt nicht aus, daß eine Vertragspartei außerhalb des Pariser Übereinkommens und dieses Übereinkommens Vorschriften erläßt, sofern dadurch für die anderen Vertragsparteien keine zusätzlichen Verpflichtungen hinsichtlich der Bereitstellung öffentlicher Mittel entstehen.

Artikel 15

a) Jede Vertragspartei kann mit einem Nicht-Vertragsstaat dieses Übereinkommens ein Abkommen über den Ersatz aus öffentlichen Mitteln für Schäden schließen, die durch ein nukleares Ereignis verursacht worden sind.

b) Soweit die Bedingungen für die Entschädigung nach einem solchen Abkommen nicht günstiger sind als diejenigen, die sich aus den von der betreffenden Vertragspartei zur Durchführung des Pariser Übereinkommens und dieses Übereinkommens erlassenen Vorschriften ergeben, kann der Betrag der Schäden, für die aufgrund eines solchen Abkommens Ersatz zu leisten ist und die durch ein unter dieses Übereinkommen fallendes nukleares Ereignis verursacht worden sind, bei der Anwendung des Artikels 8 Satz 2 für die Berechnung des Gesamtbetrags der durch dieses nukleare Ereignis verursachten Schäden berücksichtigt werden.

c) In keinem Fall können die Vorschriften der Absätze a) und b) die sich aus Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) ergebenden Verpflichtungen derjenigen Vertragsparteien berühren, die einem solchen Abkommen nicht zugestimmt haben.

d) Jede Vertragspartei, die den Abschluß eines solchen Übereinkommens beabsichtigt, hat ihre Absicht den anderen Vertragsparteien mitzuteilen. Geschlossene Abkommen sind der belgischen Regierung zu notifizieren.

Artikel 16

a) Die Vertragsparteien konsultieren einander über alle Fragen von gemeinsamem Interesse, die sich aus der

that the public funds referred to in Article 3 (b) (ii) and (iii) be made available.

b) Any such provisions made by a Contracting Party pursuant to Articles 2, 7 (c) and 9 of the Paris Convention as a result of which the public funds referred to in Article 3 (b) (ii) and (iii) are required to be made available may not be invoked against any other Contracting Party unless it has consented thereto.

c) Nothing in this Convention shall prevent a Contracting Party from making provisions outside the scope of the Paris Convention and of this Convention, provided that such provisions shall not involve any further obligation on the part of the other Contracting Parties in so far as their public funds are concerned.

Article 15

a) Any Contracting Party may conclude an agreement with a State which is not a Party to this Convention concerning compensation out of public funds for damage caused by a nuclear incident.

b) To the extent that the conditions for payment of compensation under any such agreement are not more favourable than those which result from measures adopted by the Contracting Party concerned for the application of the Paris Convention and of this Convention, the amount of damage caused by a nuclear incident covered by this Convention and for which compensation is payable by virtue of such an agreement may be taken into consideration, where the proviso to Article 8 applies, in calculating the total amount of damage caused by that incident.

c) The provisions of paragraphs (a) and (b) of this Article shall in no case affect the obligations under Article 3 (b) (ii) and (iii) of those Contracting Parties which have not given their consent to such agreement.

d) Any Contracting Party intending to conclude such an agreement shall notify the other Contracting Parties of its intention. Agreements concluded shall be notified to the Belgian Government.

Article 16

a) The Contracting Parties shall consult each other upon all problems of common interest raised by the ap-

tractantes pour l'allocation des fonds publics visés à l'article 3 b) ii) et iii).

b) Toutefois les dispositions prises par une Partie Contractante conformément aux articles 2, 7 c) et 9 de la Convention de Paris ne sont opposables à une autre Partie Contractante pour l'allocation des fonds publics visés à l'article 3 b) ii) et iii) que si elles ont reçu son consentement.

c) La présente Convention ne s'oppose pas à ce qu'une Partie Contractante prenne des dispositions en dehors du cadre de la Convention de Paris et de la présente Convention, sous réserve toutefois que ces dispositions n'entraînent pas d'obligations supplémentaires pour les autres Parties Contractantes dans la mesure où des fonds publics de ces Parties sont en cause.

Article 15

a) Toute Partie Contractante peut conclure avec un État non-contractant à la présente Convention un accord portant sur la réparation, au moyen de fonds publics, de dommages causés par un accident nucléaire.

b) Dans la mesure où les conditions de réparation résultant d'un tel accord ne sont pas plus favorables que celles résultant des dispositions prises pour l'application de la Convention de Paris et de la présente Convention par la Partie Contractante considérée, le montant des dommages indemnifiables en vertu d'un tel accord et causés par un accident nucléaire couvert par la présente Convention peut être pris en considération, en vue de l'application de l'article 8, deuxième phrase, pour le calcul du montant total des dommages causés par cet accident.

c) En aucun cas les dispositions des paragraphes a) et b) ci-dessus ne peuvent affecter les obligations incombant en vertu de l'article 3 b) ii) et iii) aux Parties Contractantes qui n'auraient pas donné leur consentement à un tel accord.

d) Toute Partie Contractante qui se propose de conclure un tel accord doit faire part de son intention aux autres Parties Contractantes. Les accords conclus doivent être notifiés au Gouvernement belge.

Article 16

a) Les Parties Contractantes se consulteront à l'égard de tous les problèmes d'intérêt commun posés par

Durchführung dieses Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens, insbesondere dessen Artikel 20 und 22 c) ergeben.

b) Sie konsultieren einander über die Zweckmäßigkeit einer Revision dieses Übereinkommens fünf Jahre nach seinem Inkrafttreten sowie auf Antrag einer Vertragspartei zu jedem anderen Zeitpunkt.

Artikel 17

Streitigkeiten, die sich zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens ergeben, sind auf Antrag einer der beteiligten Vertragsparteien dem Europäischen Gerichtshof für Kernenergie vorzulegen, der durch das Übereinkommen vom 20. Dezember 1957 zur Einrichtung einer Sicherheitskontrolle auf dem Gebiet der Kernenergie errichtet worden ist.

Artikel 18

a) Vorbehalte zu einer oder mehreren Bestimmungen dieses Übereinkommens können jederzeit vor der Ratifizierung dieses Übereinkommens gemacht werden, wenn die Unterzeichnerstaaten ihnen ausdrücklich zugestimmt haben, oder beim Beitritt oder bei Anwendung der Artikel 21 und 24, wenn ihnen alle Unterzeichner- und beitretenden Staaten ausdrücklich zugestimmt haben.

b) Die Zustimmung eines Unterzeichnerstaates ist jedoch nicht erforderlich, wenn er selbst nicht binnen zwölf Monaten, nachdem ihm gemäß Artikel 25 der Vorbehalt durch die belgische Regierung notifiziert worden ist, dieses Übereinkommen ratifiziert hat.

c) Jeder gemäß Absatz a) zugelassene Vorbehalt kann jederzeit durch Notifizierung an die belgische Regierung zurückgezogen werden.

Artikel 19

Ein Staat kann nur dann Vertragspartei dieses Übereinkommens werden oder bleiben, wenn er auch Vertragspartei des Pariser Übereinkommens ist.

Artikel 20

a) Der Anhang zu diesem Übereinkommen bildet einen integrierenden Bestandteil desselben.

b) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden bei der belgischen Regierung hinterlegt.

plication of this Convention and of the Paris Convention, especially Articles 20 and 22 (c) of the latter Convention.

b) They shall consult each other on the desirability of revising this Convention after a period of five years from the date of its coming into force, and at any other time upon the request of a Contracting Party.

Article 17

Any dispute arising between two or more Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Convention shall, upon the request of a Contracting Party concerned, be submitted to the European Nuclear Energy Tribunal established by the Convention of 20th December 1957 on the Establishment of a Security Control in the Field of Nuclear Energy.

Article 18

a) Reservations to one or more of the provisions of this Convention may be made at any time prior to ratification of this Convention if the terms of these reservations have been expressly accepted by all Signatories or, at the time of accession or of the application of the provisions of Articles 21 and 24, if the terms of these reservations have been expressly accepted by all Signatories and acceding Governments.

b) Such acceptance shall not be required from a Signatory which has not itself ratified this Convention within a period of twelve months after the date of notification to it of such reservation by the Belgian Government in accordance with Article 25.

c) Any reservation accepted in accordance with the provisions of paragraph (a) of this Article may be withdrawn at any time by notification addressed to the Belgian Government.

Article 19

No State may become or continue to be a Contracting Party to this Convention unless it is a Contracting Party to the Paris Convention.

Article 20

a) The Annex to this Convention shall form an integral part thereof.

b) This Convention shall be ratified. Instruments of ratification shall be deposited with the Belgian Government.

l'application de la présente Convention et de la Convention de Paris, notamment des articles 20 et 22 c) de cette dernière.

b) Elles se consulteront sur l'opportunité de réviser la présente Convention au terme de la période de cinq ans qui suivra la date de son entrée en vigueur, et à tout autre moment, à la demande d'une Partie Contractante.

Article 17

Tout différend entre deux ou plusieurs Parties Contractantes relatif à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention sera soumis, à la demande d'une Partie Contractante intéressée, au Tribunal Européen pour l'Énergie Nucléaire créé par la Convention en date du 20 décembre 1957 sur l'Établissement d'un Contrôle de Sécurité dans le domaine de l'Énergie Nucléaire.

Article 18

a) Des réserves portant sur une ou plusieurs dispositions de la présente Convention peuvent être formulées à tout moment avant la ratification de la présente Convention, si leurs termes ont été expressément acceptés par tous les Signataires, ou lors, soit de l'adhésion, soit de l'utilisation des dispositions des articles 21 et 24, si leurs termes ont été expressément acceptés par tous les Signataires et Gouvernements adhérents à la présente Convention.

b) Toutefois, l'acceptation d'un Signataire n'est pas requise si celui-ci n'a pas lui-même ratifié la présente Convention dans un délai de douze mois à partir de la date où la notification de la réserve lui a été communiquée par le Gouvernement belge conformément à l'article 25.

c) Toute réserve acceptée conformément aux dispositions du paragraphe a) ci-dessus peut être retirée à tout moment par notification adressée au Gouvernement belge.

Article 19

Un État ne peut devenir ou rester Partie Contractante à la présente Convention que s'il est Partie Contractante à la Convention de Paris.

Article 20

a) L'Annexe à la présente Convention fait partie intégrante de cette dernière.

b) La présente Convention sera ratifiée. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Gouvernement belge.

c) Dieses Übereinkommen tritt drei Monate nach Hinterlegung der sechsten Ratifikationsurkunde in Kraft.

d) Für jeden Unterzeichnerstaat, der dieses Übereinkommen nach Hinterlegung der sechsten Urkunde ratifiziert, tritt es drei Monate nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde in Kraft.

Artikel 21

Änderungen dieses Übereinkommens werden im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien angenommen. Sie treten in Kraft, wenn alle Vertragsparteien sie ratifiziert oder bestätigt haben.

Artikel 22

a) Nach dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann jede Vertragspartei des Pariser Übereinkommens, die das Zusatzübereinkommen nicht unterzeichnet hat, ihren Beitritt zu diesem durch Notifizierung an die belgische Regierung beantragen.

b) Für den Beitritt ist die einstimmige Zustimmung der Vertragsparteien erforderlich.

c) Nach dieser Zustimmung hinterlegt die antragstellende Vertragspartei des Pariser Übereinkommens ihre Beitrittsurkunde bei der belgischen Regierung.

d) Der Beitritt wird drei Monate nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wirksam.

Artikel 23

a) Dieses Übereinkommen bleibt bis zum Ablauf des Pariser Übereinkommens in Kraft.

b) Jede Vertragspartei kann, soweit es sie betrifft, dieses Übereinkommen auf das Ende der in Artikel 22 a) des Pariser Übereinkommens festgelegten Zehnjahresfrist unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr durch Notifizierung an die belgische Regierung kündigen. Binnen sechs Monaten nach der Notifizierung dieser Kündigung kann jede andere Vertragspartei, soweit es sie betrifft, durch Notifizierung an die belgische Regierung dieses Übereinkommen zu demjenigen Zeitpunkt kündigen, an dem es für die Vertragspartei außer Kraft tritt, die die erste Notifizierung vorgenommen hat.

c) Der Ablauf dieses Übereinkommens oder die Kündigung durch eine der Vertragsparteien berührt nicht die Verpflichtungen, die jede Vertragspartei aufgrund dieses Übereinkommens in bezug auf den Ersatz von

c) This Convention shall come into force three months after the deposit of the sixth instrument of ratification.

d) For each Signatory ratifying this Convention after the deposit of the sixth instrument of ratification, it shall come into force three months after the date of the deposit of its instrument of ratification.

Article 21

Amendments to this Convention shall be adopted by agreement among all the Contracting Parties. They shall come into force on the date when all Contracting Parties have ratified or confirmed them.

Article 22

a) After the coming into force of this Convention, any Contracting Party to the Paris Convention which has not signed this Convention may request accession to this Convention by notification addressed to the Belgian Government.

b) Such accession shall require the unanimous assent of the Contracting Parties.

c) Once such assent has been given, the Contracting Party to the Paris Convention requesting accession shall deposit its instrument of accession with the Belgian Government.

d) The accession shall take effect three months from the date of deposit of the instrument of accession.

Article 23

a) This Convention shall remain in force until the expiry of the Paris Convention.

b) Any Contracting Party may, by giving twelve months' notice to the Belgian Government, terminate the application of this Convention to itself after the end of the period of ten years specified in Article 22 (a) of the Paris Convention. Within six months after receipt of such notice, any other Contracting Party may, by notice to the Belgian Government, terminate the application of this Convention to itself as from the date when it ceases to have effect in respect of the Contracting Party which first gave notice.

c) The expiry of this Convention or the withdrawal of a Contracting Party shall not terminate the obligations assumed by each Contracting Party under this Convention to pay compensation for damage caused by nuclear

c) La présente Convention entrera en vigueur trois mois après le dépôt du sixième instrument de ratification.

d) Pour chaque Signataire ratifiant la présente Convention après le sixième dépôt, elle prendra effet trois mois après la date du dépôt de son instrument de ratification.

Article 21

Les modifications à la présente Convention sont adoptées du commun accord des Parties Contractantes. Elles entrent en vigueur à la date à laquelle toutes les Parties Contractantes les auront ratifiées ou confirmées.

Article 22

a) Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, toute Partie Contractante à la Convention de Paris qui n'a pas signé la présente Convention peut demander à y adhérer par notification adressée au Gouvernement belge.

b) L'adhésion requiert l'accord unanime des Parties Contractantes.

c) A la suite de cet accord, la Partie Contractante à la Convention de Paris ayant demandé l'adhésion dépose son instrument d'adhésion auprès du Gouvernement belge.

d) L'adhésion prendra effet trois mois après la date du dépôt de l'instrument d'adhésion.

Article 23

a) La présente Convention reste en vigueur jusqu'à l'expiration de la Convention de Paris.

b) Toute Partie Contractante pourra mettre fin, en ce qui la concerne, à l'application de la présente Convention au terme du délai de dix ans fixé à l'article 22 a) de la Convention de Paris en donnant un préavis d'un an à cet effet notifié au Gouvernement belge. Dans le délai de six mois suivant la notification de ce préavis, chaque Partie Contractante pourra par une notification au Gouvernement belge mettre fin à la présente Convention, en ce qui la concerne, à la date où elle cessera d'avoir effet à l'égard de la Partie Contractante qui aura effectué la première notification.

c) L'expiration de la présente Convention ou le retrait d'une des Parties Contractantes ne met pas fin aux obligations que chaque Partie Contractante assume, en vertu de la présente Convention, pour la réparation

Schäden aus einem vor dem Zeitpunkt des Ablaufs oder der Kündigung eingetretenen nuklearen Ereignis übernimmt.

d) Die Vertragsparteien konsultieren einander rechtzeitig über die Maßnahmen, die nach Ablauf dieses Übereinkommens oder nach Kündigung durch eine oder mehrere Vertragsparteien zu treffen sind, damit Schäden, die ein danach eingetretenes nukleares Ereignis verursacht hat, für die der Inhaber der Kernanlage haftet, die vor dem genannten Zeitpunkt im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien in Betrieb war, in einem mit der in diesem Übereinkommen vorgesehenen Regelung vergleichbaren Umfang ersetzt werden.

Artikel 24

a) Dieses Übereinkommen gilt für das Mutterland der Vertragsparteien.

b) Wünscht eine Vertragspartei, dieses Übereinkommen auf ein oder mehrere Hoheitsgebiete anzuwenden, für welche sie die Geltung des Pariser Übereinkommens gemäß dessen Artikel 23 angezeigt hat, so stellt sie einen Antrag bei der belgischen Regierung.

c) Die Anwendung dieses Übereinkommens auf die genannten Hoheitsgebiete bedarf der einstimmigen Zustimmung der Vertragsparteien.

d) Nach Erteilung dieser Zustimmung übermittelt die betreffende Vertragspartei der belgischen Regierung eine Erklärung, die mit dem Zeitpunkt ihres Erhalts wirksam wird.

e) Eine solche Erklärung kann von der Vertragspartei, die sie abgegeben hat, hinsichtlich aller darin angeführten Hoheitsgebiete mit einer Frist von einem Jahr durch Schreiben an die belgische Regierung zurückgezogen werden.

f) Tritt das Pariser Übereinkommen für eines dieser Hoheitsgebiete außer Kraft, so tritt auch dieses Übereinkommen für das betreffende Hoheitsgebiet außer Kraft.

Artikel 25

Die belgische Regierung notifiziert allen Unterzeichner- und beitretenden Staaten den Erhalt jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde sowie jeder Kündigung oder sonstigen Notifizierung, die sie erhalten hat. Sie notifiziert ihnen ferner den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens, den Wortlaut der angenommenen Änderungen und den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens sowie die gemäß Artikel 18 gemachten Vorbehalte.

incidents occurring before the date of such expiry or withdrawal.

d) The Contracting Parties shall, in good time, consult each other on what measures should be taken after the expiry of this Convention or the withdrawal of one or more of the Contracting Parties, to provide compensation comparable to that accorded by this Convention for damage caused by nuclear incidents occurring after the date of such expiry or withdrawal and for which the operator of a nuclear installation in operation before such date within the territories of the Contracting Parties is liable.

Article 24

a) This Convention shall apply to the metropolitan territories of the Contracting Parties.

b) Any Contracting Party desiring the application of this Convention to one or more of the territories in respect of which, pursuant to Article 23 of the Paris Convention, it has given notification of application of that Convention, shall address a request to the Belgian Government.

c) The application of this Convention to any such territory shall require the unanimous assent of the Contracting Parties.

d) Once such assent has been given, the Contracting Party concerned shall address to the Belgian Government a notification which shall take effect as from the date of its receipt.

e) Such notification may, as regards any territory mentioned therein, be withdrawn by the Contracting Party which has made it by giving twelve months' notice to that effect to the Belgian Government.

f) If the Paris Convention ceases to apply to any such territory, this Convention shall also cease to apply thereto.

Article 25

The Belgian Government shall notify all Signatories and acceding Governments of the receipt of any instrument of ratification, accession or withdrawal, and shall also notify them of the date on which this Convention comes into force, the text of any amendment thereto and the date on which such amendment comes into force, any reservations made in accordance with Article 18, and all notifications which it has received.

des dommages causés par un accident nucléaire survenant avant la date de cette expiration ou de ce retrait.

d) Les Parties Contractantes se consulteront en temps opportun sur les mesures à prendre après l'expiration de la présente Convention ou le retrait d'une ou de plusieurs Parties Contractantes, afin que soient réparés, dans une mesure comparable à celle prévue par la présente Convention, les dommages causés par des accidents survenus après la date de cette expiration ou de ce retrait, et dont la responsabilité incombe à l'exploitant d'une installation nucléaire qui était en fonctionnement avant cette date sur les territoires des Parties Contractantes.

Article 24

a) La présente Convention s'applique aux territoires métropolitains des Parties Contractantes.

b) Toute Partie Contractante qui désire que la présente Convention soit rendue applicable à un ou plusieurs territoires pour lesquels conformément à l'article 23 de la Convention de Paris, elle a indiqué que cette dernière Convention s'applique, adresse une demande au Gouvernement belge.

c) L'application de la présente Convention à ces territoires requiert l'accord unanime des Parties Contractantes.

d) A la suite de cet accord, la Partie Contractante intéressée adresse au Gouvernement belge une déclaration qui prend effet à compter du jour de sa réception.

e) Une telle déclaration peut, en ce qui concerne tout territoire qui y est désigné, être retirée par la Partie Contractante qui l'a faite, en donnant un préavis d'un an à cet effet notifié au Gouvernement belge.

f) Si la Convention de Paris cesse d'être applicable à un de ces territoires, la présente Convention cesse également de lui être applicable.

Article 25

Le Gouvernement belge donne communication à tous les Signataires et Gouvernements ayant adhéré à la Convention, de la réception des instruments de ratification, d'adhésion, de retrait et de toutes autres notifications qu'il aurait reçues. Il leur notifie également la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, le texte des modifications adoptées et la date d'entrée en vigueur de ces modifications, ainsi que les réserves faites conformément à l'article 18.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Übereinkommen gesetzt

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries, duly empowered, have signed this Convention.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires soussignés, dûment habilités, ont apposé leurs signatures au bas de la présente Convention.

GESCHEHEN zu Brüssel am 31. Januar 1963, in deutscher, englischer, französischer, italienischer, niederländischer und spanischer Sprache, wobei die sechs Wortlaute gleichermaßen verbindlich sind, in einer Urschrift, die bei der belgischen Regierung hinterlegt wird; diese übermittelt allen Unterzeichner- und beitretenden Staaten eine beglaubigte Abschrift.

DONE at Brussels, this 31st day of January 1963, in the English, Dutch, French, German, Italian and Spanish languages, the six texts being equally authoritative, in a single copy which shall be deposited with the Belgian Government by whom certified copies shall be communicated to all the other Signatories and acceding Governments.

FAIT à Bruxelles, le 31 janvier 1963, en français, en allemand, en anglais, en espagnol, en italien et en néerlandais, les six textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé auprès du Gouvernement belge qui en communiquera une copie certifiée conforme à tous les autres Signataires et aux Gouvernements ayant adhéré à la Convention.

Anhang
zum Zusatzübereinkommen
zum Pariser Übereinkommen
vom 29. Juli 1960
über die Haftung gegenüber Dritten
auf dem Gebiet der Kernenergie

DIE REGIERUNGEN DER VERTRAGSPARTEIEN erklären, daß der Ersatz von Schäden, die durch ein nukleares Ereignis verursacht worden sind, das allein deshalb nicht unter das Zusatzübereinkommen fällt, weil die betreffende Kernanlage wegen ihrer Verwendungsart nicht in die Liste gemäß Artikel 2 des Zusatzübereinkommens aufgenommen ist (einschließlich des Falles, daß diese nicht in die Liste aufgenommene Anlage von einer oder mehreren, aber nicht allen Regierungen als nicht unter das Pariser Übereinkommen fallend angesehen wird):

- ohne jede unterschiedliche Behandlung den Staatsangehörigen der Vertragsparteien des Übereinkommens gewährt wird;
- nicht auf einen Betrag unter 120 Millionen Rechnungseinheiten begrenzt wird.

Ferner werden die Regierungen sich bemühen, soweit dies nicht bereits geschehen ist, die Schadenersatzvorschriften für durch solche Ereignisse Geschädigte denjenigen Vorschriften möglichst weitgehend anzugleichen, die für nukleare Ereignisse in Verbindung mit Kernanlagen gelten, die unter dieses Übereinkommen fallen.

Annex
to the Convention Supplementary
to the Paris Convention
of 29th July 1960
on Third Party Liability in the
Field of Nuclear Energy

THE GOVERNMENTS OF THE CONTRACTING PARTIES declare that compensation for damage caused by a nuclear incident not covered by the Supplementary Convention solely by reason of the fact that the relevant nuclear installation, on account of its utilization, is not on the list referred to in Article 2 of the Supplementary Convention, (including the case where such installation is considered by one or more but not all of the Governments to be outside the Paris Convention):

- shall be provided without discrimination among the nationals of the Contracting Parties to the Supplementary Convention; and
- shall not be limited to less than 120 million units of account.

In addition, if they have not already done so, they shall endeavour to make the rules for compensation of persons suffering damage caused by such incidents as similar as possible to those established in respect of nuclear incidents occurring in connection with nuclear installations covered by the Supplementary Convention.

Annexe
à la Convention complémentaire
à la Convention de Paris
du 29 juillet 1960
sur la responsabilité civile dans le
domaine de l'énergie nucléaire

LES GOUVERNEMENTS DES PARTIES CONTRACTANTES déclarent que la réparation des dommages causés par un accident nucléaire qui n'est pas couvert par la Convention complémentaire du seul fait que l'installation nucléaire concernée, en raison de son utilisation, n'est pas incluse dans la liste visée à l'article 2 de la Convention complémentaire, (y compris le cas où cette installation, non incluse dans la liste, est considérée par un ou plusieurs, mais non par tous les Gouvernements comme non couverte par la Convention de Paris):

- est effectuée sans aucune discrimination entre les ressortissants des Parties Contractantes à la Convention complémentaire;
- n'est pas limitée par un plafond qui serait inférieur à 120 millions d'unités de compte.

En outre, ces Gouvernements s'efforceront, si elles ne le sont déjà, de rendre les règles de dédommagement des victimes de tels accidents aussi voisines que possible de celles prévues pour les accidents nucléaires survenus en relation avec les installations nucléaires couvertes par la Convention complémentaire.

Zusatzprotokoll
zum Übereinkommen über die Haftung gegenüber Dritten
auf dem Gebiet der Kernenergie

Additional Protocol
to the Convention on Third Party Liability
in the Field of Nuclear Energy

Protocole additionnel
à la Convention sur la responsabilité civile dans le domaine
de l'Énergie Nucléaire

DIE REGIERUNGEN der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich, des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, Spaniens, der Französischen Republik, des Königreichs Griechenland, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs Norwegen, des Königreichs der Niederlande, der Portugiesischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, des Königreichs Schweden, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Türkischen Republik als Unterzeichnerstaaten des im Rahmen der Europäischen Kernenergie-Agentur der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit, nunmehr Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in Paris geschlossenen Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie.

IN DER ERWAGUNG, daß auf einer Internationalen Konferenz, die vom 29. April bis 19. Mai 1963 unter der Schirmherrschaft der Internationalen Atomenergie-Organisation in Wien stattfand und auf der die Unterzeichnerstaaten vertreten waren, ein internationales Übereinkommen über die zivilrechtliche Haftung für nukleare Schäden angenommen wurde;

IM HINBLICK darauf, daß nach Artikel XVII des genannten Übereinkommens dieses die Anwendung des Pariser Übereinkommens auf dessen Vertragsparteien untereinander nicht berührt;

IN DEM WUNSCH jedoch, soweit wie möglich einen etwaigen Widerspruch zwischen den beiden Übereinkommen zu vermeiden, so daß sie Vertragsparteien beider Übereinkommen werden können, falls sie das wollen;

THE GOVERNMENTS of the Federal Republic of Germany, the Republic of Austria, the Kingdom of Belgium, the Kingdom of Denmark, Spain, the French Republic, the Kingdom of Greece, the Italian Republic, the Grand Duchy of Luxembourg, the Kingdom of Norway, the Kingdom of the Netherlands, the Portuguese Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the Kingdom of Sweden, the Swiss Confederation and the Turkish Republic, being Signatories to the Convention on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy of 29th July 1960, concluded in Paris within the framework of the European Nuclear Energy Agency of the Organisation for European Economic Co-operation, now the Organisation for Economic Co-operation and Development;

CONSIDERING that at an International Conference which met in Vienna under the auspices of the International Atomic Energy Agency from 29th April to 19th May 1963, at which the Signatories were represented, an International Convention on Civil Liability for Nuclear Damage was adopted;

NOTING that by virtue of Article XVII of that Convention the application of the Paris Convention as between the Signatories thereto shall not be affected;

DESIROUS nevertheless of ensuring that as far as possible there are no conflicts between the two Conventions, thus enabling them to become Parties to both Conventions if they so decide;

LES GOUVERNEMENTS de la République Fédérale d'Allemagne, de la République d'Autriche, du Royaume de Belgique, du Royaume de Danemark, de l'Espagne, de la République Française, du Royaume de Grèce, de la République Italienne, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume de Norvège, du Royaume des Pays-Bas, de la République Portugaise, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, du Royaume de Suède, de la Confédération Suisse et de la République Turque, Signataires de la Convention sur la Responsabilité Civile dans le Domaine de l'Énergie Nucléaire du 29 juillet 1960 conclue à Paris dans le cadre de l'Agence Européenne pour l'Énergie Nucléaire de l'Organisation Européenne de Coopération Économique, devenue l'Organisation de Coopération et de Développement Économiques;

CONSIDÉRANT que les Signataires étaient représentés à une Conférence Internationale qui s'est tenue à Vienne sous l'égide de l'Agence Internationale de l'Énergie Atomique du 29 avril au 19 mai 1963 au cours de laquelle une Convention Internationale relative à la Responsabilité Civile en Matière de Dommages Nucléaires a été adoptée;

AYANT PRIS NOTE qu'en vertu de son Article XVII, ladite Convention ne porte pas atteinte à l'application de la Convention de Paris en ce qui concerne les Parties à cette Convention;

DÉSIREUX toutefois d'éviter dans la mesure du possible un conflit éventuel entre les deux Conventions, en vue de se permettre de devenir Parties aux deux Conventions s'ils le souhaitent;

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

I

Das Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie wird wie folgt geändert:

A. Der letzte Absatz der Präambel wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

IN DER ÜBERZEUGUNG, daß es notwendig ist, die in den verschiedenen Staaten geltenden Grundsätze für die Haftung für solche Schäden zu vereinheitlichen, gleichzeitig aber diesen Staaten die Möglichkeit zu belassen, auf nationaler Ebene die von ihnen für angemessen erachteten zusätzlichen Maßnahmen zu ergreifen und die Bestimmungen dieses Übereinkommens auch auf Schäden anzuwenden, die durch Ereignisse infolge ionisierender Strahlung verursacht worden sind und von diesem Übereinkommen nicht erfaßt werden;

B. Artikel 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 2

Vorbehaltlich der in Artikel 6 (e) vorgesehenen Rechte ist dieses Übereinkommen weder auf nukleare Ereignisse, die im Hoheitsgebiet von Nichtvertragsstaaten eintreten, noch auf dort erlittenen Schaden anzuwenden, sofern nicht die Gesetzgebung der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, etwas anderes bestimmt.

C. Artikel 3 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 3

(a) Der Inhaber einer Kernanlage haftet gemäß diesem Übereinkommen für:

(i) Schaden an Leben oder Gesundheit von Menschen und

(ii) Schaden an oder Verlust von Vermögenswerten, ausgenommen

1. die Kernanlage selbst und jegliche Vermögenswerte auf deren Gelände, die im Zusammenhang mit der Anlage verwendet werden oder verwendet werden sollen,

2. in den Fällen des Artikels 4 die Beförderungsmittel, auf denen sich die betreffenden Kernmaterialien zur Zeit des nuklearen Ereignisses befunden haben,

HAVE AGREED as follows:

I

The Convention on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy of 29th July 1960 shall be amended as follows:

A. The last paragraph of the Preamble shall be replaced by the following text:

CONVINCED of the need for unifying the basic rules applying in the various countries to the liability incurred for such damage, whilst leaving these countries free to take, on a national basis, any additional measures which they deem appropriate, including the application of the provisions of this Convention to damage caused by incidents due to ionizing radiations not covered therein;

B. Article 2 shall be replaced by the following text:

Article 2

This Convention does not apply to nuclear incidents occurring in the territory of non-Contracting States or to damage suffered in such territory, unless otherwise provided by the legislation of the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated, and except in regard to rights referred to in Article 6 (e).

C. Article 3 shall be replaced by the following text:

Article 3

(a) The operator of a nuclear installation shall be liable, in accordance with this Convention, for:

(i) damage to or loss of life of any person; and

(ii) damage to or loss of any property other than

1. the nuclear installation itself and any property on the site of that installation which is used or to be used in connection with that installation;

2. in the cases within Article 4, the means of transport upon which the nuclear substances involved were at the time of the nuclear incident,

SONT CONVENUS de ce qui suit:

I

La Convention sur la Responsabilité Civile dans le Domaine de l'Énergie Nucléaire du 29 juillet 1960 est modifiée comme suit:

A. Le dernier paragraphe du préambule est remplacé par le texte suivant:

CONVAINCUS de la nécessité d'unifier les règles fondamentales applicables dans les différents pays à la responsabilité découlant de ces dommages, tout en laissant à ces pays la possibilité de prendre, sur le plan national, les mesures complémentaires qu'ils estimeraient nécessaires et éventuellement d'étendre les dispositions de la présente Convention aux dommages résultant d'accidents dus à des radiations ionisantes quelle ne couvre pas;

B. L'Article 2 est remplacé par le texte suivant:

Article 2

La présente Convention ne s'applique ni aux accidents nucléaires survenus sur le territoire d'États non-contractants ni aux dommages subis sur ces territoires, sauf si la législation de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire dont l'exploitant est responsable en dispose autrement, sans préjudice toutefois des droits prévus à l'Article 6 (e).

C. L'Article 3 est remplacé par le texte suivant:

Article 3

a) L'exploitant d'une installation nucléaire est responsable conformément à la présente Convention:

i) de tout dommage aux personnes; et

ii) de tout dommage aux biens, à l'exclusion

1. de l'installation nucléaire elle-même et des biens qui se trouvent sur le site de cette installation et qui sont ou doivent être utilisés en rapport avec elle;

2. dans les cas prévus à l'Article 4, du moyen de transport sur lequel les substances nucléaires en cause se trouvent au moment de l'accident nucléaire,

wenn bewiesen wird, daß dieser Schaden oder dieser Verlust (im folgenden „Schaden“ genannt) durch ein nukleares Ereignis verursacht worden ist, das entweder auf Kernbrennstoffe oder auf radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle, die sich in der Kernanlage befinden, oder auf Kernmaterialien zurückzuführen ist, die aus der Kernanlage stammen, soweit Artikel 4 nichts anderes bestimmt.

(b) Wird der Schaden oder der Verlust gemeinsam durch ein nukleares und ein nichtnukleares Ereignis verursacht, so gilt der Teil des Schadens oder des Verlustes, der durch das nichtnukleare Ereignis verursacht worden ist, soweit er sich von dem durch das nukleare Ereignis verursachten Schaden oder Verlust nicht hinreichend sicher trennen läßt, als durch das nukleare Ereignis verursacht. Ist der Schaden oder der Verlust gemeinsam durch ein nukleares Ereignis und eine nicht unter dieses Übereinkommen fallende ionisierende Strahlung verursacht worden, so wird durch dieses Übereinkommen die Haftung von Personen hinsichtlich dieser ionisierenden Strahlung weder eingeschränkt noch anderweitig berührt.

(c) Jede Vertragspartei kann durch ihre Gesetzgebung bestimmen, daß sich die Haftung des Inhabers einer in ihrem Hoheitsgebiet gelegenen Kernanlage auch auf den Schaden erstreckt, der von einer ionisierenden Strahlung aus einer nicht in Absatz (a) erwähnten Strahlenquelle in der betreffenden Kernanlage herrührt oder sich daraus ergibt.

upon proof that such damage or loss (hereinafter referred to as "damage") was caused by a nuclear incident involving either nuclear fuel or radioactive products or waste in, or nuclear substances coming from such installation, except as otherwise provided for in Article 4.

(b) Where the damage or loss is caused jointly by a nuclear incident and by an incident other than a nuclear incident, that part of the damage or loss which is caused by such other incident shall, to the extent that it is not reasonably separable from the damage or loss caused by the nuclear incident, be considered to be damage caused by the nuclear incident. Where the damage or loss is caused jointly by a nuclear incident and by an emission of ionizing radiation not covered by this Convention, nothing in this Convention shall limit or otherwise affect the liability of any person in connection with that emission of ionizing radiation.

(c) Any Contracting Party may by legislation provide that the liability of the operator of a nuclear installation situated in its territory shall include liability for damage which arises out of or results from ionizing radiations emitted by any source of radiation inside that installation, other than those referred to in paragraph (a) of this Article.

s'il est établi que ce dommage (appelé ci-après le «dommage») est causé par un accident nucléaire mettant en jeu soit des combustibles nucléaires, produits ou déchets radioactifs détenus dans cette installation, soit des substances nucléaires provenant de cette installation, sous réserve des dispositions de l'Article 4.

b) Lorsque des dommages sont causés conjointement par un accident nucléaire et un accident autre qu'un accident nucléaire, le dommage causé par ce second accident, dans la mesure où on ne peut le séparer avec certitude du dommage causé par l'accident nucléaire, est considéré comme un dommage causé par l'accident nucléaire. Lorsque le dommage est causé conjointement par un accident nucléaire et par une émission de radiations ionisantes qui n'est pas visée par la présente Convention, aucune disposition de la présente Convention ne limite ni n'affecte autrement la responsabilité de toute personne en ce qui concerne cette émission de radiations ionisantes.

c) Une Partie Contractante peut prévoir dans sa législation que la responsabilité de l'exploitant d'une installation nucléaire située sur son territoire comprend tout dommage qui provient ou résulte de rayonnements ionisants émis par une source quelconque de rayonnements se trouvant dans cette installation nucléaire, autre que les sources dont il est fait mention au paragraphe (a) du présent Article.

D. Artikel 4 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 4

Für den Fall der Beförderung von Kernmaterialien einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden Lagerung gilt, unbeschadet des Artikels 2, folgendes:

(a) Der Inhaber einer Kernanlage haftet gemäß diesem Übereinkommen für einen Schaden, wenn bewiesen wird, daß dieser durch ein nukleares Ereignis außerhalb der Anlage verursacht worden und auf Kernmaterialien zurückzuführen ist, die von der Anlage aus befördert worden sind, jedoch nur falls das Ereignis eintritt:

(i) bevor der Inhaber einer anderen Kernanlage die Haftung für die auf die Kernmaterialien zurückzuführenden nuklearen Ereignisse nach den ausdrücklichen Bestimmungen eines schriftlichen Vertrags übernommen hat;

D. Article 4 shall be replaced by the following text:

Article 4

In the case of carriage of nuclear substances, including storage incidental thereto, without prejudice to Article 2:

(a) The operator of a nuclear installation shall be liable, in accordance with this Convention, for damage upon proof that it was caused by a nuclear incident outside that installation and involving nuclear substances in the course of carriage therefrom, only if the incident occurs:

(i) before liability with regard to nuclear incidents involving the nuclear substances has been assumed, pursuant to the express terms of a contract in writing, by the operator of another nuclear installation;

D. L'Article 4 est remplacé par le texte suivant:

Article 4

Dans le cas de transport de substances nucléaires, y compris le stockage en cours de transport, et sans préjudice de l'Article 2:

a) L'exploitant d'une installation nucléaire est responsable de tout dommage, conformément à la présente Convention, s'il est établi qu'il est causé par un accident nucléaire survenu hors de cette installation et mettant en jeu des substances nucléaires transportées en provenance de cette installation, à condition que l'accident survienne:

i) avant que la responsabilité des accidents nucléaires causés par les substances nucléaires n'ait été assumée, aux termes d'un contrat écrit, par l'exploitant d'une autre installation nucléaire;

- | | | |
|--|---|--|
| <p>(ii) mangels solcher ausdrücklicher Bestimmungen, bevor der Inhaber einer anderen Kernanlage die Kernmaterialien übernommen hat;</p> <p>(iii) wenn die Kernmaterialien in einem Reaktor, der Teil eines Beförderungsmittels ist, verwendet werden sollen, bevor sie der zum Betrieb dieses Reaktors ordnungsgemäß Befugte übernommen hat;</p> <p>(iv) wenn die Kernmaterialien an einen Empfänger im Hoheitsgebiet eines Nichtvertragsstaates versandt worden sind, bevor sie aus dem Beförderungsmittel, mit dem sie im Hoheitsgebiet dieses Nichtvertragsstaates angekommen sind, ausgeladen worden sind.</p> | <p>(ii) in the absence of such express terms, before the operator of another nuclear installation has taken charge of the nuclear substances; or</p> <p>(iii) where the nuclear substances are intended to be used in a reactor comprised in a means of transport, before the person duly authorized to operate that reactor has taken charge of the nuclear substances; but</p> <p>(iv) where the nuclear substances have been sent to a person within the territory of a non-Contracting State, before they have been unloaded from the means of transport by which they have arrived in the territory of that non-Contracting State.</p> | <p>ii) à défaut de dispositions expresses d'un tel contrat, avant que l'exploitant d'une autre installation nucléaire n'ait pris en charge les substances nucléaires;</p> <p>iii) si les substances nucléaires sont destinées à un réacteur faisant partie d'un moyen de transport, avant que la personne dûment autorisée à exploiter ce réacteur n'ait pris en charge les substances nucléaires;</p> <p>iv) si les substances nucléaires ont été envoyées à une personne se trouvant sur le territoire d'un État non-contractant, avant qu'elles n'aient été déchargées du moyen de transport par lequel elles sont parvenues sur le territoire de cet État non-contractant.</p> |
|--|---|--|

(b) Der Inhaber einer Kernanlage haftet gemäß diesem Übereinkommen für einen Schaden, wenn bewiesen wird, daß dieser durch ein nukleares Ereignis außerhalb der Anlage im Verlauf einer Beförderung von Kernmaterialien zu der Anlage verursacht worden ist, jedoch nur falls das Ereignis eintritt:

(b) The operator of a nuclear installation shall be liable, in accordance with this Convention, for damage upon proof that it was caused by a nuclear incident outside that installation and involving nuclear substances in the course of carriage thereto, only if the incident occurs:

b) L'exploitant d'une installation nucléaire est responsable de tout dommage, conformément à la présente Convention, s'il est établi qu'il est causé par un accident nucléaire survenu hors de cette installation et mettant en jeu des substances nucléaires au cours de transports à destination de cette installation, à condition que l'accident survienne:

- | | | |
|--|--|--|
| <p>(i) nachdem er die Haftung für die auf die Kernmaterialien zurückzuführenden nuklearen Ereignisse nach den ausdrücklichen Bestimmungen eines schriftlichen Vertrages vom Inhaber einer anderen Kernanlage übernommen hat;</p> <p>(ii) mangels solcher ausdrücklicher Bestimmungen, nachdem er die Kernmaterialien übernommen hat;</p> <p>(iii) nachdem er die Kernmaterialien vom Inhaber eines Reaktors, der Teil eines Beförderungsmittels ist, übernommen hat;</p> <p>(iv) wenn die Kernmaterialien mit schriftlicher Zustimmung des Inhabers einer Kernanlage von einer Person im Hoheitsgebiet eines Nichtvertragsstaates versandt worden sind, nachdem sie auf das Beförderungsmittel verladen worden sind, mit dem sie aus dem Hoheitsgebiet dieses Staates befördert werden sollen.</p> | <p>(i) after liability with regard to nuclear incidents involving the nuclear substances has been assumed by him, pursuant to the express terms of a contract in writing, from the operator of another nuclear installation;</p> <p>(ii) in the absence of such express terms, after he has taken charge of the nuclear substances; or</p> <p>(iii) after he has taken charge of the nuclear substances from a person operating a reactor comprised in a means of transport; but</p> <p>(iv) where the nuclear substances have, with the written consent of the operator, been sent from a person within the territory of a non-Contracting State, after they have been loaded on the means of transport by which they are to be carried from the territory of that State.</p> | <p>i) après que la responsabilité des accidents nucléaires causés par les substances nucléaires lui aura été transférée, aux termes d'un contrat écrit, par l'exploitant d'une autre installation nucléaire;</p> <p>ii) à défaut de dispositions expresses d'un contrat écrit, après qu'il aura pris en charge les substances nucléaires;</p> <p>iii) après qu'il aura pris en charge les substances nucléaires provenant de la personne exploitant un réacteur faisant partie d'un moyen de transport;</p> <p>iv) si les substances nucléaires ont été envoyées, avec le consentement par écrit de l'exploitant, par une personne se trouvant sur le territoire d'un État non-contractant, après qu'elles auront été chargées sur le moyen de transport par lequel elles doivent quitter le territoire de cet État non-contractant.</p> |
|--|--|--|

(c) Der gemäß diesem Übereinkommen haltende Inhaber einer Kernanlage hat den Beförderer mit einer Bescheinigung zu versehen, die vom Versicherer oder von demjenigen, der eine sonstige finanzielle Sicherheit gemäß Artikel 10 erbracht hat, oder für ihn ausgestellt ist. Die Bescheinigung muß Namen und Anschrift dieses Inhabers sowie den Betrag, die Art und die Dauer der Sicherheit ent-

(c) The operator liable in accordance with this Convention shall provide the carrier with a certificate issued by or on behalf of the insurer or other financial guarantor furnishing the security required pursuant to Article 10. The certificate shall state the name and address of that operator and the amount, type and duration of the security, and these statements may not be disputed by the person by

c) L'exploitant responsable conformément à la présente Convention doit remettre au transporteur un certificat délivré par ou pour le compte de l'assureur ou de toute autre personne ayant accordé une garantie financière conformément à l'Article 10. Le certificat doit énoncer le nom et l'adresse de cet exploitant ainsi que le montant, le type et la durée de la garantie. Les faits énoncés dans le certificat ne peu-

halten. Diese Angaben können von demjenigen, von dem oder für den die Bescheinigung ausgestellt worden ist, nicht bestritten werden. In der Bescheinigung sind überdies die Kernmaterialien und der Beförderungsweg zu bezeichnen, auf die sich die Sicherheit bezieht; sie muß ferner eine Erklärung der zuständigen Behörde enthalten, daß der bezeichnete Inhaber einer Kernanlage ein solcher im Sinne dieses Übereinkommens ist.

(d) Die Gesetzgebung einer Vertragspartei kann vorsehen, daß nach den darin festgesetzten Bedingungen ein Beförderer an Stelle des Inhabers einer im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei gelegenen Kernanlage auf Grund einer Entscheidung der zuständigen Behörde gemäß diesem Übereinkommen haftet. Eine solche Entscheidung ergeht auf Antrag des Beförderers mit Zustimmung des betreffenden Inhabers der Kernanlage unter der Voraussetzung, daß die Erfordernisse des Artikels 10 (a) erfüllt sind. In diesem Falle gilt der Beförderer hinsichtlich nuklearer Ereignisse, die im Verlauf der Beförderung von Kernmaterialien eintreten, im Sinne dieses Übereinkommens als Inhaber einer im Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei gelegenen Kernanlage.

whom or on whose behalf the certificate was issued. The certificate shall also indicate the nuclear substances and the carriage in respect of which the security applies and shall include a statement by the competent public authority that the person named is an operator within the meaning of this Convention.

(d) A Contracting Party may provide by legislation that, under such terms as may be contained therein and upon fulfilment of the requirements of Article 10 (a), a carrier may, at his request and with the consent of an operator of a nuclear installation situated in its territory, by decision of the competent public authority, be liable in accordance with this Convention in place of that operator. In such case for all the purposes of this Convention the carrier shall be considered, in respect of nuclear incidents occurring in the course of carriage of nuclear substances, as an operator of a nuclear installation on the territory of the Contracting Party whose legislation so provides.

vent être contestés par la personne par laquelle ou pour le compte de laquelle il a été délivré. Le certificat doit également désigner les substances nucléaires et l'itinéraire couverts par la garantie et comporter une déclaration de l'autorité publique compétente que la personne visée est un exploitant au sens de la présente Convention.

d) La législation d'une Partie Contractante peut prévoir qu'à des conditions qu'elle détermine, un transporteur peut être substitué, en ce qui concerne la responsabilité prévue par la présente Convention, à un exploitant d'une installation nucléaire située sur le territoire de ladite Partie Contractante, par décision de l'autorité publique compétente, à la demande du transporteur et avec l'accord de l'exploitant, si les conditions requises à l'Article 10 (a) sont remplies. Dans ce cas, le transporteur est considéré, aux fins de la présente Convention, pour les accidents nucléaires survenus en cours de transport de substances nucléaires, comme exploitant d'une installation nucléaire située sur le territoire de ladite Partie Contractante.

E. Artikel 5 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 5

(a) Haben sich die mit einem nuklearen Ereignis im Zusammenhang stehenden Kernbrennstoffe oder radioaktiven Erzeugnisse oder Abfälle nacheinander in mehr als einer Kernanlage befunden und befinden sie sich zur Zeit der Schadensverursachung in einer Kernanlage, so haftet der Inhaber einer Kernanlage, in der sie sich früher befunden haben, nicht für diesen Schaden.

(b) Wird jedoch ein Schaden durch ein nukleares Ereignis verursacht, das in einer Kernanlage eintritt und nur mit Kernmaterialien im Zusammenhang steht, die dort in Verbindung mit ihrer Beförderung gelagert werden, so haftet der Inhaber dieser Kernanlage nicht, sofern gemäß Artikel 4 ein anderer Inhaber oder ein Dritter haftet.

(c) Haben sich mit einem nuklearen Ereignis im Zusammenhang stehende Kernbrennstoffe oder radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle in mehr als einer Kernanlage befunden und befinden sie sich zur Zeit der Schadensverursachung nicht in einer Kernanlage, so haftet für den Schaden nur der Inhaber derjenigen Kernanlage, in

E. Article 5 shall be replaced by the following text:

Article 5

(a) If the nuclear fuel or radioactive products or waste involved in a nuclear incident have been in more than one nuclear installation and are in a nuclear installation at the time damage is caused, no operator of any nuclear installation in which they have previously been shall be liable for the damage.

(b) Where, however, damage is caused by a nuclear incident occurring in a nuclear installation and involving only nuclear substances stored therein incidentally to their carriage, the operator of the nuclear installation shall not be liable where another operator or person is liable pursuant to Article 4.

(c) If the nuclear fuel or radioactive products or waste involved in a nuclear incident have been in more than one nuclear installation and are not in a nuclear installation at the time damage is caused, no operator other than the operator of the last nuclear installation in which they were before the damage was caused or an operator

E. L'Article 5 est remplacé par le texte suivant:

Article 5

a) Si les combustibles nucléaires, produits ou déchets radioactifs mis en jeu dans un accident nucléaire ont été détenus successivement dans plusieurs installations nucléaires et sont détenus dans une installation nucléaire au moment où le dommage est causé, aucun exploitant d'une installation dans laquelle ils ont été détenus antérieurement n'est responsable du dommage.

b) Toutefois, si un dommage est causé par un accident nucléaire survenu dans une installation nucléaire et ne mettant en cause que des substances nucléaires qui y sont stockées en cours de transport, l'exploitant de cette installation n'est pas responsable lorsqu'un autre exploitant ou une autre personne est responsable en vertu de l'Article 4.

c) Si les combustibles nucléaires, produits ou déchets radioactifs mis en jeu dans un accident nucléaire ont été détenus dans plusieurs installations nucléaires et ne sont pas détenus dans une installation nucléaire au moment où le dommage est causé, aucun exploitant autre que l'exploitant de la dernière installation nu-

der sie sich zuletzt befunden haben, bevor der Schaden verursacht wurde, oder ein Inhaber, der sie in der Folgezeit übernommen hat.

(d) Haften gemäß diesem Übereinkommen mehrere Inhaber von Kernanlagen für einen Schaden, so können sie gemeinsam und einzeln nebeneinander für den gesamten Schaden in Anspruch genommen werden. Ergibt sich jedoch die Haftung als Folge eines Schadens, der durch ein nukleares Ereignis im Zusammenhang mit Kernmaterialien im Verlauf einer Beförderung auf ein und demselben Beförderungsmittel oder bei einer mit der Beförderung in Verbindung stehenden Lagerung in ein und derselben Kernanlage verursacht worden ist, so bemißt sich der Gesamtbetrag, bis zu dem die Inhaber haften, nach dem höchsten Betrag, der gemäß Artikel 7 für einen von ihnen festgesetzt ist. Keinesfalls ist ein einzelner Inhaber verpflichtet, in bezug auf ein nukleares Ereignis Leistungen zu erbringen, die über den für ihn gemäß Artikel 7 festgesetzten Betrag hinausgehen.

F. Artikel 6 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 6

(a) Ein Anspruch auf Ersatz eines durch ein nukleares Ereignis verursachten Schadens kann nur gegen den Inhaber einer Kernanlage geltend gemacht werden, der gemäß diesem Übereinkommen haftet; besteht gemäß innerstaatlichem Recht ein unmittelbarer Anspruch gegen den Versicherer oder gegen denjenigen, der eine sonstige finanzielle Sicherheit gemäß Artikel 10 erbracht hat, so kann der Anspruch auch gegen ihn geltend gemacht werden.

(b) Soweit in diesem Artikel nichts anderes bestimmt wird, haftet niemand sonst für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden; durch diese Bestimmung wird jedoch die Anwendung internationaler Übereinkommen auf dem Gebiet der Beförderung nicht berührt, die am Tage dieses Übereinkommens in Kraft sind oder für die Unterzeichnung, die Ratifizierung oder den Beitritt aufliegen.

(c) (i) Nicht berührt durch dieses Übereinkommen wird die Haftung

1. einer natürlichen Person, die durch eine in Schädigungsabsicht begangene Handlung oder Unterlassung einen durch ein nukleares Ereignis entstandenen Schaden verursacht hat, für den der Inhaber

who has subsequently taken them in charge shall be liable for the damage.

(d) If damage gives rise to liability of more than one operator in accordance with this Convention, the liability of these operators shall be joint and several: provided that where such liability arises as a result of damage caused by a nuclear incident involving nuclear substances in the course of carriage in one and the same means of transport, or, in the case of storage incidental to the carriage, in one and the same nuclear installation, the maximum total amount for which such operators shall be liable shall be the highest amount established with respect to any of them pursuant to Article 7 and provided that in no case shall any one operator be required, in respect of a nuclear incident, to pay more than the amount established with respect to him pursuant to Article 7.

F. Article 6 shall be replaced by the following text:

Article 6

(a) The right to compensation for damage caused by a nuclear incident may be exercised only against an operator liable for the damage in accordance with this Convention, or, if a direct right of action against the insurer or other financial guarantor furnishing the security required pursuant to Article 10 is given by national law, against the insurer or other financial guarantor.

(b) Except as otherwise provided in this Article, no other person shall be liable for damage caused by a nuclear incident, but this provision shall not affect the application of any international agreement in the field of transport in force or open for signature, ratification or accession at the date of this Convention.

(c) (i) Nothing in this Convention shall affect the liability:

1. of any individual for damage caused by a nuclear incident for which the operator, by virtue of Article 3 (a) (ii) (1) and (2) or Article 9, is not liable under this Convention and which results

claire dans laquelle ils ont été détenus, avant que le dommage ait été causé, ou que l'exploitant qui les a pris en charge ultérieurement, n'est responsable du dommage.

d) Si le dommage implique la responsabilité de plusieurs exploitants conformément à la présente Convention, leur responsabilité est solidaire et cumulative; toutefois, lorsqu'une telle responsabilité résulte du dommage causé par un accident nucléaire mettant en jeu des substances nucléaires en cours de transport, soit dans un seul et même moyen de transport, soit, en cas de stockage en cours de transport, dans une seule et même installation nucléaire, le montant total maximum de la responsabilité desdits exploitants est égal au montant le plus élevé fixé pour un des exploitants conformément à l'Article 7. En aucun cas, la responsabilité d'un exploitant résultant d'un accident nucléaire ne peut dépasser le montant fixé, en ce qui le concerne, à l'Article 7.

F. L'Article 6 est remplacé par le texte suivant:

Article 6

a) Le droit à réparation pour un dommage causé par un accident nucléaire ne peut être exercé que contre un exploitant responsable de ce dommage conformément à la présente Convention; il peut également être exercé contre l'assureur ou contre toute autre personne ayant accordé une garantie financière à l'exploitant conformément à l'Article 10, si un droit d'action directe contre l'assureur ou toute personne ayant accordé une garantie financière est prévu par le droit national.

b) Sous réserve des dispositions du présent Article, aucune autre personne n'est tenue de réparer un dommage causé par un accident nucléaire; toutefois, cette disposition ne peut affecter l'application des accords internationaux dans le domaine des transports qui sont en vigueur ou ouverts à la signature, à la ratification ou à l'adhésion, à la date de la présente Convention.

c) i) Aucune disposition de la présente Convention n'affecte la responsabilité:

1. de toute personne physique qui, par un acte ou une omission procédant de l'intention de causer un dommage, a causé un dommage résultant d'un accident nucléaire dont l'exploitant, conformément à

einer Kernanlage gemäß Artikel 3 (a) (ii) (1) und (2) oder Artikel 9 nicht nach diesem Übereinkommen haftet;

2. eines zum Betrieb eines Reaktors, der Teil eines Beförderungsmittels ist, ordnungsgemäß Befugten für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden, sofern nicht ein Inhaber einer Kernanlage für diesen Schaden gemäß Artikel 4 (a) (iii) oder (b) (iii) haftet.

(ii) Außerhalb dieses Übereinkommens haftet der Inhaber einer Kernanlage für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden nur, wenn das in Artikel 7 (c) vorgesehene Recht nicht in Anspruch genommen worden ist, und auch dann nur, soweit das innerstaatliche Recht oder das Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, besondere Vorschriften über Schäden an Beförderungsmitteln enthält.

(d) Wer einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden gemäß einem internationalen Übereinkommen im Sinne des Absatzes (b) oder der Gesetzgebung eines Nichtvertragsstaates ersetzt hat, tritt bis zur Höhe seiner Leistung in die durch dieses Übereinkommen festgesetzten Rechte des von ihm Entschädigten ein.

(e) Haben Personen, deren geschäftliche Hauptniederlassung sich im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei befindet, oder ihre Bediensteten oder sonstigen Gehilfen einen Schaden, der durch ein im Hoheitsgebiet eines Nichtvertragsstaates eingetretenes nukleares Ereignis verursacht wurde, oder einen dort erlittenen Schaden ersetzt, so erwerben sie bis zu Höhe ihrer Leistung die Rechte, die der Entschädigte gegen den Inhaber einer Kernanlage bei Fehlen des Artikels 2 gehabt hätte.

(f) Der Inhaber einer Kernanlage hat ein Rückgriffsrecht nur,

- (i) wenn der durch ein nukleares Ereignis verursachte Schaden die Folge einer in Schädigungsabsicht begangenen Handlung oder Unterlassung ist, und zwar gegen die natürliche Person, die die Handlung oder Unterlassung in dieser Absicht begangen hat;
- (ii) wenn und soweit dies ausdrücklich durch Vertrag vorgesehen ist.

from an act or omission of that individual done with intent to cause damage;

2. of a person duly authorized to operate a reactor comprised in a means of transport for damage caused by a nuclear incident when an operator is not liable for such damage pursuant to Article 4 (a) (iii) or (b) (iii).

(ii) The operator shall incur no liability outside this Convention for damage caused by a nuclear incident except where use has not been made of the right provided for in Article 7 (c), and then only to the extent that national legislation or the legislation of the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated has made specific provisions concerning damage to the means of transport.

(d) Any person who has paid compensation in respect of damage caused by a nuclear incident under any international agreement referred to in paragraph (b) of this Article or under any legislation of a non-Contracting State shall, up to the amount which he has paid, acquire by subrogation the rights under this Convention of the person suffering damage whom he has so compensated.

(e) Any person who has his principal place of business in the territory of a Contracting Party or who is the servant of such a person and who has paid compensation in respect of damage caused by a nuclear incident occurring in the territory of a non-Contracting State or in respect of damage suffered in such territory shall, up to the amount which he has paid, acquire the rights which the person so compensated would have had against the operator but for the provisions of Article 2.

(f) The operator shall have a right of recourse only:

- (i) if the damage caused by a nuclear incident results from an act or omission done with intent to cause damage, against the individual acting or omitting to act with such intent;
- (ii) if and to the extent that it is so provided expressly by contract.

l'Article 3 (a) (ii) (1) et (2) ou à l'Article 9, n'est pas responsable en vertu de la présente Convention;

2. de la personne dûment autorisée à exploiter un réacteur faisant partie d'un moyen de transport pour un dommage causé par un accident nucléaire, lorsqu'un exploitant n'est pas responsable de ce dommage en vertu de l'Article 4 (a) (iii) ou (b) (iii).

ii) L'exploitant ne peut être rendu responsable, en dehors de la présente Convention, d'un dommage causé par un accident nucléaire, sauf lorsqu'il n'est pas fait usage de l'Article 7 (c), et alors seulement dans la mesure où des dispositions particulières ont été prises en ce qui concerne le dommage au moyen de transport, soit dans la législation nationale, soit dans la législation de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire.

d) Toute personne qui a réparé un dommage causé par un accident nucléaire en vertu d'un accord international visé au paragraphe (b) du présent Article ou en vertu de la législation d'un État non-contractant acquiert par subrogation, à concurrence de la somme versée, les droits dont la personne ainsi indemnisée aurait bénéficié en vertu de la présente Convention.

e) Toute personne ayant son lieu principal d'exploitation sur le territoire d'une Partie Contractante, ou ses préposés, qui ont réparé un dommage nucléaire causé par un accident nucléaire survenu sur le territoire d'un État non-contractant ou un dommage subi sur ce territoire, acquièrent, à concurrence de la somme versée, les droits dont la personne ainsi indemnisée aurait bénéficié en l'absence de l'Article 2.

f) L'exploitant n'a un droit de recours que:

- i) si le dommage résulte d'un acte ou d'une omission procédant de l'intention de causer un dommage, contre la personne physique auteur de l'acte ou de l'omission intentionnelle;
- ii) si et dans la mesure où le recours est prévu expressément par contrat.

(g) Soweit der Inhaber einer Kernanlage ein Rückgriffsrecht gemäß Absatz (f) gegen einen anderen hat, steht diesem kein Recht gemäß Absatz (d) oder (e) gegen den Inhaber zu.

(h) Soweit Bestimmungen über die innerstaatlichen oder die öffentlichen Kranken-, Sozial-, Arbeitsunfall- oder Berufskrankheitenversicherungs- oder -fürsorgeeinrichtungen eine Entschädigung für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden vorsehen, bestimmen sich die Rechte der Leistungsempfänger und die Rückgriffsrechte gegen den Inhaber einer Kernanlage nach dem Rechte der Vertragspartei oder nach den Vorschriften der zwischenstaatlichen Organisation, die diese Einrichtungen geschaffen hat.

G. Artikel 7 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 7

(a) Die gesamte Entschädigung, die für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden zu leisten ist, darf den gemäß diesem Artikel festgesetzten Haftungshöchstbetrag nicht übersteigen.

(b) Der Höchstbetrag der Haftung des Inhabers einer Kernanlage für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden beträgt 15 000 000 Rechnungseinheiten des Europäischen Währungsabkommens, wie sie am Tage dieses Übereinkommens festgesetzt sind (im folgenden „Rechnungseinheiten“ genannt). Jede Vertragspartei kann jedoch unter Berücksichtigung der Möglichkeiten, die dem Inhaber einer Kernanlage zur Erlangung der gemäß Artikel 10 erforderlichen Versicherung oder sonstigen finanziellen Sicherheit zur Verfügung stehen, durch ihre Gesetzgebung einen höheren oder niedrigeren Betrag, jedoch auf keinen Fall weniger als 5 000 000 Rechnungseinheiten festsetzen. Die genannten Beträge können in runden Zahlen in die nationalen Währungen umgerechnet werden:

(c) Jede Vertragspartei kann durch ihre Gesetzgebung vorsehen, daß die Ausnahme gemäß Artikel 3 (a) (ii) (2) nicht anzuwenden ist; jedoch darf die Einbeziehung des Schadens an den Beförderungsmitteln auf keinen Fall die Haftung des Inhabers einer Kernanlage für andere Schäden auf einen unter 5 000 000 Rechnungseinheiten liegenden Betrag vermindern.

(d) Der gemäß Absatz (b) für Inhaber von Kernanlagen im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei festgesetzte Haftungsbetrag sowie die Bestimmungen der Gesetzgebung einer Vertragspartei gemäß Absatz (c) gel-

(g) If the operator has a right of recourse to any extent pursuant to paragraph (f) of this Article against any person, that person shall not, to that extent, have a right against the operator under paragraphs (d) or (e) of this Article.

(h) Where provisions of national or public health insurance, social security, workmen's compensation or occupational disease compensation systems include compensation for damage caused by a nuclear incident, rights of beneficiaries of such systems and rights of recourse by virtue of such systems shall be determined by the law of the Contracting Party or by the regulations of the inter-Governmental organisation which has established such systems.

G. Article 7 shall be replaced by the following text:

Article 7

(a) The aggregate of compensation required to be paid in respect of damage caused by a nuclear incident shall not exceed the maximum liability established in accordance with this Article.

(b) The maximum liability of the operator in respect of damage caused by a nuclear incident shall be 15,000,000 European Monetary Agreement units of account as defined at the date of this Convention (hereinafter referred to as "units of account"); provided that any Contracting Party, taking into account the possibilities for the operator of obtaining the insurance or other financial security required pursuant to Article 10, may establish by legislation a greater or less amount, but in no event less than 5,000,000 units of account. The sums mentioned above may be converted into national currency in round figures.

(c) Any Contracting Party may by legislation provide that the exception in Article 3 (a) (ii) (2) shall not apply: provided that in no case shall the inclusion of damage to the means of transport result in reducing the liability of the operator in respect of other damage to an amount less than 5,000,000 units of account.

(d) The amount of liability of operators of nuclear installations in the territory of a Contracting Party established in accordance with paragraph (b) of this Article as well as the provisions of any legislation of

g) Pour autant que l'exploitant ait un droit de recours contre une personne en vertu du paragraphe (f) du présent Article, ladite personne ne peut avoir un droit contre l'exploitant en vertu des paragraphes (d) ou (e) du présent Article.

h) Si la réparation du dommage met en jeu un régime national ou public d'assurance médicale, de sécurité sociale ou de réparation des accidents du travail et maladies professionnelles, les droits des bénéficiaires de ce régime et les recours éventuels pouvant être exercés contre l'exploitant sont réglés par la loi de la Partie Contractante ou les règlements de l'organisation intergouvernementale ayant établi ce régime.

G L'Article 7 est remplacé par le texte suivant:

Article 7

a) Le total des indemnités payables pour un dommage causé par un accident nucléaire ne peut dépasser le montant maximum de la responsabilité, fixé conformément au présent Article.

b) Le montant maximum de la responsabilité de l'exploitant pour les dommages causés par un accident nucléaire est fixé à 15.000.000 d'unités de compte de l'Accord Monétaire Européen, telles qu'elles sont définies à la date de la présente Convention (appelées ci-après "unités de compte"). Toutefois, un autre montant plus ou moins élevé peut être fixé par la législation d'une Partie Contractante, compte tenu de la possibilité pour l'exploitant d'obtenir l'assurance ou une autre garantie financière requise à l'Article 10, sans toutefois que le montant ainsi fixé puisse être inférieur à 5.000.000 d'unités de compte. Les montants prévus au présent paragraphe peuvent être convertis en monnaie nationale en chiffres ronds.

c) L'exception résultant de l'alinéa (a) (ii) (2) de l'Article 3 peut être écartée par la législation d'une Partie Contractante, à condition qu'en aucun cas l'inclusion des dommages au moyen de transport n'ait pour effet de réduire la responsabilité de l'exploitant pour les autres dommages à un montant inférieur à 5.000.000 d'unités de compte.

d) Le montant fixé en vertu du paragraphe (b) du présent Article pour la responsabilité des exploitants d'installations nucléaires situées sur le territoire d'une Partie Contractante ainsi que les dispositions de la législation

ten für die Haftung dieser Inhaber, wo immer das nukleare Ereignis eintritt.

(e) Eine Vertragspartei kann die Durchführung von Kernmaterialien durch ihr Hoheitsgebiet davon abhängig machen, daß der Höchstbetrag der Haftung des betreffenden ausländischen Inhabers einer Kernanlage hinaufgesetzt wird, wenn sie findet, daß dieser Betrag die Risiken eines nuklearen Ereignisses im Verlauf dieser Durchführung nicht angemessen deckt; jedoch darf der so hinaufgesetzte Höchstbetrag den Höchstbetrag der Haftung der Inhaber der in ihrem Hoheitsgebiet gelegenen Kernanlagen nicht übersteigen.

(f) Absatz (e) gilt nicht

(i) für die Beförderung auf dem Seeweg, wenn auf Grund des Völkerrechts ein Recht, in dringenden Notfällen in die Häfen der betreffenden Vertragspartei einzulaufen, oder ein Recht zur friedlichen Durchfahrt durch ihr Hoheitsgebiet besteht;

(ii) für die Beförderung auf dem Luftweg, wenn auf Grund von Staatsverträgen oder des Völkerrechts ein Recht besteht, das Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei zu überfliegen oder darauf zu landen.

(g) Zinsen und Kosten, die von einem Gericht in einem Schadensersatzprozeß gemäß diesem Übereinkommen zugesprochen werden, gelten nicht als Schadensersatz im Sinne dieses Übereinkommens und sind vom Inhaber einer Kernanlage zusätzlich zu dem Betrag zu zahlen, für den er gemäß diesem Artikel haftet.

H. Artikel 8 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 8

(a) Der Anspruch auf Entschädigung gemäß diesem Übereinkommen erlischt, wenn eine Klage nicht binnen zehn Jahren nach dem nuklearen Ereignis erhoben wird. Die innerstaatliche Gesetzgebung kann jedoch eine Frist von mehr als zehn Jahren festsetzen, wenn die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, Maßnahmen für die Deckung der Haftpflicht dieses Inhabers für Schadensersatzklagen getroffen hat, die nach Ablauf der zehnjährigen Frist während der Zeit der Verlängerung erhoben werden; jedoch darf diese Fristverlängerung auf keinen Fall den Anspruch desjenigen auf Entschädigung gemäß diesem Übereinkommen

a Contracting Party pursuant to paragraph (c) of this Article shall apply to the liability of such operators wherever the nuclear incident occurs.

(e) A Contracting Party may subject the transit of nuclear substances through its territory to the condition that the maximum amount of liability of the foreign operator concerned be increased, if it considers that such amount does not adequately cover the risks of a nuclear incident in the course of the transit: provided that the maximum amount thus increased shall not exceed the maximum amount of liability of operators of nuclear installations situated in its territory.

(f) The provisions of paragraph (e) of this Article shall not apply:

(i) to carriage by sea where, under international law, there is a right of entry in cases of urgent distress into the ports of such Contracting Party or a right of innocent passage through its territory; or

(ii) to carriage by air where, by agreement or under international law there is a right to fly over or land on the territory of such Contracting Party.

(g) Any interest and costs awarded by a court in actions for compensation under this Convention shall not be considered to be compensation for the purposes of this Convention and shall be payable by the operator in addition to any sum for which he is liable in accordance with this Article.

H. Article 8 shall be replaced by the following text:

Article 8

(a) The right of compensation under this Convention shall be extinguished if an action is not brought within ten years from the date of the nuclear incident. National legislation may, however, establish a period longer than ten years if measures have been taken by the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated to cover the liability of that operator in respect of any actions for compensation begun after the expiry of the period of ten years and during such longer period: provided that such extension of the extinction period shall in no case affect the right of compensation under this Convention of any person who has brought an action in

d'une Partie Contractante prises en vertu du paragraphe (c) du présent Article, s'appliquent à la responsabilité desdits exploitants quel que soit le lieu de l'accident nucléaire.

e) Une Partie Contractante peut subordonner le transit de substances nucléaires à travers son territoire, à la condition que le montant maximum de la responsabilité de l'exploitant étranger en cause soit augmenté, si elle estime que ledit montant ne couvre pas d'une manière adéquate les risques d'un accident nucléaire au cours de ce transit. Toutefois, le montant maximum ainsi augmenté ne peut excéder le montant maximum de la responsabilité des exploitants d'installations nucléaires situées sur le territoire de cette Partie Contractante.

f) Les dispositions du paragraphe (e) du présent Article ne s'appliquent pas:

i) au transport par mer lorsqu'il y a, en vertu du droit international, un droit de refuge dans les ports de ladite Partie Contractante, par suite d'un danger imminent, ou un droit de passage inoffensif à travers son territoire;

ii) au transport par air lorsqu'il y a, en vertu d'un accord ou du droit international, un droit de survol du territoire ou d'atterrissage sur le territoire de ladite Partie Contractante.

g) Les intérêts et dépens liquidés par le Tribunal saisi d'une action en réparation en vertu de la présente Convention ne sont pas considérés comme des indemnités au sens de la présente Convention et sont dus par l'exploitant en sus du montant des réparations qui peuvent être dues en vertu du présent Article.

II. L'Article 8 est remplacé par le texte suivant:

Article 8

a) Les actions en réparation, en vertu de la présente Convention, doivent être intentées sous peine de déchéance, dans le délai de dix ans à compter de l'accident nucléaire. Toutefois, la législation nationale peut fixer un délai de déchéance supérieur à dix ans, si la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire dont l'exploitant est responsable prévoit des mesures pour couvrir la responsabilité de l'exploitant à l'égard des actions en réparation introduites après l'expiration du délai de dix ans et pendant la période de prolongation de ce délai. Toutefois, cette prolongation du délai de déchéance ne peut porter atteinte en aucun cas aux droits à

beeinträchtigen, der vor Ablauf der zehnjährigen Frist gegen den Inhaber einer Kernanlage wegen Tötung oder Verletzung eines Menschen Klage erhoben hat.

(b) Ist ein Schaden durch ein nukleares Ereignis im Zusammenhang mit Kernbrennstoffen oder radioaktiven Erzeugnissen oder Abfällen verursacht worden, die zur Zeit des Ereignisses gestohlen, verloren oder über Bord geworfen waren oder deren Besitz aufgegeben war, und die nicht wiedererlangt worden sind, so ist die gemäß Absatz (a) festgesetzte Frist vom nuklearen Ereignis an zu rechnen; jedoch darf sie auf keinen Fall mehr als zwanzig Jahre von der Zeit des Diebstahls, des Verlustes, des Überbordwerfens oder der Besitzaufgabe an betragen.

(c) Die innerstaatliche Gesetzgebung kann für das Erlöschen des Anspruchs oder für die Verjährung eine Frist von mindestens zwei Jahren von der Zeit an festsetzen, von der an der Geschädigte von dem Schaden und dem haftenden Inhaber Kenntnis hat oder hätte haben müssen; jedoch darf die gemäß den Absätzen (a) und (b) festgesetzte Frist nicht überschritten werden.

(d) In den Fällen des Artikels 13 (c) (ii) erlischt der Anspruch auf Entschädigung nicht, wenn binnen der in Absatz (a) vorgesehenen Frist

(i) vor der Entscheidung des in Artikel 17 genannten Gerichtshofs eine Klage bei einem der Gerichte erhoben worden ist, unter denen der Gerichtshof wählen kann; erklärt der Gerichtshof ein anderes Gericht als dasjenige, bei dem diese Klage bereits erhoben worden ist, für zuständig, so kann er eine Frist bestimmen, binnen deren die Klage bei dem für zuständig erklärten Gericht zu erheben ist;

(ii) bei einer Vertragspartei der Antrag gestellt worden ist, die Bestimmung des zuständigen Gerichts durch den Gerichtshof gemäß Artikel 13 (c) (ii) einzuleiten, und nach dieser Bestimmung binnen einer vom Gerichtshof festgesetzten Frist Klage erhoben wird.

(e) Soweit das innerstaatliche Recht nichts Gegenteiliges bestimmt, kann derjenige, der einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden erlitten und binnen der in diesem Artikel vorgesehenen Frist Schadensersatzklage erhoben hat, zusätzliche Ansprüche wegen einer etwaigen Ver-

respect of loss of life or personal injury against the operator before the expiry of the period of ten years.

(b) In the case of damage caused by a nuclear incident involving nuclear fuel or radioactive products or waste which, at the time of the incident have been stolen, lost, jettisoned or abandoned and have not yet been recovered, the period established pursuant to paragraph (a) of this Article shall be computed from the date of that nuclear incident, but the period shall in no case exceed twenty years from the date of the theft, loss, jettison or abandonment.

(c) National legislation may establish a period of not less than two years for the extinction of the right or as a period of limitation either from the date at which the person suffering damage has knowledge or from the date at which he ought reasonably to have known of both the damage and the operator liable: provided that the period established pursuant to paragraphs (a) and (b) of this Article shall not be exceeded.

(d) Where the provisions of Article 13 (c) (ii) are applicable, the right of compensation shall not, however, be extinguished if, within the time provided for in paragraph (a) of this Article,

(i) prior to the determination by the Tribunal referred to in Article 17, an action has been brought before any of the courts from which the Tribunal can choose; if the Tribunal determines that the competent court is a court other than that before which such action has already been brought, it may fix a date by which such action has to be brought before the competent court so determined; or

(ii) a request has been made to a Contracting Party concerned to initiate a determination by the Tribunal of the competent court pursuant to Article 13 (c) (ii) and an action is brought subsequent to such determination within such time as may be fixed by the Tribunal.

(e) Unless national law provides to the contrary, any person suffering damage caused by a nuclear incident who has brought an action for compensation within the period provided for in this Article may amend his claim in respect of any aggravation of the damage after the expiry of such

réparation en vertu de la présente Convention des personnes ayant intenté contre l'exploitant une action du fait de décès ou de dommages aux personnes avant l'expiration dudit délai de dix ans.

b) Dans le cas de dommage causé par un accident nucléaire mettant en jeu des combustibles nucléaires, produits ou déchets radioactifs qui étaient, au moment de l'accident, volés, perdus, jetés par-dessus bord ou abandonnés et n'avaient pas été récupérés, le délai visé au paragraphe (a) de cet Article est calculé à partir de la date de cet accident nucléaire, mais il ne peut en aucun cas être supérieur à vingt ans à compter de la date du vol, de la perte, du jet par-dessus bord ou de l'abandon.

c) La législation nationale peut fixer un délai de déchéance ou de prescription de deux ans au moins, soit à compter du moment où le lésé a eu connaissance du dommage et de l'exploitant responsable, soit à compter du moment où il a dû raisonnablement en avoir connaissance, sans que le délai établi en vertu des paragraphes (a) et (b) de cet Article puisse être dépassé.

d) Dans les cas prévus à l'Article 13 (c) (ii), il n'y a pas de déchéance de l'action en réparation si, dans le délai prévu au paragraphe (a) du présent Article,

i) une action a été intentée, avant que le Tribunal visé à l'Article 17 n'ait pris une décision, devant l'un des tribunaux entre lesquels ledit Tribunal peut choisir; si le Tribunal désigne comme tribunal compétent, un autre tribunal que celui devant lequel l'action a déjà été intentée, il peut fixer un délai dans lequel l'action doit être intentée devant le tribunal compétent ainsi désigné;

ii) une demande a été introduite auprès d'une Partie Contractante intéressée en vue de la désignation du tribunal compétent par le Tribunal conformément à l'Article 13 (c) (ii), à condition qu'une action soit intentée après cette désignation dans le délai qui serait fixé par ledit Tribunal.

e) Sauf disposition contraire du droit national, une personne ayant subi un dommage causé par un accident nucléaire qui a intenté une action en réparation dans le délai prévu au présent Article peut présenter une demande complémentaire en cas d'aggravation du dommage après l'expira-

größerung des Schadens nach Ablauf dieser Frist geltend machen, solange das zuständige Gericht noch kein endgültiges Urteil gefällt hat.

I. Artikel 9 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 9

Der Inhaber einer Kernanlage haftet nicht für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden, wenn dieses Ereignis unmittelbar auf Handlungen eines bewaffneten Konfliktes, von Feindseligkeiten, eines Bürgerkrieges, eines Aufstands oder, soweit nicht die Gesetzgebung der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet seine Kernanlage gelegen ist, Gegenteiliges bestimmt, auf eine schwere Naturkatastrophe außergewöhnlicher Art zurückzuführen ist.

J. Artikel 13 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 13

(a) Sofern dieser Artikel nichts anderes bestimmt, sind für Klagen gemäß den Artikeln 3, 4, 6 (a) und 6 (e) nur die Gerichte derjenigen Vertragspartei zuständig, in deren Hoheitsgebiet das nukleare Ereignis eingetreten ist.

(b) Tritt ein nukleares Ereignis außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsparteien ein oder kann der Ort des nuklearen Ereignisses nicht mit Sicherheit festgestellt werden, so sind für solche Klagen die Gerichte derjenigen Vertragspartei zuständig, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist.

(c) Ergäbe sich aus den Absätzen (a) oder (b) die Zuständigkeit der Gerichte von mehr als einer Vertragspartei, so sind zuständig:

(i) wenn das nukleare Ereignis zum Teil außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsparteien und zum Teil im Hoheitsgebiet nur einer Vertragspartei eingetreten ist, deren Gerichte;

(ii) in allen sonstigen Fällen die Gerichte derjenigen Vertragspartei, die auf Antrag einer betroffenen Vertragspartei von dem in Artikel 17 genannten Gerichtshof im Hinblick darauf bestimmt wird, daß sie zu dem Falle die engste Beziehung hat.

(d) Hat ein gemäß diesem Artikel zuständiges Gericht nach einer streitigen Verhandlung oder im Säumnisverfahren ein Urteil gefällt und ist dieses nach dem von diesem Gericht angewandten Rechte vollstreckbar ge-

period provided that final judgement has not been entered by the competent court.

I. Article 9 shall be replaced by the following text:

Article 9

The operator shall not be liable for damage caused by a nuclear incident directly due to an act of armed conflict, hostilities, civil war, insurrection or, except in so far as the legislation of the Contracting Party in whose territory his nuclear installation is situated may provide to the contrary, a grave natural disaster of an exceptional character.

J. Article 13 shall be replaced by the following text:

Article 13

(a) Except as otherwise provided in this Article, jurisdiction over actions under Articles 3, 4, 6 (a) and 6 (e) shall lie only with the courts of the Contracting Party in whose territory the nuclear incident occurred.

(b) Where a nuclear incident occurs outside the territory of the Contracting Parties, or where the place of the nuclear incident cannot be determined with certainty, jurisdiction over such actions shall lie with the courts of the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated.

(c) Where jurisdiction would lie with the courts of more than one Contracting Party by virtue of paragraphs (a) or (b) of this Article, jurisdiction shall lie,

(i) if the nuclear incident occurred partly outside the territory of any Contracting Party and partly in the territory of a single Contracting Party, with the courts of that Contracting Party; and

(ii) in any other case, with the courts of the Contracting Party determined, at the request of a Contracting Party concerned, by the Tribunal referred to in Article 17 as being the most closely related to the case in question.

(d) Judgements entered by the competent court under this Article after trial, or by default, shall, when they have become enforceable under the law applied by that court, become enforceable in the territory of any

tion de ce délai, tant qu'un jugement définitif n'est pas intervenu.

I. L'Article 9 est remplacé par le texte suivant:

Article 9

L'exploitant n'est pas responsable des dommages causés par un accident nucléaire si cet accident est dû directement à des actes de conflit armé, d'hostilités, de guerre civile, d'insurrection ou, sauf disposition contraire de la législation de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située son installation nucléaire, à des cataclysmes naturels de caractère exceptionnel.

J. L'Article 13 est remplacé par le texte suivant:

Article 13

a) Sauf dans les cas où le présent Article en dispose autrement, les tribunaux de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle l'accident nucléaire est survenu, sont seuls compétents pour statuer sur les actions introduites en vertu des Articles 3, 4, 6 (a) et 6 (e).

b) Lorsqu'un accident nucléaire survient hors des territoires des Parties Contractantes, ou que le lieu de l'accident nucléaire ne peut être déterminé avec certitude, les tribunaux de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire dont l'exploitant est responsable sont seuls compétents.

c) Lorsqu'en vertu des paragraphes (a) ou (b) du présent Article les tribunaux de plusieurs Parties Contractantes sont compétents, la compétence est attribuée,

i) si l'accident nucléaire est survenu en partie en dehors du territoire de toute Partie Contractante et en partie sur le territoire d'une seule Partie Contractante, aux tribunaux de cette dernière;

ii) dans tout autre cas, aux tribunaux de la Partie Contractante désignée, à la demande d'une Partie Contractante intéressée, par le Tribunal visé à l'Article 17, comme étant la plus directement liée à l'affaire.

d) Lorsque les jugements prononcés contradictoirement ou par défaut par le tribunal compétent en vertu des dispositions du présent Article sont exécutoires d'après les lois appliquées par ce tribunal, ils deviennent exécu-

worden, so ist es im Hoheitsgebiet jeder anderen Vertragspartei vollstreckbar, sobald die von dieser anderen Vertragspartei vorgeschriebenen Förmlichkeiten erfüllt worden sind; eine sachliche Nachprüfung ist nicht zulässig. Dies gilt nicht für vorläufig vollstreckbare Urteile.

(e) Wird eine Klage gemäß diesem Übereinkommen gegen eine Vertragspartei erhoben, so kann sich diese vor dem gemäß diesem Artikel zuständigen Gericht nicht auf Immunität von der Gerichtsbarkeit berufen, ausgenommen bei der Zwangsvollstreckung.

K. Anhang I wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Anhang I

Bei der Unterzeichnung dieses Übereinkommens oder des Zusatzprotokolls ist folgenden Vorbehalten zugestimmt worden:

1. Artikel 6 (a) und (c) (i):

Vorbehalt der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Republik Österreich und der Regierung des Königreichs Griechenland.

Vorbehalt des Rechts, im innerstaatlichen Rechte vorzusehen, daß die Haftung eines anderen als des Inhabers einer Kernanlage für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden bestehen bleibt, wenn die Haftpflicht des anderen einschließlich der Verteidigung gegen unbegründete Ansprüche voll gedeckt ist, sei es durch eine vom Inhaber beschaffte Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit, sei es durch staatliche Mittel.

2. Artikel 6 (b) und (d):

Vorbehalt der Regierung der Republik Österreich, der Regierung des Königreichs Griechenland, der Regierung des Königreichs Norwegen und der Regierung des Königreichs Schweden.

Vorbehalt des Rechts, ihre innerstaatliche Gesetzgebung, die den in Artikel 6 (b) angeführten internationalen Übereinkommen entsprechende Bestimmungen enthält, als internationale Übereinkommen im Sinne des Artikels 6 (b) und (d) anzusehen.

3. Artikel 8 (a):

Vorbehalt der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Österreich.

of the other Contracting Parties as soon as the formalities required by the Contracting Party concerned have been complied with. The merits of the case shall not be the subject of further proceedings. The foregoing provisions shall not apply to interim judgements.

(e) If an action is brought against a Contracting Party under this Convention, such Contracting Party may not, except in respect of measures of execution, invoke any jurisdictional immunities before the court competent in accordance with this Article.

K. Annex I shall be replaced by the following text:

Annex I

The following reservations were accepted either at the time of signature of the Convention or at the time of signature of the Additional Protocol:

1. Article 6 (a) and (c) (i):

Reservation by the Government of the Federal Republic of Germany, the Government of the Republic of Austria and the Government of the Kingdom of Greece.

Reservation of the right to provide, by national law, that persons other than the operator may continue to be liable for damage caused by a nuclear incident on condition that these persons are fully covered in respect of their liability, including defence against unjustified actions, by insurance or other financial security obtained by the operator or out of State funds.

2. Article 6 (b) and (d):

Reservation by the Government of the Republic of Austria, the Government of the Kingdom of Greece, the Government of the Kingdom of Norway and the Government of the Kingdom of Sweden.

Reservation of the right to consider their national legislation which includes provisions equivalent to those included in the international agreements referred to in Article 6 (b) as being international agreements within the meaning of Article 6 (b) and (d).

3. Article 8 (a):

Reservation by the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Austria.

toires sur le territoire de toute autre Partie Contractante dès l'accomplissement des formalités prescrites par la Partie Contractante intéressée. Aucun nouvel examen du fond de l'affaire n'est admis. Cette disposition ne s'applique pas aux jugements qui ne sont exécutoires que provisoirement.

e) Si une action en réparation est intentée contre une Partie Contractante en vertu de la présente Convention, ladite Partie Contractante ne peut invoquer son immunité de juridiction devant le tribunal compétent en vertu du présent Article, sauf en ce qui concerne les mesures d'exécution.

K. L'Annexe I est remplacé par le texte suivant:

Annexe I

Les réserves suivantes ont été acceptées, soit à la date de la signature de la Convention, soit à la date de la signature du Protocole Additionnel:

1. Article 6 (a) et (c) (i):

Réserve du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne, du Gouvernement de la République d'Autriche et du Gouvernement du Royaume de Grèce.

Réserve du droit de laisser subsister, par une disposition de la législation nationale, la responsabilité d'une personne autre que l'exploitant, à condition que cette personne soit entièrement couverte, même en cas d'action mal fondée, soit par une assurance ou une autre garantie financière obtenue par l'exploitant, soit au moyen des fonds publics.

2. Article 6 (b) et (d):

Réserve du Gouvernement de la République d'Autriche, du Gouvernement du Royaume de Grèce, du Gouvernement du Royaume de Norvège et du Gouvernement du Royaume de Suède.

Réserve du droit de considérer leurs lois nationales comportant des dispositions équivalentes à celles des accords internationaux visés à l'Article 6 (b) comme des accords internationaux aux fins de l'Article 6 (b) et (d).

3. Article 8 (a):

Réserve du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne et du Gouvernement de la République d'Autriche.

Vorbehalt des Rechts, hinsichtlich nuklearer Ereignisse, die in der Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise in der Republik Österreich eintreten, eine mehr als zehnjährige Frist festzusetzen, wenn Maßnahmen für die Deckung der Haftpflicht des Inhabers einer Kernanlage bezüglich Schadensersatzklagen getroffen worden sind, die nach Ablauf der zehnjährigen Frist während der Zeit der Verlängerung erhoben werden.

4. Artikel 9:

Vorbehalt der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Österreich.

Vorbehalt des Rechts zu bestimmen, daß hinsichtlich nuklearer Ereignisse, die in der Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise in der Republik Österreich eintreten, der Inhaber einer Kernanlage für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden haftet, das unmittelbar auf Handlungen eines bewaffneten Konfliktes, von Feindseligkeiten, eines Bürgerkrieges, eines Aufstands oder eine schwere Naturkatastrophe außergewöhnlicher Art zurückzuführen ist.

5. Artikel 19:

Vorbehalt der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Republik Österreich und der Regierung des Königreichs Griechenland.

Vorbehalt des Rechts, die Ratifizierung dieses Übereinkommens als Übernahme der völkerrechtlichen Verpflichtung anzusehen, in der innerstaatlichen Gesetzgebung die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Übereinkommens zu regeln.

II

(a) Die Bestimmungen dieses Zusatzprotokolls sind Bestandteil des Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie (im folgenden „Übereinkommen“ genannt).

(b) Dieses Zusatzprotokoll bedarf der Ratifizierung oder der Bestätigung. Die Ratifikationsurkunden zu diesem Zusatzprotokoll werden beim Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hinterlegt; eine etwaige Bestätigung dieses Zusatzprotokolls wird ihm notifiziert.

(c) Die Unterzeichnerstaaten dieses Zusatzprotokolls, die das Übereinkommen bereits ratifiziert haben, verpflichten sich, das Zusatzprotokoll so

Reservation of the right to establish, in respect of nuclear incidents occurring in the Federal Republic of Germany and in the Republic of Austria respectively, a period longer than ten years if measures have been taken to cover the liability of the operator in respect of any actions for compensation begun after the expiry of the period of ten years and during such longer period.

4. Article 9:

Reservation by the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Austria.

Reservation of the right to provide, in respect of nuclear incidents occurring in the Federal Republic of Germany and in the Republic of Austria respectively, that the operator shall be liable for damage caused by a nuclear incident directly due to an act of armed conflict, hostilities, civil war, insurrection or a grave natural disaster of an exceptional character.

5. Article 19:

Reservation by the Government of the Federal Republic of Germany, the Government of the Republic of Austria, and the Government of the Kingdom of Greece.

Reservation of the right to consider ratification of this Convention as constituting an obligation under international law to enact national legislation on third party liability in the field of nuclear energy in accordance with the provisions of this Convention.

II

(a) The provisions of this Additional Protocol shall form an integral part of the Convention on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy of 29th July 1960 (hereinafter referred to as the "Convention").

(b) This Additional Protocol shall be ratified or confirmed. Instruments of ratification of this Additional Protocol shall be deposited with the Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development. Where there is a confirmation of this Additional Protocol, it shall be notified to him.

(c) The Signatories of this Additional Protocol who have already ratified the Convention undertake to ratify or to confirm this Additional Protocol

Réserve du droit d'établir, en ce qui concerne les accidents nucléaires survenant respectivement dans la République Fédérale d'Allemagne et dans la République d'Autriche, un délai de déchéance supérieur à dix ans, si des mesures ont été prévues pour couvrir la responsabilité de l'exploitant à l'égard des actions en réparation introduites après l'expiration du délai de dix ans et pendant la période de prolongation de ce délai.

4. Article 9:

Réserve du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne et du Gouvernement de la République d'Autriche.

Réserve du droit de prévoir, en ce qui concerne les accidents nucléaires survenant respectivement dans la République Fédérale d'Allemagne et dans la République d'Autriche, que l'exploitant est responsable des dommages causés par un accident nucléaire si cet accident est dû directement à des actes de conflit armé, d'hostilités, de guerre civile, d'insurrection ou à des cataclysmes naturels de caractère exceptionnel.

5. Article 19:

Réserve du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne, du Gouvernement de la République d'Autriche et du Gouvernement du Royaume de Grèce.

Réserve du droit de considérer la ratification de la présente Convention comme entraînant l'obligation, conformément au droit international, de prendre dans l'ordre interne des dispositions relatives à la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire conformes aux dispositions de la présente Convention.

II

a) Les dispositions du présent Protocole Additionnel font partie intégrante de la Convention sur la Responsabilité Civile dans le Domaine de l'Énergie Nucléaire du 29 juillet 1960 (appelée ci-après la «Convention»).

b) Le présent Protocole Additionnel sera ratifié ou confirmé. Les instruments de ratification du présent Protocole Additionnel seront déposés auprès du Secrétaire Général de l'Organisation de Coopération et de Développement Économiques; le cas échéant, la confirmation du présent Protocole Additionnel lui sera notifiée.

c) Les Signataires du présent Protocole Additionnel qui ont déjà ratifié la Convention, s'engagent à ratifier ou à confirmer aussitôt que possible

bald wie möglich zu ratifizieren oder zu bestätigen. Die anderen Unterzeichnerstaaten dieses Zusatzprotokolls verpflichten sich, es gleichzeitig mit der Ratifizierung des Übereinkommens zu ratifizieren oder zu bestätigen. Ein Beitritt zum Übereinkommen ist nur zulässig, wenn er mit der Ratifizierung oder der Bestätigung des Zusatzprotokolls verbunden ist.

(d) Der Generalsekretär der Organisation zeigt allen Unterzeichner- und beitretenden Staaten den Eingang jeder Ratifikationsurkunde und jeder Bestätigung an.

(e) Bei der Feststellung der Anzahl der Ratifizierungen, die gemäß Artikel 19 (b) des Übereinkommens für dessen Inkrafttreten erforderlich sind, werden nur solche Unterzeichnerstaaten berücksichtigt, die das Übereinkommen ratifiziert und das Zusatzprotokoll ratifiziert oder bestätigt haben.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Protokoll mit ihren Unterschriften versehen.

GESCHEHEN zu Paris am 28. Januar 1964 in deutscher, englischer, französischer, spanischer, italienischer und niederländischer Sprache, in einer Urschrift, die beim Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hinterlegt wird; dieser übermittelt jedem Unterzeichnerstaat eine beglaubigte Abschrift.

as soon as possible. The other Signatories of this Additional Protocol undertake to ratify it or to confirm it at the same time as they ratify the Convention. Accessions to the Convention will be accepted only if they are accompanied by accession to this Additional Protocol.

(d) The Secretary-General of the Organisation shall give notice to all Signatories and acceding Governments of the receipt of any instrument of ratification and of the receipt of any confirmation.

(e) In calculating the number of ratifications required in accordance with Article 19 (b) for the coming into force of the Convention, account will be taken only of those Signatories who have ratified the Convention and have ratified or confirmed this Additional Protocol.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned Plenipotentiaries, duly empowered, have signed this Protocol.

DONE in Paris the 28th day of January 1964 in the English, French, German, Spanish, Italian and Dutch languages in a single copy which shall remain deposited with the Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development by whom certified copies will be communicated to all Signatories.

le présent Protocole Additionnel. Les autres Signataires du présent Protocole Additionnel s'engagent à le ratifier ou à le confirmer en même temps qu'ils ratifieront la Convention. Aucune adhésion à la Convention ne sera reçue si elle n'est accompagnée d'une adhésion au présent Protocole Additionnel.

d) Le Secrétaire Général de l'Organisation donnera communication à tous les Signataires, ainsi qu'aux Gouvernements ayant adhéré à la Convention, de la réception des instruments de ratification et de la notification des confirmations.

e) Pour le calcul du nombre de ratifications prévu à l'Article 19 (b) de la Convention pour son entrée en vigueur, il ne sera tenu compte que des Signataires qui auront ratifié la Convention et ratifié ou confirmé le présent Protocole Additionnel.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires soussignés, dûment habilités, ont apposé leurs signatures au bas du présent Protocole.

FAIT à Paris le 28 janvier 1964, en français, en anglais, en allemand, en espagnol, en italien et en néerlandais, en un seul exemplaire qui restera déposé auprès du Secrétaire Général de l'Organisation de Coopération et de Développement Économiques qui en communiquera une copie certifiée conforme à tous les Signataires.

Zusatzprotokoll
zum Zusatzübereinkommen vom 31. Januar 1963
zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960
über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie

Additional Protocol
to the Convention of 31 January 1963
Supplementary to the Paris Convention of 29 July 1960
on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy

Protocole additionnel
à la Convention du 31 janvier 1963
complémentaire à la Convention de Paris du 29 juillet 1960
sur la responsabilité civile dans le domaine de l'Énergie Nucléaire

DIE REGIERUNGEN der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich, des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, Spaniens, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs Norwegen, des Königreichs der Niederlande, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, des Königreichs Schweden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft, als Unterzeichner des Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie,

THE GOVERNMENTS of the Federal Republic of Germany, the Republic of Austria, the Kingdom of Belgium, the Kingdom of Denmark, Spain, the French Republic, the Italian Republic, the Grand Duchy of Luxembourg, the Kingdom of Norway, the Kingdom of the Netherlands, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the Kingdom of Sweden and the Swiss Confederation, Signatories of the Convention of 31 January 1963 Supplementary to the Paris Convention of 29 July 1960 on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy,

LES GOUVERNEMENTS de la République Fédérale d'Allemagne, de la République d'Autriche, du Royaume de Belgique, du Royaume de Danemark, de l'Espagne, de la République Française, de la République Italienne, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume de Norvège, du Royaume des Pays-Bas, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, du Royaume de Suède et de la Confédération Suisse, Signataires de la Convention du 31 janvier 1963 complémentaire à la Convention de Paris du 29 juillet 1960 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire,

IN ERWÄGUNG nachstehender Gründe:

Einige Bestimmungen des im Rahmen der Europäischen Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, nunmehr Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in Paris geschlossenen Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie sind durch das am 28. Januar 1964 in Paris geschlossene Zusatzprotokoll, das von ihnen unterzeichnet wurde, geändert worden;

WHEREAS certain provisions of the Convention of 29 July 1960 on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy, concluded in Paris within the framework of the Organization for European Economic Co-operation, now the Organization for Economic Co-operation and Development, have been modified by the Additional Protocol concluded at Paris, on 28 January 1964, of which they are Signatories,

CONSIDÉRANT que certaines dispositions de la Convention du 29 juillet 1960 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire conclue à Paris dans le cadre de l'Organisation Européenne de Coopération Économique, devenue l'Organisation de Coopération et de Développement Économiques, ont été modifiées par le Protocole additionnel conclu à Paris, le 28 janvier 1964, dont ils sont Signataires,

Die Änderungen, die durch das vorgenannte Zusatzprotokoll am Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 vorgenommen wurden, machen gewisse Änderungen des Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen erforderlich,

WHEREAS the modifications made to the Paris Convention of 29 July 1960 by the above-mentioned Additional Protocol make necessary certain amendments to the Convention of 31 January 1963 Supplementary to the Paris Convention,

CONSIDÉRANT que les modifications apportées à la Convention de Paris du 29 juillet 1960 par le Protocole additionnel précité rendent nécessaires certains amendements à la Convention du 31 janvier 1963 complémentaire à la Convention de Paris,

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

HAVE AGREED as follows:

SONT CONVENUS de ce qui suit:

I

Das Zusatzübereinkommen vom 31. Januar 1963 zum Pariser Über-

I

The Convention of 31 January 1963 Supplementary to the Paris Conven-

I

La Convention du 31 janvier 1963 complémentaire à la Convention de

einkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie wird wie folgt geändert:

A. Absatz 2 der Präambel wird durch folgenden Text ersetzt:

Als Vertragsparteien des im Rahmen der Europäischen Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, nunmehr Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, geschlossenen Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie (im folgenden „Pariser Übereinkommen“ genannt) in seiner durch das am 28. Januar 1964 in Paris geschlossene Zusatzprotokoll geänderten Fassung.

B. Artikel 4 wird durch folgenden Text ersetzt:

Artikel 4

a) Haften mehrere Inhaber von Kernanlagen für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden, so werden die Haftungshöchstbeträge nach Artikel 5 d) des Pariser Übereinkommens, soweit öffentliche Mittel gemäß Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) bereitzustellen sind, nur bis zu einem Betrag von insgesamt 120 Millionen Rechnungseinheiten zusammengerechnet.

b) Der Gesamtbetrag der gemäß Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) bereitgestellten öffentlichen Mittel darf in diesem Falle den Unterschied zwischen 120 Millionen Rechnungseinheiten und der Summe der Beträge nicht übersteigen, die für diese Inhaber gemäß Artikel 3 Absatz b) i) oder im Falle eines Inhabers, dessen Kernanlage im Hoheitsgebiet eines Nichtvertragsstaates dieses Übereinkommens gelegen ist, gemäß Artikel 7 des Pariser Übereinkommens festgesetzt sind. Sind mehrere Vertragsparteien zur Bereitstellung der öffentlichen Mittel gemäß Artikel 3 Absatz b) ii) verpflichtet, so werden diese Mittel von ihnen im Verhältnis zur Zahl der an dem nuklearen Ereignis beteiligten Kernanlagen, die jeweils in ihrem Hoheitsgebiet gelegen sind und deren Inhaber haften, bereitgestellt.

C. Artikel 6 wird durch folgenden Text ersetzt:

Artikel 6

Bei der Berechnung der gemäß diesem Übereinkommen bereitzustellenden Mittel werden nur die innerhalb von zehn Jahren nach Eintritt des nuklearen Ereignisses geltend gemachten Entschädigungsansprüche berücksichtigt. Ist ein Schaden durch ein

tion of 29 July 1960 on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy shall be amended as follows:

A. The second paragraph of the Preamble shall be replaced by the following text:

Being Parties to the Convention of 29 July 1960 on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy, concluded within the framework of the Organization for European Economic Co-operation, now the Organization for Economic Co-operation and Development and as modified by the Additional Protocol concluded at Paris, on 28 January 1964 (hereinafter referred to as the "Paris Convention").

B. Article 4 shall be replaced by the following text:

Article 4

a) If a nuclear incident causes damage which gives rise to liability of more than one operator, the aggregate liability provided for in Article 5 (d) of the Paris Convention shall not, to the extent that public funds have to be made available pursuant to Article 3 (b) (ii) and (iii), exceed 120 million units of account.

b) The total amount of the public funds made available pursuant to Article 3 (b) (ii) and (iii) shall not, in such event, exceed the difference between 120 million units of account and the sum of the amounts established with respect to such operators pursuant to Article 3 (b) (i) or, in the case of an operator whose nuclear installation is situated in the territory of a State which is not a Party to this Convention, the amount established pursuant to Article 7 of the Paris Convention. If more than one Contracting Party is required to make available public funds pursuant to Article 3 (b) (ii), such funds shall be made available by them in proportion to the number of nuclear installations situated in their respective territories, which are involved in the nuclear incident and of which the operators are liable.

C. Article 6 shall be replaced by the following text:

Article 6

In calculating the public funds to be made available pursuant to this Convention, account shall be taken only of those rights to compensation exercised within ten years from the date of the nuclear incident. In the case of damage caused by a nuclear

Paris du 29 juillet 1960 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire est modifiée comme suit:

A. Le deuxième paragraphe du préambule est remplacé par le texte suivant:

Parties à la Convention du 29 juillet 1960 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire, conclue dans le cadre de l'Organisation Européenne de Coopération Économique devenue l'Organisation de Coopération et de Développement Économiques et telle qu'elle a été modifiée par le Protocole additionnel conclu à Paris, le 28 janvier 1964 (ci-après dénommée «Convention de Paris»).

B. L'article 4 est remplacé par le texte suivant:

Article 4

a) Si un accident nucléaire entraîne un dommage qui implique la responsabilité de plusieurs exploitants, le cumul des responsabilités prévu à l'article 5 d) de la Convention de Paris ne joue, dans la mesure où des fonds publics visés à l'article 3 b) ii) et iii) doivent être alloués, qu'à concurrence d'un montant de 120 millions d'unités de compte.

b) Le montant global des fonds publics alloués en vertu de l'article 3 b) ii) et iii) ne peut dépasser, dans ce cas, la différence entre 120 millions d'unités de compte et le total des montants déterminés pour ces exploitants, conformément à l'article 3 b) i) ou, dans le cas d'un exploitant dont l'installation nucléaire est située sur le territoire d'un État non-contratant à la présente Convention, conformément à l'article 7 de la Convention de Paris. Si plusieurs Parties Contractantes sont tenues d'allouer des fonds publics, conformément à l'article 3 b) ii), la charge de cette allocation est répartie entre elles au prorata du nombre des installations nucléaires situées sur le territoire de chacune d'elles qui sont impliquées dans l'accident nucléaire et dont les exploitants sont responsables.

C. L'article 6 est remplacé par le texte suivant:

Article 6

Pour le calcul des fonds à allouer en vertu de la présente Convention, seuls sont pris en considération les droits à réparation exercés dans un délai de dix ans à compter de l'accident nucléaire. En cas de dommage causé par un accident nucléaire met-

nukleares Ereignis im Zusammenhang mit Kernbrennstoffen oder radioaktiven Erzeugnissen oder Abfällen verursacht worden, die zur Zeit des Ereignisses gestohlen, verloren oder über Bord geworfen worden waren oder deren Besitz aufgegeben worden ist und die nicht wiedererlangt worden sind, so darf eine solche Frist zwanzig Jahre vom Zeitpunkt des Diebstahls, des Verlustes, des Überbordwerfens oder der Besitzaufgabe an keinesfalls überschreiten. Sie verlängert sich in den in Artikel 8 d) des Pariser Übereinkommens vorgesehenen Fällen unter den dort festgesetzten Bedingungen. Die nach Ablauf dieser Frist gemäß Artikel 8 e) des Pariser Übereinkommens zusätzlich geltend gemachten Ansprüche werden ebenfalls berücksichtigt.

incident involving nuclear fuel or radioactive products or waste which, at the time of the incident have been stolen, lost, jettisoned, or abandoned and have not yet been recovered, such period shall not in any case exceed twenty years from the date of the theft, loss, jettison or abandonment. It shall also be extended in the cases and under the conditions laid down in Article 8 (d) of the Paris Convention. Amendments made to claims after the expiry of this period, under the conditions laid down in Article 8 (e) of the Paris Convention, shall also be taken into account.

tant en jeu des combustibles nucléaires, produits ou déchets radioactifs qui étaient, au moment de l'accident, volés, perdus, jetés par-dessus bord ou abandonnés et n'avaient pas été récupérés, un tel délai ne peut, en aucun cas, être supérieur à vingt ans à compter de la date du vol, de la perte, du jet par-dessus bord ou de l'abandon. Il est en outre prolongé dans les cas et aux conditions fixés à l'article 8 d) de la Convention de Paris. Les demandes complémentaires présentées après l'expiration de ce délai, dans les conditions prévues à l'article 8 e) de la Convention de Paris, sont également prises en considération.

D. Artikel 7 wird durch folgenden Text ersetzt:

Artikel 7

Macht eine Vertragspartei von der in Artikel 8 c) des Pariser Übereinkommens vorgesehenen Befugnis Gebrauch, so ist die von ihr festgesetzte Frist eine dreijährige Verjährungsfrist, die mit dem Zeitpunkt beginnt, zu dem der Geschädigte von dem Schaden und dem haftenden Inhaber Kenntnis hat oder hätte Kenntnis haben müssen.

D. Article 7 shall be replaced by the following text:

Article 7

Where a Contracting Party makes use of the right provided for in Article 8 (c) of the Paris Convention, the period which it establishes shall be a period of prescription of three years either from the date at which the person suffering damage has knowledge or from the date at which he ought reasonably to have known of both the damage and the operator liable.

D. L'article 7 est remplacé par le texte suivant:

Article 7

Lorsqu'une Partie Contractante fait usage de la faculté prévue à l'article 8 c) de la Convention de Paris, le délai qu'elle fixe est un délai de prescription de trois ans à compter soit du moment où le lésé a eu connaissance du dommage et de l'exploitant responsable, soit du moment où il a dû raisonnablement en avoir connaissance.

E. Artikel 8 wird durch folgenden Text ersetzt:

Artikel 8

Alle Personen, auf welche die Bestimmungen dieses Übereinkommens Anwendung finden, haben Anspruch auf vollständigen Ersatz der eingetretenen Schäden nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften. Jedoch kann jede Vertragspartei für den Fall, daß der Schadensbetrag:

E. Article 8 shall be replaced by the following text:

Article 8

Any person who is entitled to benefit from the provisions of this Convention shall have the right to full compensation in accordance with national law for damage suffered, provided that, where the amount of damage exceeds or is likely to exceed:

E. L'article 8 est remplacé par le texte suivant:

Article 8

Toute personne bénéficiant des dispositions de la présente Convention a droit à la réparation intégrale du dommage subi, conformément aux dispositions prévues par le droit national. Toutefois, chaque Partie Contractante peut fixer des critères de répartition équitables pour le cas où le montant des dommages dépasse ou risque de dépasser:

- i) 120 Millionen Rechnungseinheiten, oder
- ii) den höheren Betrag, der sich daraus ergibt, daß mehrere Haftungshöchstbeträge gemäß Artikel 5 d) des Pariser Übereinkommens zusammengerechnet werden,

- i) 120 million units of account, or
- ii) if there is aggregate liability under Article 5 (d) of the Paris Convention and a higher sum results therefrom, such higher sum,

- i) 120 millions d'unités de compte, ou
- ii) la somme plus élevée qui résulterait d'un cumul de responsabilités en vertu de l'article 5 d) de la Convention de Paris,

übersteigt oder zu übersteigen droht, angemessene Merkmale für die Verteilung festsetzen; dabei darf kein Unterschied hinsichtlich der Herkunft der Mittel und, vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 2, hinsichtlich der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Aufenthalts des Geschädigten gemacht werden.

any Contracting Party may establish equitable criteria for apportionment. Such criteria shall be applied whatever the origin of the funds and, subject to the provisions of Article 2, without discrimination based on the nationality, domicile or residence of the person suffering the damage.

sans qu'il en résulte, quelle que soit l'origine des fonds et sous réserve des dispositions de l'article 2, de discrimination en fonction de la nationalité, du domicile ou de la résidence de la personne ayant subi le dommage.

F. Artikel 10 wird durch folgenden Text ersetzt:

Artikel 10

a) Die Vertragspartei, deren Gerichte zuständig sind, hat die anderen Vertragsparteien von dem Eintreten und den Umständen eines nuklearen Ereignisses zu unterrichten, sobald sich herausstellt, daß die dadurch verursachten Schäden den Betrag von 70 Millionen Rechnungseinheiten übersteigen oder zu übersteigen drohen. Die Vertragsparteien erlassen unverzüglich alle erforderlichen Vorschriften zur Regelung ihrer Rechtsbeziehungen in dieser Hinsicht.

b) Allein die Vertragspartei, deren Gerichte zuständig sind, ist befugt, die anderen Vertragsparteien um die Bereitstellung der öffentlichen Mittel gemäß Artikel 3 Absatz b) iii) und Absatz f) zu ersuchen und diese Mittel zu verteilen.

c) Diese Vertragspartei übt gegebenenfalls für Rechnung der anderen Vertragsparteien, die gemäß Artikel 3 Absatz b) iii) und Absatz f) öffentliche Mittel bereitgestellt haben, die in Artikel 5 vorgesehenen Rückgriffsrechte aus.

d) Vergleiche, die über die Zahlung einer Entschädigung aus den in Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) bezeichneten öffentlichen Mitteln in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften geschlossen werden, werden von den anderen Vertragsparteien anerkannt; von den zuständigen Gerichten erlassene Urteile über eine solche Entschädigung sind im Hoheitsgebiet der anderen Vertragsparteien gemäß den Bestimmungen des Artikels 13 d) des Pariser Übereinkommens vollstreckbar.

II

(a) Die Bestimmungen dieses Zusatzprotokolls sind Bestandteil des Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie.

(b) Dieses Zusatzprotokoll bedarf der Ratifizierung oder Bestätigung. Die Ratifikationsurkunden dieses Zusatzprotokolls werden bei der belgischen Regierung hinterlegt; die Bestätigung dieses Zusatzprotokolls wird ihr gegebenenfalls notifiziert.

(c) Die Unterzeichnerregierungen dieses Zusatzprotokolls verpflichten sich, dieses bei Ratifizierung des Übereinkommens vom 31. Januar 1963 zu ratifizieren oder zu bestätigen. Der

F. Article 10 shall be replaced by the following text:

Article 10

a) The Contracting Party whose courts have jurisdiction shall be required to inform the other Contracting Parties of a nuclear incident and its circumstances as soon as it appears that the damage caused by such incident exceeds, or is likely to exceed, 70 million units of account. The Contracting Parties shall without delay make all the necessary arrangements to settle the procedure for their relations in this connection.

b) Only the Contracting Party whose courts have jurisdiction shall be entitled to request the other Contracting Parties to make available the public funds required under Article 3 (b) (iii) and (f) and shall have exclusive competence to disburse such funds.

c) Such Contracting Party shall, when the occasion arises, exercise the right of recourse provided for in Article 5 on behalf of the other Contracting Parties who have made available public funds pursuant to Article 3 (b) (iii) and (f).

d) Settlements effected in respect of the payment of compensation out of the public funds referred to in Article 3 (b) (ii) and (iii) in accordance with the conditions established by national legislation shall be recognized by the other Contracting Parties, and judgements entered by the competent courts in respect of such compensation shall become enforceable in the territory of the other Contracting Parties in accordance with the provisions of Article 13 (d) of the Paris Convention.

II

(a) The provisions of the Additional Protocol shall form an integral part of the Convention of 31 January 1963 Supplementary to the Paris Convention of 29 July 1960 on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy.

(b) This Additional Protocol shall be ratified or confirmed. Instruments of ratification of this Additional Protocol shall be deposited with the Belgian Government. Where there is a confirmation of this Additional Protocol it shall be notified to the Belgian Government.

(c) The Signatories of this Additional Protocol undertake to ratify it or to confirm it at the same time as they ratify the Convention of 31 January 1963. Accessions to this Convention

F. L'article 10 est remplacé par le texte suivant:

Article 10

a) La Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents est tenue d'informer les autres Parties Contractantes de la survenance et des circonstances d'un accident nucléaire dès qu'il apparaît que les dommages causés par cet accident dépassent ou risquent de dépasser le montant de 70 millions d'unités de compte. Les Parties Contractantes prennent sans délai toutes dispositions nécessaires pour régler les modalités de leurs rapports à ce sujet.

b) Seule la Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents peut demander aux autres Parties Contractantes l'allocation des fonds publics visés à l'article 3 b) iii) et f) et a compétence pour attribuer ces fonds.

c) Cette Partie Contractante exerce, le cas échéant, les recours visés à l'article 5 pour le compte des autres Parties Contractantes qui auraient alloué des fonds publics au titre de l'article 3 b) iii) et f).

d) Les transactions intervenues conformément aux conditions fixées par la législation nationale au sujet de la réparation des dommages effectuée au moyen des fonds publics visés à l'article 3 b) ii) et iii) seront reconnues par les autres Parties Contractantes, et les jugements prononcés par les tribunaux compétents au sujet d'une telle réparation deviendront exécutoires sur le territoire des autres Parties Contractantes conformément aux dispositions de l'article 13 d) de la Convention de Paris.

II

(a) Les dispositions du présent Protocole additionnel font partie intégrante de la Convention du 31 janvier 1963 complémentaire à la Convention de Paris du 29 juillet 1960 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire.

(b) Le présent Protocole additionnel sera ratifié ou confirmé. Les instruments de ratification du présent Protocole additionnel seront déposés auprès du Gouvernement belge; le cas échéant la confirmation du présent Protocole additionnel lui sera notifiée.

(c) Les Gouvernements Signataires du présent Protocole additionnel s'engagent à le ratifier ou à le confirmer en même temps qu'ils ratifieront la Convention du 31 janvier 1963. Au-

Beitritt zu diesem Übereinkommen wird nur mit dem Beitritt zu diesem Zusatzprotokoll wirksam.

(d) Die belgische Regierung teilt allen Unterzeichnern und den Regierungen, die dem Übereinkommen vom 31. Januar 1963 beigetreten sind, den Eingang der Ratifikationsurkunden und die Notifizierung der Bestätigungen mit.

(e) Bei der Feststellung der Zahl der Ratifizierungen, die auf Artikel 20 Absatz (c) des Übereinkommens vom 31. Januar 1963 für dessen Inkrafttreten vorgesehen sind, werden nur Unterzeichner berücksichtigt, die dieses Übereinkommen ratifiziert und dieses Zusatzprotokoll ratifiziert oder bestätigt haben.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Zusatzprotokoll gesetzt.

GESCHEHEN zu Paris am 28. Januar 1964, in deutscher, englischer, französischer, italienischer, niederländischer und spanischer Sprache, wobei die sechs Wortlaute gleichermaßen verbindlich sind, in einer Urschrift, die bei der belgischen Regierung hinterlegt wird; diese übermittelt allen Unterzeichner- und beitretenden Regierungen eine beglaubigte Abschrift.

will be accepted only if they are accompanied by accession to this Additional Protocol.

(d) The Belgian Government shall give notice to all Signatories, as also to the Governments which have acceded to the Convention of 31 January 1963, of the receipt of instruments of ratification and of notification of confirmations.

(e) In calculating the number of ratifications required in accordance with Article 20 (c) of the Convention of 31 January 1963 for the coming into force thereof, account will be taken only of those Signatories who have ratified this Convention and have ratified or confirmed this Additional Protocol.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries, duly empowered, have signed this Protocol.

DONE at Paris, this 28th day of January 1964, in the English, Dutch, French, German, Italian and Spanish languages, the six texts being equally authoritative, in a single copy which shall be deposited with the Belgian Government by whom certified copies shall be communicated to all the other Signatories and acceding Governments.

cune adhésion à cette Convention ne sera reçue si elle n'est pas accompagnée d'une adhésion au présent Protocole additionnel.

(d) Le Gouvernement belge donnera communication à tous les Signataires ainsi qu'aux Gouvernements ayant adhéré à la Convention du 31 janvier 1963 de la réception des instruments de ratification et de la notification des confirmations.

(e) Pour le calcul du nombre de ratifications prévues à l'article 20 c) de la Convention du 31 janvier 1963 pour son entrée en vigueur, il ne sera tenu compte que des Signataires qui auront ratifié cette Convention et ratifié ou confirmé le présent Protocole additionnel.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires soussignés, dûment habilités, ont apposé leurs signatures au bas du présent Protocole.

FAIT à Paris, le 28 janvier 1964, en français, en allemand, en anglais, en espagnol, en italien et en néerlandais, les six textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé auprès du Gouvernement belge que en communiquera une copie certifiée conforme à tous les autres Signataires et aux Gouvernements adhérents.

Übereinkommen
über die zivilrechtliche Haftung
bei der Beförderung von Kernmaterial auf See

Convention
relating to Civil Liability in the Field of Maritime Carriage
of Nuclear Material

Convention
relative à la responsabilité civile dans le domaine
du transport maritime de matières nucléaires

(Übersetzung)

The High Contracting Parties,

CONSIDERING that the Paris Convention of 29 July 1960 on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy and its Additional Protocol of 28 January 1964 (hereinafter referred to as "the Paris Convention") and the Vienna Convention of 21 May 1963 on Civil Liability for Nuclear Damage (hereinafter referred to as "the Vienna Convention") provide that, in the case of damage caused by a nuclear incident occurring in the course of maritime carriage of nuclear material covered by such Conventions, the operator of a nuclear installation is the person liable for such damage,

CONSIDERING that similar provisions exist in the national law in force in certain States,

CONSIDERING that the application of any preceding international Convention in the field of maritime transport is however maintained,

DESIROUS of ensuring that the operator of a nuclear installation will be exclusively liable for damage caused by a nuclear incident occurring in the course of maritime carriage of nuclear material,

HAVE AGREED as follows:

Article 1

Any person who by virtue of an international convention or national law applicable in the field of maritime transport might be held liable for damage caused by a nuclear incident shall be exonerated from such liability:

Les Hautes Parties Contractantes,

CONSIDÉRANT que la Convention de Paris sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire du 29 juillet 1960 et son Protocole Additionnel du 28 janvier 1964 (dénommée ci-après «Convention de Paris») et que la Convention de Vienne relative à la responsabilité civile en matière de dommages nucléaires du 21 mai 1963 (dénommée ci-après «Convention de Vienne»), prévoient qu'en cas de dommage causé par un accident nucléaire survenu au cours d'un transport maritime de matières nucléaires couvert par ces Conventions, l'exploitant d'une installation nucléaire est la personne responsable de ce dommage,

CONSIDÉRANT que des dispositions semblables existent dans les lois nationales en vigueur dans certains États,

CONSIDÉRANT que l'application de toute convention internationale antérieure dans le domaine du transport maritime est toutefois maintenue,

DÉSIREUSES de faire en sorte que l'exploitant d'une installation nucléaire soit responsable à l'exclusion de toute autre personne en cas de dommage causé par un accident nucléaire survenu au cours d'un transport maritime de matières nucléaires,

SONT CONVENUES de ce qui suit:

Article premier

Toute personne qui, en vertu d'une convention internationale ou d'une loi nationale applicables dans le domaine du transport maritime, est susceptible d'être rendue responsable d'un dommage causé par un accident nucléaire, est exonérée de sa responsabilité:

Die Hohen Vertragsparteien —

VON DER ERWAGUNG GELEITET, daß das Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die zivilrechtliche Haftung auf dem Gebiet der Kernenergie und sein Zusatzprotokoll vom 28. Januar 1964 (im folgenden als „Pariser Übereinkommen“ bezeichnet) sowie das Wiener Übereinkommen vom 21. Mai 1963 über die zivilrechtliche Haftung für nukleare Schäden (im folgenden als „Wiener Übereinkommen“ bezeichnet) vorsehen, daß bei Schäden, die während der Beförderung des unter die genannten Übereinkommen fallenden Kernmaterials auf See durch ein nukleares Ereignis verursacht werden, der Inhaber einer Kernenergieanlage für die Schäden haftet,

IN DER ERWAGUNG, daß in einigen Staaten ähnliche innerstaatliche Rechtsvorschriften in Kraft sind,

IN DER ERWAGUNG, daß alle früheren internationalen Übereinkünfte über die Beförderung auf See auch weiterhin Anwendung finden,

IN DEM WUNSCH, zu gewährleisten, daß für Schäden, die durch ein nukleares Ereignis während der Beförderung von Kernmaterial auf See verursacht werden, ausschließlich der Inhaber einer Kernenergieanlage haftet —

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Wer auf Grund einer für die Beförderung auf See geltenden internationalen Übereinkunft oder eines entsprechenden innerstaatlichen Gesetzes für einen Schaden haftbar gemacht werden kann, der durch ein nukleares Ereignis verursacht worden ist, wird von dieser Haftung befreit,

(a) if the operator of a nuclear installation is liable for such damage under either

(b) if the operator of a nuclear installation is liable for such damage by virtue of a national law governing the liability for such damage, provided that such law is in all respects as favourable to persons who may suffer damage as either the Paris or the Vienna Convention.

Article 2

1. The exoneration provided for in Article 1 shall also apply in respect of damage caused by a nuclear incident:

(a) to the nuclear installation itself or to any property on the site of that installation which is used or to be used in connexion with that installation, or

(b) to the means of transport upon which the nuclear material involved was at the time of the nuclear incident,

for which the operator of the nuclear installation is not liable because his liability for such damage has been excluded pursuant to the provisions of either the Paris or the Vienna Convention, or, in cases referred to in Article 1 (b), by equivalent provisions of the national law referred to therein.

2. The provisions of paragraph 1 shall not, however, affect the liability of any individual who has caused the damage by an act or omission done with intent to cause damage.

Article 3

No provision of the present Convention shall affect the liability of the operator of a nuclear ship in respect of damage caused by a nuclear incident involving the nuclear fuel or radioactive products or waste produced in such ship.

Article 4

The present Convention shall supersede any international Conventions in the field of maritime transport which, at the date on which the present Convention is opened for signature, are in force or open for signature, ratification or accession but only to the extent that such Conventions

a) si l'exploitant d'une installation nucléaire est responsable de ce dommage en vertu de l'une ou l'autre des Conventions de Paris ou de Vienne, ou

b) si l'exploitant d'une installation nucléaire est responsable de ce dommage en vertu d'une loi nationale relative à la responsabilité pour de tels dommages, à condition que cette loi soit à tous égards aussi favorable aux personnes pouvant subir des dommages que l'une ou l'autre des Conventions de Paris ou de Vienne.

Article 2

1. L'exonération prévue à l'article premier s'applique aussi en ce qui concerne un dommage causé par un accident nucléaire:

a) à l'installation nucléaire elle-même ou aux biens qui se trouvent sur le site de cette installation et qui sont ou doivent être utilisés en rapport avec elle,

b) au moyen de transport sur lequel les matières nucléaires en cause se trouvaient au moment de l'accident nucléaire,

dont l'exploitant de l'installation nucléaire n'est pas responsable du fait que sa responsabilité pour ce dommage a été exclue conformément aux dispositions de l'une ou l'autre des Conventions de Paris ou de Vienne, ou, dans les cas visés à l'article premier, alinéa b), par des dispositions équivalentes de la loi nationale susmentionnée.

2. Toutefois, les dispositions du paragraphe 1 n'affectent pas la responsabilité de toute personne physique qui a causé le dommage par un acte ou une omission procédant de l'intention de causer un dommage.

Article 3

Aucune disposition de la présente Convention n'affecte la responsabilité de l'exploitant d'un navire nucléaire pour un dommage causé par un accident nucléaire dans lequel sont impliqués le combustible nucléaire ou les produits ou déchets radioactifs de ce navire.

Article 4

La présente Convention l'emporte sur les Conventions internationales dans le domaine des transports maritimes qui, à la date à laquelle la présente Convention est ouverte à la signature, sont en vigueur ou ouvertes à la signature, à la ratification ou à l'adhésion mais seulement dans

a) wenn der Inhaber einer Kernenergieanlage auf Grund des Pariser oder des Wiener Übereinkommens für den Schaden haftet oder

b) wenn der Inhaber einer Kernenergieanlage auf Grund eines innerstaatlichen Gesetzes über die Haftung für solche Schäden für den Schaden haftet, vorausgesetzt, daß dieses Gesetz für die Geschädigten in jeder Hinsicht ebenso günstig ist wie das Pariser oder das Wiener Übereinkommen.

Artikel 2

(1) Die in Artikel 1 vorgesehene Befreiung gilt auch für den durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden

a) an der Kernenergieanlage selbst oder an Sachen auf dem Gelände dieser Anlage, die in Verbindung mit der Anlage verwendet werden oder verwendet werden sollen, oder

b) an dem Beförderungsmittel, auf dem sich das betreffende Kernmaterial im Zeitpunkt des nuklearen Ereignisses befand,

für den der Inhaber der Kernenergieanlage nicht haftet, weil seine Haftung für einen solchen Schaden nach dem Pariser oder dem Wiener Übereinkommen oder — in den in Artikel 1 Buchstabe b bezeichneten Fällen — durch entsprechende Bestimmungen des darin erwähnten innerstaatlichen Gesetzes ausgeschlossen worden ist.

(2) Die Haftung einer natürlichen Person für einen Schaden, der die Folge einer in Schädigungsabsicht begangenen Handlung oder Unterlassung ist, wird jedoch von Absatz 1 nicht berührt.

Artikel 3

Die Haftung des Inhabers eines Reaktorschiffes für einen Schaden, der durch ein nukleares Ereignis verursacht worden ist, das auf Kernbrennstoffe dieses Schiffes oder auf dem Schiff erzeugte radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle zurückzuführen ist, wird durch dieses Übereinkommen nicht berührt.

Artikel 4

Dieses Übereinkommen geht allen internationalen Übereinkünften über die Beförderung auf See vor, die an dem Tag, an dem das vorliegende Übereinkommen zur Unterzeichnung aufgelegt wird, in Kraft sind oder zur Unterzeichnung, zur Ratifizierung oder zum Beitritt aufgelegt sind, so-

would be in conflict with it; however, nothing in this Article shall affect the obligations of the Contracting Parties to the present Convention to non-Contracting States arising under such international Conventions.

la mesure où ces Conventions seraient en conflit avec elle; toutefois, le présent article n'affecte pas les obligations qu'ont les Parties Contractantes à la présente Convention envers les États non-contractants du fait de ces Conventions internationales.

weit solche Übereinkünfte mit dem vorliegenden Übereinkommen im Widerspruch stehen; diese Bestimmung läßt jedoch die Verpflichtungen der Vertragsparteien des vorliegenden Übereinkommens gegenüber Nichtvertragsparteien auf Grund solcher internationaler Übereinkünfte unberührt.

Article 5

1. The present Convention shall be opened for signature in Brussels and shall remain open for signature in London at the Headquarters of the Inter-Governmental Maritime Consultative Organization (hereinafter referred to as "the Organization") until 31 December 1972 and shall thereafter remain open for accession.

2. States Members of the United Nations or any of the Specialized Agencies or of the International Atomic Energy Agency or Parties to the Statute of the International Court of Justice may become Parties to the present Convention by:

- (a) signature without reservation as to ratification, acceptance or approval;
- (b) signature subject to ratification, acceptance or approval followed by ratification, acceptance or approval; or
- (c) accession.

3. Ratification, acceptance, approval or accession shall be effected by the deposit of a formal instrument to that effect with the Secretary-General of the Organization.

Article 6

1. The present Convention shall enter into force on the ninetieth day following the date on which five States have either signed it without reservation as to ratification, acceptance or approval or have deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession with the Secretary-General of the Organization.

2. For any State which subsequently signs the present Convention without reservation as to ratification, acceptance or approval, or deposits its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, the Convention shall come into force on the ninetieth day after the date of such signature or deposit.

Article 7

1. The present Convention may be denounced by any Contracting Party

Article 5

1. La présente Convention est ouverte à la signature à Bruxelles et reste ouverte à la signature à Londres au siège de l'Organisation intergouvernementale consultative de la navigation maritime (dénommée ci-après «l'Organisation») jusqu'au 31 décembre 1972 et reste ensuite ouverte à l'adhésion.

2. Les États membres de l'Organisation des Nations Unies, de l'une quelconque de ses institutions spécialisées ou de l'Agence internationale de l'énergie atomique, ou Parties au Statut de la Cour internationale de Justice peuvent devenir parties à la présente Convention par:

- a) signature sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation;
- b) signature sous réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation, suivie de ratification, acceptation ou approbation; ou
- c) adhésion.

3. La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion s'effectuent par le dépôt d'un instrument en bonne et due forme auprès du Secrétaire général de l'Organisation.

Article 6

1. La présente Convention entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour après la date à laquelle cinq États, soit l'ont signée sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation, soit ont déposé un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion auprès du Secrétaire général de l'Organisation.

2. Pour tout État qui ultérieurement signe la présente Convention sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation ou dépose un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, la Convention entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour après la date de la signature ou du dépôt.

Article 7

1. La présente Convention peut être dénoncée par l'une quelconque des

Artikel 5

(1) Dieses Übereinkommen wird in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegt; es liegt in London am Sitz der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffahrts-Organisation (im folgenden als „Organisation“ bezeichnet) bis zum 31. Dezember 1972 zur Unterzeichnung und danach zum Beitritt auf.

(2) Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, einer ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation sowie Vertragsstaaten des Status des Internationalen Gerichtshofs können Vertragsparteien dieses Übereinkommens werden.

- a) indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen;
- b) indem sie es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen und später ratifizieren, annehmen oder genehmigen; oder
- c) indem sie ihm beitreten.

(3) Die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer entsprechenden förmlichen Urkunde beim Generalsekretär der Organisation.

Artikel 6

(1) Dieses Übereinkommen tritt am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem fünf Staaten es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet haben oder eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Organisation hinterlegt haben.

(2) Für jeden Staat, der dieses Übereinkommen später ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder seine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt, tritt das Übereinkommen am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt dieser Unterzeichnung oder Hinterlegung in Kraft.

Artikel 7

(1) Dieses Übereinkommen kann von jeder Vertragspartei jederzeit ge-

to it at any time after the date on which the Convention comes into force for that State.

2. Denunciation shall be effected by a notification in writing delivered to the Secretary-General of the Organization.

3. A denunciation shall take effect one year, or such longer period as may be specified in the notification, after its receipt by the Secretary-General of the Organization.

4. Notwithstanding a denunciation by a Contracting Party pursuant to this Article the provisions of the present Convention shall continue to apply to any damage caused by a nuclear incident occurring before the denunciation takes effect.

Article 8

1. The United Nations where it is the administering authority for a territory, or any Contracting Party to the present Convention responsible for the international relations of a territory, may at any time by notification in writing to the Secretary-General of the Organization declare that the present Convention shall extend to such territory.

2. The present Convention shall, from the date of receipt of the notification or from such other date as may be specified in the notification, extend to the territory named therein.

3. The United Nations, or any Contracting Party which had made a declaration under paragraph 1 of this Article may at any time after the date on which the Convention has been so extended to any territory declare by notification in writing to the Secretary-General of the Organization that the present Convention shall cease to extend to any such territory named in the notification.

4. The present Convention shall cease to extend to any territory mentioned in such notification one year, or such longer period as may be specified therein, after the date of receipt of the notification by the Secretary-General of the Organization.

Article 9

1. A Conference for the purpose of revising or amending the present Convention may be convened by the Organization.

Parties Contractantes à tout moment à compter de la date à laquelle la Convention sera entrée en vigueur à l'égard de cet État.

2. La dénonciation s'effectue par notification écrite adressée au Secrétaire général de l'Organisation.

3. La dénonciation prend effet un an après la date de réception de la notification par le Secrétaire général de l'Organisation ou à l'expiration de toute période plus longue qui pourrait être spécifiée dans cette notification.

4. Nonobstant une dénonciation effectuée par une Partie Contractante conformément au présent article, les dispositions de la présente Convention restent applicables pour tout dommage causé par un accident nucléaire survenu avant que cette dénonciation ne prenne effet.

Article 8

1. L'Organisation des Nations Unies, lorsqu'elle assume la responsabilité de l'administration d'un territoire, ou toute Partie Contractante à la présente Convention qui assume la responsabilité des relations internationales d'un territoire, peut, à tout moment, par notification écrite adressée au Secrétaire général de l'Organisation, faire connaître que cette extension a eu lieu.

2. L'application de la présente Convention est étendue au territoire désigné dans la notification à partir de la date de réception de celle-ci ou telle autre date qui y serait indiquée.

3. L'Organisation des Nations Unies, ou toute Partie Contractante ayant fait une déclaration en vertu du premier paragraphe du présent article, peut à tout moment, après la date à laquelle l'application de la Convention a été ainsi étendue à un territoire, faire connaître, par notification écrite adressée au Secrétaire général de l'Organisation que la présente Convention cesse de s'appliquer au territoire désigné dans la notification.

4. La présente Convention cesse de s'appliquer au territoire désigné dans la notification un an après la date de sa réception par le Secrétaire général de l'Organisation ou à l'expiration de toute autre période plus longue spécifiée dans la notification.

Article 9

1. L'Organisation peut convoquer une conférence ayant pour objet de réviser ou d'amender la présente Convention.

kündigt werden, nachdem es für den betreffenden Staat in Kraft getreten ist.

(2) Die Kündigung erfolgt durch eine an den Generalsekretär der Organisation zu richtende schriftliche Notifikation.

(3) Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär der Organisation oder nach Ablauf eines längeren, in der Notifikation bezeichneten Zeitabschnitts wirksam.

(4) Ungeachtet der Kündigung durch eine Vertragspartei gemäß diesem Artikel bleibt dieses Übereinkommen auf jeden Schaden anwendbar, der durch ein vor dem Wirksamwerden der Kündigung eingetretenes nukleares Ereignis verursacht worden ist.

Artikel 8

(1) Die Vereinten Nationen als Verwaltungsmacht eines Hoheitsgebiets oder eine Vertragspartei dieses Übereinkommens, die für die internationalen Beziehungen eines Hoheitsgebiets verantwortlich ist, können jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Organisation gerichtete schriftliche Notifikation erklären, daß sich das Übereinkommen auf das betreffende Hoheitsgebiet erstrecken soll.

(2) Dieses Übereinkommen wird vom Tag des Eingangs der Notifikation oder von einem anderen in der Notifikation bezeichneten Zeitpunkt an auf das darin genannte Hoheitsgebiet erstreckt.

(3) Die Vereinten Nationen oder eine Vertragspartei, die eine Erklärung gemäß Absatz 1 abgegeben haben, können jederzeit nach dem Zeitpunkt, zu dem dieses Übereinkommen auf ein Hoheitsgebiet erstreckt worden ist, durch eine an den Generalsekretär der Organisation gerichtete schriftliche Notifikation erklären, daß sich das Übereinkommen nicht mehr auf das in der Notifikation genannte Hoheitsgebiet erstrecken soll.

(4) Dieses Übereinkommen tritt für das in einer solchen Notifikation genannte Hoheitsgebiet ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär der Organisation oder nach Ablauf eines längeren, in der Notifikation bezeichneten Zeitabschnitts außer Kraft.

Artikel 9

(1) Die Organisation kann eine Konferenz zur Revision oder Änderung dieses Übereinkommens einberufen.

2. The Organization shall convene a Conference of the Contracting Parties to the present Convention for revising or amending it at the request of not less than one-third of the Contracting Parties.

2. L'Organisation convoque une conférence des Parties Contractantes à la présente Convention ayant pour objet de la réviser ou de l'amender à la demande du tiers au moins des Parties Contractantes.

(2) Die Organisation beruft eine Konferenz der Vertragsparteien dieses Übereinkommens zu seiner Revision oder Änderung ein, wenn mindestens ein Drittel der Vertragsparteien dies beantragt.

Article 10

A Contracting Party may make reservations corresponding to those which it has validly made to the Paris or Vienna Convention. A reservation may be made at the time of signature, ratification, acceptance, approval or accession.

Une Partie Contractante pourra formuler des réserves correspondant à celles qu'elle aura valablement formulées à la Convention de Paris ou à la Convention de Vienne. Les réserves pourront être faites au moment de la signature, de la ratification, de l'acceptation, de l'approbation ou de l'adhésion.

Eine Vertragspartei kann diejenigen Vorbehalte einlegen, die den von ihr gegenüber dem Pariser oder dem Wiener Übereinkommen rechtsgültig eingelegten Vorbehalten entsprechen. Vorbehalte können bei der Unterzeichnung, der Ratifikation, der Annahme, der Genehmigung oder dem Beitritt eingelegt werden.

Article 11

1. The present Convention shall be deposited with the Secretary-General of the Organization.

2. The Secretary-General of the Organization shall:

(a) inform all States which have signed or acceded to the present Convention of:

(i) each new signature and each deposit of an instrument together with the date thereof;

(ii) any reservation made in conformity with the present Convention;

(iii) the date of entry into force of the present Convention;

(iv) any denunciation of the present Convention and the date on which it takes effect;

(v) the extension of the present Convention to any territory under paragraph 1 of Article 8 and of the termination of any such extension under the provisions of paragraph 4 of that Article stating in each case the date on which the present Convention has been or will cease to be so extended;

(b) transmit certified true copies of the present Convention to all Signatory States and to all States which have acceded to the present Convention.

3. As soon as the present Convention comes into force, a certified true copy thereof shall be transmitted by the Secretary-General of the Organization to the Secretariat of the United Nations for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

Article 11

1. La présente Convention sera déposée auprès du Secrétaire général de l'Organisation.

2. Le Secrétaire général de l'Organisation

a) informe tous les États qui ont signé la Convention ou y ont adhéré:

i) de toute signature nouvelle et de tout dépôt d'instrument et de la date à laquelle cette signature ou ce dépôt sont intervenus,

ii) des réserves faites conformément à la présente Convention,

iii) de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention,

iv) de toute dénonciation de la présente Convention et de la date à laquelle celle-ci prend effet,

v) de l'extension à tout territoire de la présente Convention en vertu du paragraphe 1 de l'article 8 et de la cessation de toute extension susdite en vertu du paragraphe 4 du même article, en indiquant dans chaque cas la date à laquelle l'extension de la présente Convention a pris ou prendra fin,

b) transmet des copies certifiées conformes de la présente Convention à tous les États signataires de cette Convention et à tous les États qui y ont adhéré.

3. Dès l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Secrétaire général de l'Organisation en transmet une copie certifiée conforme au Secréariat des Nations Unies en vue de son enregistrement et de sa publication conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

Artikel 11

(1) Dieses Übereinkommen wird beim Generalsekretär der Organisation hinterlegt.

(2) Der Generalsekretär der Organisation

a) unterrichtet alle Staaten, die dieses Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind,

i) von jeder neuen Unterzeichnung und jeder Hinterlegung einer Urkunde sowie von dem entsprechenden Zeitpunkt;

ii) von jedem nach diesem Übereinkommen eingelegten Vorbehalt;

iii) vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens;

iv) von jeder Kündigung dieses Übereinkommens und von dem Zeitpunkt, zu dem sie wirksam wird;

v) von der Erstreckung dieses Übereinkommens auf ein Hoheitsgebiet nach Artikel 8 Absatz 1 und von der Beendigung einer solchen Erstreckung nach Absatz 4 jenes Artikels; dabei gibt er in jedem Fall den Zeitpunkt an, zu dem die Erstreckung dieses Übereinkommens beginnt oder endet;

b) übermittelt allen Unterzeichnerstaaten dieses Übereinkommens und allen Staaten, die ihm beigetreten sind, beglaubigte Abschriften des Übereinkommens.

(3) Sobald dieses Übereinkommen in Kraft tritt, übermittelt der Generalsekretär der Organisation dem Sekretariat der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift desselben zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

Article 12

The present Convention is established in a single original in the English and French languages, both texts being equally authentic. Official translations in the Russian and Spanish languages shall be prepared by the Secretariat of the Organization and deposited with the signed original.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned being duly authorized by their respective Governments for that purpose have signed the present Convention.

DONE at Brussels this seventeenth day of December 1971.

Article 12

La présente Convention est établie en un seul exemplaire en langues française et anglaise, les deux textes faisant également foi. Il en est établi des traductions officielles en langues russe et espagnole qui sont préparées par le Secrétariat de l'Organisation et déposées avec l'exemplaire original revêtu des signatures.

EN FOI DE QUOI les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements, ont signé la présente Convention.

FAIT à Bruxelles le dix-sept décembre 1971.

Artikel 12

Dieses Übereinkommen wird in einer Urschrift in englischer und französischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Amtliche Übersetzungen in die russische und die spanische Sprache werden vom Sekretariat der Organisation gefertigt und mit der unterzeichneten Urschrift hinterlegt.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Brüssel am 17. Dezember 1971.

Denkschrift zum Pariser Übereinkommen in der Fassung des Zusatzprotokolls

Das „Übereinkommen über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie“, das sog. Pariser Übereinkommen, wurde am 29. Juli 1960 in Paris zur Unterzeichnung aufgelegt und am gleichen Tag in Paris von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet.

Das Übereinkommen wurde durch ein Zusatzprotokoll, das am 28. Januar 1964 in Paris zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, in einigen Punkten abgeändert. Zweck dieser Änderungen war es, das Pariser Übereinkommen dem am 21. Mai 1963 in Wien von einer diplomatischen Konferenz beschlossenen und zur Unterzeichnung aufgelegten weltweiten „Wiener Übereinkommen über die zivilrechtliche Haftung für nukleare Schäden“ inhaltlich anzupassen. Damit sollte es den Staaten, die zugleich Unterzeichnerstaaten des Pariser Übereinkommens waren, ermöglicht werden, in Übereinstimmung mit Artikel XVII des Wiener Übereinkommens sowohl das Pariser wie auch das Wiener Übereinkommen anzunehmen. Die Bundesrepublik Deutschland hat das Zusatzprotokoll zum Pariser Übereinkommen am 28. Januar 1964 in Paris unterzeichnet.

Das Pariser Übereinkommen nebst seinem Zusatzprotokoll trat am 1. April 1968 in Kraft, nachdem die in Artikel 19 Abs. b des Übereinkommens festgelegten Voraussetzungen erfüllt waren. Zur Zeit haben folgende Staaten das Übereinkommen durch Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden oder Beitrittserklärung angenommen: Belgien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Norwegen, Schweden, Spanien und die Türkei.

A. Allgemeines zum Vertragsinhalt

Das Pariser Übereinkommen in der Fassung des Zusatzprotokolls umfaßt eine Präambel und vierundzwanzig Artikel. In einem Anhang I sind fünf Vorbehalte von Unterzeichnerstaaten zu einzelnen Artikeln des Übereinkommens enthalten; die Bundesrepublik Deutschland hat vier dieser Vorbehalte mit unterzeichnet. Anhang II zum Übereinkommen stellt fest, daß durch den Vertrag etwa bestehende völkerrechtliche Rückgriffsrechte wegen eines Schadens, der im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates durch ein im Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaates eintretendes nukleares Ereignis verursacht worden ist, nicht ausgeschlossen werden. Das Übereinkommen hat im wesentlichen folgende Zielsetzungen:

— die friedliche Verwendung der Kernenergie enthält Gefahren, die nach Art und Ausmaß von dem abweichen, was von sonstigen technischen Entwicklungen bekannt ist. Trotz der bemerkenswert erfolgreichen Sicherheitsvorkehrungen und der sich daraus ergebenden statistisch geringen Wahrscheinlichkeit von Schadensfällen kann das verbleibende Restrisiko nicht unberachtet bleiben;

- die Besonderheiten der Kernenergienutzung erfordern ein spezielles System der Haftung für Schäden. Das in den Vertragsstaaten vorhandene allgemeine Haftungsrecht vermag weder einen umfassenden Schutz möglicher Opfer von nuklearen Ereignissen zu gewährleisten, noch kann es die im volkswirtschaftlichen Interesse aller Vertragsstaaten liegende notwendige Förderung der Kernenergieentwicklung unterstützen;
- die schädlichen Auswirkungen von nuklearen Ereignissen machen nicht an politischen oder geographischen Grenzen halt. Insbesondere im engen und dichtbesiedelten westeuropäischen Raum ist deshalb ein international einheitliches Haftungssystem Voraussetzung für einen wirkamen Schutz der Einwohner;
- die enge internationale Verflechtung der Atomwirtschaft erfordert ein möglichst großräumiges grenzüberschreitendes Haftungssystem. Dadurch werden nicht nur die internationalen Beziehungen der Atomwirtschaft erleichtert und mögliche Wettbewerbsnachteile ausgeschlossen, sondern es wird auch die Bildung und Fortentwicklung eines leistungsfähigen internationalen Versicherungsmarktes für Kernenergie Risiken gefördert;
- ein international vereinheitlichtes Atomhaftungsrecht unterstützt die Bemühungen um die Vereinheitlichung und die Verbesserung des internationalen präventiven Sicherheitsrechts insbesondere im Bereich des Strahlenschutzes und der Genehmigung und Überwachung von Kernanlagen;
- schließlich bietet ein international vereinheitlichtes Haftungssystem Anregungen und Anstöße für eine Verbesserung und Fortschreibung von ergänzenden Atomhaftungsvorschriften auf nationaler Ebene.

In der Präambel sind die Hauptmotive, die dem Übereinkommen und seinen Einzelbestimmungen zugrunde liegen, wie folgt umrissen:

Nachdem in Absatz 1 die sechzehn Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens aufgeführt sind, stellt Absatz 2 fest, daß die im Rahmen der Organisation für Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit errichtete Europäische Kernenergie-Agentur (heute: Kernenergie-Agentur der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) damit betraut ist, die Ausarbeitung und gegenseitige Abstimmung von Rechtsvorschriften in den Teilnehmerstaaten auf dem Gebiet der Kernenergie, insbesondere im Hinblick auf die Haftpflicht und die Versicherung gegen nukleare Risiken, zu fördern.

Absatz 3 gibt dem Wunsch Ausdruck, einerseits eine angemessene und gerechte Entschädigung für etwaige Opfer von nuklearen Ereignissen zu gewährleisten und andererseits sicherzustellen, daß die Entwicklung der Kernenergienutzung zu friedlichen Zwecken nicht unverhältnismäßig behindert wird.

In Absatz 4 wird abschließend die Überzeugung geäußert, daß es erforderlich ist, die in den verschiedenen Staaten geltenden Haftungsgrundsätze zu vereinheitlichen und gleichzeitig aber auch den Staaten die Möglichkeit zu belassen, im nationalen Bereich für angemessen erachtete zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen und die Bestimmungen des Übereinkommens auch auf solche durch ionisierende Strahlung verursachte Schäden anzuwenden, die nicht von dem Übereinkommen erfaßt werden.

B. Zu den einzelnen Artikeln des Übereinkommens

Zu Artikel 1

Artikel 1 enthält in Absatz a die Bestimmung der in dem Übereinkommen verwendeten Begriffe. Im einzelnen werden die Begriffe „nukleares Ereignis“, „Kernanlage“, „Kernbrennstoffe“, „radioaktive Ereignisse und Abfälle“, „Kernmaterialien“ und „Inhaber einer Kernanlage“ definiert. Im Mittelpunkt stehen dabei die Begriffe „nukleares Ereignis“ und „Kernanlage“, da die Haftung gemäß dem Übereinkommen regelmäßig an ein nukleares Ereignis, das von einer Kernanlage ausgeht, anknüpft. Der im Unterabsatz ii aufgeführte Katalog von Anlagen, die zu den Kernanlagen zählen, kann durch den Direktionsausschuß der Kernenergie-Agentur um sonstige Anlagen, in denen sich Kernbrennstoffe oder radioaktive Ereignisse oder Abfälle befinden, erweitert werden. Dem Direktionsausschuß ist damit das Recht eingeräumt worden, den Anwendungsbereich des Übereinkommens inhaltlich auszuweiten. In gleicher Weise kann der Direktionsausschuß sonstiges spaltbares Material, das nicht in der Begriffsbestimmung der „Kernbrennstoffe“ im Unterabsatz iii aufgeführt ist, zu Kernbrennstoffen im Sinne des Übereinkommens erklären.

Artikel 1 Abs. b ermächtigt den Direktionsausschuß, Kernanlagen, Kernbrennstoffe und Kernmaterialien von der Anwendung des Übereinkommens auszuschließen, wenn er dies wegen des geringen Ausmaßes der damit verbundenen Gefahren für gerechtfertigt hält. Diese Bestimmung hat Bedeutung insbesondere für kleinere Forschungseinrichtungen und für den Umgang mit geringen Mengen von Kernbrennstoffen und Kernmaterialien etwa zu Forschungszwecken. Es wäre eine vom tatsächlichen Risiko her nicht gebotene und damit unangemessene Belastung der Kernenergieentwicklung, wenn auch in diesen Fällen das aufwendige Haftungssystem des Übereinkommens Anwendung fände.

Zu Artikel 2

Artikel 2 legt den räumlichen Anwendungsbereich des Übereinkommens fest. Danach ist das Übereinkommen — vorbehaltlich der Bestimmung des Artikels 6 Abs. e weder auf nukleare Ereignisse, die im Hoheitsgebiet von Nichtvertragsstaaten eintreten, noch auf dort erlittenen Schaden anzuwenden. Die nationale Gesetzgebung der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, kann eine von dieser Bestimmung abweichende Regelung treffen.

Zu Artikel 3

In Artikel 3 ist der das Übereinkommen beherrschende Grundsatz der absoluten Haftung des Inhabers einer Kernanlage festgelegt. Das bedeutet, der Inhaber einer Kernanlage ist für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden haftpflichtig, auch ohne daß ihm ein Verschulden an der Schadensverursachung nachgewiesen werden muß. Mit diesem Grundsatz der absoluten Haftung, der im übrigen der Gefährdungshaftung des deutschen Rechts entspricht, hat das Übereinkommen ein Haftungsprinzip übernommen, das heute in aller Welt als das einzige dem Risiko der Kernenergienutzung angemessene betrachtet wird.

Gemäß Absatz a haftet der Inhaber einer Kernanlage sowohl für Schäden an Leben und Gesundheit von Menschen als auch für Schaden oder Verlust von Vermögenswerten, wenn bewiesen wird, daß dieser Schaden durch ein nukleares Ereignis verursacht worden ist, das entweder auf Kernbrennstoffe oder auf radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle, die sich in der Kernanlage befinden, oder auf Kernmaterialien zurückzuführen ist, die — vorbehaltlich des Artikels 4 des Übereinkommens — aus der Kernanlage stammen. Die Haftung für Schäden an Vermögenswerten ist dann ausgeschlossen, wenn der Schaden die Kernanlage selbst oder Vermögenswerte auf deren Gelände, die im Zusammenhang mit der Anlage verwendet werden oder verwendet werden sollen, getroffen hat. In gleicher Weise entfällt bei Beförderungsvorgängen eine Haftung für Schäden an dem Beförderungsmittel, auf dem sich die betreffenden Kernmaterialien zur Zeit des nuklearen Ereignisses befunden haben.

Absatz b Satz 1 schafft eine Beweiserleichterung für die Fälle, in denen ein Schaden oder ein Verlust gemeinsam durch ein nukleares und ein nicht-nukleares Ereignis verursacht worden ist. Das Übereinkommen sieht hier den gesamten Schaden als durch das nukleare Ereignis verursacht an, wenn sich die durch das nukleare und das nichtnukleare Ereignis verursachten Schadensanteile nicht hinreichend sicher voneinander trennen lassen. Ist der Schaden gemeinsam durch ein nukleares Ereignis und durch eine nicht unter das Übereinkommen fallende ionisierende Strahlung verursacht worden, so bleibt nach Absatz b Satz 2 die Haftung von Personen hinsichtlich dieser sonstigen ionisierenden Strahlung auf Grund anderer Rechtsgrundlagen unberührt.

Absatz c erlaubt es den Vertragspartnern, durch ihre Gesetzgebung zu bestimmen, daß sich die Haftung des Inhabers einer in ihrem Hoheitsgebiet gelegene Kernanlage auch auf den Schaden erstreckt, der von einer ionisierenden Strahlung aus einer nicht in Absatz a erwähnten Strahlenquelle in der betreffenden Kernanlage herrührt.

Zu Artikel 4

Artikel 4 regelt die Haftung für Schäden, die durch Kernmaterialien im Verlauf von Beförderungen entstehen. Dabei geht das Übereinkommen von dem Grundsatz aus, daß auch für Beförderungsvorgänge

ebenso wie bei der Haftung für Schäden durch Kernanlagen stets der Inhaber einer Kernanlage als alleiniger Haftpflichtiger anzusehen ist. Die bei Transporten oft schwierige Frage, wer für eine bestimmte Schadensverursachung zu haften hat, wird durch diese Bestimmung in eindeutiger und klarer Weise beantwortet. Die Haftung wird gemäß den Absätzen a und b jeweils entweder dem die Stoffe absendenden oder dem die Stoffe empfangenden Inhaber einer Kernanlage zugeordnet. Für die Lückenlosigkeit dieses Systems spielt dabei die umfassende und weitreichende Begriffsbestimmung der Begriffe „Kernanlage“ und „Kernmaterialien“ in Artikel 1 des Übereinkommens eine entscheidende Rolle.

Gemäß Absatz a haftet der Inhaber einer Kernanlage für Schäden durch Kernmaterialien, die von seiner Anlage aus befördert werden, dann, wenn das Ereignis eintritt:

- bevor ein anderer Inhaber die Haftung auf Grund eines schriftlichen Vertrages ausdrücklich übernommen hat;
- bei Fehlen eines solchen Vertrags, bevor ein anderer Inhaber die Kernmaterialien übernommen hat;
- sofern die Kernmaterialien für einen Reaktor, der Teil eines Beförderungsmittels ist, bestimmt sind, bevor sie der zum Betrieb dieses Reaktors ordnungsgemäß Befugte übernommen hat;
- sofern die Kernmaterialien für einen Empfänger im Hoheitsgebiet eines Nichtvertragsstaates bestimmt sind, bevor sie aus dem Beförderungsmittel, mit dem sie im Hoheitsgebiet dieses Nichtvertragsstaates angekommen sind, ausgeladen worden sind.

Absatz b bestimmt spiegelbildlich gleich zu Absatz a den Zeitpunkt des Haftungsübergangs für die Fälle, in denen Kernmaterialien zu einer Kernanlage hin befördert werden. Die Tatbestände des Haftungsbeginns sind die folgenden: Haftungsübernahme durch schriftlichen Vertrag; Übernahme der Kernmaterialien durch einen anderen Inhaber einer Kernanlage oder eines Reaktors, der Teil eines Beförderungsmittels ist; bei Beförderungen aus einem Nichtvertragsstaat der Augenblick der Verladung auf das Beförderungsmittel, mit dem die Kernmaterialien aus dem Hoheitsgebiet des Nichtvertragsstaates befördert werden sollen, sofern die Stoffe mit schriftlicher Zustimmung des Inhabers der Kernanlage versandt worden sind.

Absatz c schreibt vor, daß der haftpflichtige Inhaber der Kernanlage den Beförderer mit einer Bescheinigung über die vorhandene finanzielle Sicherheit (Deckungsvorsorge) zu versehen hat. Die Anforderungen an diese Bescheinigung werden in dem Absatz im einzelnen festgelegt.

Gemäß Absatz d kann durch die nationale Gesetzgebung einer Vertragspartei bestimmt werden, daß ein Beförderer an Stelle des Inhabers einer im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei gelegenen Kernanlage für Schäden während des Transportvorgangs haftet. Diese Haftungsübernahme bedarf eines Antrags des Beförderers, der Zustimmung des Inhabers

der Kernanlage und einer Entscheidung der zuständigen nationalen Behörde. Die Erfordernisse des Artikels 10 a über die finanzielle Sicherheit müssen erfüllt sein. Mit der ordnungsgemäßen Haftungsübernahme gilt der Beförderer als Inhaber einer Kernanlage im Sinne des Übereinkommens.

Zu Artikel 5

In Artikel 5 wird bestimmt, wer haftet, wenn bei der Schadensverursachung eine Mehrheit von Kernanlagen beteiligt ist.

Gemäß Absatz a wird die Haftung derjenigen Inhaber einer Kernanlage ausgeschlossen, in der sich die mit dem nuklearen Ereignis im Zusammenhang stehenden Kernbrennstoffe oder radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle zu einem früheren Zeitpunkt befunden haben. Haftpflichtig ist hier nur der Inhaber, in dessen Kernanlage sich die Stoffe zur Zeit der Schadensverursachung befunden haben. Die Haftung des Inhabers der Kernanlage entfällt jedoch dann, wenn die Stoffe in seiner Anlage nur in Verbindung mit ihrer Beförderung gelagert werden (Absatz b). Befinden sich Kernbrennstoffe, radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle zur Zeit der Schadensverursachung nicht in einer Kernanlage, so haftet nach Absatz c der Inhaber, in dessen Anlage sie sich zuletzt vor dem Schadenseintritt befunden haben oder der Inhaber, der sie in der Folgezeit übernommen hat.

Mehrere nach dem Übereinkommen haftende Inhaber können gemäß Absatz d gemeinsam und einzeln nebeneinander für den gesamten Schaden in Anspruch genommen werden. Die Haftung ist demnach kumulativ, d. h. die in diesen Fällen zur Verfügung stehende Gesamtschadensersatzsumme ist gleich dem Betrag, der sich aus der Zusammenzählung der für die einzelnen Inhaber geltenden Höchstbeträge ergibt. Dieser Grundsatz gilt nicht, wenn es sich um Schäden im Zusammenhang mit der Beförderung von Kernmaterialien auf ein und demselben Beförderungsmittel oder im Zusammenhang mit einer Lagerung in ein und derselben Kernanlage handelt. Im übrigen ist die Haftung jedes einzelnen Inhabers auf den für ihn gemäß Artikel 7 geltenden Höchstbetrag begrenzt.

Zu Artikel 6

Artikel 6 enthält den haftungsrechtlichen Grundgedanken des Übereinkommens. In ihm wird die ausschließliche und alleinige Haftung des Inhabers einer Kernanlage für durch ein nukleares Ereignis verursachte Schäden festgelegt. Während Absatz a bestimmt, daß ein Schadensersatzanspruch nur gegen den nach diesem Übereinkommen haftenden Inhaber einer Kernanlage geltend gemacht werden kann, ergänzt Absatz b diesen Grundsatz durch die Regelung, daß niemand sonst für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden haftet. Rechtsgrundlage für einen nuklearen Schadensersatzanspruch ist somit allein das Übereinkommen, Anspruchsgegner ist stets und ausschließlich der Inhaber. Alle sonstigen möglichen Ersatzansprüche werden ausgeschlossen.

Mit dieser Kanalisierung der Haftpflichtansprüche allein auf den Inhaber (Prinzip der sog. „rechtlichen Kanalisierung“ der Haftung) betritt das Übereinkommen haftungsrechtliches Neuland, das durch seine Klarheit und Eindeutigkeit einerseits das Haftungsrisiko für den Schädiger überschaubar machen und andererseits zusammen mit dem Grundsatz der Gefährdungshaftung (Artikel 3) die Geltungsmachung und Durchsetzung von Ersatzansprüchen erleichtern soll.

Das Übereinkommen verwirklicht den Grundsatz der rechtlichen Kanalisierung indessen nicht lückenlos. Artikel 6 sieht eine Reihe von Einschränkungen vor.

Statt des Inhabers kann auch, sofern das innerstaatliche Recht dies vorsieht, der Versicherer oder der sonstige Deckungsgeber in Anspruch genommen werden (Absatz a, 2. Satzhälfte). Die Anwendung internationaler Beförderungsabkommen, die am Tage dieses Übereinkommens in Kraft sind, für die Unterzeichnung, die Ratifizierung oder den Beitritt aufliegen, bleibt unberührt (Absatz b 2. Satzhälfte).

Das Übereinkommen berührt ferner nicht die Haftung der mit Schädigungsabsicht handelnden natürlichen Person in bezug auf Schäden, für die der Inhaber gemäß Artikel 3 Abs. a Unterabs. ii Nr. 1 und 2 oder Artikel 9 nicht haftet. Der Inhaber haftet auf Grund anderer Rechtsvorschriften als dem Übereinkommen nur für Schäden am Beförderungsmittel, die gem. Artikel 3 Abs. a Unterabs. ii Nr. 1 und 2 von der Haftung nach dem Übereinkommen ausgenommen sind, wenn von dem Recht des Artikels 7 Abs. c nicht Gebrauch gemacht wurde und wenn das innerstaatliche Recht spezielle Vorschriften über die Haftung für Schäden an Beförderungsmitteln vorsieht (Absatz c).

Absatz d sieht einen Forderungsübergang zugunsten desjenigen vor, der auf Grund eines der in Absatz b genannten internationalen Übereinkommen oder auf Grund der Gesetzgebung eines Nichtvertragsstaates an Stelle des Inhabers der Kernanlage Schadensersatz an Geschädigte geleistet hat. In gleicher Weise bestimmt Absatz e den Übergang der Ersatzansprüche des Geschädigten, die dieser bei Fehlen des Artikels 2 gehabt hätte, wenn ein anderer an Stelle des Inhabers Schadensersatz geleistet hat; Voraussetzung für den Forderungsübergang ist, daß derjenige, der Ersatz geleistet hat, seine geschäftliche Hauptniederlassung im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei hat.

Gemäß Absatz f hat der Inhaber einer Kernanlage nur in zwei Fällen ein Rückgriffsrecht:

- gegen die natürliche Person, die das zum Schaden führende nukleare Ereignis mit Schädigungsabsicht herbeigeführt hat;
- wenn und soweit der Rückgriff ausdrücklich durch Vertrag vereinbart worden ist.

Das Bestehen eines Rückgriffsrechts nach Absatz f gegen einen anderen schließt für diesen den Forderungsübergang nach den Absätzen d und e aus (Absatz g).

Soweit das innerstaatliche Sozialversicherungsrecht Leistungen für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden vorsieht, bestimmen sich die Rechte der Leistungsempfänger und die Rückgriffsrechte gegen den Inhaber einer Kernanlage gemäß Absatz h nach dem innerstaatlichen Recht. Nur insoweit bleibt also das innerstaatliche Sozialversicherungsrecht unberührt. Für die Rückgriffsrechte bedeutet dies, daß der Sozialversicherungsträger nach innerstaatlichem Recht nur einen Rückgriffsanspruch gegen den Inhaber der Kernanlage geltend machen kann, nicht aber gemäß § 640 der Reichsversicherungsordnung gegen einen Arbeitskollegen des Geschädigten, der den Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Das Prinzip der rechtlichen Kanalisierung gilt also auch für die Rückgriffsansprüche der nationalen Sozialversicherungsträger.

Zu Artikel 7

In Artikel 7 werden die Haftungshöchstsummen gemäß dem Übereinkommen festgelegt. Nach Absatz a darf die gesamte Entschädigung, die für einen Schaden zu leisten ist, den in diesem Artikel genannten Betrag nicht übersteigen.

Der Haftungshöchstbetrag gemäß Absatz b beträgt 15 Millionen Rechnungseinheiten des Europäischen Währungsabkommens, wie sie am Tage des Übereinkommens festgesetzt wurden. Die nationale Gesetzgebung kann diesen Betrag erhöhen, wenn eine Deckungsvorsorge oder sonstige finanzielle Sicherheit vorhanden ist. Eine Verringerung des Betrages ist nur bis zu 5 Millionen Rechnungseinheiten zulässig.

Absatz c erlaubt es den Vertragsparteien, den Haftungsausschluß für Schäden am Beförderungsmittel gemäß Artikel 3 Abs. a Unterabs. ii Nr. 2 nicht anzuwenden, sofern dadurch nicht der für andere Schäden zur Verfügung stehende Haftungshöchstbetrag auf einen Betrag unter 5 Millionen Rechnungseinheiten vermindert wird. Absatz d stellt klar, daß der Haftungshöchstbetrag für den Inhaber gilt, wo immer das nukleare Ereignis eintritt.

Bei der Durchfuhr von Kernmaterialien kann gemäß Absatz e die Vertragspartei verlangen, daß der Haftungshöchstbetrag des ausländischen Inhabers entsprechend den Risiken des Transports bis zu einem Betrag erhöht wird, der die Haftpflichtsumme für den eigenen Anlageinhaber nicht übersteigen darf. Absatz f sieht Ausnahmen von diesem Grundsatz vor für die Fälle des Nothafenrechts, der friedlichen Durchfahrt von Seeschiffen und des vertraglich vereinbarten Überfliegens und Landens.

Gerichtlich zuerkannte Zinsen und Kosten gelten gemäß Absatz g nicht als Schadensersatz und sind über die Haftungshöchstsumme hinaus von dem haftenden Inhaber zu zahlen.

Zu Artikel 8

Artikel 8 enthält Bestimmungen über die zeitliche Anspruchsbefristung. Das Übereinkommen sieht eine von Amts wegen zu berücksichtigende Ausschußfrist von zehn Jahren nach dem nuklearen

Ereignis vor. Diese Frist kann durch die nationale Gesetzgebung verlängert werden, wenn Maßnahmen für eine finanzielle Sicherheit während des gesamten Zeitraumes getroffen sind. Ansprüche, die innerhalb von zehn Jahren wegen Tötung oder Körperverletzung erhoben werden, sind jedoch in jedem Fall vorrangig vor solchen Ansprüchen, die später geltend gemacht werden (Absatz a).

Wird ein Schaden durch Kernbrennstoffe, radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle verursacht, die zur Zeit des Ereignisses gestohlen, verloren, über Bord geworfen waren oder deren Besitz aufgegeben war, so ist die Ausschlußfrist vom nuklearen Ereignis an zu rechnen und darf höchstens zwanzig Jahre von der Zeit des Diebstahls, des Verlustes, des Überbordwerfens und der Besitzaufgabe betragen (Absatz b).

Absatz c gestattet es den Vertragsstaaten, für das Erlöschen des Anspruchs oder für die Verjährung eine Frist von mindestens zwei Jahren von dem Zeitpunkt an festzusetzen, von dem an der Geschädigte von dem Schaden und dem Haftpflichtigen Kenntnis hatte oder hätte haben müssen.

Absatz d sieht Sonderregelungen vor, um den Geschädigten vor einem Erlöschen seiner Ansprüche in den Fällen zu schützen, in denen ein Streit um das zuständige Gericht zwischen den betroffenen Vertragsparteien entstanden ist (Artikel 13 Abs. c Unterabs. 11 und Artikel 17).

Absatz e räumt dem Geschädigten vorbehaltlich der Regelungen des innerstaatlichen Rechts das Recht ein, nach Rechtshängigkeit seines Anspruches bis zum Erlaß eines endgültigen Urteils Ansprüche wegen einer Vergrößerung seines Schadens auch nach Ablauf der Ausschluß- oder Verjährungsfristen geltend zu machen.

Zu Artikel 9

Artikel 9 sieht einen Haftungsausschluß für die Fälle vor, in denen der Schaden auf ein nukleares Ereignis zurückzuführen ist, das unmittelbar auf den Handlungen eines bewaffneten Konflikts, von Feindseligkeiten eines Bürgerkriegs, eines Aufstandes oder auf einer schweren Naturkatastrophe außergewöhnlicher Art beruht; in den Fällen einer Naturkatastrophe kann die nationale Gesetzgebung anderes bestimmen.

Zu Artikel 10

Artikel 10 enthält den Grundsatz der Haftungs- und Deckungskongruenz: gemäß Absatz a ist der Inhaber verpflichtet, eine seiner Haftung entsprechende Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit nachzuweisen.

Absatz b enthält Verpflichtungen für den Deckungsgeber, die sicher stellen sollen, daß die Deckungsvorsorge nicht vorzeitig ausgesetzt oder beendet wird. Absatz c bestimmt, daß die Deckungsvorsorge ausschließlich für den Ersatz des Schadens auf Grund eines nuklearen Ereignisses herangezogen werden darf.

Zu den Artikeln 11 und 12

Gemäß Artikel 11 bestimmen sich in den Grenzen des Übereinkommens Art, Form und Umfang des Schadensersatzes nach innerstaatlichem Recht. Der nationale Gesetzgeber kann daher beispielsweise den Umfang des Schadensersatzes bei Tötung, Körperverletzung oder Sachbeschädigung regeln sowie Mitverschuldensregelungen treffen oder Schmerzensgeld gewähren. Auch erlaubt es Artikel 11, Verteilungsordnungen und Verteilungsverfahren in den Fällen zu erlassen, in denen die zum Schadensersatz zur Verfügung stehende Summe zur Befriedigung aller Ansprüche nicht ausreicht.

Artikel 12 erklärt Schadensersatzzahlungen, Versicherungs- und Rückversicherungsprämien sowie sonstige mit der finanziellen Sicherheit zusammenhängenden Zahlungen zwischen den Währungsgebieten der Vertragsparteien für frei transferierbar.

Zu Artikel 13

Artikel 13 enthält die Gerichtsstandsregelung des Übereinkommens. Nach dem Grundsatz des Absatzes a ist für Klagen gemäß den Artikeln 3, 4, 6 Abs. a und 6 Abs. e ausschließlich das Gericht der Vertragspartei zuständig, in deren Hoheitsgebiet das nukleare Ereignis eingetreten ist. In Abweichung von diesem Grundsatz ist das Gericht des Vertragsstaates, in dem die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, zuständig, wenn der Ort des nuklearen Ereignisses außerhalb des Vertragsgebietes liegt oder sich nicht mit Sicherheit ermitteln läßt (Absatz b).

Absatz c enthält Bestimmungen über das zuständige Gericht, wenn sich aus den Absätzen a und b die Zuständigkeit der Gerichte von mehreren Vertragsparteien ergibt: Tritt das nukleare Ereignis zum Teil außerhalb des Vertragsgebietes und zum Teil im Hoheitsgebiet nur einer Vertragspartei ein, so sind deren Gerichte zuständig; in allen sonstigen Fällen bestimmt der nach Artikel 17 zuständige Gerichtshof das zuständige Gericht.

Absatz d gewährleistet die Vollstreckbarkeit der Urteile in den Vertragsstaaten und schließt eine sachliche Nachprüfung aus. Gemäß Absatz e können sich Vertragsstaaten, gegen die eine Klage auf Grund des Übereinkommens erhoben wurde, nicht auf Immunität von der Gerichtsbarkeit berufen, sofern es sich nicht um die Zwangsvollstreckung handelt.

Zu den Artikeln 14 und 15

Artikel 14 enthält Bestimmungen über die gleichmäßige Anwendung des Rechts des Übereinkommens in allen Vertragsstaaten. Die Absätze a und c erklären das Übereinkommen sowie das innerstaatliche Recht und die innerstaatliche Gesetzgebung ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder Aufenthalt für anwendbar. Absatz b definiert die Begriffe „innerstaatliches Recht“ und „innerstaatliche Gesetzgebung“.

Artikel 15 ermächtigt die Vertragsparteien, alle Maßnahmen zu treffen, um den Entschädigungsbetrag nach dem Übereinkommen zu erhöhen. Bei einer Schadensersatzleistung aus öffentlichen Mitteln können die Vertragsstaaten Bedingungen anwenden, die von den Bestimmungen des Übereinkommens abweichen, sofern der Betrag von 5 Millionen Rechnungseinheiten dabei überschritten wird.

Zu den Artikeln 16 und 17

Artikel 16 legt fest, daß Entscheidungen des Direktionsausschusses gemäß Artikel 1 einvernehmlich getroffen werden müssen.

Artikel 17 enthält eine Streitbeilegungsklausel. Im Falle von Streitigkeiten zwischen Vertragsparteien sind diese vom Direktionsausschuß zu prüfen. Kommt eine gütliche Einigung nicht zustande, so entscheidet auf Antrag einer Vertragspartei das durch das Übereinkommen vom 20. Dezember 1957 zur Errichtung einer Sicherheitskontrolle auf dem Gebiet der Kernenergie (Bundesgesetzbl. 1959 II S. 586) errichtete Gericht.

Zu den Artikeln 18 bis 24

Die Artikel 18 bis 24 enthalten die üblichen Schlußklauseln.

Artikel 18 trifft Bestimmungen über die Zulässigkeit von Vorbehalten. Artikel 19 stellt die Ratifizierungsbedürftigkeit des Übereinkommens fest (Absatz a) und bestimmt in Absatz b, daß das Übereinkommen mit der Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden durch mindestens fünf Unterzeichnerstaaten in Kraft tritt. Änderungen des Übereinkommens bedürfen gemäß Artikel 20 des Einvernehmens aller Vertragsstaaten und treten nach der Annahme durch zwei Drittel der Vertragsstaaten in Kraft. Artikel 21 regelt die Zulässigkeit von Beitritten.

Gemäß Artikel 22 wird das Übereinkommen für die Dauer von zehn Jahren geschlossen (Absatz a); Absatz b enthält eine Verlängerungsklausel. Absatz c regelt, wann eine Konferenz zur Beratung einer Vertragsrevision einzuberufen ist.

Gemäß Artikel 23a gilt das Übereinkommen im Mutterland der Vertragsparteien; Absatz b enthält die zulässigen Abweichungen vom Grundsatz des Absatzes a; gemäß Absatz c gelten Gebiete von Vertragsparteien, für die das Übereinkommen nicht gilt, als Hoheitsgebiet einer Nichtvertragspartei.

Gemäß Artikel 24 ist der Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verpflichtet, den Vertragsparteien die erforderlichen Notifikationen über Ratifizierungen, Beitritte, Kündigungen, Mitteilungen nach Artikel 23, Entscheidungen des Direktionsausschusses sowie über den Zeitpunkt des Inkrafttretens, den Wortlaut etwaiger Änderungen und die Vorbehalte zu machen.

Zu Anhang I

Anhang I enthält folgende Vorbehalte:

Vorbehalt der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich und des Königreiches Griechenland zu Artikel 6 Abs. a und Abs. c Unterabs. i; der Vorbehalt betrifft den Grundsatz der sog. rechtlichen Kanalisierung und erlaubt eine abweichende Regelung.

Vorbehalt der Regierungen der Republik Österreich, des Königreiches Griechenland, des Königreiches Norwegen und des Königreiches Schweden zu Artikel 6 Abs. b und d; der Vorbehalt erlaubt es, eine entsprechende innerstaatliche Gesetzgebung als internationale Übereinkommen im Sinne des Artikels 6 Abs. b und d anzusehen.

Vorbehalt der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich zu Artikel 8 Abs. a; der Vorbehalt erlaubt eine Verlängerung der Fristen nach Artikel 8 Abs. a.

Vorbehalt der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich zu Artikel 9; der Vorbehalt erlaubt einen Verzicht auf den Haftungsausschluß nach Artikel 9.

Vorbehalt der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich und des Königreiches Griechenland zu Artikel 19; der Vorbehalt erlaubt es, die Ratifizierung als völkerrechtliche Verpflichtung anzusehen, die Haftung in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen durch innerstaatliche Gesetzgebung zu regeln.

Zu Anhang II

Anhang II stellt klar, daß etwaige völkerrechtliche Rückgriffsrechte zwischen den Vertragsparteien wegen Schäden durch nukleare Ereignisse durch das Übereinkommen nicht berührt werden.

Denkschrift zu dem Übereinkommen vom 25. Mai 1962 über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen

A. Allgemeine Bemerkungen

Mit dem Beginn der Planung für die Indienststellung des ersten mit einem Kernreaktor als Antriebsaggregat ausgerüsteten Handelsschiffs, des amerikanischen Reaktorschiffs „Savannah“, entstanden für die Handelsschiffahrt neue Haftungsprobleme. Trotz des bereits erreichten hohen technischen Standards von Kernenergieanlagen war vorherzusehen, daß der Betrieb eines Reaktorschiffs neben der notwendigen technischen Vorsorge neuartige rechtliche Vereinbarungen erforderlich machen würde, die dem Bedürfnis der anzulaufenden Staaten nach Schutz gegen mögliche atomare Risiken Rechnung tragen. Um den bereits geplanten und weiteren Reaktorschiffen ihren wirtschaftlichen Einsatz und zu diesem Zweck das Anlaufen ausländischer Häfen zu ermöglichen, erschienen multilaterale internationale Vereinbarungen über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen wünschenswert. Einen ersten Entwurf eines internationalen Übereinkommens über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen legte das Comité Maritime International bereits im September 1959 vor. Diesem wurde im Oktober 1960 ein von Sachverständigen der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien (IAEO) ausgearbeiteter Gegenentwurf gegenübergestellt. Auf der elften Brüsseler Diplomatischen Seerechtskonferenz ist dann das vorliegende Übereinkommen über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen auf der Basis dieser beiden Vorentwürfe erarbeitet und am 25. Mai 1962 beschlossen worden.

Bei der Schlußabstimmung wurde das Übereinkommen mit großer Mehrheit angenommen. Gezeichnet wurde es bisher allerdings nur von fünfzehn Staaten. Diese Zurückhaltung dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, daß das Übereinkommen nur in Kraft treten kann, wenn unter der Flagge wenigstens eines der Vertragsstaaten ein Reaktorschiff betrieben wird, und daß die beiden einzigen Staaten, welche damals über ein ziviles Reaktorschiff verfügten — die USA und die UdSSR —, nach der gegen ihren Widerspruch erfolgten Annahme des Übereinkommens erklärten, daß eine Zeichnung oder Ratifizierung für sie nicht in Betracht käme.

Umstritten war insbesondere die Frage der Einbeziehung der reaktorbetriebenen Kriegsschiffe in das Übereinkommen. Die USA und alle Ostblockstaaten wollten Kriegsschiffe keinerlei internationaler Regelung unterstellen und sprachen sich daher gegen deren Einschluß in die Haftungsregeln der Konvention aus. Die Konferenz beschloß dennoch die Einbeziehung von Kriegsschiffen, da der Mehrheit der Delegationen die Ernsthaftigkeit der amerikanischen und russischen Bedenken nicht hinreichend deutlich geworden war. Aus diesem Grunde erschien das weitere Schicksal des Übereinkommens bei Ende der Konferenz ungewiß, so daß sich auch andere Staaten, die dem Übereinkommen an sich positiv gegenüberstanden, zunächst der Zeich-

nung enthielten. Auch die Bundesrepublik Deutschland hat das Übereinkommen auf der Konferenz nicht gezeichnet; die Zeichnung soll nunmehr jedoch nachgeholt werden.

Das Übereinkommen ist bisher von Portugal und den Niederländer ratifiziert worden; Madagaskar und Zaire sind ihm beigetreten. Einige Staaten, darunter Frankreich, haben die Regelung in ihr innerstaatliches Recht übernommen, jedoch von einer Ratifikation abgesehen, da sie das Übereinkommen mangels Ratifikation durch einen Staat mit einem Reaktorschiff nicht in Kraft setzen könnten.

Die Bundesregierung hält es nunmehr für geboten, das Übereinkommen zu ratifizieren.

Die bisherigen Erfahrungen mit dem Abschluß bilateraler Besuchsabkommen für das deutsche Reaktorschiff „Otto Hahn“ haben gezeigt, daß dieses Verfahren allein nicht geeignet ist, in absehbarer Zeit einen hinreichend vielseitigen Einsatz des Schiffes zu gewährleisten. Da die „Otto Hahn“ am wirtschaftlichsten auf langen Fahrten eingesetzt wird und zudem den Stand der deutschen Kernenergietechnik in möglichst vielen Ländern anschaulich machen soll, müssen mit zahlreichen Staaten Verhandlungen über den Abschluß solcher Besuchsabkommen geführt werden. Diese erfordern großen Aufwand und führen nur langsam zum Ergebnis. Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß eine einheitliche Gestaltung der Abkommen nicht durchgesetzt werden kann. Vor allem in den haftungsrechtlichen Fragen weichen die bisher vorliegenden Abkommen voneinander ab, weil die jeweiligen Vertragspartner bemüht sind, sie ihren eigenen innerstaatlichen Haftungsvorschriften anzupassen.

Die Ratifizierung des Übereinkommens wird dieses zeitraubende unbefriedigende Verfahren mehr und mehr entbehrlich machen. Nach der Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland als Genehmigungsstaat wird das Übereinkommen gemäß seinem Artikel XXIV zunächst für fünf Staaten in Kraft treten. Es ist damit zu rechnen, daß nach dem Inkrafttreten weitere Staaten ratifizieren werden, die mit der Ratifizierung bisher nur deshalb gewartet haben, weil sie ohne die Ratifizierung eines Genehmigungsstaats das Übereinkommen nicht in Kraft setzen konnten. Die Bundesrepublik Deutschland leistet damit durch die Ratifizierung des Übereinkommens zugleich nach außen sichtbar einen Beitrag zur Weiterentwicklung des internationalen Atom- und Schiffsrechts. Diese wird auch der deutschen Schifffahrt zugute kommen, die durch die Erleichterung des wirtschaftlichen Einsatzes von Reaktorschiffen neue Impulse zur technischen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung dieser Antriebsform und zum Bau weiterer Reaktorschiffe erhalten könnte.

Bei dem bisherigen Zuwarten mit der Einleitung des Ratifizierungsverfahrens hat allerdings auch eine

Rolle gespielt, daß die Haftungsgrundsätze des Übereinkommens von denen des geltenden deutschen Rechts wesentlich verschieden sind. Die Ratifizierung bringt für die Bundesrepublik Deutschland die Verpflichtung mit sich, jedenfalls für das Reaktorschiffsrecht den Grundsatz der rechtlichen Kanalisierung der Haftung des Betreibers anzuerkennen. Dieser Grundsatz wird jedoch nunmehr durch den dem Parlament ebenfalls vorgelegten Entwurf einer Novelle zum Atomgesetz für den gesamten Bereich des deutschen Atomrechts übernommen.

B. Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln

Zu Artikel I

Artikel I stellt dem Übereinkommen Definitionen der in dem Übereinkommen verwendeten Begriffe voran. Angesichts des Neulands, das mit der in diesem Übereinkommen geregelten Materie beschriftet wurde, sind die Definitionen im Interesse einer möglichst einheitlichen Anwendung des Übereinkommens zweckmäßig. Sie haben ein Vorbild in den Definitionen des Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie (Pariser Übereinkommen) und des Übereinkommens vom 21. Mai 1963 über die Haftung für nukleare Schäden (Wiener Übereinkommen), weichen von diesen jedoch zum Teil ab.

Zu Nummer 1:

Die Definition „Reaktorschiff“ erfaßt alle Schiffe, die mit einer Kernenergieanlage ausgerüstet sind. Unter die Definition fallen mithin auch solche Schiffe, die zwar einen konventionellen Antrieb haben, aber für andere Zwecke (etwa die Stromerzeugung) eine Kernenergieanlage an Bord haben. Die Gleichstellung rechtfertigt sich aus der Ähnlichkeit der Gefahrenlage.

Zu Nummer 2:

Die Definition stellt klar, daß als „Genehmigungsstaat“ neben einem Staat, der einem Dritten den Betrieb eines Reaktorschiffs gestattet hat, auch ein Staat anzusehen ist, der selbst ein Reaktorschiff betreibt, ohne daß eine förmliche Genehmigung erteilt worden ist. Diese Möglichkeit wird gerade im Erprobungsstadium der Reaktorschiffahrt besondere praktische Bedeutung haben.

Die Konferenz hat auch davon abgesehen, eine Genehmigung durch den Lizenzstaat nur dann als für das Übereinkommen maßgeblich anzuerkennen, wenn das Schiff, für das sie erteilt worden ist, bestimmten technischen Mindestanforderungen entspricht. Eine solche Vorschrift wäre nur praktikabel gewesen, wenn das Übereinkommen gleichzeitig diese technischen Anforderungen festgelegt hätte. Darauf hat man jedoch verzichtet, weil sonst der Rahmen des Übereinkommens als einer Haftungskonvention gesprengt worden wäre. Sämtliche Sicherheitsfragen sind ausgeklammert worden. Damit ist zugleich klargestellt, daß der Genehmigung über den haftungsrechtlichen Tatbestand hinaus keine Bedeutung zukommt.

Zu Nummer 3:

Der Begriff der „Person“ ist weit gefaßt. Er umfaßt neben den natürlichen Personen auch juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts und schließt nicht rechtsfähige Personengesamtheiten ein. Die Definition stimmt sachlich mit Artikel I Nr. 1 a des Wiener Übereinkommens überein. Dort werden allerdings auch internationale Organisationen ausdrücklich erwähnt; ein sachlicher Unterschied dürfte nicht beabsichtigt gewesen sein.

Zu Nummer 4:

Bei der Definition des Begriffs „Inhaber“ ist klargestellt, daß darunter auch Vertragsstaaten fallen, die selbst ein Reaktorschiff betreiben.

Zu Nummer 5:

Die Definition des Begriffs „Kernbrennstoff“ entspricht der Definition in Artikel I Nummer 1 Buchstabe f des Wiener Übereinkommens. Für das vorliegende Übereinkommen ist lediglich die Einschränkung gemacht worden, daß der Kernbrennstoff in einem Reaktorschiff verwendet wird oder verwendet werden soll.

Zu Nummer 6:

Die Begriffsbestimmung für „radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle“ ist gegenüber den Definitionen in den Übereinkommen von Paris und Wien erheblich vereinfacht worden. Sie ist andererseits, dem Zweck des Übereinkommens entsprechend, eingeschränkt: Die Radioaktivität des Stoffes muß durch den Betrieb eines Reaktorschiffs verursacht worden sein.

Zu Nummer 7:

Die Definition des Begriffs „nuklearer Schaden“ ist bewußt weit gefaßt worden, um zu verhindern, daß eine Einschränkung bereits in der Definition zu Lücken der Haftungsregelung führt. Haftungsbeschränkungen ergeben sich allerdings aus Artikel II des Übereinkommens. Die Definition erfaßt auch solche Schäden, die durch als Ladung transportierte Kernbrennstoffe verursacht worden sind. Unter „Beschädigung von Sachen“ soll auch die radioaktive Verseuchung einer Sache verstanden werden.

Die Definition erfaßt auch Schäden, die durch die Tötung eines Menschen verursacht worden sind. Die Erwähnung der „sonstigen hiervon herrührenden oder sich hieraus ergebenden Verluste, Schäden oder Aufwendungen“ in der Definition soll klarstellen, daß auch immaterielle Schäden und reine Vermögensschäden, soweit sie nach dem anwendbaren nationalen Recht zu ersetzen sind, „nukleare Schäden“ sein können. Der Ersatz immaterieller Schäden kann gerade bei Strahlenschäden besondere Bedeutung haben. Auch reine Vermögensschäden sind mit nuklearen Ereignissen besonders häufig verbunden.

Zu Nummer 8:

Die Definition des nuklearen Ereignisses stellt klar, daß mehrere aufeinanderfolgende Ereignisse desselben Ursprungs als ein Ereignis anzusehen sind.

Hierdurch werden Abgrenzungsschwierigkeiten vermieden, und es wird darüber hinaus verhindert, daß die Haftung des Inhabers auf ein Mehrfaches der Haftungshöchstsumme erweitert wird, wenn zwar mehrere Einzelereignisse vorliegen, diese aber auf einen einzigen auslösenden Grund zurückzuführen sind.

Zu Nummer 9:

Die Definition des Begriffs „Kernenergieanlage“ schließt auch solche Anlagen ein, in denen ein Reaktor erst künftig als Energiequelle dienen soll. Hierdurch wird im Interesse möglicher Opfer die Anwendbarkeit des Übereinkommens schon vor Inbetriebnahme des Reaktors gewährleistet, um nukleare Schäden erfassen zu können, die etwa bei einem Probelauf des Reaktors auftreten.

Zu Nummer 10:

Die Definition des Begriffs „Kernreaktor“ stimmt sachlich mit der Definition in Artikel I Nr. 1 Buchstabe c des Wiener Übereinkommens überein.

Zu Nummer 11:

Die Aufnahme dieser Bestimmung in den Definitionskatalog ist wegen der Einbeziehung der Kriegsschiffe in die Haftungsregelung des Übereinkommens erforderlich gewesen.

Zu Nummer 12:

Die Definition des „anzuwendenden nationalen Rechts“ entspricht sachlich derjenigen des Artikels 14 Abs. b des Pariser Übereinkommens. Sie stellt jedoch im Gegensatz hierzu ausdrücklich klar, daß auch die Normen des jeweiligen internationalen Privatrechts eingeschlossen sind, daß also das zuständige Gericht auch das materielle Recht eines anderen Staates anwenden kann, soweit die Kollisionsnormen seines eigenen Rechts darauf verweisen.

Zu Artikel II

Artikel II regelt den Umfang der Haftung des Inhabers eines Reaktorschiffs und ist damit eine der zentralen Bestimmungen des Übereinkommens.

Absatz 1 bestimmt, daß der Inhaber ohne weitere Voraussetzungen grundsätzlich für jeden nuklearen Schaden haftet. Das Übereinkommen erlegt dem Inhaber damit eine Verursachungshaftung auf. Dies entspricht der Haftungsregelung des Pariser Übereinkommens.

Die Beweislast für die Haftungsvoraussetzungen obliegt dem Geschädigten. Das Übereinkommen enthält keine Verursachungsvermutung. Dies erscheint sachgerecht, weil der Geschädigte durch die Schärfe der Haftung des Inhabers in Voraussetzungen und Umfang ausreichend geschützt sein dürfte und der Beweis, daß ein nuklearer Schaden von einem Reaktorschiff verursacht worden ist, in aller Regel leicht zu erbringen ist. Auch insoweit stimmt das Übereinkommen mit dem Atomgesetz überein.

In Absatz 2 ist das System der sog. rechtlichen Kanalisierung der Haftung auf den Inhaber des Reaktorschiffs niedergelegt. Hiernach haftet grundsätzlich keine Person außer dem Inhaber des Reaktorschiffs für einen nuklearen Schaden, aus welchem Rechtsgrund auch immer.

Der Grundsatz der rechtlichen Kanalisierung der Haftung hat sich im internationalen Atomhaftungsrecht durchgesetzt. Neben diesem Übereinkommen liegt er auch dem Pariser Übereinkommen und dem Übereinkommen vom 17. Dezember 1971 über den Seetransport von Kernmaterial zugrunde. Die Vorteile der rechtlichen Kanalisierung liegen vor allen Dingen darin, daß sie eine klare und unkomplizierte Haftungsregelung bietet, die insbesondere dazu führt, daß der Geschädigte bei der Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen über den Anspruchsgegner nicht im unklaren sein kann. Entsprechend dieser Erleichterung in der Anspruchsverfolgung werden auch die Regelung der Versicherungspflicht des zum Schadensersatz Verpflichteten und die Freistellungsverpflichtung erheblich vereinfacht.

Absatz 3 schließt die Haftung des Inhabers nach dem Übereinkommen für Schäden, die das Schiff selbst, seine Ausrüstung oder seine Brennstoff- oder sonstigen Vorräte erleiden, also die Eigenschäden, aus. Die Haftung für Eigenpersonenschäden ist nicht ausgeschlossen. Ansprüche nach allgemeinen Vorschriften, insbesondere also vertragliche Ansprüche, bleiben insoweit unberührt. Sie bleiben aber bei der Beschränkung der Haftung des Inhabers durch den Haftungshöchstbetrag unberücksichtigt. Die Regelung entspricht dem Artikel 3 des Pariser Übereinkommens.

Es mag zweifelhaft sein, ob es gerechtfertigt ist, die Eigenpersonenschäden nicht von der Haftung des Inhabers nach dem Übereinkommen auszunehmen und damit in Kauf zu nehmen, daß bei Erreichen der Haftungshöchstgrenze Schadensersatzansprüche Dritter gemindert werden müssen, weil auch dem Inhaber und den Personen der Schiffsbesatzung, die gleich behandelt werden müssen, Schadensersatz gezahlt werden muß. Die Regelung des Übereinkommens erscheint jedoch sachgerecht. Bei der Beschädigung des Reaktorschiffs, seiner Ausrüstung oder Vorräte ist es angebracht, daß entstandene Schäden nicht zu Lasten Dritter, die das nukleare Risiko nicht freiwillig auf sich genommen haben, geregelt werden. Bei Personenschäden gilt jedoch insofern etwas anderes, als die strenge Haftung des Inhabers gerade auch bewirken soll, daß Personen, die sich dem nuklearen Risiko aussetzen, dies in dem Bewußtsein materieller Sicherung tun können.

Absatz 4 enthält eine klare Abgrenzung des Zeitraumes, innerhalb dessen der Inhaber nach dem Übereinkommen haftet. Hiernach besteht die Gefährdungshaftung uneingeschränkt von der Übernahme der Kernbrennstoffe bis zur Weitergabe an eine Person, die zur Übernahme gesetzlich ermächtigt ist und für den durch diese Stoffe verursachten nuklearen Schaden haftet.

Das Übereinkommen unterscheidet sich in seiner Vorschrift über die Wirkung des Mitverschuldens eines Geschädigten auf seinen Schadensersatzan-

spruch (Absatz 5) vom bürgerlichen Recht. Während nach § 254 BGB jedes Mitverschulden zu berücksichtigen ist, beeinflusst nach dem Übereinkommen bei der Entstehung des Schadens nur die Absicht des Geschädigten, einen Schaden herbeizuführen, seinen Anspruch. Berücksichtigt wird im übrigen nur ein Mitverschulden natürlicher Personen. Die Bedeutung der Formulierung „Absicht, Schaden herbeizuführen“ ist unklar. Der Begriff stimmt jedoch mit der Formulierung des „Warschauer Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr“ überein. Es kann daher der Rechtsprechung überlassen bleiben, diesen Begriff in Übereinstimmung mit der internationalen Auslegung abzugrenzen.

Absatz 5 regelt nur den Fall des Mitverschuldens bei der Entstehung des Schadens; offen geblieben ist damit die Frage der Berücksichtigung eines Mitverschuldens, das nach der Entstehung des Schadens noch zu seiner Vergrößerung beiträgt. Hier greift subsidiär das nationale Recht ein. Dieses Ergebnis entspricht dem ausdrücklich erklärten Willen der Delegierten der Brüsseler Konferenz, die einer entsprechenden Interpretation dieser Vorschrift durch die Delegation der Niederlande zustimmten.

Absatz 6 erhält das bei einem System der rechtlichen Kanalisierung notwendige Korrektiv. Die Bestimmung regelt Möglichkeiten des Rückgriffs für den Inhaber des Reaktorschiffs.

Die Vorschrift begegnet hinsichtlich der Regelung unter Buchstabe a ebensowenig wie die Regelung des Mitverschuldens verfassungsrechtlichen Bedenken, obgleich ein Rückgriff nur gegen eine natürliche Person, nicht aber gegen eine juristische Person vorgesehen ist. Mag dies auch unter dem Gesichtspunkt des Gleichheitsgrundsatzes (Artikel 3 Abs. 1 des Grundgesetzes) bedenklich erscheinen, so ist die Einführung der Regelung dennoch für den deutschen Gesetzgeber zwingend geboten, wenn er dem Übereinkommen überhaupt zustimmen will. Hierin liegt ein hinreichender Grund für die verschiedene Behandlung. Diese wird zudem dadurch gemildert, daß als Vertreter von juristischen Personen natürliche Personen handeln, gegen die der Rückgriff möglich ist.

Zu Artikel III

Artikel III enthält Vorschriften über die Haftungsbeschränkung der Höhe nach. Der Haftungshöchstbetrag ist nach Maßgabe des Artikels III von dem Inhaber bzw. dem Genehmigungsstaat aufzubringen. Ein Antrag, einen internationalen Haftungsfonds zu errichten, ist von der Konferenz abgelehnt worden.

Absatz 1 setzt die Haftungshöchstgrenze auf 1 500 Millionen Poincaré-Franken — nach der Festsetzung des Leitkurses der Deutschen Mark am 29. Juni 1973 etwa 320 Millionen DM — fest.

Die Bundesregierung hätte es zwar begrüßt, wenn die Haftungsgrenze in dem Brüsseler Übereinkommen höher festgesetzt worden wäre. Dies war jedoch nicht möglich, da bereits die Festsetzung des vorgesehenen Betrages nur durch einen mühsam

erzielten Kompromiß erreicht worden ist. Insbesondere die skandinavischen Länder hatten beantragt, die Haftungshöchstsumme wesentlich niedriger festzusetzen, um auch weniger finanzstarken Staaten den Betrieb von Reaktorschiffen zu ermöglichen. Ein unter 1 500 Millionen Poincaré-Franken liegender Betrag erschien jedoch den meisten Staaten zu gering, um eine ausreichende Deckung nuklearer Schäden zu gewährleisten.

Die Haftungsgrenze gilt für alle Schäden, die aus einem einzelnen nuklearen Ereignis herrühren, gleichgültig, wem und in welchem Land sie entstanden sind. Wenn mehrere Staaten von einem nuklearen Ereignis betroffen werden, soll der Inhaber also nur einmal bis zu diesem Höchstbetrag haften.

In Übereinstimmung mit der Pariser Konvention, aber im Gegensatz zum Atomgesetz, sind in den Haftungshöchstbetrag Zinsen und Kosten nicht eingeschlossen. Es soll dem Inhaber hierdurch ein Anreiz zur schnellen Befriedigung der Gläubiger unter Verzicht auf mutwillige Rechtsstreitigkeiten gegeben werden.

Absatz 2 bestimmt, auf welche Weise der Haftungshöchstbetrag zu garantieren ist. Der Inhaber hat hiernach zur Deckung seiner Haftung für nukleare Schäden eine Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheiten aufrechtzuerhalten, deren Höhe, Art und Bedingungen vom Genehmigungsstaat bestimmt werden. Es bestehen keine Bedenken dagegen, daß die Festsetzung der Anforderungen an die vom Inhaber abzuschließende Versicherung nicht vom Übereinkommen vorgenommen, sondern den Genehmigungsstaaten überlassen worden ist. Da die Genehmigungsstaaten den Inhaber subsidiär bis zur Grenze des Haftungshöchstbetrages freizustellen haben, liegt es in ihrem eigenen Interesse, scharfe Anforderungen hinsichtlich der vom Inhaber aufzubringenden Deckung seiner Haftung zu stellen. Das Interesse der Opfer ist damit gewahrt.

Soweit die vom Inhaber abzuschließende Versicherung oder die finanzielle Sicherheit zur Befriedigung der gegen den Inhaber des Reaktorschiffs festgestellten Schadensersatzansprüche nicht ausreichen, hat der Genehmigungsstaat die Erfüllung dieser Ansprüche bis zur Höhe der Haftungshöchstgrenze sicherzustellen. Trotz der Verpflichtung des Inhabers zum Abschluß einer Versicherung und trotz der subsidiären Eintrittspflicht des Genehmigungsstaats ist aber immer nur der Inhaber des Reaktorschiffs passiv legitimiert. Der Geschädigte hat also nach dem Übereinkommen keinen unmittelbaren Anspruch gegen den Versicherer oder den Staat. Das nationale Recht kann jedoch die Möglichkeit einer direkten Klage des Geschädigten gegen den Versicherer vorsehen (Artikel XVIII).

Nach Absatz 3 sind Vertragsstaaten und deren Untergliederungen, soweit sie selbst ein Reaktorschiff betreiben, nicht verpflichtet, eine Versicherung oder finanzielle Sicherheit zur Deckung der Inhaberhaftung zu stellen.

Entsprechend der Übung bei den Brüsseler Seerechtsübereinkommen wurde die Haftungssumme in Poincaré-Franken festgesetzt (Absatz 4).

Nach der amtlichen Bekanntmachung des Bundesministers der Finanzen über den Leitkurs der Deutschen Mark vom 29. Juni 1973 (Bundesanzeiger Nummer 120 vom 3. Juli 1973, S. 1) beträgt der Gegenwert eines Poincaré-Franken 0,213585 DM. Das Übereinkommen enthält eine Klausel für die Umrechnung der in Franken ausgedrückten Beträge in die nationalen Währungen, die nicht Goldwährungen sind.

Zu Artikel IV

Das Übereinkommen gewährt dem Geschädigten beim Zusammentreffen eines nuklearen Schadens mit einem nichtnuklearen Schaden eine Beweiserleichterung, indem es fingiert, daß der Gesamtschaden ausschließlich durch das nukleare Ereignis verursacht und mithin voll nach den Bestimmungen des Übereinkommens zu erstatten ist. Durch diese Regelung werden häufig nicht unerhebliche Beweisschwierigkeiten, die in der Regel gerade durch die Eigenart des nuklearen Schadens bedingt sind, zugunsten des Geschädigten beseitigt. Es ist angebracht, daß insoweit Unklarheiten zu Lasten des Inhabers des Reaktorschiffs gehen. Im Falle eines Zusammentreffens eines nuklearen Ereignisses mit ionisierender Strahlung bleiben aber die weitergehenden Ansprüche, die dem Geschädigten wegen der ionisierenden Strahlung möglicherweise zustehen, unberührt.

Zu Artikel V

Artikel V regelt das Erlöschen und die Verjährung von Schadensersatzansprüchen. Das Übereinkommen sieht — entsprechend der Praxis bei anderen internationalen Übereinkommen — grundsätzlich keine Verjährungs-, sondern Ausschlußfristen vor. Dies hat sich als allein praktikabel erwiesen, weil im internationalen Bereich eine einheitliche Berechnung der Verjährungsfristen wegen der von Staat zu Staat verschiedenen Bestimmungen über die Hemmung und Unterbrechung auf große Schwierigkeiten stößt.

Gemäß Absatz 1 kann das im Einzelfall anzuwendende nationale Recht, nicht also notwendig das Recht des Genehmigungsstaats, bestimmen, daß Schadensersatzansprüche gegen den Inhaber statt nach der Ausschlußfrist des Übereinkommens von zehn Jahren erst nach Ablauf einer längeren Frist erlöschen. Diese Frist darf jedoch nicht länger sein als die Frist, während der eine Deckung für die Haftung besteht.

Absatz 2 regelt den Beginn der Ausschlußfrist des Absatzes 1 für den Sonderfall, daß ein nukleares Ereignis durch abhandengekommene Kernbrennstoffe, radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle verursacht worden ist. Die Bestimmung entspricht Artikel 8 Abs. a des Pariser Übereinkommens. — Fraglich ist, ob die Frist auch nach Maßgabe des Absatzes 1 Satz 2 verlängert werden kann. Der Wortlaut der Vorschrift ist nicht eindeutig. Da der Sinn des Absatzes 2 jedoch darin liegt, die Berechnung der Zehn-Jahresfrist zugunsten des Geschädigten klarzustellen, nicht aber ihre gemäß Absatz 1 Satz 2 mögliche Verlängerung zu verhindern, wird davon

auszugehen sein, daß auch im Fall des Absatzes 2 eine Verlängerung der Frist nach Maßgabe des Absatzes 1 Satz 2 möglich ist. Eine Verlängerung kann jedoch nicht über die Frist von zwanzig Jahren nach dem Abhandenkommen hinausgehen.

Absatz 3 sieht die Möglichkeit einer Ersetzung der Ausschlußfrist durch eine Verjährungsfrist und der Abhängigmachung des Fristbeginns von der Kenntnis des Geschädigten von den Anspruchsvoraussetzungen vor. Wenn ein Staat von dieser Möglichkeit Gebrauch macht, wird der Kenntnis des Geschädigten dessen fahrlässige Unkenntnis gleichgesetzt.

Absatz 4 räumt einem Geschädigten die Möglichkeit ein, auch nach Eintritt der Verjährung oder nach dem Erlöschen des Anspruchs noch weitere Schadensersatzansprüche geltend zu machen, wenn er innerhalb der Frist eine Schadensersatzklage anhängig gemacht hat, ein rechtskräftiges Urteil aber noch nicht vorliegt. Diese Vorschrift steht im Widerspruch zum deutschen Recht (§ 209 Abs. 1 BGB), wonach eine Klage die Verjährung nur für den eingeklagten Teil der Forderung unterbricht. Sie trägt jedoch der Besonderheit nuklearer Schäden, die in ihrem ganzen Umfang häufig erst nach längerer Zeit erkennbar werden, Rechnung. Sie ist mithin sachlich vertretbar und kann daher trotz der Abweichung vom deutschen Recht hingenommen werden.

Zu Artikel VI

Artikel VI bestimmt, daß sich Ansprüche für nukleare Schäden gegen Sozialversicherungsträger nach dem Recht des Vertragsstaats bestimmen. Hiernach möglicherweise gegen den Inhaber des Reaktorschiffs gegebene Ansprüche werden in den Haftungshöchstbetrag eingeschlossen. Das Übereinkommen vermeidet auf diese Weise einen Eingriff in die sehr unterschiedlichen und komplizierten Sozialversicherungssysteme der Vertragsstaaten, stellt auf der anderen Seite aber sicher, daß sich durch die Beteiligung eines Sozialversicherungsträgers die Haftung des Inhabers nach dem Übereinkommen nicht erhöhen kann.

Artikel VI stellt dadurch, daß er ermöglicht, daß außer dem Inhaber auch ein Sozialversicherungsträger in Anspruch genommen werden kann, eine Ausnahme vom Grundsatz der rechtlichen Kanalisierung dar. Diese Ausnahme gilt aber nur für Ansprüche gegen die Sozialversicherung, nicht auch für Ansprüche gegen Dritte. Der Sozialversicherungsträger kann also, wenn der Schaden von einem Dritten schuldhaft verursacht worden ist, nicht nach § 1542 der Reichsversicherungsordnung Ansprüche gegen Dritte geltend machen.

Zu Artikel VII

Artikel VII regelt die Haftung für nukleare Schäden bei mehreren für diese Schäden verantwortlichen Inhabern oder bei einer Verursachung eines Schadens durch mehrere Reaktorschiffe desselben Inhabers. In beiden Fällen erhöht sich die Haftungsgrenze entsprechend der Zahl der beteiligten Reak-

torschiffe um ein Mehrfaches. Dies mag im Fall des Absatzes 1 aus dem Wortlaut der Bestimmung nicht eindeutig hervorgehen, ergibt sich aber hinreichend aus dem Zusammenhang mit Absatz 2; denn es wäre kein Grund ersichtlich, den Inhaber mehrerer Reaktorschiffe auf das Mehrfache der in Artikel III festgelegten Summe haften zu lassen, die Gesamtschuld bei einer Schadensverursachung durch Schiffe verschiedener Inhaber jedoch auf den einfachen Höchstbetrag des Artikels III zu begrenzen.

Absatz 3 regelt den Ausgleichsanspruch im Fall einer gesamtschuldnerischen Haftung gemäß Absatz 1. Hiernach richtet sich die Ausgleichung zwischen den verschiedenen beteiligten Inhabern nach dem Maß des jeden von ihnen treffenden Verschuldens. Ein auf der Konferenz von der deutschen Delegation gestellter Antrag, die Ausgleichung nicht an das Verschulden, sondern entsprechend der Verursachungshaftung des Inhabers an den Grad der Verursachung des Schadens anzuknüpfen, wurde ebenso abgelehnt wie der entgegengesetzte Antrag, die Ausgleichung auch vom Verursachen unabhängig zu machen.

Zu Artikel VIII

Der Ausschuß der Haftung des Inhabers für nukleare Schäden, die durch ein unmittelbar auf eine Kriegshandlung, auf Feindseligkeiten, auf einen Bürgerkrieg oder auf einen Aufstand zurückzuführendes nukleares Ereignis entstanden sind, steht im Gegensatz zum deutschen Atomgesetz, das einen solchen Haftungsausschluß nicht kennt. Er entspricht jedoch dem Pariser Übereinkommen (Artikel 9), nach dem allerdings darüber hinaus auch die Haftung für schwere Naturkatastrophen ausgeschlossen ist. Das Pariser Übereinkommen hält jedoch den Vertragsstaaten die Möglichkeit offen, innerstaatlich diese Haftungsausschlüsse wieder aufzuheben.

Die Ausschlußtatbestände sind schwer gegeneinander abzugrenzen. Die verwendeten Begriffe sind jedoch auch in andere Übereinkommen aufgenommen worden und lassen sich kaum genauer umschreiben. Auf der Konferenz bestand Einigkeit darüber, daß das Tatbestandsmerkmal „Feindseligkeiten“ (hostilities) eng auszulegen ist und daß insbesondere Sabotageakte nicht hierunter fallen.

Zu Artikel IX

Artikel IX stellt sicher, daß der den Geschädigten nach Artikel III Abs. 1 des Übereinkommens zur Verfügung stehende Haftungsbetrag nicht zur Befriedigung von Ansprüchen verwendet wird, die sich nicht aus dem Übereinkommen ergeben. Das wäre insbesondere dann zu befürchten gewesen, wenn ein Vertragsstaat durch seine innerstaatliche Gesetzgebung den Geschädigten über das Übereinkommen hinausgehende Ansprüche zubilligt.

Zu Artikel X

Die Gerichtsstandsregelung des Artikels X begründet neben der Zuständigkeit der Gerichte des Genehmigungsstaats oder derjenigen Staaten, in

deren Gebiet der Schaden eingetreten ist, keine Zuständigkeit der Gerichte des Staates, in dem das schädigende Ereignis stattgefunden hat. Einer Anregung, für Klagen aus diesem Übereinkommen ein internationales Gericht mit ausschließlicher Zuständigkeit einzurichten, ist die Konferenz nicht gefolgt, da hierfür zunächst kein Bedürfnis gesehen wurde. Ein solches Gericht hätte zwar einerseits den Vorteil größtmöglicher Objektivität und Sachkenntnis seiner Richter gehabt, auf der anderen Seite aber auch den Nachteil, daß wegen seiner oft weiten Entfernung vom Ort des nuklearen Ereignisses und Schadenseintritts seine ausschließliche Zuständigkeit die Rechtsverfolgung erheblich erschweren und verzögern würde. Da im übrigen die derzeit bestehenden internationalen Gerichtshöfe nicht für diese Aufgabe in Betracht kamen, hätte ein neues Gericht eingerichtet werden müssen; das erschien schon angesichts des Umfangs der Reaktorschiffahrt jedenfalls zur Zeit nicht angebracht. Da die Gerichtsstandsregelung auf der Konferenz jedoch sehr umstritten war, wurde empfohlen, gelegentlich einer Revision des Übereinkommens die Frage der Errichtung eines internationalen Gerichtshofs erneut zu prüfen.

Absatz 2 gibt dem Genehmigungsstaat die Möglichkeit, einem gegen den Inhaber anhängig gemachten Verfahren beizutreten. Die näheren Voraussetzungen eines solchen Beitritts und dessen prozessualen Auswirkungen sind im Übereinkommen nicht geregelt; sie richten sich damit nach dem Prozeßrecht des mit der Sache befaßten Gerichts. Die Vertragsstaaten müssen den Beitritt jedenfalls ermöglichen. Das deutsche Prozeßrecht genügt dieser Verpflichtung, ohne daß es einer Änderung bedürfte (§ 66 ZPO).

Absatz 3 enthält die in internationalen Übereinkommen häufige Vorschrift über die Verpflichtung der Vertragsparteien zum Verzicht auf die Berufung auf staatliche Immunität im Falle ihrer Inanspruchnahme nach den Vorschriften des Übereinkommens.

Zu Artikel XI

Artikel XI regelt die Errichtung eines Haftungsbeschränkungsfonds zur Verteilung der Haftungssumme für den Fall, daß die Summe der einzelnen Schadensersatzansprüche aus einem nuklearen Ereignis den Haftungshöchstbetrag übersteigt (Absätze 1 bis 3). Darüber hinaus enthält Artikel XI Bestimmungen über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen im Ausland (Absatz 4), die Möglichkeit von Rückgriffsansprüchen gegen den Inhaber bei Inanspruchnahme eines Dritten (Absatz 5), das Verfahren zur Sicherstellung des Haftungsbetrags für den Fall, daß ein Fonds gemäß den Absätzen 1 bis 3 nicht errichtet worden ist (Absatz 6) und die Beschränkung der Haftung des Inhabers nach Errichtung des Haftungsfonds oder der Bereitstellung der Sicherheit (Absätze 7).

Die Errichtung eines Haftungsbeschränkungsfonds ist vorsorglich vorgesehen worden, da im Zeitpunkt der Konferenz keine Erfahrungen mit der Regulierung nuklearer Schäden gesammelt worden waren

und dem Eventualfall, daß der Gesamtschaden den Haftungshöchstbetrag übersteigt, Rechnung getragen werden sollte. Die Errichtung des Haftungsfonds ist nur vor einem Gericht des Genehmigungsstaats möglich.

Die Absätze 1 bis 3 enthalten keine detaillierten Vorschriften über die Einzahlung und Verteilung des Haftungsfonds. In Absatz 2 ist lediglich bestimmt, daß eine Teilzahlung genügt, wenn sich das Gericht davon überzeugt, daß die bis zum Haftungshöchstbetrag noch fehlenden Mittel auf Anforderung bereitstehen. Im übrigen ist es dem Gericht überlassen, das Verfahren nach dem im Einzelfall anwendbaren Recht zu gestalten. Dabei sind die Vertragsstaaten gemäß Artikel XII des Übereinkommens verpflichtet zu gewährleisten, daß das Verteilungsverfahren schnell und gerecht abgewickelt werden kann.

Im Gegensatz zu dem Übereinkommen sieht § 37 des Atomgesetzes eine gesetzliche Regelung über das Verfahren und die Verteilung des Haftungsfonds im Einzelfall vor, in dem dies notwendig werden sollte. Eines allgemeinen Gesetzes, etwa nach dem Vorbild des Gesetzes über das Verfahren bei der Einzahlung und Verteilung der Haftungssumme zur Beschränkung der Reederhaftung (Seerechtliche Verteilungsordnung) vom 21. Juni 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 953), bedarf es jedenfalls im gegenwärtigen Stadium der Reaktorschiffahrt nicht. Die Regelung des Atomgesetzes genügt den Anforderungen des Übereinkommens, welches nicht ausdrücklich eine generelle Verfahrensregelung erfordert.

Absatz 4 regelt die Anerkennung und Vollstreckung rechtskräftiger gerichtlicher Entscheidungen. Die Anerkennung kann hiernach nur versagt werden, wenn die Entscheidung auf betrügerische Weise erlangt oder dem Inhaber das rechtliche Gehör nicht gewährt worden ist. Die Aufnahme einer weitergehenden Ausnahme für alle dem jeweiligen ordre public widersprechenden Entscheidungen wurde von der Konferenz abgelehnt, weil sie für den Geschädigten eine zu große Gefahr bedeutet hätte, daß er eine zu seinen Gunsten ergangene Entscheidung nicht vollstrecken kann.

Absatz 5 enthält Bestimmungen über Rückgriffsansprüche gegen den Inhaber wegen der Befriedigung von Ersatzansprüchen durch Dritte sowie Ansprüche des Inhabers gegen den Fonds oder seinen Versicherer.

Die Regelung trägt dem Umstand Rechnung, daß die Inanspruchnahme anderer Personen als des Inhabers, die nach dem Übereinkommen durch die rechtliche Kanalisierung geschützt werden, außerhalb der Vertragsstaaten nicht verhindert werden kann.

Absatz 6 trifft Bestimmungen über die Bereitstellung der Haftungssumme für den Fall, daß ein Haftungsbeschränkungs fonds nicht errichtet worden ist.

Absatz 7 bestimmt, daß nach Errichtung des Haftungsbeschränkungs fonds oder nach Durchführung der Maßnahmen nach Absatz 6 das sonstige Vermögen des Inhabers der Haftung für Ansprüche

nach dem Übereinkommen entzogen ist. Dies entspricht im Grundsatz dem Übereinkommen von 1957 über die Beschränkung der Reederhaftung.

Zu Artikel XII

Artikel XII enthält bloße völkerrechtliche Verpflichtungen der Vertragsstaaten. Neben der allgemeinen Verpflichtung, alle Maßnahmen zur Durchführung dieses Übereinkommens zu treffen, ist den Vertragsstaaten besonders auferlegt, dafür Sorge zu tragen, daß eine schnelle und gerechte Verteilung der für die Entschädigung der Opfer eines nuklearen Ereignisses zur Verfügung stehenden Beträge gewährleistet wird.

Auf der Diplomatischen Seerechtskonferenz war es umstritten, ob Einzelheiten über das Verteilungsverfahren des Fonds geregelt werden sollten, ob dies völlig dem nationalen Gesetzgeber überlassen werden sollte oder ob — als Kompromiß — nur die wesentlichen Grundsätze des Verteilungsverfahrens in dem Übereinkommen festgelegt werden sollten. Da eine Einigung über Einzelheiten des Verteilungsverfahrens nicht erzielt werden konnte und da insbesondere die Frage, ob bei einer den Fonds übersteigenden Schadenssumme eine anteilmäßige Verteilung oder eine Bevorzugung bestimmter Gruppen von Geschädigten angebracht sei, heftig umstritten war, überließ man die Ausgestaltung des Verfahrens dem nationalen Gesetzgeber.

Absatz 2 enthält die Verpflichtung der Vertragsstaaten, dafür zu sorgen, daß die nach diesem Übereinkommen zu erbringenden Leistungen frei in den Staat transferiert werden können, in dem sie zu erbringen sind. Dieser Verpflichtung genügt in der Bundesrepublik Deutschland das Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961. Absatz 3 stellt ein Diskriminierungsverbot hinsichtlich der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes und des Aufenthaltsortes mit dem Ziel auf, eine gleichmäßige Behandlung aller Geschädigten zu erreichen. — Absatz 2 und Absatz 3 enthalten notwendige Nebenbestimmungen für eine reibungslose Abwicklung der Schadensregulierung im Falle eines nuklearen Ereignisses, das mehrere Staaten betrifft.

Zu Artikel XIII

Artikel XIII regelt den räumlichen und sachlichen Anwendungsbereich des Übereinkommens und bestimmt, daß es auf alle durch ein nukleares Ereignis verursachten Schäden Anwendung findet, gleichgültig, wo das Ereignis stattgefunden hat. Aus dem Wortlaut ergibt sich jedoch nicht eindeutig, ob das Übereinkommen nur im Verhältnis der Vertragsstaaten untereinander Anwendung findet und es ihnen nur freigestellt ist, den sachlichen Inhalt des Übereinkommens im Wege nationaler Gesetzgebung auch auf Nichtvertragsstaaten auszudehnen, oder ob auch Angehörige von Nichtvertragsstaaten sich ohne eine solche Gesetzgebung, ohne daß allerdings ihnen gegenüber eine völkerrechtliche Bindung bestünde, auf das Übereinkommen berufen und Ansprüche gegen den Inhaber geltend machen können. Auf der Diplomatischen Seerechtskonferenz wurde

nach einer längeren Diskussion über die Auslegung dieses Wortlauts abschließend von der Niederländischen Delegation unwidersprochen die Ansicht vertreten, auch Angehörige von Nichtvertragsstaaten könnten nach den Vorschriften dieses Übereinkommens Ansprüche gegen den Inhaber des Reaktorschiffs geltend machen. Dieser Auslegung dürfte nach der Entstehungsgeschichte der Vorschrift zustimmen sein.

Zu Artikel XIV

Das Übereinkommen soll im Verhältnis der Vertragsstaaten untereinander allen anderen früher geschlossenen und zu diesem Übereinkommen in Widerspruch stehenden internationalen Konventionen vorgehen. Dies gilt jedoch nur insoweit, als es mit den Rechten von Nichtvertragsstaaten gegenüber den Vertragsstaaten der früheren Übereinkommen vereinbar ist. Die Schwierigkeiten, die sich bis zu einer Anpassung der früheren internationalen Konventionen an dieses Übereinkommen für die praktische Rechtsanwendung ergeben können, wenn von den Gerichten festzustellen ist, ob in einem konkreten Einzelfall Rechte von Nichtvertragsstaaten berührt werden, sind von der Mehrheit der Staaten auf der Konferenz in Kauf genommen worden. Eine Änderung der in Widerspruch zu diesem Übereinkommen stehenden Konventionen, insbesondere der Übereinkommen von 1910 über den Zusammenstoß, von 1924 über Konnossemente und von 1957 über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen, ist nur nach und nach möglich; das Übereinkommen von 1924 über Konnossemente ist inzwischen durch das Brüsseler Protokoll von 1968 — das allerdings noch nicht in Kraft getreten ist — bereits angepaßt worden. Das Protokoll sieht vor, daß Atomschäden aus dem Anwendungsbereich des Seefrachtrechts ausgenommen werden.

Zu Artikel XV

Artikel XV bestimmt, daß grundsätzlich jeder Vertragsstaat nur für Reaktorschiffe, die seine Flagge führen, Genehmigungen erteilen darf. Er muß verhindern, daß ein seine Flagge führendes Reaktorschiff ohne eine von ihm erteilte Genehmigung betrieben wird. Das Übereinkommen überläßt es jedoch dem jeweiligen Vertragsstaat, auf welche Weise er die Einhaltung dieser Verpflichtung gewährleistet.

Die Vertragsstaaten haben sich in dem Übereinkommen das Recht vorbehalten, von Schiffen fremder Flaggen darüber hinaus eine besondere Genehmigung zum Einfahren in die eigenen Hoheitsgewässer zu verlangen (Absatz 4 Satz 2). Wenn trotz dieser Verpflichtung ein die Flagge eines Vertragsstaats führendes Reaktorschiff, dem keine Genehmigung erteilt worden ist, einen nuklearen Schaden verursacht, gilt der Eigentümer des Reaktorschiffes zur Zeit des nuklearen Ereignisses als dessen Inhaber, ohne daß er sich aber auf die Beschränkung seiner Haftung der Höhe nach berufen kann; der Vertragsstaat, dessen Flagge das Reaktorschiff führt, wird als Genehmigungsstaat angesehen. Das Über-

einkommen gewährleistet hiermit einen lückenlosen Schutz gegen die Risiken der Reaktorschiffahrt jedenfalls insoweit, als es sich um Schiffe aus Vertragsstaaten handelt. — Die Haftung des Staates ist unabhängig davon, ob er Maßnahmen zur Verhinderung des ungenehmigten Betriebes des Reaktorschiffs unter seiner Flagge getroffen hat.

Zu Artikel XVI

Artikel XVI bestimmt im Interesse eines lückenlosen Schutzes möglicher Geschädigter, daß das Übereinkommen bereits vom Zeitpunkt des Stapellaufs an Anwendung findet. Von diesem Zeitpunkt bis zur Erteilung der Genehmigung der Flaggenführung wird unwiderruflich angenommen, daß das Schiff vom Eigentümer betrieben wird und daß es die Flagge des Staates führt, in dem es gebaut worden ist.

Zu Artikel XVII

Die Vorschrift stellt klar, daß das Übereinkommen keinen Staat verpflichtet, Schiffen anderer Vertragsstaaten die Einfahrt in seine Hoheitsgewässer zu gestatten. Jeder Vertragsstaat kann eine solche Erlaubnis jederzeit verweigern oder von weiteren Voraussetzungen abhängig machen. Als Voraussetzung kommt dabei insbesondere das Verlangen nach der Einhaltung bestimmter Sicherheitsvorschriften in Betracht, da diese in dem Übereinkommen nicht geregelt sind.

Zu Artikel XVIII

Artikel XVIII befaßt sich mit der Passivlegitimation bei Klagen auf Ersatz nuklearer Schäden. Die Vorschrift stellt in Übereinstimmung mit Artikel III Abs. 2 klar, daß nach dem Übereinkommen allein der Inhaber des Reaktorschiffs passiv legitimiert ist, daß aber das nationale Recht die Möglichkeit einer unmittelbaren Klage gegen den Versicherer oder denjenigen vorsehen kann, der die Sicherheit gemäß Artikel III Abs. 2 zur Verfügung gestellt hat. Ausgeschlossen ist lediglich eine direkte Klage gegen den Genehmigungsstaat.

Zu Artikel XIX

Artikel XIX befaßt sich mit dem Fall des Eintritts eines nuklearen Schadens nach Außerkrafttreten des Übereinkommens oder nach seiner Kündigung durch den Genehmigungsstaat. Die Vorschrift gewährleistet, daß ein Genehmigungsstaat nicht durch Kündigung des Übereinkommens die Verantwortung für das von ihm und dem Inhaber gesetzte nukleare Risiko ablegen kann. Der Inhaber haftet nach den Vorschriften des Übereinkommens auch dann, wenn das nukleare Ereignis zwar nach der Kündigung des Übereinkommens, aber innerhalb von fünfundzwanzig Jahren nach Erteilung der Genehmigung stattgefunden hat. Der Beschränkung der Haftung des Inhabers auf einen Zeitraum von fünfundzwanzig Jahren nach Erteilung der Genehmigung liegt die Annahme einer durchschnittlichen Lebensdauer eines Reaktorschiffs von etwa fünfundzwanzig Jahren zugrunde. Für die Dauer dieses

Zeitraums muß der Inhaber das von ihm eingegangene wirtschaftliche Risiko kalkulieren, so daß ihm und dem Genehmigungsstaat auch die Haftung für diesen Zeitraum zugemutet werden kann.

Zu den Artikeln XX und XXI

Nach Artikel XX können Streitigkeiten über die Auslegung oder die Anwendung dieses Übereinkommens auf Antrag eines Vertragsstaats von einem Schiedsgericht entschieden werden. Im Falle des Nichtzustandekommens einer Einigung der Parteien über die Zusammensetzung des Schiedsgerichts und die Ausgestaltung des Verfahrens soll subsidiär der Haager Internationale Gerichtshof angerufen werden können.

Die Anwendung der Schiedsklausel kann bei der Ratifizierung des Übereinkommens durch einen besonderen Vorbehalt gemäß Artikel XXI ausgeschlossen werden. Gegenüber dem Staat, der für sich von diesem Vorbehalt Gebrauch gemacht hat, besteht für die anderen Vertragsstaaten keine Bindung an die Schiedsklausel. Der Vorbehalt kann nach der Ratifizierung jederzeit wieder zurückgenommen werden.

Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, von diesem Vorbehalt Gebrauch zu machen. Sie ist der Auffassung, daß die Entscheidung eines Streitfalles durch ein Schiedsgericht, auf das die Beteiligten sich geeinigt haben, sachgerecht ist. Auch die subsidiäre Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs, die in früheren Brüsseler Abkommen nicht vorgesehen war, erscheint zweckmäßig.

Zu den Artikeln XXII bis XXVIII

Die Artikel XXII bis XXVIII enthalten die üblichen Schlußklauseln des Übereinkommens. Sie regeln die Unterzeichnung (Artikel XXII), die Rati-

fikation (Artikel XXIII), das Inkrafttreten (Artikel XXIV), den Beitritt zu dem Übereinkommen (Artikel XXV), die Einberufung einer Revisionskonferenz fünf Jahre nach Inkrafttreten (Artikel XXVI), die Kündigung (Artikel XXVII) und die Übernahme der Aufgaben der Depositarmacht durch die belgische Regierung (Artikel XXVIII).

Die Einberufung einer Revisionskonferenz bereits fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens erscheint sachgerecht, da bei der Ausarbeitung des Übereinkommens noch keine Erfahrungen mit der Reaktorschiffahrt vorlagen, das Übereinkommen aber möglichst schnell den etwa von dem Übereinkommen abweichenden Erfordernissen der Praxis angepaßt werden sollte.

Zur Schlußformel

Das Übereinkommen ist in englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache ausgefertigt. Entsprechend der Übung bei den Brüsseler Seerechtsübereinkommen sind nur der englische und der französische Text, diese gleichermaßen, verbindlich.

Die deutsche Übersetzung des Übereinkommens ist in Zusammenarbeit mit dem Institut für Völkerrecht der Universität Göttingen erstellt worden.

Zum Schlußprotokoll

Das Übereinkommen enthält in seinem Schlußprotokoll eine Klausel, nach der es den Staaten freigestellt ist, das Übereinkommen innerstaatlich allein durch Ratifizierung oder durch Einarbeitung in das nationale Recht in Kraft zu setzen. Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, von dieser Einarbeitungsklausel Gebrauch zu machen. Das Übereinkommen wird daher unmittelbar durch die Ratifizierung geltendes deutsches Recht.

Denkschrift zum Brüsseler Zusatzübereinkommen zum Pariser Übereinkommen in der Fassung des Zusatzprotokolls

Das „Zusatzübereinkommen zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie“, sog. Brüsseler Zusatzübereinkommen, wurde am 31. Januar 1963 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegt und dort am gleichen Tag von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet.

Nachdem das Pariser Übereinkommen durch ein Zusatzprotokoll vom 28. Januar 1964 inhaltlich dem „Wiener Übereinkommen vom 21. Mai 1963 über die zivilrechtliche Haftung für nukleare Schäden“ angepaßt worden war, ergab sich die Notwendigkeit, auch das Brüsseler Zusatzübereinkommen abzuändern. Dies geschah durch ein Zusatzprotokoll, das am 28. Januar 1964 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegt wurde und dort am gleichen Tag von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet wurde.

Das Übereinkommen tritt gemäß seinem Artikel 20 Abs. c drei Monate nach Hinterlegung der sechsten Ratifikationsurkunde in Kraft. Es wurde bisher von Frankreich, Großbritannien, Norwegen, Schweden und Spanien ratifiziert und wird demnach spätestens drei Monate nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde durch die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten.

A. Allgemeines zum Vertragsinhalt

Das Brüsseler Zusatzübereinkommen in der Fassung des Zusatzprotokolls umfaßt eine Präambel, fünf- undzwanzig Artikel und einen Anhang. Die Bundesrepublik Deutschland hat bei der Unterzeichnung folgende Erklärung zu Protokoll gegeben: „Staatsangehörige sind in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.“

Das Übereinkommen hat im wesentlichen folgende Zielsetzungen:

- das durch das Pariser Übereinkommen geschaffene internationale System der Haftung für Schäden durch nukleare Ereignisse kann wegen der Begrenzung der Haftung auf grundsätzlich höchstens 15 Millionen Rechnungseinheiten des Europäischen Währungsabkommens einen Schadensausgleich für Schäden, die diesen Betrag übersteigen, nicht gewähren;
- wegen der Besonderheiten der Kernenergie Risiken kann trotz ständiger Verbesserung der präventiven Sicherheitsvorkehrungen gleichwohl nicht mit Naturgesetzlichkeit ausgeschlossen werden, daß im Einzelfall Schadensereignisse eintreten, die höhere Entschädigungsbeträge als 15 Millionen Rechnungseinheiten erfordern;
- die Geographie Westeuropas, die annähernde Gleichartigkeit der wirtschaftlichen und technologischen Verhältnisse und ihr enger wechselseitiger Verbund lassen es zweckmäßig erscheinen, die Aufgabe des Ausgleiches etwaiger Großschäden in einer gemeinsamen Aktion internationaler Solidarität zu lösen;

- eine internationale Lösung bietet sich an, um die durch das Pariser Übereinkommen geschaffene internationale Rechtsvereinheitlichung im Bereich des Atomhaftungsrechts weiter auszubauen und zu verfestigen;
- eine Beteiligung der Staaten an der Abdeckung des nuklearen Risikos ist geboten, um einerseits den Geschädigten die unbedingte Sicherheit zu geben, daß Schadensersatzansprüche befriedigt werden, und um andererseits im volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse die Kernenergiewirtschaft nicht mit nur schwer oder gar nicht privatwirtschaftlich tragbaren summenmäßig hohen Haftungsrisiken zu belasten;
- der Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit muß soweit wie möglich aufrechterhalten bleiben, so daß sich ein System der gestaffelten Beteiligung am Gesamthaftungsrisiko durch den Inhaber der Kernanlage, den Genehmigungsstaat und die Gemeinschaft der Staaten als angemessene und gerechte Regelung anbietet.

In der Präambel ist das Hauptmotiv, das dem Übereinkommen und seinen Einzelbestimmungen zugrunde liegt, wie folgt umrissen:

Die dreizehn Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens verleihen als Vertragsparteien des im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (früher: Europäische Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit) geschlossenen „Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie“ in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 (Pariser Übereinkommen) dem Wunsch Ausdruck, die durch das Pariser Übereinkommen vorgesehenen Maßnahmen zu ergänzen, um den Betrag für den Ersatz von Schäden aus der Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken zu erhöhen.

B. Zu den einzelnen Artikeln

Zu Artikel 1

Artikel 1 stellt die Akzessorietät des Übereinkommens zum Pariser Übereinkommen fest. Danach dienen seine Regelungen der Ergänzung des Pariser Übereinkommens und unterliegen dessen Bestimmungen sowie den Bestimmungen der nachfolgenden Artikel. Die Bestimmung dieses Artikels ist für das Verständnis des Übereinkommens von entscheidender Bedeutung. Das Brüsseler Zusatzübereinkommen und seine Einzelbestimmungen können nur im Zusammenhang mit dem Pariser Übereinkommen und seinen Einzelbestimmungen sinnvoll interpretiert werden, da es insbesondere auch die Begriffsbestimmungen des Pariser Übereinkommens übernimmt. Das Brüsseler Zusatzübereinkommen ist deshalb ohne das Pariser Übereinkommen aus sich heraus nicht verständlich. Das erklärt auch die Kompli-

ziertheit vieler Einzelbestimmungen, die ohne genaue Kenntnis des Pariser Übereinkommens vielfach nur schwer verständlich sind.

Zu Artikel 2

Artikel 2 bestimmt, welcher Art Schäden in den Anwendungsbereich des Übereinkommens fallen.

Gemäß Absatz a) fallen unter das Übereinkommen Schäden, die durch nukleare Ereignisse verursacht worden sind — ausgenommen solche, die ganz im Hoheitsgebiet eines Nichtvertragsstaates eingetreten sind —, sofern

- für diese Schäden der Inhaber einer im Hoheitsbereich einer Vertragspartei gelegenen Kernanlage aufgrund des Pariser Übereinkommens haftet; die Kernanlage muß für friedliche Zwecke bestimmt sein und in der gemäß Artikel 13 aufgestellten Liste aufgeführt sein;
- diese Schäden entstanden sind
 - im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder
 - auf hoher See oder im Luftraum darüber an Bord eines im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei registrierten Schiffs oder Luftfahrzeugs oder
 - einem Staatsangehörigen einer Vertragspartei auf hoher See oder im Luftraum darüber, im Falle von Schäden an einem Schiff oder Luftfahrzeug jedoch nur, wenn dieses im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates registriert ist.

Voraussetzung für die Anwendbarkeit des Übereinkommens ist ferner, daß die Gerichte einer Vertragspartei gemäß dem Pariser Übereinkommen (Artikel 13 dieses Übereinkommens) zuständig sind.

Jeder Unterzeichnerstaat oder jeder beitretende Staat kann nach Absatz b) erklären, daß er bestimmte Personen oder bestimmte Personengruppen gemäß näherer Bestimmung dieses Absatzes seinen Staatsangehörigen gleichstellt.

Absatz c schließt in den Ausdruck „Staatsangehöriger einer Vertragspartei“ die Vertragspartei selbst, alle ihre Gebietskörperschaften sowie öffentliche und private Gesellschaften und Vereinigungen mit und ohne Rechtspersönlichkeit ein, soweit sie ihren Sitz im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei haben.

Zur Definition der „Staatsangehörigen“ vgl. die für die Bundesrepublik Deutschland im Abschnitt A der Denkschrift wiedergegebene Protokollerklärung.

Zu Artikel 3

Artikel 3 enthält das materielle Kernstück des Übereinkommens.

Absatz a bestimmt, daß sich die Vertragsparteien unter den Bedingungen des Übereinkommens verpflichten, für die Bereitstellung einer Entschädigung für die in Artikel 2 bezeichneten Schäden bis zu einem Betrag von 120 Millionen Rechnungseinheiten je Schadensereignis Sorge zu tragen.

Gemäß Absatz b wird diese Entschädigung in folgender Weise geleistet:

- bis zu mindestens 5 Millionen Rechnungseinheiten wird Entschädigung aus der Versicherung oder sonstigen finanziellen Sicherheit des haftenden Inhabers der Kernanlage geleistet (Absatz b Unterabs. i);
- zwischen diesem Betrag und 70 Millionen Rechnungseinheiten wird Entschädigung aus öffentlichen Mitteln derjenigen Vertragsparteien geleistet, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist (Absatz b Unterabs. ii);
- zwischen 70 und 120 Millionen Rechnungseinheiten wird Entschädigung durch öffentliche Mittel geleistet, die die Vertragsparteien gemeinsam entsprechend dem Aufbringungsschlüssel des Artikels 12 zur Verfügung stellen (Absatz b Unterabs. iii).

Um die in den Absätzen a und b niedergelegten Zwecke zu erreichen, müssen die Vertragsparteien innerstaatlich eines von zwei in Absatz c beschriebenen Haftungs- und Deckungsmodellen für nukleare Schäden vorsehen. Es muß entweder der Haftungshöchstbetrag des Inhabers einer Kernanlage auf 120 Millionen Rechnungseinheiten festgelegt und bestimmt werden, daß dieser Betrag aus den gesamten in Absatz b genannten Mitteln gedeckt wird, oder die Haftung wird auf einen Betrag festgesetzt, der dem in Absatz b Unterabs. i entspricht, also mindestens 5 Millionen Rechnungseinheiten beträgt, und es wird bestimmt, daß darüber hinaus bis 120 Millionen Rechnungseinheiten öffentliche Mittel (Absatz b Unterabs. ii u. iii unter einem anderen rechtlichen Gesichtspunkt als der Deckung der Haftung des Inhabers bereitgestellt werden. Die zweite Alternative ist nur zulässig, wenn im übrigen die materiellen und verfahrensrechtlichen Bestimmungen des Übereinkommens unberührt bleiben.

Nach Absatz d ist die Durchsetzung eines Schadensersatzanspruches und eines Anspruches auf Zahlung von Zinsen und Kosten aus den öffentlichen Mitteln gemäß Absatz b Unterabs. ii und iii und Absatz f nur insoweit zulässig, als diese Mittel tatsächlich bereitstehen.

In Absatz e haben sich die Vertragsparteien verpflichtet, von der gemäß Artikel 15 Abs. b des Pariser Übereinkommens zulässigen Möglichkeit, bei 5 Millionen Rechnungseinheiten übersteigenden Schadensersatzleistungen aus öffentlichen Mitteln von dem Übereinkommen abweichende Bestimmungen zu treffen, nach näherer Maßgabe des Absatzes e keinen Gebrauch zu machen.

In Ergänzung des Artikels 7 Abs. g des Pariser Übereinkommens, nach dem Zinsen und Kosten nicht zum Schadensersatz im Sinne des Übereinkommens zählen und zusätzlich zu zahlen sind, bestimmt Absatz f, daß diese Zinsen und Kosten auch zusätzlich zu den in Absatz b genannten Beträgen zu zahlen und wie folgt aufzuteilen sind:

- sie gehen zu Lasten des Kernanlageninhabers, soweit dieser die Entschädigung gezahlt hat (Absatz f Unterabs. i);

- sie gehen zu Lasten des Staates, in dessen Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, soweit die Entschädigung von diesem Staat geleistet wurde (Absatz f Unterabs. ii);
- sie werden von allen Vertragsparteien gemeinsam getragen, soweit diese Entschädigung geleistet haben (Absatz f Unterabs. iii).

Absatz g definiert die Rechnungseinheit des Übereinkommens als Rechnungseinheit des Europäischen Währungsabkommens, wie sie am Tage des Pariser Übereinkommens festgelegt ist.

Zu Artikel 4

Artikel 4 trifft Bestimmungen für die Fälle, in denen mehrere Inhaber von Kernanlagen haften und ist damit die Ergänzung zu Artikel 5 des Pariser Übereinkommens.

Gemäß Absatz a werden bei der Haftung mehrerer Inhaber von Kernanlagen für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden die Haftungshöchstbeträge gemäß Artikel 5 Abs. d des Pariser Übereinkommens nur bis zu einem Betrag von 120 Millionen Rechnungseinheiten zusammengerechnet, soweit öffentliche Mittel nach Artikel 3 bereitgestellt sind.

In diesem Fall darf nach Absatz b der Gesamtbetrag der öffentlichen Mittel den Unterschied zwischen 120 Millionen Rechnungseinheiten und der Summe der Beträge, die die Inhaber aufzubringen haben, nicht übersteigen. Sind mehrere Vertragsparteien zur Bereitstellung öffentlicher Mittel gemäß Artikel 3 Abs. b Unterabs. ii verpflichtet, so werden diese Mittel von ihnen im Verhältnis zur Zahl der an dem nuklearen Ereignis beteiligten Kernanlagen, die jeweils in ihrem Hoheitsgebiet gelegen sind, aufgebracht.

Zu Artikel 5

Artikel 5 verpflichtet die Vertragsparteien, Regelungen vorzusehen, daß dem Inhaber einer Kernanlage etwa zustehende Rückgriffsrechte gemäß Artikel 6 Abs. f Pariser Übereinkommen auf die Vertragsparteien insoweit übergehen, als diese aus öffentlichen Mitteln Entschädigung geleistet haben (Absatz a).

Die nationale Gesetzgebung kann gemäß Absatz b ferner Rückgriffsrechte gegenüber dem Inhaber vorsehen, wenn dieser den Schaden schuldhaft herbeigeführt hat.

Zu den Artikeln 6 und 7

In Anlehnung an die zeitliche Anspruchsbefristung gemäß Artikel 8 des Pariser Übereinkommens bestimmt Artikel 6 die Fristen, innerhalb derer Entschädigungen auf Grund des Übereinkommens in Anspruch genommen werden können. Ansprüche können danach grundsätzlich nur innerhalb von zehn Jahren geltend gemacht werden. Beruht der Schaden auf Stoffen, die gestohlen, verloren, über Bord geworfen waren oder deren Besitz aufgegeben

worden war, so darf die Frist zwanzig Jahre nicht überschreiten. Die Verlängerung der Fristen gemäß Artikel 8 Abs. d und Artikel 8 Abs. e des Pariser Übereinkommens findet Berücksichtigung. Sofern eine Vertragspartei von der gemäß Artikel 8 Abs. c des Pariser Übereinkommens vorgesehenen Befugnis Gebrauch macht, ist die Frist eine dreijährige Verjährungsfrist ab Kenntnis oder Kennenmüssens des Schadens und des haftenden Inhabers (Artikel 7).

Zu Artikel 8

Artikel 8 regelt den Umfang der Ersatzleistungen auf Grund des Übereinkommens. Grundsätzlich besteht ein Anspruch auf vollständigen Schadenersatz nach Maßgabe des nationalen Rechts (vgl. auch Artikel 11 Pariser Übereinkommen). Wird der Entschädigungshöchstbetrag überschritten, so kann jede Vertragspartei angemessene Merkmale für die Verteilung festsetzen. Dabei darf kein Unterschied gemacht werden im Hinblick auf die Herkunft der Mittel, die Staatsangehörigkeit, den Wohnsitz oder den Aufenthalt des Geschädigten.

Zu Artikel 9

Die Bereitstellung der öffentlichen Mittel erfolgt nach Artikel 9 Abs. s durch die Vertragspartei, deren Gerichte zuständig sind. Es muß außerdem sichergestellt werden, daß die Geschädigten ihre Ansprüche geltend machen können, ohne daß sie je nach Herkunft der Mittel verschiedene Verfahren einleiten müssen (Absatz b). Eine Verpflichtung zur Bereitstellung öffentlicher Mittel besteht erst dann, wenn die vom Inhaber der Kernanlage aufzubringenden Mittel verfügbar sind (Absatz c).

Zu Artikel 10

Artikel 10 Abs. a verpflichtet die Vertragspartei, deren Gerichte zuständig sind, die anderen Vertragsparteien zu unterrichten, wenn sich herausstellt, daß der Schaden 70 Millionen Rechnungseinheiten übersteigen wird. Allein diese Vertragspartei ist berechtigt, die anderen Vertragsparteien um Bereitstellung der Mittel zu ersuchen und diese zu verteilen (Absatz b). Ihr stehen auch die Rückgriffsrechte gemäß Artikel 5 zu (Absatz c). Absatz d bestimmt, daß Vergleiche, die in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht geschlossen werden, von den Vertragsparteien anerkannt werden. Von den zuständigen Gerichten erlassene Urteile sind in den Hoheitsgebieten der anderen Vertragsparteien gemäß den Bestimmungen des Artikels 13 Abs. d Pariser Übereinkommen vollstreckbar.

Zu Artikel 11

Artikel 11 trifft Sonderregelungen für die Fälle, in denen die Gerichte einer anderen Vertragspartei als derjenigen, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, zuständig ist.

Gemäß Absatz a werden dann die öffentlichen Mittel nach Artikel 3 Abs. b Unterabs. ii und Absatz f von dieser Vertragspartei bereitgestellt. Die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Anlage des haf-

tenden Inhabers gelegen ist, hat ihr nach einem im gegenseitigen Einvernehmen festgelegten Verfahren die verauslagten Beträge zur erstatten. Sofern die Vertragspartei, deren Gerichte zuständig sind, nach dem Eintreten des nuklearen Ereignisses Vorschriften über Art, Form und Umfang des Schadensersatzes oder über die Bereitstellung oder Verteilung der in Art. 3 Abs. b Unterabs. ii genannten öffentlichen Mittel erläßt, so hat sie dabei die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Anlage des haftenden Inhabers gelegen ist, zu konsultieren. Sie hat ferner dieser Vertragspartei die Teilnahme an Gerichtsverfahren und Vergleichsverhandlungen, soweit die genannten öffentlichen Mittel betroffen sind, zu ermöglichen (Absatz b).

Zu Artikel 12

Artikel 12 enthält den Aufbringungsschlüssel für die von den Vertragsparteien gem. Artikel 3 Abs. b Unterabs. iii gemeinsam aufzubringenden öffentlichen Mittel. Danach sind gemäß Absatz a diese Mittel wie folgt aufzubringen.

- 50 % auf der Grundlage des Verhältnisses des Bruttosozialproduktes einer jeden Vertragspartei zu den jeweiligen Preisen einerseits und der Summe der Bruttosozialprodukte aller Vertragsparteien zu den jeweiligen Preisen andererseits. Die erforderlichen Daten sind der amtlichen Statistik der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für das dem nuklearen Ereignis vorangehende Jahr zu entnehmen;
- 50 % auf der Grundlage des Verhältnisses der thermischen Leistung der im Hoheitsgebiet jeder einzelnen Vertragspartei gelegenen Reaktoren einerseits und der thermischen Gesamtleistung der im Hoheitsgebiet aller Vertragsparteien gelegenen Reaktoren andererseits. Grundlage für die Berechnung ist dabei die thermische Leistung der Reaktoren, die in die Liste gemäß Artikel 2 Abs. a Unterabs. i aufgenommen sind. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Berücksichtigung eines Reaktors ist dabei der Zeitpunkt der erstmaligen Kritikalität.

Absatz b definiert den Begriff „thermische Leistung“.

Zu Artikel 13

Artikel 13 verpflichtet die Vertragsparteien, dafür zu sorgen, daß in der in Artikel 2 Abs. a Unterabs. i bezeichneten Liste alle in ihrem Hoheitsgebiet gelegenen für friedliche Zwecke bestimmte Kernanlagen aufgenommen werden, soweit sie unter die Begriffsbestimmung des Artikels 1 des Pariser Übereinkommens fallen. Das Verzeichnis der Anlagen ist der belgischen Regierung bei der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde zu übermitteln. Der Artikel enthält ferner eine Reihe von weiteren Mitteilungspflichten an die belgische Regierung und eröffnet den Vertragsparteien die Möglichkeit, Einwendungen hinsichtlich der Mitteilungen anderer Vertragsparteien bei der belgischen Regierung zu erheben. Die belgische Regierung hat den übrigen Vertragsparteien alle Mitteilungen und Einwendungen zu notifizieren.

Die Gesamtheit der Verzeichnisse, Änderungen und zugelassene Einwendungen bildet die in Artikel 2 Abs. a Unterabs. i vorgesehene Liste. Auf Ersuchen von Vertragsparteien hat die belgische Regierung eine dem jeweils neuesten Stand entsprechende Aufstellung den übrigen Vertragsparteien zu übermitteln.

Zu Artikel 14

Artikel 14 trifft Bestimmungen über die Auswirkungen der nach dem Pariser Übereinkommen zulässigen nationalen Sonderregelungen auf die Anwendbarkeit des Brüsseler Zusatzübereinkommens.

Absatz a stellt fest, daß jede Vertragspartei, soweit das Übereinkommen nichts anderes bestimmt, die ihr nach dem Pariser Übereinkommen zustehenden Befugnisse ausüben kann und daß alle demgemäß erlassenen Vorschriften hinsichtlich der Bereitstellung öffentlicher Mittel gemäß dem Übereinkommen den anderen Vertragsparteien entgegeng gehalten werden können.

Absatz b schränkt diesen Grundsatz insofern ein, als zulässige Abweichungen von den Artikeln 3, 7 Abs. c und Artikel 9 des Pariser Übereinkommens den anderen Vertragsparteien nur dann entgegeng gehalten werden können, wenn diese ihnen zugestimmt haben. Die Einschränkung betrifft somit die Erweiterung des räumlichen Geltungsbereiches des Pariser Übereinkommens (Artikel 2), die Einbeziehung von Schäden am Beförderungsmittel (Artikel 7 Abs. c Pariser Übereinkommen) und die Haftung für Schäden infolge schwerer Naturkatastrophen außergewöhnlicher Art (Artikel 9 Pariser Übereinkommen). In diesen Fällen wird Ersatz aus öffentlichen Mitteln auf Grund des Übereinkommens nur geleistet, wenn die betroffenen Vertragsparteien den Abweichungen von den Regelungen des Pariser Übereinkommens zugestimmt haben.

Im übrigen schließt das Übereinkommen nationale Sonderregelungen außerhalb des Pariser Übereinkommens und außerhalb des Brüsseler Zusatzübereinkommens nicht aus, sofern daraus den übrigen Vertragsstaaten keine zusätzlichen Verpflichtungen zur Bereitstellung öffentlicher Mittel erwachsen (Absatz c).

Zu Artikel 15

Artikel 15 Abs. a gestattet den Vertragsparteien den Abschluß von Übereinkommen über den Schadensersatz aus öffentlichen Mitteln bei nuklearen Schäden mit Nichtvertragsstaaten. Soweit derartige Regelungen nicht günstiger als die von der betreffenden Vertragspartei auf Grund des Pariser Übereinkommens und des Brüsseler Zusatzübereinkommens erlassenen Rechtsvorschriften sind, kann der Betrag, der auf Grund eines Abkommens nach Absatz a zu leisten ist, bei der Anwendung des Artikels 8 Satz 2 für die Berechnung des Gesamtbetrages der durch das nukleare Ereignis verursachten Schäden berücksichtigt werden, soweit der Schaden durch ein nukleares Ereignis verursacht wurde, das unter dieses Übereinkommen fallen würde (Absatz b). Jedoch können die Bestimmungen der Ab-

sätze a und b in keinem Fall die Verpflichtungen zur Erbringung öffentlicher Leistungen derjenigen Vertragsparteien berühren, die dem Abkommen nach Absatz a nicht zugestimmt haben (Absatz c).

Absatz d verpflichtet die Vertragsparteien, den geplanten Abschluß von Übereinkommen nach Absatz a den anderen Vertragsparteien mitzuteilen. Bereits geschlossene Abkommen sind der belgischen Regierung zu notifizieren.

Zu den Artikeln 16 und 17

Artikel 16 Abs. a enthält Konsultationspflichten über alle Fragen von gemeinsamem Interesse bezüglich des Pariser Übereinkommens und des Brüsseler Zusatzübereinkommens. Gemäß Absatz b konsultieren die Vertragsparteien einander fünf Jahre nach Inkrafttreten des Übereinkommens sowie auf Antrag einer Vertragspartei über die Zweckmäßigkeit einer Vertragsrevision.

Gemäß Artikel 17 sind Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über Auslegung und Anwendung des Übereinkommens auf Antrag einer beteiligten Vertragspartei dem Europäischen Gerichtshof für Kernenergie, der durch das Übereinkommen vom 20. Dezember 1957 zur Errichtung einer Sicherheitskontrolle auf dem Gebiet der Kernenergie (Bundesgesetzbl. 1959 II S. 586) errichtet worden ist, vorzulegen.

Zu den Artikeln 18 bis 25

Die Artikel 18 bis 25 enthalten die üblichen Schlußklauseln.

Artikel 18 regelt die Zulässigkeit von Vorbehalten und die Möglichkeit ihrer Rücknahme.

Artikel 19 bestimmt in Ergänzung zu Artikel 1, daß Vertragspartei des Übereinkommens nur werden oder bleiben kann, wer auch Vertragspartei des Pariser Übereinkommens ist. Die Verzahnung beider Abkommen wird durch diese Bestimmung weiter hergestellt.

Artikel 20 Abs. a erklärt den Anhang zum integrierenden Bestandteil des Übereinkommens. Artikel 20 Abs. b legt die Ratifizierungsbedürftigkeit fest und bestimmt, daß die Ratifizierungsurkunden bei der belgischen Regierung zu hinterlegen sind. Das Übereinkommen tritt gem. Artikel 20 Abs. c drei Monate nach Hinterlegung der sechsten Ratifizierungsurkunde in Kraft, für nach der Hinterlegung der sechsten Urkunde ratifizierende Staaten tritt es drei Monate nach der Hinterlegung in Kraft (Artikel 20 Abs. d).

Vertragsänderungen bedürfen nach Artikel 21 des gegenseitigen Einverständnisses. Artikel 22 enthält Bestimmungen über die Zulässigkeit von Beitritten.

Artikel 23 koppelt die Laufzeit des Übereinkommens an die Laufzeit des Pariser Übereinkommens. Sie beträgt demnach zehn Jahre (Artikel 22 Pariser Übereinkommen); Artikel 23 enthält ferner Bestimmungen über Kündigungsrechte und Übergangsbestimmungen.

Artikel 24 beschränkt den Geltungsbereich des Übereinkommens auf das Mutterland der Vertragsparteien und sieht nach näherer Maßgabe der Absätze b bis f die Möglichkeit der Erweiterung des Anwendungsbereiches vor.

Artikel 25 verpflichtet die belgische Regierung, den Vertragsstaaten Ratifikationen, Beitritte, Kündigungen und sonstige Mitteilungen, die sie erhalten hat, zu notifizieren. Sie hat ferner den Zeitpunkt des Inkrafttretens, den Wortlaut von Änderungen und zugelassene Vorbehalte zu notifizieren.

Zum Anhang

Die Vertragsparteien haben in einem Anhang eine gemeinsame Erklärung über den Ersatz von Schäden auf Grund nuklearer Ereignisse durch Anlagen abgegeben, die allein deshalb nicht in den Anwendungsbereich des Übereinkommens fallen, weil die betreffende Kernanlage wegen ihrer Verwendungsart nicht in die Liste gem. Art. 2 Abs. a Unterabs. i aufgenommen ist. Hierunter fallen auch solche Anlagen, die deshalb nicht in die Liste aufgenommen wurden, weil sie von einem oder mehreren, aber nicht von allen Vertragsstaaten als nicht unter das Pariser Übereinkommen fallend angesehen werden. In diesen Fällen werden die Vertragsparteien Schadensersatz ohne unterschiedliche Behandlung den Staatsangehörigen der Vertragsparteien gewähren, und sie werden den Entschädigungsbetrag nicht auf einen Betrag unter 120 Millionen Rechnungseinheiten begrenzen. Die Vertragsparteien werden sich schließlich bemühen, die für diese Fälle geltenden Schadensersatzvorschriften den Bestimmungen dieses Übereinkommens anzugleichen.

Da das Übereinkommen gemäß Artikel 2 nur für Kernanlagen zu friedlichen Zwecken Anwendung findet, hat dieser Anhang insbesondere auch Bedeutung für den Ersatz von Schäden auf Grund von nuklearen Ereignissen, die von militärischen Kernanlagen ausgehen.

Denkschrift zu dem Übereinkommen vom 17. Dezember 1971 über die zivilrechtliche Haftung bei der Beförderung von Kernmaterial auf See

A. Allgemeine Bemerkungen

Das „Übereinkommen über die zivilrechtliche Haftung bei der Beförderung von Kernmaterial auf See“ ist auf einer diplomatischen Konferenz, die in der Zeit vom 29. November bis zum 2. Dezember 1971 in Brüssel stattgefunden hat, beschlossen und dort am 17. Dezember 1971 zur Zeichnung aufgelegt worden.

Es ist das Ziel dieses Übereinkommen, die nach geltendem internationalen Recht beim Seetransport von Kernmaterial bestehende doppelte Haftung von Reeder und Inhaber der Kernenergieanlage zu beseitigen. Diese Doppelhaftung ergibt sich daraus, daß nach Artikel 6 Abs. b des Pariser Übereinkommens von 1960 über die zivilrechtliche Haftung auf dem Gebiet der Kernenergie und nach Artikel II Nr. 5 Satz 2 des Wiener Übereinkommens von 1963 über die zivilrechtliche Haftung für nukleare Schäden die rechtliche Kanalisierung der Haftung für nukleare Schäden ausschließlich auf den Inhaber der Kernanlage eine bedeutsame Ausnahme erfahren hat: Die Kanalisierung gilt nicht, soweit auf Grund internationaler Übereinkommen eine Befördererhaftung besteht. In diesen Fällen haften also Beförderer und Anlageninhaber nebeneinander.

Auf dem Gebiet der Seebeförderung wurde diese Doppelhaftung von allen beteiligten Kreisen als unbefriedigend empfunden. Der Inhaber der Kernenergieanlage ist durch seine ohnehin vorhandene, dem nuklearen Risiko angepaßte Deckungsvorsorge in der Lage, auch die Haftung für Schäden während des Seetransports allein zu übernehmen, während der Reeder sich für diese Haftung zusätzlich versichern müßte. Angesichts der zunehmenden Beförderung von Kernmaterial mit Seeschiffen wurde daher von der Konferenz ein wirtschaftliches Bedürfnis nach Abschluß des Übereinkommens anerkannt, das für den Bereich der Seebeförderung die Haftung für ein nukleares Ereignis auf den Inhaber der Kernenergieanlage kanalisiert.

Das von der Konferenz auf der Grundlage eines von der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffahrtsorganisation (IMCO) vorbereiteten Entwurfs ausgearbeitete Übereinkommen ist am 17. Dezember 1971 von neun Staaten, darunter der Bundesrepublik Deutschland, gezeichnet worden. Ratifiziert worden ist es bisher lediglich von Frankreich. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß dieses Übereinkommen jetzt zusammen mit anderen Atomhaftungsübereinkommen, insbesondere dem Pariser Übereinkommen, von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert werden sollte.

B. Zu den einzelnen Artikeln

Zu Artikel 1

Artikel 1 enthält die Kernbestimmung des Übereinkommens. Nach dieser Vorschrift wird derjenige, der auf Grund eines internationalen Übereinkom-

mens über die Seebeförderung oder auf Grund eines entsprechenden nationalen Gesetzes für nukleare Schäden haftet, von dieser Haftung befreit, wenn der Inhaber einer Kernanlage auf Grund des Pariser oder des Wiener Übereinkommens für diesen Schaden haftet. Gleiches gilt, wenn der Inhaber der Kernanlage auf Grund eines nationalen Gesetzes haftet, sofern dieses Gesetz für den Geschädigten in jeder Hinsicht ebenso günstig ist wie das Pariser oder das Wiener Übereinkommen.

Das Übereinkommen geht mit dieser Vorschrift über die Pariser und Wiener Übereinkommen hinaus, die nur die Haftung von Beförderern nach internationalen Übereinkommen erwähnen. Die überwiegende Mehrheit der Delegationen auf der Konferenz war jedoch der Auffassung, daß dem Übereinkommen ein möglichst weiter Anwendungsbereich gegeben werden müßte; für die Haftung des Seebeförderers sei es gleichgültig, ob sich diese Haftung nach internationalem oder nationalem Recht bestimme.

Der Ausschluß der Haftung des Seebeförderers auch dann, wenn sich die Haftung des Inhabers einer Kernenergieanlage nicht nach den internationalen Übereinkommen, sondern nach nationalem Atomrecht bestimmt, ist auf der Konferenz sehr lange umstritten gewesen. Bedenken gegen die Maßgeblichkeit auch nationalen Atomrechts wurden vor allen Dingen deswegen erhoben, weil es einerseits für erforderlich gehalten wurde, nur ein dem internationalen Haftungsstandard entsprechendes nationales Atomrecht genügen zu lassen, andererseits aber auch die Schwierigkeiten nicht verkannt wurden, die sich stellen, wenn die Gleichwertigkeit eines nationalen Atomrechts gegenüber dem internationalen Haftungsstandard beurteilt werden muß. Meinungsverschiedenheiten bestanden außerdem in der Frage, ob diese Gleichwertigkeit abstrakt anhand der gesetzlichen Bestimmungen des nationalen Rechts oder konkret auf Grund der einem Geschädigten im Einzelfall zustehenden Ansprüche zu beurteilen sei. Angesichts des Umstandes, daß die Pariser und Wiener Übereinkommen bisher nur von sehr wenigen Vertragsstaaten ratifiziert worden sind, entschied sich eine Mehrheit für die Maßgeblichkeit auch des nationalen Atomrechts. Die Entscheidung für die Beurteilung der Gleichwertigkeit auf Grund eines abstrakten Vergleichs fiel im Gesamtausschuß jedoch sehr knapp mit 13 zu 12 Stimmen aus.

Zu Artikel 2

Durch Artikel 2 wird die Haftungsbefreiung des Seebeförderers nach Artikel 1 auch auf die Schäden an der Kernenergieanlage oder mit ihr in Verbindung stehenden Sachen und an dem Beförderungsmittel erstreckt. Zwar besteht für solche Schäden auch nach den Pariser und Wiener Übereinkommen keine Haftung. Die Konferenz war jedoch gleichwohl der Auffassung, daß es nicht sachgerecht sei,

den Seebeförderer von der Haftung für nukleare Schäden zu entlasten, ihn für diese Eigenschäden jedoch weiter verantwortlich zu halten. Der Bestimmung des Artikel 2 wird allerdings große Bedeutung deswegen nicht zukommen, weil für solche Schäden häufig eine vertragliche Haftung, die durch dieses Übereinkommen nicht berührt wird, in Betracht kommt.

Zu Artikel 3

In Artikel 3 wird klargestellt, daß die Haftung des Inhabers eines Reaktorschiffs für Schäden, die auf Kernbrennstoffe dieses Schiffes zurückzuführen sind, durch dieses Übereinkommen nicht berührt werden. Dieses Übereinkommen und das Brüsseler Reaktorschiff-Übereinkommen von 1962 stehen also unabhängig nebeneinander.

Zu Artikel 4

Artikel 4 hat ebenfalls nur klarstellende Bedeutung. Die Bestimmung stellt den Vorrang dieses Übereinkommens gegenüber allen früheren Übereinkommen auf dem Gebiet der Seebeförderung, soweit sie zu diesem neuen Übereinkommen in Widerspruch stehen, fest. Es wird ebenfalls ausdrücklich bestimmt, daß Verpflichtungen aus Seerechtsübereinkommen, die zwischen Vertragsstaaten und Nichtvertragsstaaten dieses Übereinkommens bestehen, durch diese Bestimmung nicht berührt werden.

Zu den Artikeln 5 bis 9

Artikel 5 bis 9 enthalten die üblichen Schlußklauseln. Artikel 5 enthält Bestimmungen über Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung und Beitritt. Artikel 6 regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Das Übereinkommen tritt hiernach am neunzigsten Tage nach der Ratifizierung durch fünf Staaten in Kraft. Artikel 7 regelt Zulässigkeit, Form und Rechtsfolgen einer Kündigung. Artikel 8 enthält Sonderbestimmungen über die Erstreckung des Übereinkommens durch die Vereinten Nationen oder einen Vertragsstaat auf Gebiete, für deren internationale Beziehungen sie verantwortlich sind. Artikel 9 regelt die Möglichkeit von Revisionskonferenzen.

Zu Artikel 10

Artikel 10 gestattet jeder Vertragspartei, die Vorbehalte einzulegen, die sie nach der Pariser oder Wiener Konvention ebenfalls eingelegt hat. Die Vorschrift geht auf Betreiben der deutschen Delegation zurück. Da die Bundesrepublik Deutschland nach dem Pariser Übereinkommen die Möglichkeit hat, einen Vorbehalt zugunsten der wirtschaftlichen Kanalisierung der Haftung auf den Inhaber einzulegen und im Zeitpunkt der Konferenz noch nicht entschieden war, ob von diesem Vorbehalt im Falle einer Ratifizierung des Pariser Übereinkommens Gebrauch gemacht werden sollte, war es erforderlich, einen solchen Vorbehalt auch für dieses Übereinkommen zu erwirken. Trotz starker Bedenken vieler Delegationen gegen die ausdrückliche Zulassung eines solchen Vorbehalts konnte die deutsche Delegation ihre Wünsche schließlich durchsetzen. Sie hat bei der Zeichnung des Übereinkommens einen Vorbehalt zugunsten der wirtschaftlichen Kanalisierung erklärt. Von diesem Vorbehalt soll jetzt allerdings kein Gebrauch gemacht werden; denn mit der Ratifizierung dieses, des Pariser Übereinkommens und des Brüsseler Reaktorschiff-Übereinkommens wird auch für das deutsche Atomhaftungsrecht der Grundsatz der rechtlichen Kanalisierung übernommen.

Ob Artikel 10 die Einlegung weiterer Vorbehalte offenläßt, ist zweifelhaft. Die ursprüngliche Fassung von Artikel 10, die die Erklärung anderer Vorbehalte ausdrücklich offenließ, wurde geändert, ohne daß allerdings die Mehrheit der Delegationen davon überzeugt war, daß diese Änderung der Formulierung auch eine sachliche Änderung bedeute.

Zu den Artikeln 11 und 12

Nach Artikel 11 wird das Übereinkommen beim Generalsekretär der IMCO hinterlegt. Er übernimmt auch die erforderlichen Benachrichtigungen der Vertragsparteien.

Artikel 12 enthält die Bestimmung über die maßgeblichen Vertragssprachen und regelt Herstellung und Hinterlegung der amtlichen Übersetzungen.

